



AIB

2V 7426 E

4,50 DM

Juli - August

7-8/1983

14. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Atomkrieg und Dritte Welt

- Raketenstationierung und Friedensbewegung
- Schnelle Eingreiftruppe
- Biologische Kriegsführung



Libanon • Mittelamerika
China • Chile
Südafrika

Fehldruck - Leider fehlt die Inhaltsangabe !

AIB-Aktuell: Die Raketenstationierung vor dem Finale

Die entscheidende Runde in der Auseinandersetzung um die für Ende 1983 vorgesehene Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik hat begonnen: Ende Mai d.J. ließ US-Verteidigungsminister Weinberger bei einem Besuch in Bonn keinen Zweifel daran, daß die Produktion und die Vorbereitungen zur Stationierung der neuen atomaren Mittelstreckenraketen „planmäßig“ liefen.

Der fast gleichzeitig tagende Wirtschaftsgipfel der sieben wichtigsten kapitalistischen Industrienationen in Williamsburg/USA machte nicht minder deutlich: Noch vor Jahresende sollen die ersten Raketen in die Bundesrepublik kommen. Ebensolches verlautete von der NATO-Tagung Anfang Juni d.J. in Brüssel: Die Sowjets müßten überzeugt sein, „daß das Bündnis entschlossen ist, seine Mittelstreckensysteme wie geplant zu dislozieren“.

Gleichzeitig verhandeln die USA bei den Genfer Gesprächen mit der UdSSR weiterhin nach dem Motto „Friß oder stirb“: Entweder die UdSSR stimmt der US-Nulllösung zu und verschrottet sämtliche SS-20-Raketen, oder die Pershing II und Cruise Missiles werden planmäßig stationiert. Da für jedermann inzwischen offenkundig ist, daß dies auf die Selbstentwaffnung des östlichen Widerparts der USA hinausläufe, ist ein Verhandlungsergebnis gegenwärtig nicht in Sicht.

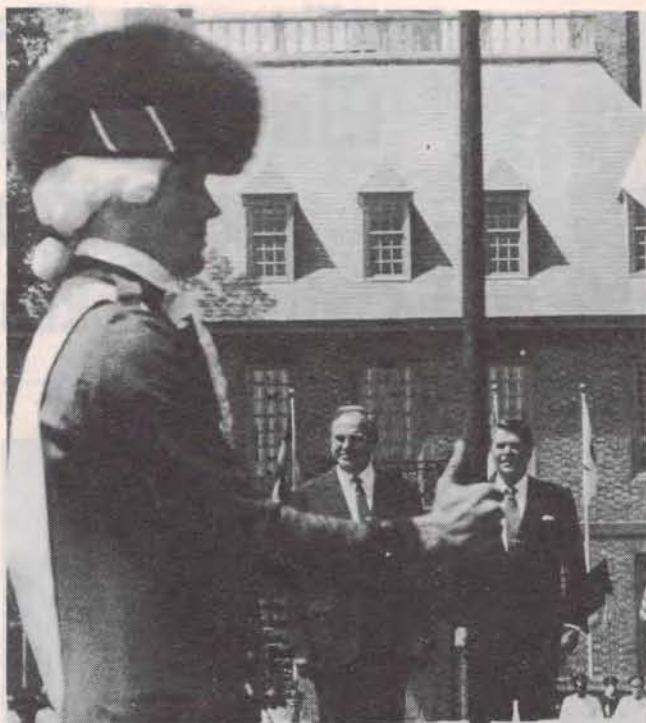
Entsprechend haben die Herrschenden in der Bundesrepublik mit der psychologischen Vorbereitung der Stationierung begonnen: Für Bundesverteidigungsminister Wörner steht fest, daß die Stationierung notwendig sei, weil die Sowjetunion dem Westen in Genf nicht „entgegengekommen“ sei. Für Außenminister Genscher ist die Entscheidung in der Raketenfrage gar schon im Jahre 1979 gefallen.

Der seither umstrittene Doppelbeschluß der NATO entpuppt sich als das, was er von Anfang an war – ein durchsichtiges Manöver, dessen Verhandlungsteil nur Alibicharakter in der weiterreichenden Strategie der NATO hatte. Die NATO möchte mittels der neuen Erstschlagswaffen die militärische Überlegenheit im weltpolitischen Kräftespiel erlangen. Und die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung fügt sich nahtlos ein in die erpresserische Verhandlungsstrategie der Reagan-Administration.

Mobilisierung der Friedensbewegung ohne Parallele

Doch die Regierenden in Washington und Bonn haben die Rechnung bislang ohne den Wirt gemacht. Für den Herbst dieses Jahres steht eine Mobilisierung der Friedensbewegung in einem Ausmaß zu erwarten, für das es keine Parallele gibt. Die Weichen hierfür stellten die Aktionskonferenzen der Friedensbewegung bereits im April und Mai d.J. (ihren Aufruf siehe in: AIB 6/1983, S.44). Die Aktionsplanung hat sich inzwischen so weit konkretisiert, daß spätestens ab dem traditionellen Kriegstag am 1. September kein Tag mehr vergehen wird, an dem es nicht zu massenhaften Protesten in den unterschiedlichsten Formen gegen das Stationierungsvorhaben kommen wird.

Den Höhepunkt wird eine Aktionswoche vom 17.-22. Oktober d.J. bilden, die durch drei überregionale Volksversammlungen für den Frieden gekrönt sein wird. Die Volksversammlungen werden am 22. Oktober in Bonn, Hamburg und Stuttgart stattfinden. Als Auftakt der Volksversammlung im süddeutschen Raum wird es eine Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm, einem geplanten Stationierungsort der Pershing II, geben.



Raketenplaner R. Reagan (r.) und H. Kohl auf dem Westgipfel in Williamsburg

Die Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung ist inzwischen voll in die Mobilisierung für die Herbstaktionen eingestiegen (siehe den Aufruf der Dritte-Welt-Gruppen auf Seite 69 in diesem Heft). Sie hat allen Grund dafür, denn die drohende Stationierung der US-Raketen ist ein Kernelement der US-Globalstrategie, die sich nicht nur gegen die UdSSR und gegen die Völker Mitteleuropas richtet, sondern ebenso gegen die Völker der Dritten Welt (siehe den Beitrag von W. Rätz und E. Thölke-Sommer). Das Leitliniendokument des Pentagon vom Mai 1982 hat Klarheit darüber geschaffen, daß man der Wiederherstellung der US-Weltherrschaft durchaus um den Preis eines globalen Atomkrieges anstrebt.

Darin ist die „Enthauptung“ des weltpolitischen Widerparts UdSSR im Rahmen der abenteuerlichen Vorstellung eines auf Europa „begrenzten“ Atomkrieges ebenso enthalten wie direkte atomare Schläge gegen die Dritte Welt. So sieht das Leitliniendokument des Pentagon sog. „lebenswichtige“ Regionen der Dritten Welt, voran den Raum um den Persischen Golf, als Schlachtfelder des „Entscheidungskampfes“ vor.

Den derzeit gerade in dieser Ölregion massierten US-Streitkräften und den Verbänden der Schnellen Eingreiftruppe überhaupt wird in diesem wichtigen Dokument die Aufgabe zugewiesen, „bereit zu sein, ihren Einmarsch ... zu erzwingen und nicht auf eine Aufforderung seitens einer befreundeten Regierung zu warten“ (siehe dazu auch den Beitrag von Ch. Paine).

Hieran läßt sich das Interesse der Dritte-Welt-Bewegung am hiesigen Kampf gegen die atomaren Erstschlagswaffen wohl am direktesten festmachen.

Diese und andere Zusammenhänge gegenüber der Friedensbewegung deutlich zu machen, wird indessen die besondere Aufgabe der Dritte-Welt-Gruppen und Solidaritätskomitees während der kommenden Herbstaktionen sein. Ein Datum im Rahmen der Aktionswoche, das deshalb kein Solidaritätsbewegter aus dem Auge verlieren sollte, ist der 18. Oktober, der „Tag des Antimilitarismus und der internationalen Solidarität“.

Werner Rätz / Elisabeth Thölke-Sommer

Ein einziger Kampf für weniger Gewalt

Die neuen Mittelstreckenraketen und die Dritte Welt



Die europäischen Länder, gleichgültig welchen gesellschaftlichen Systems, waren nach dem 2. Weltkrieg zerstört, der größte Teil der sog. Dritten Welt in kolonialer Abhängigkeit. Die Weltmacht USA war in allen Belangen möglichen Gegnern oder Konkurrenten überlegen: Militärisch hatte sie den Krieg entschieden, sie allein verfügte über Atomwaffen, ihre Wirtschaft war kaum geschwächt, technologisch gab sie den Ton an, ihre Führungsrolle wurde außerhalb der Länder des realen Sozialismus kaum bestritten, der „American Way of Life“ trat mit Coca Cola und Kaugummi seinen Siegeszug um die Welt an.

Dies änderte sich seit den späten 50er Jahren. Die westlichen Industrieländer erstarkten zusehends, die sozialistischen Länder konsolidierten sich, die Dritte Welt befreite sich vom Kolonialismus. Dieser Prozeß erreichte in den 70er Jahren seinen Höhepunkt. Ereignisse wie die US-amerikanische Niederlage in Indochina, die Unabhängigkeit der portugiesischen Afrikakolonien, der Sturz des Schah-Regimes im Iran, der Erfolg der Sandinistas in Nicaragua kennzeichnen dies.

Diese Entwicklung führt die Reagan-Regierung nicht etwa auf die herrschende soziale Ungerechtigkeit in der Dritten Welt zurück, sondern auf eine geschickte aggressive Politik der UdSSR. Sie wähnt sich von der Sowjetunion weltweit in einen Krieg verwickelt, der sie von „ihren“ Rohstoffquellen und Absatzmärkten abschneiden soll.

Raketen als Drohfaktor

Ihre Politik zielt darauf, diesen Prozeß weltweit umzukehren, d.h. verlorenen Einfluß zurück- und neuen dazuzugewinnen. „Entweder die Pax Sovietica oder ein Gegenwurf der amerikanischen Macht auf weltweiter Ebene, das ist die Alternative. Die Stunde der Entscheidung kann nicht aufgeschoben werden.“ So formuliert es das Komitee von Santa Fé, ein Beratergremium des US-Präsidenten.

Zu diesem Zweck werden gegenwärtig die Mittel- und Methoden entwickelt. Kriege und Interventionen in der Dritten Welt (Palästina/Libanon, Südliches Afrika, Mittelamerika, Philippinen, um nur einige zu nennen) sollen die US-Interessen sichern. Eine Schnelle Eingreiftruppe steht zum sofortigen Kriegseinsatz, weit weg von den USA, bereit.

Die Arbeitsteilung zwischen den NATO-Verbündeten wird effektiver gestaltet. Der Zuständigkeitsbereich der NATO erweitert. Neue Interkontinentalraketen werden produziert. Die Entwicklung von Weltraumwaffen wird beschleunigt. Die konventionelle Aufrüstung wird nach dem sog. Rogersplan verstärkt betrieben. Mit der Neutronenbombe soll eine Waffe produziert werden, die ideal gegen Aufstands- und

Befreiungsbewegungen eingesetzt werden kann, da sie Menschen tötet, aber alles andere (Rohstoffquellen, Industrieanlagen) unversehrt läßt.

Kernstück dieser Politik, wieder unbestrittene Weltmacht Nr. 1 zu werden, aber sind die Pershing II und Cruise Missiles, die hier in Europa, vor allem in der Bundesrepublik, stationiert werden sollen. Mit ihrer Fähigkeit, gegnerische Ziele auf den Punkt genau zu treffen und Abwehrsysteme zu umgehen, eignen sie sich in den Köpfen ihrer Planer für einen atomaren Erstschlag. Das soll so aussehen, daß mit diesen Raketen die sowjetische Führung ausgeschaltet und ein Teil ihrer Interkontinentalraketen zerstört wird.

Den danach folgenden Atomkrieg hätte die Sowjetunion führungslos zu bestreiten; ihre intakt gebliebenen Mittelstreckenraketen könnten die USA nicht erreichen; ihre restlichen Interkontinentalraketen glaubt man teilweise abschießen zu können; der Krieg bliebe weitgehend auf Europa beschränkt.

Eine Stationierung dieser Waffen bedroht aber nicht nur die Sowjetunion als Gegner und den Rest Europas als Schlachtfeld. Sie würde auch die Stellung der USA gegenüber der Dritten Welt verändern.

Unabhängig von der Einstellung zur Sowjetunion ist es unbestreitbar, daß ihre Existenz als zweite Großmacht für die Völker der Dritten Welt bedeutsam ist. Neben politischer oder direkter Hilfe seitens der Sowjetunion, bietet manchmal schon allein die Möglichkeit, daß eine Regierung sich wegen solcher Hilfe an die UdSSR wenden könnte, größere Handlungsspielräume gegenüber den USA. Die Androhung eines atomaren Erstschlags würde die Sowjetunion aus Interventionen gegen die Dritte Welt heraushalten können. Der Krieg um das Öl des Nahen Ostens etwa könnte ungestört geführt werden.

Insoweit liegt die Verhinderung der Stationierung der neuen Raketen auch im Interesse der Völker der Dritten Welt, ganz abgesehen davon, daß etwa die in Camiso (Italien) stationierten Cruise Missiles auf Nordafrika (Libyen) gerichtet sind. Auch die Solidaritätsbewegung mit den Völkern der Dritten Welt ist insofern Teil der europäischen Friedensbewegung.

Ungeachtet der Tatsache, daß ein Atomkrieg die ganze Welt treffen würde und deshalb auch die Völker der Dritten Welt nicht gleichgültig lassen kann, bedeutet natürlich Friede für die Dritte Welt mehr als nur Nichtkrieg oder gar Nichtstationierung in Europa. Analphabetismus, Hunger, Krankheiten, wirtschaftliche Ausbeutung, Abhängigkeit, Zerstörung der eigenen kulturellen Identität stellen tagtägliche Gewalt gegen die Menschen der Dritten Welt dar, an der eine größere Zahl stirbt, als an Kriegen. Auch dort, wo keine Waffen im Einsatz sind, rechtfertigt es diese Gewalt, von einem ständigen, längst stattfindenden Krieg zu sprechen.

Wenn sich die Menschen in der Dritten Welt nach dem Scheitern aller anderen Mittel dazu entschließen, sich in diesem Krieg auch mit der Waffe in der Hand zu wehren, so ist das nichts als nackte Notwehr. Es steht uns in Europa, wo ein Großteil dieser Gewalt seinen Ursprung hat und wo wir nicht ums Überleben kämpfen müssen, nicht an, ihnen vorzuschreiben, ob sie das machen dürfen oder nicht. Insofern ist es nur konsequent, den Kampf der Völker der Dritten Welt für ein Ende des gegen sie geführten Krieges zu unterstützen, auch mit Sammlungen, wie „Waffen für El Salvador“, und gleichzeitig hier in Europa gewaltfreien Widerstand zur Verhinderung eines neuen Krieges zu leisten.

Beides ist ein einziger Kampf für weniger Gewalt. Oder, wie es ein salvadorianischer Dichter in einer „Hymne an ein Kind“ ausdrückte: „Wenn wir heute zur Waffe greifen müssen, geschieht das, damit Du morgen im Meer spielen kannst.“

Aus Reagans Aufrüstungsprogramm



US-Rakete Pershing II

Pershing II

„Mit der Einführung der Pershing II wird auch die US-Armee neben der Marine und der Luftwaffe über ein weitreichendes ballistisches Raketensystem verfügen. Während sie in der Vergangenheit auf atomare Kurz- und Mittelstreckenraketen beschränkt war, wird der NATO-Beschluß von 1979, die 108 amerikanischen Pershing-IA-Träger in der Bundesrepublik durch die gleiche Anzahl von Pershing-II-Trägern zu ersetzen, die Armee befähigen, tief in sowjetisches Territorium hineinzuschlagen. Die Reichweite der Pershing II beträgt 1.600 km im Vergleich zu den 160 bis 720 km der Pershing IA. Eine mögliche weitreichendere Version würde ihre Reichweite auf 3.000 km erhöhen. Die Pershing II wird die genaueste ballistische Rakete in der Welt sein. Ihr Wiedereintrittskörper wird durch ein an Bord eingebautes Radarsystem endanfluggeleitet, um innerhalb eines Radius von 30 m das Ziel zu treffen. Weitere Charakteristika der Pershing II sind ihre 4 bis 6 Minuten Flugzeit von der Bundesrepublik in die Sowjetunion und ihr hoher Bereitschaftsgrad.“

Cruise Missiles

Landgestützt

„Am 12. Dezember 1979 sind die Verteidigungs- und Außenminister der NATO übereingekommen, 464 bodengestützte Cruise Missiles in Europa zu stationieren: 160 in Großbritannien, 112 in Italien, 96 in Deutschland und je 48 in Belgien und in den Niederlanden. In Großbritannien und Italien sind die Entscheidungen über die Orte für die Cruise-Missiles-Stützpunkte bereits getroffen und bekanntgegeben worden. Der erste einsatzbereite Stützpunkt wird sich in Greenham Common befinden und soll im Dezember 1983 fertig sein.“

Seegestützt

„Die Marine plant, während der kommenden 10 Jahre für eine große Zahl von U-Booten und Überwasserschiffen bis zu 4.000 seegestützte Cruise Missiles zu bauen. Einige von ihnen werden Atomsprenkköpfe tragen. Die ursprünglichen Planungen sahen die Stationierung von SLCMs auf 30 Überwasserschiffen und 74 Angriffs-U-Booten vor.“

Luftgestützt

„Boeing hat kürzlich in vollem Umfang mit der Produktion der AGM-86 B luftgestützten Cruise Missiles begonnen. Gegenwärtig ist ein Bomber mit luftgestützten Cruise Missiles ausgerüstet. Im Fiskaljahr 1990 werden alle 172 B-52-G-Bomber mit je 20 luftgestützten Cruise Missiles ausgerüstet sein, von denen 151 jederzeit einsatzbereit sein werden. Die Gesamtkosten für 3.418 Marschflugkörper werden auf 6 Mrd Dollar geschätzt. Die Reagan-Administration hat beschlossen, außerdem auf 100 B-1B-Bombern und auf 96 B-52-H-Bombern luftgestützte Cruise Missiles zu stationieren. Dies könnte bedeuten, daß über die geplanten 3.418 ACLM hinaus weitere Hunderte oder Tausende von luftgestützten Cruise Missiles dazukommen.“

Warum setzen wir unseren Artikel als Gespräch fort? Wir arbeiten beide seit der Vorbereitung der Demonstration am 10.6.1982 im Koordinationskreis 3. Welt. Elisabeth Thölke-Sommer für die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Werner Rätz war in der Geschäftsführung zur Vorbereitung der Demonstration als Vertreter des Bundeskongresses entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (BUKO). Neben gemeinsamen Positionen und Analysen, die wir im ersten Teil zusammengefaßt haben, bleiben Differenzen u.a. in der Bewertung des Hauptinteresses der USA an der Stationierung, zum Friedensbegriff und zur Weiterentwicklung von Aktionsformen. Darauf gehen wir in dem folgenden Gespräch ein.

W. RÄTZ: Was ist das Hauptinteresse der USA in der US-Gewaltstrategie? Mir scheint klar, daß in der Stationierungsfrage zwei Interessen angeschnitten sind, daß es um ein Eindämmen der Sowjetunion geht, daß konkrete Punkte dafür aber in der Dritten Welt gesehen werden und dort im wesentlichen da, wo es zusammenhängende ökonomische Interessen der USA gibt.

Das Hauptinteresse der USA geht dahin, über die Herstellung eines atomaren Erpressungspotentials die Sowjetunion aus ihren Konflikten in der Dritten Welt herauszuhalten.

US-Hauptstoß gegen die UdSSR oder die Dritte Welt?

E. THÖLKE-SOMMER: Die globalstrategische Zielsetzung der USA, wie sie in den sog. Pentagon-Papieren dargelegt wird, macht deutlich, daß es das übergeordnete Ziel ist, die Enthauptung der Sowjetunion durchführbar zu machen. Wobei diese globalstrategische Überlegenheit der USA gegenüber der Sowjetunion auch dazu dienen soll, in der Dritten Welt unangefochten agieren zu können. Es ist – ausgehend von dieser globalstrategischen Zielsetzung – m.E. unsinnig, darüber zu streiten, ob es primär das eine oder das andere ist.

Das Problem, das dahinter steckt, ist meiner Meinung nach, daß die Argumentation, die Stationierung der Mittelstreckenraketen richte sich primär gegen die Dritte Welt, darauf abzielt, aus dem sog. Ost-West-Konflikt qua Interpretation herauszukommen, indem der sog. Nord-Süd-Konflikt als „eigentlicher“ Auseinandersetzungspunkt benannt wird.

W. RÄTZ: Im Begründungszusammenhang der USA für ihre Globalstrategie wird darauf hingewiesen, daß sich die Sowjetunion weltweit in der Offensive gegen die USA befände. Das würde vor allem so ablaufen, daß diese die USA von ihren Rohstoffen und Märkten abschneide.

Das wesentliche Feld des Zurückdrängens von US-Einfluß in den letzten 30 Jahren ist eben tatsächlich die Dritte Welt: vorhandene

Märkte und Rohstoffe standen den USA nicht mehr in dem Maße zur Verfügung wie in den 50er Jahren. Dabei hat die Sowjetunion nur begrenzt eine Rolle gespielt.

Vielmehr haben stärker die gewachsenen Selbstbestimmungsbestrebungen in der Dritten Welt und die gewachsene Konkurrenz anderer kapitalistischer Staaten, also Westeuropas und Japans, eine Rolle gespielt. Verloren haben die USA in den letzten Jahren vor allem an Einfluß in der Dritten Welt, während der Einfluß der USA in dem, was man realsozialistisches Lager nennen könnte, auch in den 50er Jahren de facto nicht vorhanden war. Natürlich besteht seitens der USA auch ein Interesse daran, daß sich dort die Bedingungen im Sinne der US-Politik verändern, die USA Zugang zu Rohstoffen und Märkten auch dort bekommen.

Von daher ist es gerechtfertigt, in der Dritten Welt einen Schwerpunkt zu sehen, was natürlich nicht heißt, daß es in der Reagan-Administration nicht auch Leute gibt, die einen Krieg gegen das realsozialistische Lager tatsächlich führen und gewinnen wollen.

E. THÖLKE-SOMMER: Ich würde Dir zustimmen, daß in der Siche-



Soldaten der Schnellen Eingreiftruppe in Ägypten

Aus Reagans Aufrüstungsprogramm

Trident U-Boote

„Die ersten 9 Trident U-Boote sind bewilligt worden und sollen alle 1987 fertiggestellt sein. Für das zehnte, elfte und zwölfte U-Boot hat der Kongreß kürzlich weitere Ausgaben bewilligt. Trident ist das größte U-Boot, das die USA jemals gebaut haben, und eine furchtbare Waffe. Es verdrängt fast 19.000 t (ein Poseidon U-Boot etwa 8.000 t) und ist 180 m lang. Jedes Trident U-Boot wird 24 Raketen im Vergleich zu den 16 Raketen auf Poseidon und Polaris U-Booten tragen. Die 168-192 Sprengköpfe werden jedem U-Boot eine Gesamtsprengkraft von 15-20 Megatonnen (Mt) geben. Zum Vergleich: Man schätzt, daß alle US-Bomben, die während des 2. Weltkrieges auf Europa und Japan abgeworfen sind, insgesamt etwa 2 Mt Sprengkraft gehabt haben.“

Neutronenwaffen

„Die Reagan-Administration hat beschlossen, mit der Produktion von Sprengköpfen mit verstärkter Strahlung oder 'Neutronenbomben' fortzufahren, die für Lance Boden-Boden-Kurzstreckenraketen und für 203-mm-Artillerie-Haubitzen vorgesehen sind. Man schätzt, daß 380 Sprengköpfe für die Lance Raketen und 800 für die 203-mm-Haubitzen hergestellt werden. Zumindest augenblicklich werden die Neutronensprengköpfe in den USA gelagert werden, bereit für eine schnelle Stationierung in Europa.“

(Aus: The defense monitor, hrsg. von Center for Defense Information, Washington, Bd. 10, Nr. 8/1982)

rung der US-Interessen in der Dritten Welt ein wesentliches Ziel der Reagan-Politik liegt. Der Punkt ist, daß auch die Frage, stärkeren US-Einfluß in der Dritten Welt zurückzugewinnen, damit verbunden ist, die Sowjetunion in den Griff zu bekommen. Wir gehen doch gemeinsam davon aus, daß sich in der Bundesrepublik stationierte Mittelstreckenraketen gegen das Territorium der Sowjetunion richten. Das soll sicher auch den Effekt haben, den USA zu ermöglichen, in der Dritten Welt zu agieren und gleichzeitig durch die Drohung mit dem Einsatz des in der Bundesrepublik stationierten Mittelstreckenraketenpotentials ein Eingreifen der Sowjetunion zu verhindern.

Hauptziel bleibt jedoch auch in diesem Fall, die Sowjetunion in den Griff zu nehmen. Langfristig sind die US-Interessen in der Dritten Welt nur dann vollständig durchsetzbar, wenn die Sowjetunion ausgeschaltet ist.

W. RÄTZ: Zugegeben, daß es ein Interesse in diese Richtung gibt. Es gibt jedoch einen Hinweis, daß das Interesse zumindest von großen Teilen, die hinter dieser sog. Nachrüstung stehen, nicht direkt auf einen Krieg zielt.

Der Beschluß, diese Raketen in diesem Jahr hier aufzustellen, stammt von J.Carter. Carter repräsentiert vor allem die Kräfte, die sich um die Wallstreet herum organisieren, also das was man Finanzkapital nennen könnte. Die haben in der Vergangenheit nicht primär auf militärische Auseinandersetzungen orientiert, sondern sich viel stärker darauf verlassen, daß ihre Kapitalkraft so stark ist, daß sie darüber den Einfluß, den sie wollen, weltweit immer wieder gewinnen.

Es gibt eine Aussage eines Theoretikers, eines Wissenschaftlers, der diese Positionen vertritt, die inhaltlich dahin geht, daß er sagt: In der Dritten Welt kommen zunächst die Befreiungsbewegungen, dann



Friedensdemo der 500 000 am 10. 6. 1982 in Bonn (l.); General a. D. Bastian nach einer Blockade-Aktion in Neu-Ulm, Ostern 1983

kommt der Kommunismus, dann kommt der Handel und dann kommen wir. Und da ist dann kein Krieg vorgesehen. Das heißt nicht, daß wenn es nicht mehr anders ginge, die nicht auch bereit wären einen Krieg zu führen. Aber das ist hier nicht die Hauptorientierung.

E. THÖLKE-SOMMER: In dieser Position wird davon gesprochen, daß das Kapital auf langfristige Realisierungsmöglichkeiten setzt, sich also damit abfindet, daß ein Land sozialistisch wird, weil es möglicherweise dort irgendwann einen Markt findet. Meiner Meinung nach ist das falsch, weil jeder multinationale Konzern verliert, wenn ein Land sich befreit. Auch ein in einem Land der Dritten Welt enteigneter multinationaler Konzern kann sicherlich irgendwann mit diesem Land wieder Handel treiben. Die Profite, die dabei erzielt werden, sind jedoch überhaupt nicht mit dem vergleichbar, was in Ländern der Dritten Welt erzielbar ist, solange Konzerne dort direkt herrschen.

Kuba ist ein Beispiel dafür: Trotz US-Wirtschaftsboykott gibt es Handel mit kapitalistischen Ländern. Mit der Ausplünderung des Landes vor der Revolution hat das jedoch nichts gemein.

W. RÄTZ: Beispiel kann eher ein Land wie Angola sein, wo es eine sich als sozialistisch verstehende Regierung gibt, wo vor allem die Ölkonzerne weiter anwesend sind zu Bedingungen, die teilweise besser geworden sind als vor der Revolution.

Zum anderen ist die Sowjetunion ökonomisch nicht in der Lage, die Rolle für viele Länder der Dritten Welt zu spielen, die sie für Kuba spielt. Viele Länder der Dritten Welt sind von daher gezwungen, internationales Kapital in ihren Ländern zu lassen, selbst wenn sie das politisch gar nicht wollen.

E. THÖLKE-SOMMER: Strittig ist die Frage, inwieweit man darauf setzen kann, daß eine von anderen Kapitalfraktionen gestützte US-Regierung eine andere Politik macht. Also „Handel statt Intervention“.

Sicherlich nutzen die Erdölmultis die Situation in Angola. Dennoch sind weltweit ihre Möglichkeiten, Profite zu realisieren, unter neokolonialen Bedingungen besser. Selbst wenn sie aktuell in Angola gute Realisierungsmöglichkeiten haben, ändert das nichts daran, daß die Befreiung eines Landes sich gegen die Interessen der multinationalen Konzerne richtet. Chile ist ein klassisches Beispiel dafür, daß internationale Konzerne zu allem bereit sind, wenn durch Befreiungsprozesse genau diese Möglichkeiten der Ausplünderung eingeschränkt werden.

Was heißt Frieden?

W. RÄTZ: Zugegeben. Das gilt sicherlich auch für die Carter-Administration im Fall Iran, wo eine militärische Intervention versucht worden ist. Ich glaube, wir kommen damit schon ein Stück zu unserem zweiten Punkt, dem in der Dritte-Welt-Bewegung viel diskutierten Problem, ob wir den Zustand, daß es keinen Krieg gibt, als Frieden definieren können?

Oder müssen wir nicht einen Friedensbegriff entwickeln – wie es die Dritte-Welt-Bewegung ja weitgehend auch getan hat –, der politische Abhängigkeiten, ökonomische Abhängigkeiten und die Sozialstruktur in den Ländern der Dritten Welt mit einbezieht? Müssen wir davon ausgehend nicht auch eine weltweite Militarisierung reflektieren, das Hineinstecken von Ressourcen in bestimmte Bereiche, die Welthandelsordnung? Können wir überhaupt als Europäer, die von den weltweit ungerechten Strukturen ja kollektiv in irgendeiner Weise profitieren, hingehen und einen Friedensbegriff nehmen, der sich im wesentlichen daran festmacht, daß es in Europa oder im Norden der Welt zwischen der Sowjetunion und den USA keinen Krieg gibt?

E. THÖLKE-SOMMER: Meines Erachtens sind zunächst zwei Dinge zu trennen: Ich würde Dir zustimmen, daß weltweiter Frieden die Beseitigung von Hunger, Analphabetismus und sozialem Elend einschließt, daß zum Frieden die Beseitigung der Ausplünderung der Länder der Dritten Welt durch die internationalen Konzerne gehört, daß die Beseitigung der Militarisierung auf allen Ebenen dazu gehört. Etwas anderes ist es jedoch, ob diese Definition von Frieden gleichzeitig eine Zielbeschreibung für die Friedensbewegung unseres Landes ist. Bei der von Dir als zu eng kritisierten Zielsetzung der Friedensbewegung, einen Krieg in Europa zu verhindern, geht es jedoch gar nicht um die weite oder enge Definition des Friedensbegriffes, sondern darum, die zentrale Aufgabe der Friedensbewegung hier, in der Bundesrepublik, anzugeben.

Konkret würde ich das sogar noch enger fassen in der Zielsetzung, die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu verhindern.

W. RÄTZ: Es ist klar: Wenn in Europa diese neuen Mittelstreckenraketen erst einmal losfliegen, dann können wir uns die Diskussion um die Weiterentwicklung in allen denkbaren Emanzipationsbereichen schenken, weil wir hinterher nicht mehr existieren. Ich halte es für wichtig, daß es keinen Krieg mit diesen neuen Mittelstreckenraketen gibt.

Alle Emanzipationsbewegungen müssen zusammenwirken

Es reicht mir jedoch insofern nicht aus, als die negative Zielbestimmung, die darin gemacht wird, um einen positiven Aspekt erweitert werden muß, wenn sie längerfristig politische Wirklichkeit werden soll. Dabei geht es um die Frage der Emanzipationsbestrebungen im weitesten Sinne überhaupt.

Ich denke, wir müssen Vorstellungen entwickeln, wie friedliches Zusammenleben von Völkern und innerhalb von Völkern möglich werden soll. Wir müssen Vorstellungen davon entwickeln, wie die Betroffenen die sie betreffenden Fragen selbständig und selbstbewußt in die Hand nehmen, wie sie ihre Probleme lösen können. Wir müssen Vorstellungen davon entwickeln, wie all die Dinge, die Strukturen, die unterdrückend sind, abzubauen und zu ersetzen sind durch neue, die ein friedliches, gerechtes Zusammenleben von Menschen und Völkern möglich machen.

D.h. wir müssen langfristig versuchen, unsere Arbeit dahin zu orientieren, daß die einzelnen Bewegungen, die hier gegen Frauenunterdrückung, gegen Umweltverschmutzung, in Solidarität mit der Dritten Welt arbeiten, auch die Friedensbewegung natürlich, sich langfristig zusammenfinden in einer einzigen großen Emanzipationsbewegung für eine Gesellschaft ohne Herrschaft und Unterdrückung.

E. THÖLKE-SOMMER: Einer der Vorwürfe aus der Dritte-Welt-Bewegung an die Friedensbewegung ist, daß die Friedensbewegung die Verhinderung der Stationierung mit der Sicherung des Weltfriedens gleichsetzen würde. Es gibt ja in der Tat keinen Frieden in der Welt, sondern in Mittelamerika z.B. Krieg.

Die globalstrategische Zielsetzung, die seitens der US-Administration mit den neuen Mittelstreckenraketen verbunden ist, beinhaltet jedoch eine neue Qualität in bezug auf mögliche globale militärische Auseinandersetzungen. Von daher geht es bei diesen Raketen tatsächlich um die Gefahr der völligen Zerstörung der Welt.

Jetzt zu dem Aspekt, der sog. eingeschränkte Friedensbegriff führe dazu, daß Bewegungen sich nicht langfristig weiterentwickeln. Auch für mich ist es ein richtiges Ziel, daß die Menschen dieser Erde gleichberechtigt als selbstbestimmte freie Individuen leben können. Wenn ich mich dafür ausspreche, daß das primäre Ziel der Friedensbewe-

gung dieses Landes die Verhinderung der Stationierung, der Erhalt des Friedens in Europa, so wie er jetzt besteht, sein muß, so beinhaltet das m.E. nicht die Gefahr, das die Friedensbewegung die Durchsetzung weitergehender Zielsetzungen beschränkt.

Im Gegenteil: ich würde in einer Ausweitung der jetzt auf der Tagesordnung stehenden Aufgaben der Friedensbewegung viel eher die Gefahr sehen, daß sie an Schlagkraft in bezug auf das Ziel der Verhinderung der Stationierung verliert. Problematisch wäre diese Konzentration auf die Verhinderung der Stationierung in diesem Zusammenhang nur dann, wenn damit weitergehenden Zielen entgegengegriffen würde.

W. RÄTZ: Klar, daß man das Endziel nicht vor dem ersten Schritt angehen kann. Es ist auch für den Frieden in der Dritten Welt eine Notwendigkeit, diese neuen Mittelstreckenraketen zu verhindern. Ich glaube nicht, daß ein atomarer Krieg beschränkt werden könnte auf Europa, das Territorium der Sowjetunion und der USA.

Wenn man sich bewußt macht, daß beispielsweise im Pazifik ein riesiges Potential an Atomwaffen liegt, dann kann ich mir nicht vorstellen, wie ein Krieg zwischen der Sowjetunion und den USA diese Potentiale auslassen könnte. Da ist die Dritte Welt dann ganz direkt betroffen. Ganz abgesehen von den Konsequenzen eines solchen Krieges mit atomarem Niederschlag, der dann überall hinzieht.

Selbst dort, wo keine Bomben fallen, wird es Zerstörungen unvorstellbaren Ausmaßes geben. Von daher ist es auch unsere ureigene Aufgabe als Solidaritätsbewegung, dafür zu arbeiten, daß ein Atomkrieg verhindert wird. Und in diesem Zusammenhang ist es tatsächlich ein entscheidender Schritt, die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen zu verhindern.

Im Herbst auf den praktischen Erfolg orientieren!

Ich bin auch der Meinung, das klang bei Dir eben kurz an, daß die Friedensbewegung genauso wie die Dritte-Welt-Bewegung dahin orientieren muß, in dieser Frage zu einem konkreten Erfolg zu kommen. Wir dürfen uns also nicht darauf beschränken, was ja ein wesentliches Feld der Arbeit ist, Aufklärung zu betreiben, sondern müssen tatsächlich auf einen praktischen politischen Erfolg jetzt orientieren.

Wie schaffen wir das? Aus dem Parlament heraus werden die Raketen nicht verhindert. Die Diskussion in der Friedensbewegung um Aktionsformen läuft ja seit längerem.

Es ist ja so, daß eine Mehrheit von Menschen gegen die Stationierung ist, und trotzdem hat eine Mehrheit von Menschen die Stationierungsparteien gewählt. Wir müssen also die Diskussion darum führen, wie zwei Dinge zu erreichen sind: erstens, daß eine größere Zahl von Menschen dieser Mehrheit, die gegen die Stationierung ist, das auch umsetzen in politisches Verhalten.

In der Friedensbewegung haben sich viele Menschen zusammengefunden, aus direkter Betroffenheit von diesen Raketen und aus direkter Angst, ohne sich auseinanderzusetzen zu haben mit Formen von ökonomischer Abhängigkeit, sozialer Unterdrückung und all den Dingen, die für die Dritte-Welt-Bewegung wichtig sind. Wir müssen darauf achten, daß es diesen Menschen in bezug auf die Widerstandsformen möglich gemacht werden muß, sich zu beteiligen. Das darf nicht in Widerspruch geraten zu der Frage, daß unser Widerstand auch radikaler werden muß.

In der Solidaritätsbewegung gibt es sehr vielfältige Aktionsformen, vom Verkauf von Waren aus der Dritten Welt bis zur Besetzung des Kölner Doms. Radikale und eher traditionelle Aktionsformen, das kann man aus der Solidaritätsbewegung lernen, haben ihren Platz nebeneinander.

E. THÖLKE-SOMMER: Du hast bei der Feststellung angesetzt, daß es keine parlamentarische Mehrheit gegen die Stationierung gibt. Ich gehe davon aus, daß auch dieses Parlament und diese Regierung gezwungen werden kann, auf politischen Druck zu reagieren. Die Kernfrage in bezug auf die Diskussion um Aktionsformen ist: Setzt man auf politischen Druck oder setzt man auf das Undurchführbarmachen der Stationierung durch unmittelbare Verhinderung.

In der Auseinandersetzung darum, welche Aktionsformen zu wählen sind, taucht die Forderung, keine Aktionsformen auszuschließen und radikaler zu werden, genau dort auf, wo die Möglichkeit politischen Drucks nicht mehr gesehen wird. Das gilt spätestens seit der Bestätigung der Rechtsregierung am 6. März 1983.

Meiner Meinung nach ist es falsch, die Frage der Radikalisierung ohne den Zusammenhang der Erhöhung des politischen Drucks zu diskutieren. Radikalisierung, die darin begründet liegt, daß „die sowieso machen, was sie wollen“, und wir nur durch direkte Aktionen konkrete Vorhaben be- oder gar verhindern können, geht von der gefährlichen Fehleinschätzung aus, daß Massenmobilisierung durch Avantgardeaktionen ersetzbar sei.

Es liegt in der Verantwortung eines jeden, der über Kampfformen diskutiert, nicht durch vermeintlich „radikale Tiefe“ die für den politischen Druck letztendlich ausschlaggebende Breite der Bewegung zu

verhindern.

W. RÄTZ: Als Postulat halte ich das für korrekt. Die abstrakt geführte Diskussion, ob irgendwann einmal gewaltsam geführte Aktionen notwendig werden können, halte ich für unsinnig, weil sie am Denken und an den Gefühlen von vielen in dieser Sache engagierten Menschen vorbeigeht.

Wir haben in der Bundesrepublik keine Situation, in der wir ein Projekt der Herrschenden rein militärisch verhindern könnten. Die AKW-Bewegung hat mit Platzbesetzungen, mit Versuchen unmittelbarer Verhinderung zwar kaum ein Atomkraftwerk tatsächlich praktisch verhindert, sie hat jedoch über diesen Weg eine politische Verschärfung der Situation hergestellt, einen Druck entwickelt, der zumindest die Durchsetzung des Atomprogramms erheblich verzögert hat. Von daher läuft die Verstärkung des politischen Drucks auch über die Radikalisierung von Kampfformen.

Bei den Diskussionen über mögliche und notwendige Aktionsformen geht es ja nicht darum, daß jeder das machen muß. Wichtig ist dabei, daß wir uns in der Friedensbewegung nicht in eine Situation manövrieren lassen, daß denjenigen, die nur demonstrieren, vorgeworfen wird, sie meinen das nicht ernst mit ihrem Engagement gegen die Raketen, oder in eine solche Situation, in der wir sagen, das diejenigen, die z.B. die Möglichkeit haben, einen Atomsprengekopf zu vernichten und das tun, sich außerhalb der Friedensbewegung stellen. Die Entscheidung darüber, welche Aktionsformen man anwendet, muß denjenigen überlassen bleiben, die die jeweiligen Aktionen durchführen.

E. THÖLKE-SOMMER: Es ist immer richtig, daß letztendlich jeder, der eine Aktion mit durchführt, dies selbst verantworten muß.

Wir führen jedoch diese Diskussion um Aktionsformen, weil wir in der Friedensbewegung eine Gesamtverantwortung haben, nämlich gemeinsam die neuen Raketen zu verhindern. Wenn wir von der Position ausgehen, jeder macht und verantwortet, was er will, können wir uns die Diskussion über Aktionsformen sparen.

Wir brauchen aber so weit wie möglich eine Einigung über Aktionsformen, um deutlich zu machen, daß tatsächlich die Mehrheit der Menschen in diesem Land gegen die Raketen auftritt.

Einigung über Aktionsformen muß in diesem Zusammenhang nicht heißen, daß alle das gleiche machen: Die für den Herbst geplante Aktionswoche und die drei Volksversammlungen werden sehr unterschiedliche Aktionsformen einschließen – von Blockaden über Unterschriftensammlungen für atomwaffenfreie Städte bis hin zu Großdemonstrationen.

Auch hier ist es jedoch die Verantwortung eines jeden, der subjektiv bereit ist, z.B. Militärtransporte zu verhindern, das so zu tun, daß nicht Menschen, die gerade bereit sind, zum ersten Mal in ihren Leben auf die Straße zu gehen, davon dann abgehalten werden, weil sie erneut Ängste entwickeln.

W. RÄTZ: Ich denke schon, daß unterschiedliche Positionen miteinander besprochen werden müssen. In dem Sinne wäre ich mit dem Begriff Gesamtverantwortung einverstanden.

Was nicht geht ist, wenn irgendjemand meint, hingehen und definieren zu können, was zur Friedensbewegung gehört und was nicht. Es ist klar, daß es in der Friedensbewegung Menschen gibt, die Gewalt in jeder Form und wo auch immer ablehnen. Ich teile diese Position nicht. Für mich ist die Frage der Gewalt abhängig von der Situation. Gerade in der Dritten Welt haben wir die Situation, daß Völker gezwungen sind, die Waffen in die Hand zu nehmen. Hier in der Bundesrepublik sehe ich persönlich das im Augenblick nicht.

Notwendige Vielfalt des Widerstands

Trotzdem gibt es Menschen, deren Erfahrungen ihnen da was anderes sagen. Das teile ich nicht, aber ich akzeptiere diese Menschen in der Friedensbewegung genauso wie radikalere Pazifisten.

Dabei muß aber klar bleiben, daß wir uns nicht den Legalitäts- und Gewaltbegriff der Herrschenden aufschwätzen lassen. Diese produzieren die Gewalt in Form von Pershing II und Cruise Missiles, Sozialabbau hier und Elend in der Dritten Welt. Die wirklich Kriminellen nennen unseren Widerstand gegen ihre Verbrechen illegal, aber er ist gerechtfertigt, gerecht und notwendig.

E. THÖLKE-SOMMER: Das Grundgesetz verpflichtet uns, alles zu tun, um zu verhindern, das von unserem Land wieder ein Krieg ausgeht. Ich stimme Dir auch von daher zu, daß die kriminellen Kriegsvorbereiter die verantwortlichen Politiker sind.

Dennoch: Wenn vermeintlich radikalere Aktionen dazu führen, daß z.B. der Vorstand einer Kirchengemeinde keinen Aufruf zum Widerstandstag der Kirchen beschließt, aus Angst, in gewaltsame Auseinandersetzungen zu geraten, ist es auch die Verantwortung derjenigen, die mehr als Aufrufe und Demonstrationen wollen, diese Angst ernstzunehmen und durch ihr Handeln zu vermindern.

(Vorabdruck aus einer geplanten Sonderausgabe der Dritte-Welt-Zeitschriften „1.2.3. Welt und Frieden“ zu den Herbstaktionen der Friedensbewegung 1983; mit freundlicher Genehmigung der Verfasser)



Schnelle Eingreiftruppe (RDF) im Wüstenmanöver (l.); RDF-Neutronenwaffenträger Lance-Rakete



Christopher Paine

Die Eingreiftruppe — Eckpfeiler im Atomkriegsplan Washingtons

In der amerikanischen Verteidigungskonzeption gibt es zwei Arten von Strände. Die erste ist die der Küstenlinie, die die US-Marines bei einer wirklichen oder geübten militärischen Intervention tatsächlich stürmen. Die zweite gehört in den Bereich der Atomstrategen. Wenn ihre Spiele eines „begrenzten“ Atomkriegs schieflaufen und eine Eskalation zu einem alles zerstörenden Krieg simulieren, dann nennen die Strategen dieses Ergebnis unter sich einen „Strand“, nach dem Titel des populären Romans Nevil Shutes über den atomaren Weltuntergang „Am Strand“.

In diesem Zeitalter, in dem zwei militärische Supermächte mit der Reichweite ihrer Kernwaffen die gesamte Welt umspannen, stellt sich jedoch unausweichlich die Frage: Ist es möglich, daß die Schnelle Eingreiftruppe die Strände am Persischen Golf stürmt, ohne daß wir alle am Strand der atomaren Vernichtung zurückbleiben?

Diese Metapher vom Strand beinhaltet die beiden Hauptdimensionen der gegenwärtigen militärischen Aufrüstung der USA — die Fähigkeit zu „schneller“ Intervention, hauptsächlich mit dem Ziel Naher und Mittlerer Osten, und das sowjetisch-amerikanische atomare Wettrüsten. Die Verbindungen zwischen diesen beiden Größen sind beträchtlich, doch werden sie im allgemeinen von den Gegnern der gegenwärtigen US-Politik nicht erkannt. Die meisten US-Bürger schauen auf das atomare „Gleichgewicht“ und sehen nur das wachsende Potential moralisch unbegreiflicher Zerstörung. In den Augen derjenigen aber, die auf hoher Ebene Politik machen, fällt die seit den späten 60er Jahren eingetretene Verlagerung von der eindeutigen amerikanischen Überlegenheit hin zu einem ungefähren Gleichgewicht (Parität) zusammen mit der zunehmenden Instabilität in den strategischen Schlüsselregionen der Welt.

„Westeuropa, unsere asiatischen Verbündeten und die Ver-

einigten Staaten haben ihre Abhängigkeit von den anderen Teilen der Welt gerade in der Zeit erhöht, als diese Gebiete in zunehmendem Maße durch feindlichen Einfluß verwundbar wurden“, schrieb Verteidigungsminister Caspar W. Weinberger in seinem Jahresbericht für das Haushaltsjahr 1983 an den Kongreß.¹

„Einen Krieg auf andere Schauplätze ausdehnen“

Diese erkannte Bedrohung bildet den Hintergrund für die Entscheidungen der Carter- und Reagan-Administration eine Schnelle Eingreiftruppe für Interventionen aufzubauen. Die strategischen Überlegungen im Umfeld der amerikanischen Pläne für militärische Interventionen sind ihrerseits eine Haupttriebkraft für die Anhäufung von Atomwaffen.

Der damalige Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General David C. Jones, befürwortete 1979 die MX-Raketen (interkontinentale Atomraketen; d. Red.) mit folgender Begründung: „Da die Aufgabe unserer strategischen Streitkräfte über die bloße Abschreckung eines Angriffs auf unsere Städte hinaus auch die amerikanischen Interessen und alliierten Streitkräfte in Übersee einschließt“, sagte er gegenüber dem Air-Force Magazin, „könnte es eine Umkehrung der kubanischen Situation (der Raketenkrise von 1962) geben, in der (die Sowjets) einen strategischen Vorteil verbunden mit einem lokalen Vorteil konventioneller Streitkräfte haben könnten.“

In einer derartigen Situation könnten die USA gezwungen sein, sich ohne Rücksicht auf das, was auf dem Spiel steht, zurückzuziehen. Um dieser Möglichkeit vorzubauen, befürwortete D.C. Jones eine verstärkte „Modernisierung der strategischen Streitkräfte“, wobei die „silozerstörende“ MX



Pentagon-Chef C. Weinberger am Schnellfeuergewehr

äußerste Priorität haben sollte.

Die Überlegenheit der konventionellen Streitkräfte der Sowjetunion in Schlüsselgebieten wie dem Nahen und Mittleren Osten (Südwestasien oder SWA im Sprachgebrauch des Pentagon), könnte nur durch eine Steigerung der sowjetischen Angst vor einer amerikanischen atomaren Eskalation ausgeglichen werden. „Der Schwerpunkt muß darauf liegen, daß diese Nation die Fähigkeit besitzt, einen länger andauernden Atomkrieg auch tatsächlich zu führen“, schloß General Jones, „mit allen damit verbundenen Konsequenzen.“² Erst vor kurzem haben Spitzenpolitiker der Reagan-Administration die amerikanische Atomkriegsstrategie ausdrücklich mit der auf den Nahen und Mittleren Osten ausgerichteten Fähigkeit zur Intervention in Verbindung gebracht. „Unsere Programme für die Haushaltsjahre 1983-87 legen ein verstärktes Gewicht auf unsere Fähigkeit, Truppen schnellstens nach Südwestasien transportieren zu können“, stellte C.W. Weinberger in seinem Jahresbericht fest.³

Doktrin des atomaren Erstschlags

An anderer Stelle im gleichen Bericht schrieb er: „Insbesondere für die Region am Persischen Golf basiert unsere Strategie auf dem Konzept, daß die Aussicht auf einen Kampf mit amerikanischen und befreundeten Streitkräften, verbunden mit der Aussicht, daß wir den Krieg auf andere Schauplätze ausdehnen könnten, die effektivste Abschreckung gegenüber einer sowjetischen Aggression darstellt.“⁴

Die strategische „Parität“ mit der Sowjetunion und die daraus resultierende Abschwächung der Wirksamkeit amerikanischer Drohungen, Atomwaffen einzusetzen, war ein Grund für den Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe (RDF).

In gewisser Hinsicht stellt die RDF eine Reorganisation der bestehenden konventionellen Streitkräfte dar, indem diese für einen „Machtvorsprung“ im Nahen und Mittleren Osten einsetzbar gemacht werden.

Es wäre jedoch ein Fehler, den Aufbau der RDF als Alternative zu einer Strategie zu sehen, die auf atomarer Eskala-

tion basiert. Ihr kommt vielmehr eine Schlüsselposition in einer Gesamtstrategie zu, die mehr als jemals zuvor auf einer Doktrin des Ersteinsatzes von Atomwaffen beruht. Dies gilt für verschiedene Ebenen:

Erstens wird das Vorhandensein einer Schnellen Eingreiftruppe es den USA wesentlich erleichtern, in eine Situation militärisch einzugreifen, die sie sonst mit politischen und diplomatischen Mitteln hätten lösen müssen. Somit nimmt die Wahrscheinlichkeit, daß sich Washingtons Drang zur Intervention in bewaffnetes Eingreifen umsetzen wird, eher zu als ab. Solche Interventionen sind die wahrscheinlichsten ersten Schritte zu einer Konfrontation, die schnell eine atomare Dimension annehmen könnte.

Zweitens besteht die RDF aus bereits vorhandenen bewaffneten Einheiten, die selbst schon „integriert“ und „doppelt einsetzbar“ sind: d.h. sie sind sowohl mit taktischen Atomwaffen als auch mit nichtatomaren Waffen ausgerüstet.

Drittens ist die RDF als „Stolperdraht“ angelegt – sie soll die Entschlossenheit der USA signalisieren, sowohl Atomwaffen einzusetzen als auch es mit konventionellen gegnerischen Streitkräften direkt aufzunehmen. Die RDF kann als eine Art „Auslöser für den Weltuntergang“ dienen, die ein Gegner nur unter dem Risiko anzugreifen vermag, einen gegenseitigen Vernichtungskrieg auszulösen.

Vor allem aber ist die Schnelle Eingreiftruppe eine Geisteshaltung, ein Stück ideologischen Hintergrundes, der den Ein-



Kriegsrat mit dem RDF-Oberkommandierenden, Generalleutnant Robert Kingston (l.)

satz amerikanischer Streitkräfte im Ausland ermutigt, sei es in Form kleiner Gruppen von Militärberatern, die mit Gewehren und Granatwerfern bewaffnet sind, oder in Form von B-52-Bombern, die mehr Explosivkraft an Bord haben, als im ganzen 2. Weltkrieg eingesetzt wurde. Neben „vorgeschobenen Stützpunkten“ in Europa und anderswo, einer Marine von mehr als einem Dutzend Flugzeugträger-Kampfvverbänden und Luftbrücken über weite Strecken trägt die Schnelle Eingreiftruppe zu der Fähigkeit bei, militärische Stärke auf globaler Ebene einzusetzen, um das, was Eugene Rostow (inzwischen abgelöster Abrüstungsdirektor R. Reagans; d. Red.) „öffentliche Weltordnung“ (Erhalt „einer progressiven und einheitlichen kapitalistischen Weltwirtschaft“) nennt, aufrechtzuerhalten. (...)

In einige Teile der Welt können US-Streitkräfte jedoch nicht problemlos „transportiert“ werden. Insbesondere in Europa und im Nahen und Mittleren Osten ist die Sowjetunion in der Lage, aufgrund ihrer konventionellen militärischen Stärke und ihrer geographischen Nähe ein Gegengewicht zu schaffen.

Einige US-Strategen erkennen an, daß die Sowjetunion vielleicht gar nicht die größte Bedrohung für die US-Interessen in der Dritten Welt darstellt. Der frühere Verteidigungsminister Harald Brown warnte in seinem „Lagebericht“ für das Finanzjahr 1981 davor, daß Unruhen, die ihre Wurzeln in

„der explosiven Ungleichheit zwischen Reichtum und Hunger“ haben, „der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion an Schärfe fast gleichkommen“ könnten.⁵

Für die Reagan-Administration hingegen scheint dies ein und dasselbe zu sein. (...) In einem Wahlkampfinterview im Juni 1980 sagte Ronald Reagan, daß „die Sowjetunion hinter der ganzen herrschenden Unruhe steht. Wären sie nicht in dieses Dominospiel verwickelt, gäbe es keine Krisenherde auf der Welt.“⁶ (...)

Wie auch immer die Frage der angemessenen Größe und Zusammensetzung der konventionellen US-Streitkräfte diskutiert wurde, sie stand immer im Zusammenhang einer „integrierten“ Anordnung von konventionellen und atomaren Streitkräften.

Die RDF – ein „tragbares Dienbienphu“

Das wesentliche Element dieser Strategie ist, daß die Initiative zur atomaren Eskalation jeglichen Konflikts, falls sie notwendig ist, bei den Vereinigten Staaten bleibt – um, wenn möglich, Bedrohungen abzuschrecken und mit den Bedrohungen, die dennoch auftreten, fertigzuwerden. (...)

Auf seiner ersten Pressekonferenz als Oberster Befehlshaber des US-Militärapparats wurde R. Reagan gefragt, ob die USA Schritte der Sowjetunion, den Ölhahn am Persischen Golf zuzudrehen, militärisch verhindern könnten.

„Nein“, antwortete er, fuhr aber fort, seinen Ruf nach US-Militär-„präsenz“ in der Region zu wiederholen: „Präsenz bedeutet, daß wir dort stark genug vertreten sind, um zu wissen und die Sowjets wissen zu lassen, daß sie, unternähmen sie einen leichtsinnigen Schritt, eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten riskieren.“

Wäre dies nicht eine leere Drohung? fragte ein Reporter.

„Nein, das wäre es nicht. Man hißt ja nicht nur eine Fahne, geht weg und läßt es dabei bewenden. Es würden Amerikaner dort sein ... so wie das gerade jetzt mit der Marine im Indischen Ozean der Fall ist. Aber ich denke, daß wir auch eine Präsenz zu Lande brauchen... Dies beruht auf der Annahme – und wie ich glaube richtigen Annahme –, daß die Sowjetunion nicht bereit ist, sich auf eine solche Konfronta-



Die Superwaffe der USA: MX-Interkontinentalrakete

tion, aus der ein 3. Weltkrieg werden könnte, einzulassen... Sie werden das in ihre Berechnungen einbeziehen müssen.“⁷ Mit anderen Worten, jeder sowjetische Angriff auf eine amerikanische Expeditionstruppe würde für Washington Anlaß genug sein für den Ersteinsatz von Atomwaffen.

Es ist genau diese Möglichkeit, die Daniel Ellsberg veranlaßt hat, die RDF als „tragbares Dienbienphu“ zu bezeichnen. Er stellt damit den Bezug zu der im Jahre 1954 belagerten französischen Festung in Vietnam her, die nur durch die Androhung oder den tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen hätte „gerettet“ werden können. (US-Außenminister John Foster Dulles hat – wie bekannt wurde – dem französischen Premierminister George Bidault drei taktische Atomwaffen angeboten, um die Belagerung zu beenden. Frankreich lehnte das Angebot jedoch ab.)



Neues Trident-U-Boot „Ohio“, das Raketen mit insgesamt 192 atomaren Sprengköpfen an Bord hat

„Ihre Hauptfunktion bestünde vielleicht darin, Beweis für die reale und sichtbare Entschlossenheit zum möglichen Ersteinsatz von Atomwaffen durch die Vereinigten Staaten zu sein.“⁸

Die RDF ist keine neue oder konventionelle Spezialtruppe. Sie ist eine Zusammenfassung von Elementen, die in den vier Waffengattungen bereits vorhanden sind.

Als solche ist sie mit ihrem Anteil an Waffensystemen ausgerüstet, die „doppelt einsetzbar“ sind, d.h. sie ist in der Lage, sowohl atomare als auch konventionelle Gefechtsköpfe abzufeuern. Der RDF steht ein bestimmtes Quantum der ca. 17.000 taktischen atomaren Gefechtsköpfe zur Verfügung, die Teil der Gesamtstruktur der US-Streitkräfte sind.

Eine solche Austauschbarkeit ist, laut Armeegeneralmajor Louis Wagner, wesentlich im Hinblick sowohl auf die Kosten als auch auf die verfügbaren Soldaten. „Wir setzen die gleichen Truppen ein und verwenden die gleichen Kanonen, um den atomaren wie den konventionellen 'job' zu erledigen“, sagte er vor dem Streitkräfteausschuß des Repräsentantenhauses im März 1980. „Wir möchten Truppen für unvorhergesehene Fälle in Bereitschaft haben. Dies ist heute sehr wichtig, und wenn wir 'doppelt einsetzbare' Truppen haben, insbesondere bei unseren 155-mm- und 203,2-mm-Geschützen, können alle Einheiten, die in Schnellen Eingreiftruppen sind, über diese Dinge verfügen, so daß sie eine doppelte Einsetzbarkeit haben.“⁹

Präsident Reagan hat in dieser Hinsicht keine Vorbehalte. „Für mich ist der Neutronensprengkopf konventionell“, sagte er während der Wahlkampagne von 1980. „Ich befürworte die Entwicklung und den Einsatz des Neutronengefechtskopfes für US-Einsatztruppen, einschließlich ballistischer Raketen, Marschflugkörper, Artillerie und Bomben.“¹⁰

Der Präsident glaubt, daß die Eskalation zu einem umfassenden Atomkrieg vermieden werden kann. „Ich könnte mir vorstellen, daß es zu einem Einsatz von taktischen Atomwaffen gegen Fronttruppen kommen könnte, ohne daß deswegen eine der Großmächte auf den Knopf drückt“, bemerkte er im Oktober 1981.¹¹

Verteidigungsminister C.W. Weinberger verließ der Bereitschaft Ausdruck, Atomwaffen sogar gegen Gegner einzusetzen, die selbst über keine Atomwaffen verfügen. Auf die ihm während seines Bestätigungsverfahrens gestellte Frage, ob er „den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam empfohlen“ hätte, antwortete C.W. Weinberger: „Ich glaube, es ist immer noch möglich, gewisse Kriege mit konventionellen Streitkräften, ohne Einbeziehung von Atomwaffen, zu führen... Aber ich bin der Ansicht, daß, wenn man potentiellen Gegnern von vornherein zu verstehen gibt, man beabsichtige nicht, gewisse Grenzen zu überschreiten, man fast sicher ein neues Vietnam haben wird... Immer, wenn man in einen Krieg eintritt, muß die Möglichkeit des Einsatzes aller verfügbaren Waffen offengelassen werden.“¹²

Als ob damit die atomare Dimension der Schnellen Eingreiftruppe hervorgehoben werden sollte, bildet ein Geschwader von 28 strategischen Bombern B-52H, mit Auftank- und Aufklärungsflugzeugen vom Strategischen Luftkommando, einen ihrer charakteristischen Bestandteile. Als Strategische Stoßtruppe bezeichnet, stellt sie – so der Leiter des Strategischen Luftkommandos, Richard Ellis, im Jahre 1980 – „eine billige, kurzfristige Lösung eines nationalen Problems“ dar.¹³

Im Arsenal: B-52, Cruise Missiles, Neutronenwaffen

„Die Flugzeuge des Strategischen Luftkommandos gewährleisten auch über weite Entfernungen einen schnellen Truppentransport zu konventionellen und atomaren Kriegsschauplätzen“, bezeugte R. Ellis. Und an anderer Stelle führte er aus, daß die Strategische Stoßtruppe sowohl „bis zu 200 Tonnen an konventionellen Sprengstoffen pro Tag“ als auch eine Reihe von thermonuklearen Sprengköpfen abfeuern kann. „Die Truppe kann innerhalb von 24 Stunden Gefechtsstellung beziehen und innerhalb von 12 Stunden nach der Landung auf einem vorgeschobenen Stützpunkt Kampfeinsätze fliegen“, behauptete R. Ellis.

Das schwache Glied in diesem Plan waren die „vorgeschobenen Stützpunkte“. (...) Während der Kriegsmanöver „Heller Stern“ (im Oktober 1980; d. Red.), die auf die Ermordung Anwar Sadats folgten, inszenierte das Pentagon ein B-52-Bomber-Rennen von Luftkommando-Stützpunkten in Norddakota in die ägyptische Wüste.

In dieser Region und ihrem Einzugsbereich werden Flughäfen für die Unterbringung von B-52-Bombern errichtet oder ausgebaut. Dazu gehören Diego Garcia im Indischen Ozean und Ras Banas an der ägyptischen Küste des Roten Meeres. Thamrit in der omanischen Provinz Dhofar „verfügt über eine der längsten Startbahnen der Welt“.¹⁴

Die B-52-Bomber gehören praktisch zu den Atomwaffen, die sich bereits in unmittelbarer Reichweite der Golfregion befinden. Die drei Flugzeugträger-Kampfverbände, die im Indischen Ozean und im östlichen Mittelmeer stationiert sind, haben Hunderte der folgenden Waffen an Bord:

Leichte Atombomben B-61 mit vier Gefechtsköpfen von 100-500 Kilotonnen (kt) Sprengkraft; leichte atomare Wasserstoffbomben B-57 mit vier Gefechtsköpfen von bis zu 20 kt Sprengkraft; mittelschwere Atombomben B-43 mit wenigstens fünf Gefechtsköpfen; W-44-Gefechtsköpfe von ca. 1 kt Sprengkraft für Anti-U-Boot-Raketen, die von Schiffen abgefeuert werden; W-55-Gefechtsköpfe von mehreren kt Sprengkraft für U-Boot-gestützte Anti-U-Boot-Raketen; und

W-45-1-Gefechtsköpfe von 1 kt Sprengkraft für Boden-Luft-Luftabwehrraketen.¹⁵

Die Anti-U-Boot-Aufklärungsflugzeuge P-3 von Lockheed, die heute von Diego Garcia und der zu Oman gehörenden Masirah-Insel starten, sind mit der leichten atomaren Wasserstoffbombe B-57 ausgerüstet. Eine neue mittelschwere Atombombe mit hoher Sprengkraft, die B-83, wird die gegenwärtig auf Flugzeugträgern eingesetzte B-43 ersetzen. Landgestützte Flugzeugabwehrraketen werden mit neuen W-81-Gefechtsköpfen mit geringerer Sprengkraft bestückt. 1984 könnten möglicherweise die im Indischen Ozean patrouillierenden Schiffe und U-Boote die seegestützte Cruise Missile mit W-80-Gefechtsköpfen von 200 kt Sprengkraft an Bord haben. Auch die auf Sizilien stationierten Cruise Missiles werden den Nahen und Mittleren Osten erreichen können.

Das Marineinfanteriekorps hat seine atomare Schlagkraft enorm erhöht. Die Luft-Boden-Einsatztruppe der Marine bildet einen weiteren wichtigen Bestandteil der Schnellen Eingreiftruppe.

Alte Kriegsflugzeuge Phantom F-4, die für das Abfeuern von



Auf der „Nimitz“, dem größten Atomflugzeugträger der USA, sind mehr als 90 Kampfflugzeuge, darunter

Atomwaffen nicht „zugelassen“ waren, werden durch atomar „zugelassene“ F/A-18 Hornets ersetzt. Die nichtatomaren senkrecht startenden und landenden Nahversorgungsflugzeuge AV8-A Harrier werden durch atomar einsetzbare AV8-B ersetzt. Die nichtatomar einsetzbare 105-mm-Artillerie wird durch die doppelt einsetzbaren 155-mm-Geschütze ersetzt, wodurch sich das atomare Artilleriepotential der Marineinfanterie fast verdoppelt.¹⁶

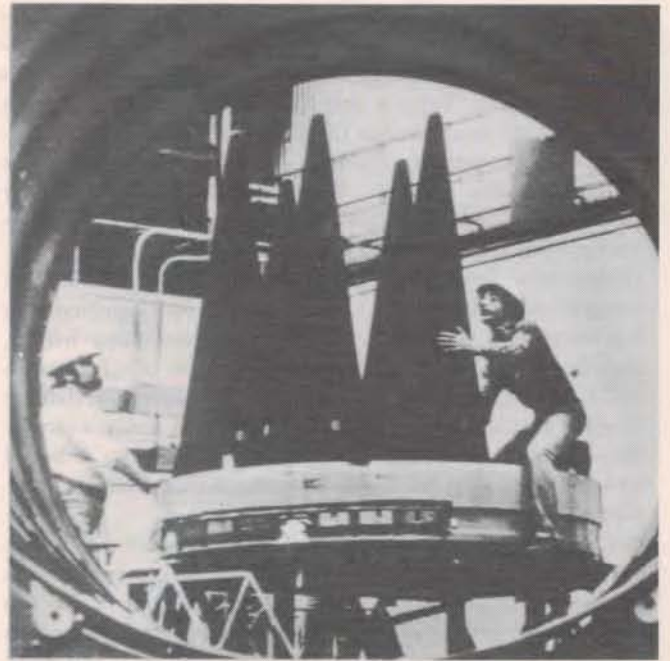
Es gibt ungefähr acht Typen atomar einsetzbarer 155-mm-Geschütze, die die ungefähr 3.300 taktischen Atomgeschosse des Typs W-48 abfeuern können, welche die USA gelagert haben. Eine typische Wasser-Land-Truppe der Marine ist auch mit ca. einem Dutzend 203,2-mm-Haubitzen ausgerüstet, die sowohl die älteren W-33-Atomgeschosse als auch die neueren W-79-Neutronengefechtsköpfe abfeuern. Ursprünglich für den Einsatz in Europa konzipiert, werden 800 dieser Neutronenwaffen zunächst für einen möglichen Kriseneinsatz auf Vorrat in den USA produziert.

Ein strategisches Gleichgewicht, das für eine bloße Abschreckung atomarer Angriffe auf die Territorien der USA

und der Sowjetunion genügen würde, wurde nach den Worten des Exdirektors der Waffenkontroll- und Abrüstungsbehörde, Eugene Rostow, „immer als völlig ungenügende Richtlinie für Verhandlungen auf atomarem Gebiet zurückgewiesen“¹⁷ (...)

Henry Kissinger, dessen erstes Buch den Titel „Atomwaffen und Außenpolitik“ trug und der nach wie vor als inoffizieller Berater der Reagan-Administration für die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten tätig ist, verkündete vor kurzem, daß „die Golfstaaten erkennen müssen, daß wir bereit sind, sowohl ihre Binnenstruktur als auch ihre Grenzen zu schützen. Und man muß bei ihnen Vertrauen schaffen in die Mittel, die wir einsetzen werden.“¹⁸ H. Kissinger fuhr fort: „Wir müssen eine glaubwürdige Fähigkeit zur schnellen Unterstützung bei inneren Unruhen entwickeln.“ Amerikanische Lebensinteressen schließen unter diesem Blickwinkel den Schutz der herrschenden Familien der Golfstaaten und der Arabischen Halbinsel ein.

Dies unterstrich auch Präsident Reagan im Oktober 1981, als er erklärte, daß „wir nicht zulassen werden, daß aus Saudi Arabien ein Iran wird.“¹⁹ Die meisten US-Militärbera-



Atomare Gefechtsköpfe der MX-Raketen

Das zwingt den Gegner, zwischen potentieller selbstmörderischer Eskalation oder Rückzug zu wählen. Das Bauen der USA auf eine Strategie des atomaren Erstschlags führt in Washington unausweichlich zu einer intensiven Sorge um das gesamte Gleichgewicht von atomaren Präventivkapazitäten auf der strategischen interkontinentalen Ebene und um das atomare Gleichgewicht auf verschiedenen Schauplätzen mit unterschiedlicher Intensität.

Diese bizarre und apokalyptische Vision bildet eine nur zu einleuchtende Verbindung zwischen der künftigen Stabilität des Hauses Saud und der Entscheidung der Reagan-Administration, MX-Raketen zu produzieren und einzusetzen. Dies ist die reale Konsequenz von Verteidigungsminister Weinbergers Mahnung, daß „die Möglichkeit des Einsatzes jeder zur Verfügung stehenden Waffe offen gelassen werden muß“.

Bei einer Überprüfung des militärischen Gleichgewichts in Südwestasien kann ein amerikanischer Militärplaner erkennen, daß die US-Bedrohung der sowjetischen Panzer- und Luftlandedivisionen, die in der Golfregion intervenieren könnten – z.B. der atomar bestückten A-6-Kampfflugzeuge auf Trägern im Arabischen Meer – durch die Drohung eines sowjetischen Präventivschlags auf diese Flugzeugträger mit atomar bestückten Backfire-Bombern und U-Booten aufgehoben wird.

„Begrenzter“ Atomkrieg von Südwestasien her?

Um die ursprüngliche Drohung glaubhaft zu machen, müssen die Vereinigten Staaten in der Lage sein, die Sowjetunion von Angriffen auf die in dem Gebiet konzentrierten US-Streitkräfte abzuschrecken. Dies bringt die militärische Notwendigkeit mit sich, die präventive Zerstörung aller sowjetischen Luftbrücken und Bomberbasen, Kommandoposten und Reservedepots für den Kriegsfall, die eine sowjetische militärische Operation im Nahen und Mittleren Osten unterstützen könnten, anzudrohen – also mit einem „begrenzten“ Erstschlag, bei dem in Europa, im Indischen Ozean und Westpazifik stationierte Raketen und Flugzeuge eingesetzt werden.

Aber die sowjetischen Strategen haben SS-20-Mittelstreckenraketen, um die US-Stützpunkte und Streitkräfte im Nahen und Mittleren Osten und die Zugänge zu diesem Ge-



nwaffenträger, stationiert

ter halten nicht eine sowjetische militärische Intervention für die wahrscheinlich ernsteste Bedrohung, die einem langen Leben der herrschenden Familien am Golf entgegensteht.

Die Neigung, hinter jeder lokalen Erhebung „eine sowjetische Subversion“ und „sowjetische Stellvertreter“ zu sehen, macht es jedoch schwer, militärische Maßnahmen gegen lokale sowjetische Verbündete und Interessen auszuschließen. (...)

Es besteht, mit anderen Worten, die sehr große Gefahr einer US-Militärintervention, die zu einer Konfrontation mit der Sowjetunion führen könnte, welche schnell atomar zu werden droht. Die vorherrschende militärische Logik gebietet, daß eine Drohung, die den Prozeß der atomaren Eskalation einleiten soll, durch die regionale und letztlich interkontinentale Fähigkeit, das gegnerische Atomwaffenarsenal präventiv zu zerstören, „glaubwürdig“ gemacht werden muß. Abgesehen davon ist es das Ziel, einem Gegner alle Möglichkeiten zu einer Antwort zu nehmen, die auch nur im entferntesten der Ausgangsprovoaktion angemessen wäre.

biet gleichermaßen zu bedrohen. Um diese potentielle Eskalation abzuschrecken, zählen die US-Strategen auf die Pershing II und andere landgestützte Raketen, um die sowjetischen Frühwarn-, Befehls- und Kontrollsysteme zu bedrohen und damit die sowjetischen Interkontinentalraketen lahmzulegen. Das sowjetische Waffenarsenal wäre dann durch die neuen MX- oder Trident-II-Raketen verwundbar, oder sogar durch die „silozerstörenden“ Sprengköpfe der schon existierenden Minuteman II und III.

Spinnt man dieses Konfliktszenario weiter, so müßten die Sowjets mit allen ihren U-Booten, die einen präventiven Raketenangriff auf ihre Stützpunkte überstanden hätten, amerikanische Städte oder Industrien oder US-„hunterkiller“-U-Boote angreifen. Unsere Strategen sagen uns, daß die Sowjets aus Angst, ihre eigenen Städte dem riesigen atomaren Zerstörungspotential der noch vorhandenen U-Boote und Bomber der USA auszusetzen, diesen Schritt wahrscheinlich nicht wagen würden.

Der sowjetische Generalstab, so argumentieren US-Strategen, würde diese Kette von Ereignissen im voraus berücksichtigen und der sowjetischen Führung mitteilen, daß das gegenwärtige strategische Ungleichgewicht den Vereinigten Staaten die Annahme gestattet, daß sie glaubhaft mit einer atomaren Eskalation drohen könnten. Da dies eine solche Eskalation seitens der USA wahrscheinlicher machen dürfte, könnte die Sowjetunion nicht in Erwägung ziehen beispielsweise in Saudi Arabien einzugreifen, um dort einer neuen und bedrängten revolutionären Regierung zu helfen und eine Wiederherstellung der Monarchie zu verhindern. (...)

Da die Russen erkennen müßten, daß eine Eskalation den Schaden für ihr Heimatland nur vergrößerte, würden sie aufgeben und sich zurückziehen. Oder im noch günstigeren Fall würden sie, weil sie diese Überlegungen bereits im voraus angestellt hätten, von Anfang an auf jegliches Eingreifen verzichten.²⁰

Atomare Überlegenheit als Freibrief...

Solche Szenarios bilden die logische Grundlage für die neuen strategischen Waffen wie die MX und die Pershing II. Und innerhalb dieses speziellen Zusammenhangs von atomarer Eskalation und Erstschlag sieht das Pentagon die potentielle Verletzbarkeit der silogestützten Minuteman-Raketen als ernste „Schwäche“ in der atomaren Position der USA an.

Viele andere Kernwaffen würden einen sowjetischen Angriff auf die Vereinigten Staaten überstehen. Aber, so behaupten Militärplaner, die Verletzbarkeit der Minuteman-Raketen vermindere die Glaubwürdigkeit der atomaren Bedrohung der Sowjetunion durch die USA in einer Krise, die die amerikanischen „Lebensinteressen“ in Übersee berühre. (...) Der (von den Befürwortern der neuen US-Interkontinentalrakete MX behauptete; d. Red.) „Verlust“ der amerikanischen atomaren Überlegenheit ist eine in sich selbst schon anfechtbare Behauptung. Noch weitaus zweifelhafter ist der Gedanke, daß die „Gleichheit“ es der UdSSR „freistelle“, ihre konventionellen oder taktischen Atomwaffen in bestimmten Regionen einzusetzen, ohne Angst vor „kontrollierten“ atomaren Angriffen der USA auf die Sowjetunion selbst.

Dies ist eine Theorie, die kaum eine empirische Bestätigung finden wird, doch glauben ihre Befürworter – die in der Regierung der USA im Bereich der nationalen Sicherheit höchste Positionen bekleiden – fest daran.

Sie schreiben ihr die vielfältigen Rückschläge für die US-Interessen in der Dritten Welt während des letzten Jahrzehnts zu, von Afghanistan und Angola bis Nicaragua und El Salvador. Und dies geschieht trotz der Tatsache, daß die Sowjetunion nichts derart „Abenteuerliches“ mehr gewagt

hat, wie den Versuch im Jahre 1962, als zwischen ihr und den USA noch keine solche nukleare Parität bestand, auf Kuba Mittelstreckenraketen zu stationieren.

Diese Überlegungen übertragen amerikanische Pläne und Fähigkeiten spiegelbildlich auf die sowjetische Seite zu einem Zeitpunkt, da die USA nicht mehr jede nur erdenkbare Möglichkeit zur Eskalation völlig „dominieren“ können. (...) Die Unfähigkeit der USA zu einer ernsthaften atomaren Eskalation bei gleichzeitiger Kontrolle dieser Eskalation durch einen militärischen Gegenschlag steht hinter dem irreführenden Ruf der Reagan-Administration nach einer „Zweitschlagskapazität“ und einer „Sicherheitszone“. Mit einer solchen Wiederherstellung der Stärkeposition, so der Chefunterhändler Ronald Reagans bei Waffenkontrollverhandlungen, General Edward Rowny, „könnten wir kleine Risiken eingehen, ohne daß aus ihnen große würden“.²¹

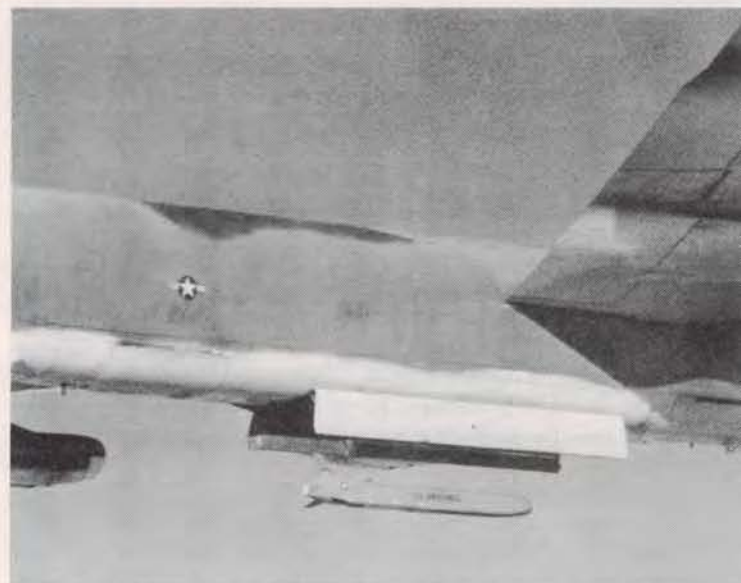
Um effektiv zu sein, muß die amerikanische Androhung des Einsatzes von Atomwaffen auch angesichts gleichwertiger sowjetischer Gegendrohungen glaubwürdig sein. Die Aufgabe, diese Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten, ist zum einen technischer Art und beruht in dieser Hinsicht auf gewissen „rationalen“ Berechnungen. Dennoch basiert sie in erster Linie auf einer psychologischen Kampagne des Bluffens und der Einschüchterung.

...für US-Intervention in der Dritten Welt

„Modernisierung“ der atomaren Kapazitäten, Verbesserung der Präzision und „Überlebensfähigkeit“ (von Raketen!) und die Minderung unerwünschter „Nebeneffekte“ (wie etwa die Sprengung von Ölfördereinrichtungen durch Druckwellen, radioaktiver Niederschlag auf die eigenen Truppen) erhöht die tatsächliche militärische Nützlichkeit dieser Waffen.

Militärplaner rechnen damit, daß diese „Verbesserungen“ die „rationalen“ Erwartungen des Gegners anwachsen lassen, daß diese Waffen zur Verteidigung amerikanischer „Lebensinteressen“ am Persischen Golf²² und überall sonst auf der Welt auch tatsächlich eingesetzt würden. Ständige Modernisierung ist grundlegend, um bei Gegnern wie bei Verbündeten den falschen Eindruck zu vermeiden, daß die US-Führung ihre „Entschlossenheit“ zum Einsatz von Atomwaffen verloren habe.

Verteidigungsminister Weinberger und andere hohe Beamte der gegenwärtigen Administration behaupten nachdrücklich,



Ein atomarer Marschflugkörper Cruise Missile wird aus dem Schacht eines B-52-Bombers ausgeklippt (1981 in Ägypten: „Vergeßt nicht, Amerika ist die Nr. 1“)

ihre Atomkriegspolitik stelle keine radikale Abkehr von derjenigen der bisherigen Regierungen seit dem Weltkrieg dar. C.W. Weinberger könnte Dokumente wie das Memorandum 68 des Nationalen Sicherheitsrates vom April 1950 im Kopf haben, das feststellt, daß „uns unsere gegenwärtige Schwäche daran hindern würde, an irgendeinem der verschiedenen lebenswichtigen Punkte wirkungsvollen Widerstand zu leisten. Das einzige Abschreckungsmittel, das wir dem Kreml entgegensetzen können, ist die Bereitschaft, die wir erkennen lassen, jeden der kritischen Punkte, den wir halten können, als Anlaß für einen globalen Vernichtungskrieg zu nehmen.“²³

„Kritischster Punkt“ der RDF: die Golfregion

Für die 80er Jahre wurde als „kritischster Punkt“ das Gebiet Persischer Golf/Arabische Halbinsel gesichtet. So wurde am 1. Januar 1983 die mit Atomwaffen ausgerüstete und abgeseicherte Schnelle Eingreiftruppe (RDF) formal als gesonderter „Vereinigtes Kommando für Südwestasien“ gebildet. Nach Aussage von Generalleutnant Robert Kingston, dem Befehlshaber der RDF, wird das neue Kommando eine „klare Autorität und Verantwortung für die militärischen Aktivitäten der USA in der Golfregion und Südwestasien“ haben. Die RDF gewinnt auf allen Ebenen rasch an Umfang: Der Beitrag der Armee in Höhe von drei Divisionen wurde auf fünf ausgedehnt, die fünf taktischen Kampfgeschwader der Luftwaffe wurden auf zehn verdoppelt, und das Personal des Hauptquartiers wuchs von 260 Personen im März 1982 auf 960 im Januar 1983.

Die US-Informationsbehörde schickte einen Beamten, um die Propagandaanstrengungen zu beaufsichtigen. Das neue Kommando ist das erste, das einen eigenen Geistlichen als Berater für über 200 Geistliche der verschiedenen Einheiten in seiner Führung haben wird. Dieser übergeordnete Kaplan wird auch „die Einsatzbefehle, wenn sie herauskommen, auf ihre Moral überprüfen“, schreibt der Reporter der New York Times, Richard Halloran. „Wir wollen hier keine neuen My Lai“, wird ein Offizier zitiert. Weitere Hiroshimas liegen wohl außerhalb der Moral.²⁴

In dem sogenannten „Verteidigungs-Leitlinien“-Dokument für 1984-88 des Verteidigungsministers heißt es: „Es ist von grundlegender Bedeutung, daß die Sowjetunion mit der Aussicht auf einen größeren Konflikt konfrontiert ist, sollte sie danach trachten, die Ölfelder am Golf in den Griff zu

bekommen. Da die Sowjets lokale politische Instabilität fördern oder ausnutzen könnten, könnten sich ihre Streitkräfte auch auf andere Art als durch eine direkte Invasion in dem Gebiet breit machen. Wir sollten unter allen Umständen darauf vorbereitet sein, amerikanische Streitkräfte direkt in die Region zu bringen, sollte sich zeigen, daß die Sicherheit des Zugangs zum Persischen Golf gefährdet ist...“²⁵

Da weniger als 13% des Ölbedarfs der Vereinigten Staaten und nur 5% ihres gesamten Energiebedarfs aus der Golfregion gedeckt werden, ist die Frage des Zugangs nicht mit den Öllieferungen als solchen verbunden. Jedes Regime, ganz gleich welcher ideologischen Richtung, sähe sich auch weiterhin mit der unausweichlichen Notwendigkeit konfrontiert, für den internationalen Markt, besonders für die US-Verbündeten in Europa und Asien, Öl zu fördern und auf den Markt zu bringen.

Was den „Bedarf“ der Sowjetunion (sie ist einer der größten Ölexporteure; d. Red.) an Öllieferungen aus der Golfregion angeht, so sind diese rein hypothetisch. Und der zweifellos riesige Bedarf der UdSSR nach Getreideimporten hat Moskau nicht dazu veranlaßt, mit einer Invasion in Argentinien oder Saskatchewan zu drohen.

Es scheint somit, daß die Frage der „Sicherung des Zugangs“ auf den Erhalt der Herrschaft der US-Energiegesellschaften im Bereich der Förderung und weltweiten Vermarktung von Öl aus dem Persischen Golf hinausläuft.²⁶ Deshalb haben US-Militärplaner auch den saudischen Thron und den anderer Herrscher-Familien in der Region zu einem atomaren Stolperdraht zusammengeschlossen. (...)

(Quelle: Merip Reports, London, Nr. 111/1983, S. 3-11)

Anmerkungen:

- 1) C.W. Weinberger, Jahresbericht an den Kongreß, Haushaltsjahr 1983, Washington 1982, S. II-13
- 2) Interview mit General David C. Jones, in: Air Force Magazine, Mai 1979, S.26
- 3) C.W. Weinberger, a.a.O., S. III-101
- 4) C.W. Weinberger, a.a.O., S. I-14
- 5) Zit. nach: M.T. Klare, The Brown Doctrine, in: The Nation, 8.3.1980
- 6) Interview mit The Wall Street Journal, New York, 3.6.1980
- 7) New York Times, 3.2.1981
- 8) Siehe Daniel Ellsbergs Einleitung, in: E.P. Thompson und Dan Smith, Protest and Survive, Monthly Review Press, New York 1981
- 9) Zeugenaussage vor dem Streitkräfteausschuß des Repräsentantenhauses, 11.3.1980, in: FY 1981, Teil 4, Buch 2, S. 2299-2301
- 10) Boston Globe, 30.3.1980; 31.1.1980 politische Erklärung, Washington Post, 24.4.1980
- 11) Washington Post, 22.10.1981
- 12) Die Aufstellung Caspar Weinbergers als Verteidigungsminister, Streitkräfteausschuß des Senats, Washington, 6.1.1981, S.45
- 13) Streitkräfteausschuß des Repräsentantenhauses, Authorization for FY 1981, Hearings Teil I, S. 10-11
- 14) Time, New York, 25.10.1982
- 15) Preparing für Nuklear War. President Reagan's Program, The Defense Monitor, Bd. 10, Nr. 8, Washington 1982, S. 12-13
- 16) Interview mit William Arkin, Mitherausgeber des The Nuclear Weapons Databook (in Vorbereitung), Ballinger Press 1983
- 17) Die Ernennung Eugene V. Rostows, Auswärtiger Ausschuß des Senats, Hearings, 22.-23. Juni 1981, Washington, S.11
- 18) Interview mit dem Economist, London, 13.11.1982
- 19) New York Times, 18.10.1981
- 20) Interview mit einem hochrangigen Berater des Verteidigungsministers, April 1980
- 21) Ernennung von Edward L. Rowny, Hearings, Auswärtiger Ausschuß des Senats, 9.-10. Juli 1981, Washington 1981
- 22) Zum Zugriff der USA auf die Golfregion siehe: AIB 1/1983, S. 35-38; d. Red.
- 23) Auswärtige Beziehungen der Vereinigten Staaten, 1950, Bd. 1, Angelegenheiten der Nationalen Sicherheit, Washington 1977, S. 264
- 24) New York Times, 25.9.1982
- 25) Ebenda
- 26) Siehe ausführlich in: AIB 3/1980, S. 10-15; d. Red.



westasien auf Flugzeugträgern stationiert sind; das Motto beim RDF-Kriegsmanöver „Bright Star“

Peter Garcia

Wer plant den biologischen Krieg?

Im November 1969 ordnete US-Präsident Nixon an: Die Forschung an biologischen Waffen ist einzustellen und alle Bestände an Bakterien, Viren und Giften sind zu vernichten. Ein paar Jahre später wies Indien mehrere US-amerikanische Biologen aus. Sie hatten im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums in drei medizinischen Instituten bei Delhi und Kalkutta mit der Übertragung von Virus-Krankheiten durch Mücken experimentiert. Einer der Verantwortlichen für dieses Projekt: Sidney Gottlieb, Leiter des CIA-Programms für biologische Waffen und Mitarbeiter im biologischen Forschungszentrum der US-Army in Fort Detrick, Maryland.

Biologen für CIA-Spezialeinsätze

Ein anderer Fort-Detrick-Wissenschaftler, Natan Gordon, stellte nach seiner Pensionierung klar: Die Forschung an biologischen Waffen ging auch nach 1969 weiter. Die Bestände wurden damals lediglich in das nahegelegene US-Army-Arsenal für chemische Waffen in Edgewood bei Baltimore geschafft, wohin ihnen für einige Monate auch das wissenschaftliche Personal folgte. Der CIA benutzte die Gelegenheit, seine eigene B-Waffen-Forschung der Kontrolle des Senats zu entziehen und zog mit einem Teil der Leute ins Huntingdon-Forschungszentrum der Firma Bekton-Dickinson in Baltimore um.

Kurze Zeit später war in Fort Detrick wieder alles beim alten. Sidney Gottlieb leitete in Bunker 459 ein Programm zur Entwicklung biologischer Waffen für Spezialinsätze (mit 37 Varianten).

Daneben entwickelte er einen Apparat zur Massenproduktion krankheitserregender Bakterien und Viren, den BIO-GEN. In 10 Stunden können mit dem Gerät ca. 1 kg Bakterien produziert werden. Diese Menge reicht aus, um eine halbe Mio Menschen zu versuchen. Hersteller ist die Firma Biological Laboratories in Baltimore.

1977 wurde Gottlieb von einer Senatskommission ausgefragt. Dabei schilderte er verschiedene Versuche zur Ermordung des kubanischen Präsidenten Fidel Castro und gab zu, daß er nach Zaire geflogen sei, um eigenhändig den kongolischen Präsidenten Patrice Lumumba (ermordet im Jahr 1961; d. Red.) zu vergiften. Nach seiner Ankunft stellte sich jedoch heraus, daß sein persönlicher Einsatz nicht mehr nötig war – andere hatten schneller gearbeitet. Weiter wurde bekannt, daß Mr. Gottlieb im Rahmen seiner Tätigkeit mehrere Reisen nach Indien unternommen hatte.

1981 wies die proamerikanische Regierung Pakistans den US-amerikanischen Leiter des Pakistanischen Medizinischen Forschungszentrums in Lahore, Prof. David Nelin, aus. Er wurde beschuldigt, das Zentrum zur Erprobung von Mücken als Überträger von Viruskrankheiten mißbraucht zu haben. Im Gebiet Lahore hatten sich plötzlich an verschiedenen Stellen Epidemien von Gelbfieber, Hepatitis und Enzephalitis ausgebreitet. Allein in Lahore starben über 30 Menschen an Gelbfieber.

Auch diese Geschehnisse sind kein Zufall. Das Pakistanische Medizinische Forschungszentrum ist eine Filiale der Universität von Maryland in Baltimore. Und diese Universität führt

mindestens seit Beginn der 70er Jahre für die US-Army und den CIA Forschungsaufträge auf dem Gebiet der B-Waffen durch.

Mit Fort Detrick besteht eine Zusammenarbeit bei der Untersuchung der Erreger von ca. 500 ansteckenden Krankheiten. Ein Professor der Medizinischen Fakultät der Universität von Maryland, Richard Hornik, führte drei Jahre lang Versuche mit Cholera, Typhus, Dysenterie und Malaria an Gefängnisinsassen durch.

Diese skandalöse Tätigkeit erregte 1979 die Öffentlichkeit der USA. Um die Wogen zu glätten, verfügte die Universität die Einstellung der Versuche. Und Mr. Hornik erklärte gegenüber der Presse, es würde jetzt im Ausland an diesem Projekt weitergearbeitet.

Kurz zuvor hatte die Universität Maryland Professor David Nelin nach Pakistan geschickt – denselben Mann, der zwei Jahre später des Landes verwiesen wurde! Noch als Leiter des Pakistanischen Medizinischen Forschungszentrums hielt Nelin 1981 schriftlich den Ablauf und das Ergebnis einer Versuchsreihe fest, bei der Mücken mit Enzephalitis-Viren infiziert wurden.

Im Rechenschaftsbericht an den US-Senat, den das Verteidigungsministerium am 17.2.1982 über die Verwendung der Geldmittel für „chemische und biologische Verteidigung“ im Jahr 1981 verfaßte, heißt es u.a.: Entwickelt wurde „eine neue Technik zur Infektion von Mücken mit Viren, die blutige, fiebrige Entzündungen hervorrufen“.

Welchen Verteidigungszwecken diese neue Technik dienen könnte, ist ein Rätsel. Kein Rätsel ist ihr möglicher Anwendungsbereich. Zufällig ebenfalls im Februar 1982 gaben die salvadorianischen Gewerkschaften eine Erklärung ab, in der die USA angeklagt wurden, über den befreiten Gebieten El Salvadors Erreger der blutenden Bindehautentzündung zu verbreiten.

Und im selben Monat tauchten in Indien plötzlich an verschiedenen Stellen Krankheitsherde von Enzephalitis, Meningitis und Dengue-Fieber auf. Das Dengue-Fieber befiel im



„Der biologische Zauberer“

Gebiet Delhi etwa 400.000 Menschen. Die Ärzte konnten erst nach längerer Forschung die richtige Diagnose stellen, weil der Erregertyp in Indien bis dahin unbekannt war. Die Bombe platzte dann im indischen Parlament, als ein direkter Zusammenhang zwischen den Epidemien und den mehrmaligen Besuchen des US-Bürgers Karl Taylor erkannt wurde. Der – wen wundert es noch – Mitarbeiter des Pakistanschen Medizinischen Forschungszentrums und der Universität von Maryland war.

Sowohl ein bisher dort unbekannter Dengue-Fieber-Typ als auch die blutende Bindehautentzündung hatten bereits ein paar Monate vorher in Kuba ihre Opfer gefunden. An Dengue starben dort 113 Menschen. 1980 fügten die ebenso plötzlich auftauchende Schweinepest, der Tabakblauschimmel und die Roya, ein Zuckerrohrpilz, der kubanischen Landwirtschaft schwere Verluste zu.

Die Täter blieben unerkannt. Jedoch werden sie auf dem gleichen Weg eingedrungen sein wie die 1981 in Matanzas festgenommenen Konterrevolutionäre aus Miami, die Fidel Castro mit einer Giftwaffe umbringen sollten.

Die Schweinepest war 1971 schon einmal in Kuba ausgebrochen, an 36 Stellen gleichzeitig, mit einem Verlust von 425.000 Tieren. Später enthüllte der FBI-Agent William W. Turner, daß dieser Sabotageakt von der Regierung Nixon zwei Jahre nach der Verkündung der Einstellung der B-Waffen-Entwicklung und -lagerung selbst angeordnet worden war.

Auf die Vorteile der B-Waffen hatte noch 1969 die National Foundation of Science in einem Bericht an den Senat hingewiesen: „Die biologischen Waffen sind für den geheimen Einsatz extrem geeignet, z.B. für Sabotage-Akte... Es ist unter bestimmten Umständen schwierig, die Schuld an einem



US-Verteidigungsminister Weinberger vor einem Kongreßauschuss

Angriff nachzuweisen, da die den Schaden verursachenden Organismen auf jeden Fall in der Natur vorkommen... Die Wirksamkeit biologischer Angriffe in großem Maßstab gegen die ungeschützte Bevölkerung kann man mit der Wirkung von Atomwaffen vergleichen...“

Unter Berücksichtigung dieser objektiven Tatsache züchtete das biologische Forschungszentrum der Marine in Oakland, Kalifornien, den Schimmelpilz *Coccidioides immitis*, der zwischen der Rassenzugehörigkeit eines Menschen unterscheiden kann, da er auf vererbare Besonderheiten im Aufbau des Blutes anspricht. Diese Pilze sind in ihrer aggressiven Variante „progressive Cocci“ für Angehörige aller farbigen Völker fünfmal tödlicher als für Weiße, und führen selbst bei Behandlung in 50-60% aller Fälle zum sicheren Tod. Bekannt wurde das militärische Versuchsprogramm mit dieser Cocci-Art, die von der Lunge aus alle menschlichen Organe ähnlich wie Nahrungsmittel-Schimmel befällt, als der

farbige Mitarbeiter des Marine-Forschungszentrums Elie McGee 1981 in ein Spezialkrankenhaus San Franciscos eingeliefert werden mußte. McGee rang fast 7 Monate lang mit dem Tod und wird noch immer medikamentös behandelt. Kleine Pannen dieser Art bringen Washington nicht von sei-



Fidel Castro – Objekt von CIA-Giftanschlägen

ner Kursnahme auf die Vorbereitung eines biologischen Krieges ab. 1982 erklärte Frank Carlucci, vormaliger stellvertretender CIA-Direktor und heute Stellvertreter des Verteidigungsministers, vor der Vereinigung Amerikanischer Journalisten: „Die Frage der Anwendung biologischer Waffen bleibt für die Regierung der USA offen.“ Im selben Jahr gab das Pentagon 455 Mio Dollar für B- und C-Waffen aus. Für 1983 sind 820 Mio Dollar geplant, und für 1984 1,4 Mrd Dollar.

Um eine so außergewöhnlich hohe Zunahme der Mittel für den B- und C-Waffenbereich vom Senat genehmigt zu bekommen, beschuldigte Washington die Sowjetunion, in Kambodscha, Laos und Afghanistan Gift-Waffen einzusetzen. Noch 1980 behauptete die Regierung Carter, Beweise für den Einsatz von Senfgas in den drei Ländern durch sowjetisches militärisches Fachpersonal zu haben.

Ende desselben Jahres wurde auf Druck der USA von der UNO eine Untersuchungskommission gebildet, die 1981 den Vorwurf der US-Regierung als unbegründet zurückweisen mußte. Im September 1981 ersetzte die Reagan-Administration die Senfgas-Anschuldigung durch die Behauptung, die Sowjetunion würde biologische Waffen, konkret Mykotoxine, gegen die Bevölkerung der drei Länder einsetzen.

Gleichzeitig erschien ein Buch des Journalisten und CIA-Mitarbeiters Seagrave mit dem Titel „Gelber Regen“. Dann legte das US-Außenministerium „Beweise“ vor (bis heute die einzigen, die wirklich toxische Substanzen enthielten): Das Blatt einer Pflanze und 10 ml Wasser aus einem Teich am selben Ort, beide mit Mykotoxinen verseucht, sowie eine kleine Menge des Giftpulvers „gelber Regen“. Wie es hieß: Von US-Spezialisten aus Kambodscha beschafft.

Beim Umschwenken auf Mykotoxine hatte sich Washington

wohl von der Überlegung leiten lassen: Der Einsatz biologischer Waffen ist nicht nur schwerer zu beweisen, sondern auch schwerer zu widerlegen. Schon bald jedoch mußte man die erste Schlappe einstecken. Während die US-Regierung behauptet hatte, die Mykotoxine stammten aus Pilzen, die nur in Sibirien beheimatet seien, konnten Fachleute die Verbreitung dieser Pilze über die ganze Welt nachweisen. U.a. kommen sie in ganz Südostasien vor.

Als Gegenargument wies Washington auf die hohe Konzentration von Mykotoxinen in den beiden Beweisstücken hin – und begab sich in noch unsichereres Fahrwasser. Erst einmal stellte M. Michelson, Professor der Harvard-Universität, richtig, daß einige Pflanzen z.B. in Brasilien unter natürlichen Bedingungen noch höhere Konzentrationen aufweisen. Dann rief die Tatsache allgemeines Kopfschütteln hervor, daß die Mykotoxin-Konzentration im Blatt und im Wasser fast identisch waren, obwohl das Wasser eine ungleich niedrigere Konzentration hätte aufweisen müssen.

Es bleibt die Frage offen: Wer beschaffte diese „Beweise“? Verantwortlich zeichnete ein gewisser Amos Townsend, Oberst der US-Army, 1980 Oberarzt des Flüchtlingslagers Nong Khai, und anschließend Beauftragter für die Untersuchungen über den Einsatz von Giftstoffen durch die UdSSR in Kampuchea. Angeblich will Mr. Townsend die Probe „gelben Regens“ persönlich aus den von Pol-Pot-Banden beherrschten Gebieten Kampuchees geholt haben.

Aber: Mr. Townsend ist kein Unbekannter. Und hier schließt sich der Kreis: Amos Townsend hat selbst an der Entwicklung biologischer und besonders toxikologischer Waffen mitgearbeitet – im biologischen Forschungszentrum der US-Army in Fort Detrick!

So blieb dann der ursprünglich durch die USA ins Leben gerufenen Untersuchungskommission der UNO am 26.11.1982 nur noch übrig, das totale Fehlen jeglicher Be-

weise für den Einsatz von Giftkampfstoffen durch die Sowjetunion oder Vietnam in Kampuchea, Laos und Afghanistan schriftlich zu bestätigen.

Wo giftige Substanzen gegen Menschen eingesetzt werden, gibt es normalerweise Opfer. Bei allen Untersuchungen der UNO-Spezialisten in den Flüchtlingslagern an der thailändischen und pakistanischen Grenze konnte kein einziges Opfer eines Giftangriffs gefunden werden. Das Gleiche wurde von den Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes ausgesagt, die für die kampucheanischen und afghanischen Flüchtlingslager verantwortlich sind.

In offiziellen Dokumenten der US-Regierung werden wiederholt Beschreibungen zitiert, die kanadische Militärärzte im Hospital des kampucheanischen Flüchtlingslagers Nong Prue von angeblichen Opfer des sowjetischen Giftkrieges machten. Was Washington allerdings hartnäckig verschweigt, ist die Diagnose der kanadischen Militärärzte. Die „Opfer“ aus drei verschiedenen Orten in Kampuchea wiesen Lähmungserscheinungen und andere Vergiftungsmerkmale auf. Nach dem genauen Ablauf der Ereignisse befragt, stellte sich heraus, daß alle in Frage kommenden Personen vor dem Besuch der Ärzte eine Spritze mit 10 mg Atropin (einem aus der Tollkirsche gewonnenen Gegenmittel) bekommen hatten, obwohl die angebliche Vergiftung durch Mykotoxine schon drei Tage zurücklag. So hohe Atropin-Dosen können bei gesunden Menschen – zumal wenn sie in körperlich geschwächtem Zustand sind – ebenfalls Lähmungserscheinungen verursachen.

Nach genauester Untersuchung der Patienten stellten die kanadischen Militärärzte ihre Diagnose: Es lag eindeutig eine Vergiftung durch Atropin vor, andere Giftsubstanzen konnten nicht festgestellt werden. Zu klären bliebe nur noch: Handelte es sich bei der Atropin-Vergiftung um einen Kunstfehler der Lagerärzte oder des CIA?

Neuerscheinungen



Rafik Schami:
Das Schaf
im Wolfspelz

pad

ANDERE MÄRCHEN / Bd. 1:

RAFIK SCHAMI: DAS SCHAF IM WOLFSPELZ

Kann man Erwachsenen Märchen erzählen? – Man muß ihnen Märchen erzählen, damit sie ihre verloren gegangene Phantasie wiederfinden!

Märchen sind wieder modern geworden. Die Undurchschaubarkeit, Sinnlosigkeit und Komplexität erlebter Realität wird auflösbar in den Verdichtungsmöglichkeiten moderner Märchen. Rafiks Märchen sind jedoch vor allem ANDERE MÄRCHEN, sie machen den Blick frei für reale Abhängigkeitsstrukturen in der Gesellschaft, ermutigen Widerstand zu leisten, bewahren vor der Flucht in religiöse und säkularisierte Scheinwelten, weil sie auffordern in konkreten Utopien zu denken, Märchen wider Resignation und Realitätsflucht.

INHALT: Die Zwiebel / Fatima / Die rote Blume / Das Schaf im Wolfspelz / Die Höhle / Der Bär singt nicht / Der Bäcker und der Gauner / Das schwarze Schaf / Und die Grillen singt doch / Die Aufseher / Der Südwind. Mit Grafiken von Barbara Rieder

136 Seiten, 19,80 DM
(Subskriptionspreis bis 30.6.1983: 14,80 DM)

Bernd Janssen

"GAST"-ARBEITER ODER:
SIND WIR EIN EINWANDERUNGSLAND?

Besonders in Krisenzeiten, in denen der faschistoide Ruf "Ausländer raus" bedrohliche Formen annimmt, bedarf es der Einführung in die inhumanen Lebensverhältnisse der heimatlos gewordenen Ausländer, der Fähigkeit zur Solidarität und des politischen Kampfes um die Gleichberechtigung und Integration der ausländischen Mitbürger. Das Unterrichtsmodell "Gast"-Arbeiter

- geht von einem pragmatischen Unterrichtsverständnis aus,
- formuliert Stichworte zur politischen Orientierung
- entwickelt für die Klassenstufen 5/6, 7/8 und 9/10 je eine Unterrichtseinheit,
- bietet zahlreiche ergänzende alternative Unterrichtsmaterialien

144 Seiten, 13,-- DM

UNTERRICHTSEINHEITEN

Arbeitshefte für die Jugendbildungsarbeit



pad

LEBEN AM RANDE DER BEWEGUNG IM "GAST"-ARBEITERLAND
Was ist ein Fremdenangriff?

Bestellungen und Informationen (sowie ein ausführliches Gesamtverzeichnis kritischer Lesebücher und Unterrichtsmaterialien) bei:

pad - Postfach 120143 - 4600 Dortmund 12



Faschismus
in Deutschland
mit
Stromzismus

pad

Gerd Battmer / Werner Rieschmüller / Gerhard Volgt:

FASCHISMUS IN DEUTSCHLAND

UND NEONAZISMUS - ODER:

Warum die "Holocaust"-Diskussion nicht ausreicht

Mit dieser Unterrichtseinheit wird ein Alternativkonzept zu einer Unverbindlichkeit der rein historischen Aufarbeitung vorgelegt, das an die Stelle verordneter "Vergangenheitsbewältigung" die Frage setzt, welche Voraussetzungen des Faschismus auch heute noch in der BRD wirksam sind, und wie ihnen begegnet werden kann.

Die Unterrichtsvorschläge konzentrieren sich auf

- die ökonomischen Bedingungen und die faschistischen Krisenlösungsstrategien
- Ursachen und Folgen der autoritären Sozialisation und ihre ideologische Legitimation ("der autoritäre Charakter"),
- faschistische Herrschaft zwischen Kanalisierung des Terrors (SA, SS), Ausschaltung der Arbeiterbewegung und bürgerlichem Funktionieren ("Beamtenstaat").

176 Seiten, 16,-- DM

Pretorias Einsatz von Drogen, Giftgas und „Rassenwaffen“



Ein südafrikanischer Soldat inspiziert ein angolaneses Dorf nach einem Überfall der Rassistenarmee

Vor einigen Monaten sprach Resister mit einem Berufssoldaten der Südafrikanischen Verteidigungstreitkräfte (SADF). Im Laufe unserer Unterhaltung machte er eine Anzahl gravierender Anschuldigungen wegen des Gebrauchs und der Entwicklung von chemischen und biologischen Waffen durch die SADF. Seine drei Hauptvorwürfe waren:

- die SADF verwenden in erheblichem Umfang Drogen bei der Befragung von Gefangenen in Namibia;
- ARMSCOR, die staatliche Rüstungsproduktionsbehörde entwickelt derzeit den neuesten Typ von Artilleriemunition für Nervengas;
- die SADF unternimmt Forschungen für biologische „Rassenwaffen“, von denen Schwarze mehr betroffen wären als Weiße (...)

Die Apartheidarmee hat eine lange und blutige Erfahrung im Gebrauch von Folter, besonders in Namibia. (...) In Oshakati gibt es ein Gefangenenlager, in dem Guerilleros der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und Zivilisten gefangen gehalten werden, die der Zusammenarbeit mit oder gar der Mitgliedschaft in der SWAPO verdächtigt werden.

Das Lager ist in drei Abschnitte unterteilt: einer für „hartgesottene“ Terroristen, einer für Frauen und einer für „zahme Terroristen und Kollaborateure“. Es gibt zwei Befragungszentren in der Mitte des Camps. Gefangene werden in

diesem Lager für die Befragung gehalten. Danach werden sie freigelassen oder in andere Konzentrationslager oder Gefängnisse weiter im Süden geschickt.

Die Befragungen werden durch die Angehörigen der Gegenespionage-Abteilung, die dem Sektor 10 des Hauptquartiers (der SADF; d. Red.) angegliedert ist, in Zusammenarbeit mit dem Oberstabsarzt und dem Arzt der Spionageabteilung durchgeführt. Beide sind zugelassene Ärzte. Befragungen von verwundeten Gefangenen werden auch im Zivilhospital in Oshakati vorgenommen.

Die Befragung wird zunächst unter Anwendung körperlicher Folter durchgeführt. Das schließt den ausgiebigen Gebrauch von Elektroschocks ein, die über Feldtelefone zugefügt werden. Eine neue Technik, die in großem Maße benutzt wird, besteht darin, Stromstöße unter die Fingernägel der Gefangenen zu schicken. (...)

Die „hartgesottenen“ Gefangenen in dem Lager lehnen es oft ab, unter körperlicher Folter zu reden. Etwa 40%, vielleicht auch mehr, der Informationen werden aus diesen Gefangenen unter Drogeneinfluß herausgepreßt. Morphinum wird den Gefangenen regelmäßig verabreicht, bis sie süchtig sind. Sobald sie süchtig sind, wird die Zufuhr der Droge unterbrochen, und die Befragung beginnt bei Erscheinen der Entzugssymptome. Wenn sie genug Informationen gegeben haben, dürfen sie den nächsten „Schuß“ bekommen.

Scopolamin wird ebenfalls eingesetzt, besonders bei weiblichen Gefangenen. Es ist ein Medikament, das in der Bauchchirurgie benutzt wird. Aber unter Militärs ist es im allgemeinen als Wahrheitsdroge bekannt. Die wehrmedizinische Abteilung (SA Medical Service) hat nun eine medizinische Befragungseinheit unter Leitung von argentinischen Fachleuten eingerichtet, die regelmäßig nach Oshakati kommen und die Experimente mit verschiedenen Chemikalien unternehmen, die für die Befragung hilfreich sein könnten. (...)

Während der ersten Hälfte des Jahres 1981 hat unser Informant nach seinen Aussagen einen Abend mit einem Offizier unter Alkoholeinfluß verbracht, der behauptete, an der Einrichtung einer Einheit für chemische und biologische Kriegsführung beteiligt zu sein.

Unser Informant sagt, daß dieser Offizier ihm erzählt habe, die SADF entwickle ein 155-mm-Geschoß, das zwei Kammern enthielte; worin sich „klare chemische Flüssigkeiten befänden... Diese beiden chemischen Flüssigkeiten mischen sich während des Fluges, und wenn es zur Explosion kommt, so ist die Wirkung tödlich“.

Dem Offizier zufolge wird ein großer Teil der Forschungsarbeit im Institut für Luftfahrt-Medizin in Pretoria, das früher als Institut für Militärmedizin bekannt war, durchgeführt. Es gibt 20 unterirdische Stockwerke in diesem Institut, die für hochgeheime Forschung benutzt werden.

Die Beschreibung des Artilleriegeschosses paßt auf einen Typ von Munition, nämlich auf binäre Nervengasmunition. Es handelt sich dabei um die am weitesten entwickelte chemische Waffenform, die es gibt. (...)

Binäre Munition ist bisher nicht von den SADF benutzt worden. Es gibt aber eine Menge von Berichten über den Gebrauch von Giftgas. Im Mai 1978 sind über 600 namibische Flüchtlinge in Kassinga/Angola ermordet worden. Vertreter des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge und der Weltgesundheitsorganisation besuchten die Stätten des Massakers und schrieben einen gemeinsamen Bericht. Darin wurde fest-



Südafrikanischer Soldat, ausgerüstet zur Giftgaskampfführung



Südafrikanische Impala-Kampfflugzeuge beim Abwurf von Napalmbomben

gestellt, daß ein lähmendes Gas benutzt worden war, um eine Anzahl der Opfer hilflos zu machen, bevor sie mit einem einzigen Schuß in den Kopf getötet worden sind.

Im August 1978 haben die SADF, einem Statement des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) zufolge, chemische Waffen, Napalm, Entlaubungsmittel und Tränengas im Rustenberggebiet im Transvaal benutzt,

Am 18. November 1981 wurde Giftgas bei einem Angriff auf den Ort Techipa in Angola eingesetzt. Der angolische Verteidigungsminister stellte weiterhin fest, daß in Kämpfen zwischen den SADF und der angolischen Armee, die sich vom 2.-10. Dezember 1981 hinzogen, Giftgas benutzt wurde, das zum Tod eines angolischen Soldaten und der Lähmung von ungefähr einem weiteren Dutzend geführt hat. Im November 1963 berichtete Professor L.J. le Roux, ein Vizepräsident des Rates für Wissenschaftliche und Industrielle Forschung (CSIR), auf einer Versammlung der Vereinigung zur Förderung der Wissenschaft in Pretoria, daß eine Gruppe von Wissenschaftlern, die der Forschungsabteilung der südafrikanischen Streitkräfte angegliedert ist, den Gebrauch und die Entwicklung der Nervengase Tabun, Sarin und Soman untersuchten. Er stellte fest, daß diese Gifte in großen Mengen von Flugzeugen oder Langstreckenraketen verteilt werden können und daß sie einen Vernichtungseffekt haben, der dem einer Atombombe von 20 Megatonnen entspricht. Diese Gase sind zehnmal so giftig wie irgendeine andere bekannte Substanz. (...)

Ein Blick auf die südafrikanische Chemieindustrie enthüllt weitere Hinweise auf eine mögliche Produktion von Nervengasen. Fast alle für die Produktion von Nervengas erforderlichen Chemikalien sind alltägliche Stoffe, die in der zivilen chemischen Industrie vorkommen. Jedoch die Herstellung von Nervengasen erfordert eine chemische Reaktion zwischen elementarem Phosphor und Chlor-Abkömmlingen. Diese Reaktion wird auch für die Herstellung von Insektvernichtungsmitteln benutzt. Die chemische Struktur dieser Insektizide ähnelt der der Nervengase.

Bis 1967 stellte Südafrika keinen elementaren Phosphor her und war auf den Import von frei käuflichem Phosphor oder von organischen Insektiziden angewiesen. Seit 1969 stellte Südafrika 6.000 metrische t elementaren Phosphors jährlich her. Zur Herstellung eigener organischer Insektizide benötigt Südafrika weniger als 1.000 t elementaren Phosphors, um diese Insektizide im Überschuß herzustellen.

Folgt man der Aussage von Fachleuten, daß es keinen anderen zivilen Gebrauch für elementaren Phosphor als die Herstellung von Pestiziden gibt, so ist es berechtigt anzunehmen, daß die Herstellung von elementarem Phosphor hauptsächlich auf militärische Zwecke ausgerichtet ist.

Unser Informant sagte, daß derselbe oben erwähnte Offizier ihm vorher erzählt habe, die SADF untersuchten den Gebrauch von Viren und ähnlichen Stoffen, Chemikalien oder

Krankheiten, die nur Schwarze angreifen.

Er behauptete, daß irgendwo in der Nähe von Louis Trichard im Nordtransvaal eine hochgeheime Versuchsstation errichtet wurde. Sie steht in einer unbewohnten Gegend, so daß Unfälle nicht zu viele Probleme hervorrufen würden.

Diese Anschuldigung mag auf den ersten Blick als verrückt, als fantastisch erscheinen. Sie ist tatsächlich wahnwitzig; aber die Forschungen, die im letzten Jahrzehnt unternommen worden sind, verweisen auf ihren Wahrheitsgehalt (siehe den Beitrag von Peter García) (...)

Im Juni 1978 erschien im Liaison Letter, einer Rundschrift der SADF, ein Brief, in dem festgestellt wurde, daß die SADF sich auf einen Gogga(Insekten)-Krieg vorbereiten. Der Brief deutete an, daß die Vorteile von biologischer Kriegsführung immer mehr offenbar würden, da ihre Möglichkeiten zunähmen und die Kosten anderer Waffen immer höher würden.

In dem Brief wurde festgestellt: „Der mögliche Gebrauch solcher Waffen führt dazu, sie möglichst wenig zu gebrauchen, da die Folgen daraus zu furchtbar sind, um sie sich auch nur vorzustellen. Wir müssen uns jedoch darauf vorbereiten, jedem Angriff, der gegen uns gerichtet sein könnte, entgegenzutreten.“

Auf den Bergen bei Red Hill oberhalb von Simonstown befindet sich die nukleare, biologische und chemische Verteidigungs- und Schadenskontrollschule der südafrikanischen Marine. Der Platz wurde gewählt, da die vorherrschenden Winde im Sommer und im Winter allen schädlichen Parastaub weit weg von menschlichen Siedlungen tragen würden. (...)

Schließlich gibt es große gentechnologische Forschungsarbeiten in Südafrika, die teils offen in militärische Arbeiten eingebunden sind. (...)

Das Genfer Protokoll von 1925 verbietet den Gebrauch von erstickenden, giftigen oder sonstigen Gasen und von allen entsprechenden Flüssigkeiten, Materialien und Vorrichtungen im Krieg. Es verbietet ebenso den Gebrauch von bak-

teriologischen Methoden der Kriegsführung. Südafrika wurde 1930 Unterzeichner dieses Vertrages, wobei es sich das Recht vorbehielt, davon zurückzutreten, falls es selbst mit chemischen oder biologischen Waffen angegriffen würde.

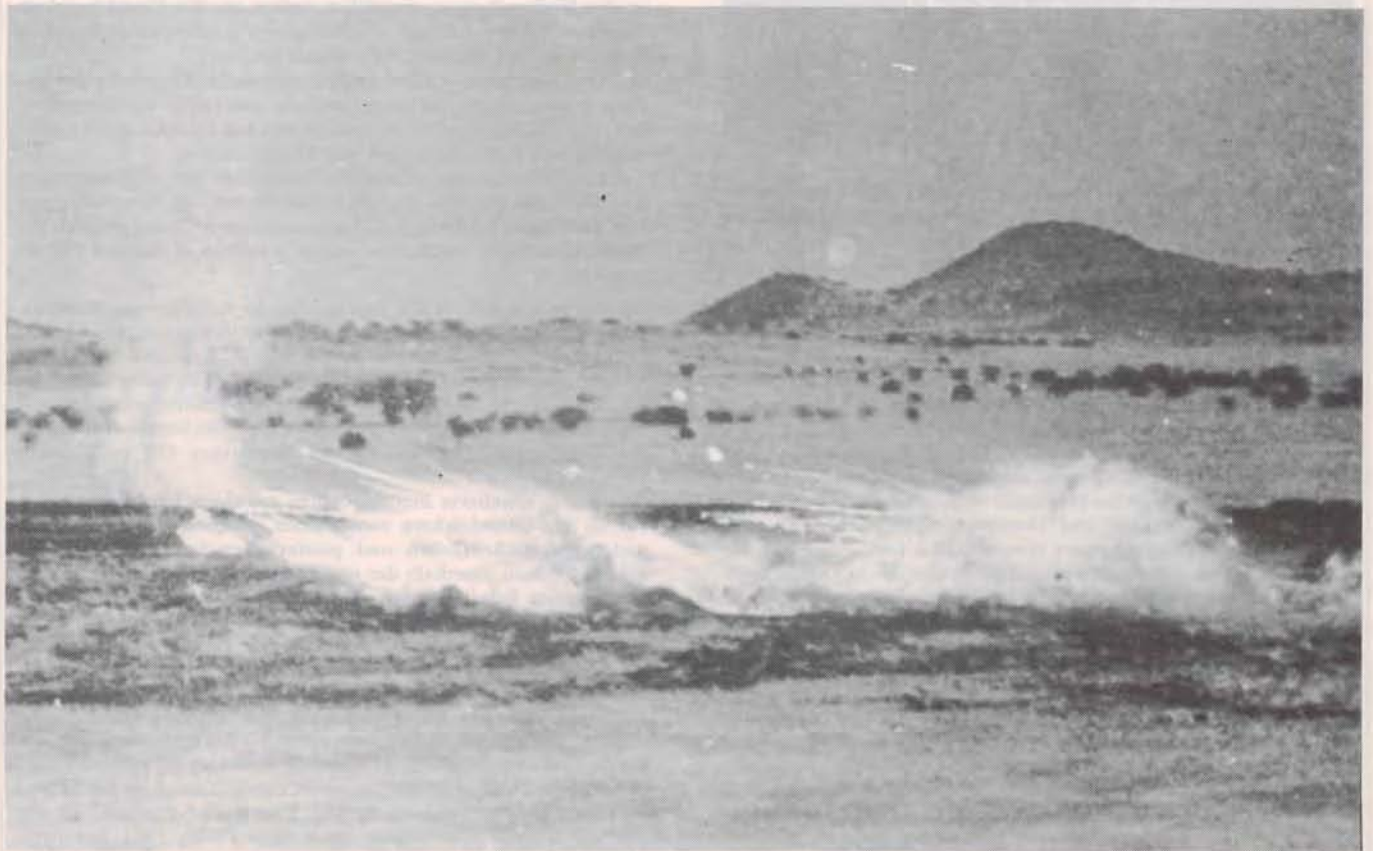
Die Konvention über biologische und toxische Waffen von 1972 verbietet die Entwicklung, Herstellung, Lagerung und den internationalen Transport biologischer Waffen. Südafrika ratifizierte diesen Vertrag im März 1975. Gemäß J. Paxman, einem anerkannten Journalisten auf diesem Gebiet, war die Konvention über biologische Waffen ein Triumph, da dieses Abkommen im Unterschied zu vielen anderen Rüstungsbeschränkungsvereinbarungen, die lediglich die Entwicklung und Anwendung von neuen Waffen verboten, eine Art von Waffen aus den Arsenalen der Welt völlig verbannt hat.

Die SADF haben in ihren Arsenalen einige Waffen, die, obwohl sie derzeit nicht verboten sind, von den meisten Mitgliedern der Vereinten Nationen als unmenschlich angesehen werden. Diese schließen ein:

- Agent Orange, ein tödliches Pflanzengift, das von den USA in Vietnam in großem Maße eingesetzt wurde;
- Napalm, das durch die südafrikanischen Streitkräfte in Angola regelmäßig benutzt wird;
- Brandbomben und Granaten, die im allgemeinen weißen Phosphor enthalten;
- Tretminen aus Plastik, deren Splitter durch normale Röntgentechniken nicht entdeckt werden können.

Aufgrund der Beweise, die in diesem Artikel vorgelegt worden sind, ist es klar, daß der Apartheidstaat internationales Gesetz verletzt. Das SADF-Potential zur chemischen und biologischen Kriegsführung, das zu ihrer konventionellen und atomaren Bewaffnung hinzukommt, weist auf die zunehmend größer werdende Bedrohung hin, die das Regime für den Frieden in der Region und in der Welt bedeutet.

(Quelle: Resister. Bulletin of the Committee on South African War Resistance, London, Nr. 23/Dezember-Januar 1982/83)



Detonation von Napalmbomben auf einem südafrikanischen Übungsplatz

Orientierung der 2. Zentralkomitee-Tagung der SWAPO

Während die Bemühungen der westlichen Kontaktgruppe (USA, Frankreich, Großbritannien, Bundesrepublik und Kanada) um eine Namibialösung tiefer denn je in der Sackgasse steckten (siehe AIB 5/1983, S. 10-13), fand vom 17.-20. April 1983 in der südafrikanischen Provinz Kwanza-Sul die 2. erweiterte Tagung des Zentralkomitees (ZK) der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) Namibias statt. Es war die erste seit der erweiterten Zentralkomitee-Tagung vom Juli/August 1976, die u.a. das heute gültige Programm der SWAPO (Wortlaut in: AIB 9/1976, S. 13-18) verabschiedet hatte.

An der 2. erweiterten ZK-Tagung nahmen insgesamt 138 Delegierte teil, neben den 50 (neugewählten) ZK-Mitgliedern Oberkommandierende der Volksbefreiungsarmee Namibias (PLAN), Vertreter von Massenorganisationen der SWAPO, Mitglieder der Auslandsvertretungen und Repräsentanten aus den Kriegszonen im Innern Namibias. Sie bilden zusammen das höchste Entscheidungsgremium der namibischen Befreiungsbewegung nach den Parteitagen.

Die im Anschluß in wesentlichen Auszügen wiedergegebene Erklärung der Tagung enthält als herausragende Orientierungen eine klare Absage an den Kurs der Reagan-Administration sowie der anderen Mitglieder der westlichen Kontaktgruppe im Südlichen Afrika, eine Kursnahme auf die stärkere Mobilisierung aller Bevölkerungsteile im Innern Namibias sowie auf eine weitere Verstärkung des bewaffneten Kampfes. Auf einer UN-Sicherheitsratstagung Ende Mai d.J. verlangte SWAPO-Präsident Sam Nujoma, der UN-Generalsekretär und der UN-Sicherheitsrat müßten unverzüglich wieder die volle Verantwortung für die Verwirklichung der Resolution 435 (1978) übernehmen, die den Weg zur vollen Unabhängigkeit Namibias vorzeichnet.



(...) 8. Die 2. erweiterte Tagung des Zentralkomitees der SWAPO fand in einer Zeit statt, in der die Situation im Südlichen Afrika allgemein und besonders in Namibia unheilvolle Ausmaße angenommen hat und eine ernste Bedrohung für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit darstellt.

9. In Namibia hat das illegale Besatzungsregime seine Kolonialherrschaft weiter verschärft, die durch den Ausbau der militärischen Präsenz, eine brutale Unterdrückung und gnadenlose Ausbeutung der menschlichen und materiellen Ressourcen gekennzeichnet ist.

10. Das rassistische Regime übt diese Unterdrückung in Partnerschaft mit den Hauptmächten der NATO, besonders den USA, Großbritannien, Westdeutschland, Kanada sowie auch Japan und deren transnationalen Konzernen aus, die im Südlichen Afrika wirtschaftliche und strategische Interessen verfolgen.

11. Um seine Kontrolle und Herrschaft über Namibia zu verewigen, hat das illegale Regime versucht, dem Land gegen den allgemeinen Willen des namibischen Volkes eine neokoloniale Regelung aufzuzwingen, die auf seinem verabscheuungswürdigen Bantustansystem beruhen sollte.

12. In Verfolgung seiner teuflischen Politik hat das Regime während der letzten Jahre ein System neokolonialer Einrichtungen geschaffen, das in der jetzt aufgelösten Nationalversammlung und im Ministerrat kulminierte.

13. Um diese Schwindelinstitutionen am Leben zu erhalten, schuf das Regime die sog. Südwestafrikanische Polizeistreitmacht und die Südwestafrikanische Territorialstreitmacht (SWAFT), wozu alle tauglichen Namibier zwangsweise eingezogen wurden. Dies bedeutet eine Aufstockung der Besatzungsarmee auf mehr als 125.000 Mann.

14. Trotz all dieser repressiven Maßnahmen setzte die SWAPO Namibias die Mobilisierung des gesamten namibischen Volkes fort, um der Okkupation unseres Landes durch das rassistische Regime Widerstand entgegenzusetzen. In diesem Zusammenhang stellte die 2. erweiterte Tagung des Zentralkomitees mit Befriedigung fest, daß sich die unterdrückten Massen des namibischen Volkes weiterhin um die SWAPO scharen und aktiv am nationalen Befreiungskrieg teilnehmen. Dadurch wird unsere Bewegung zusehends stärker und erhöht ihre Fähigkeit, den Feind zu vertreiben und Namibia zu befreien.

15. Die 2. erweiterte Tagung des SWAPO-Zentralkomitees stellte ferner mit Stolz fest, daß die Volksbefreiungsarmee Namibias (PLAN) in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu einer Kraft geworden ist, die die Fähigkeit besitzt, dem Feind nicht nur empfindliche Schläge zu versetzen, sondern auch entscheidende Siege auf dem Schlachtfeld zu erringen. Deshalb lobte die Tagung die herausragenden Heldentaten und Siege, die die PLAN in der Berichtsperiode über die Besatzungstreitmacht errungen hat.

16. Die Haltung des rassistischen Regimes von Südafrika gegenüber den unabhängigen afrikanischen Staaten der Region war gekennzeichnet durch eine verwerfliche Politik der Destabilisierung, Subversion, Intervention und nackten Aggression, die den Verlust unschuldiger Menschenleben und die Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur zur Folge hatte.

17. In diesem Zusammenhang benutzte der Feind Namibia als Sprungbrett für fortgesetzte bewaffnete Angriffe gegen die Nachbarstaaten, insbesondere gegen die Volksrepublik Angola, wo die faschistischen Truppen einige Teile des Territoriums besetzt halten.

18. Südafrika war zur Ausübung dieser Aggressionen aufgrund der stillschweigenden Duldung und Ermutigung durch die imperialistischen Länder unter Führung der Reagan-Administration in der Lage.

19. Darüber hinaus hat die Reagan-Administration in ihrer Unterstützung für das rassistische Regime einen sachfremden Gegenstand in die Verhandlungen eingeführt, indem sie die Unabhängigkeit Namibias an den Rückzug der kubanischen internationalistischen Truppen aus der Volksrepublik Angola koppelte.

20. Die Tagung wies diese unverantwortliche Koppelung kategorisch zurück, verurteilte sie schärfstens und stellte unwiderruflich fest, daß das namibische Volk ein Recht auf Unabhängigkeit ohne irgendwelche Vorbedingungen und Ausflüchte hat.

21. Die Tagung untersuchte die Geschichte der Verhandlungen und die Rolle der von den USA angeführten sog. Kontaktgruppe und kam zu dem Schluß, daß dies eine nutzlose Übung gewesen ist, die lediglich dazu diente, den weißen Rassisten in Namibia Zeit zu verschaffen.

22. Deshalb entschied die Tagung, daß die Rolle der sog. Kontaktgruppe für die Anwendung der Sicherheitsresolution 435 (1978) bedeutungslos geworden ist und diese alle Versuche unterlassen muß, die namibische Revolution um den Erfolg zu bringen.

23. In dieser Hinsicht rief die Tagung den UN-Sicherheitsrat auf, unverzüglich zusammenzutreten und seine volle Verantwortung für die beschleunigte Anwendung der Resolution 435 zu übernehmen. (...)

25. Das 2. erweiterte Zentralkomitee gab einen Dringlichkeitsaufruf an die unterdrückten namibischen Arbeiter, Bauern und alle anderen fortschrittlichen und patriotischen Schichten, Gruppen und Individuen innerhalb der namibischen Bevölkerung heraus, als ihre eigenen Befreier ihre historische Verantwortung zu übernehmen, indem sie sich der SWAPO Namibias anschließen, um unter einem einzigen revolutionären Banner gegen das rassistische, koloniale und illegale Regime Pretorias, für echte nationale und soziale Befreiung zu kämpfen.

26. Angesichts der Unnachgiebigkeit des Feindes entschied die Tagung, daß die SWAPO die Intensivierung des bewaffneten Kampfes bis zum endgültigen Sieg fortsetzen wird. (...)

(Quelle: Declaration of the Enlarged Central Committee Meeting of SWAPO, Held at Kabuta in the Kwanza-Sul Province of the People's Republic of Angola from April 17-20, 1983; hektografiert)

Roger Flynn

„Vergeltungsschläge“ Südafrikas

Das offizielle Pretoria sprach von einem „Vergeltungsschlag“. Und die südafrikanischen Streitkräfte ließen verlauten, daß 64 Menschen, darunter 41 Mitglieder des verbotenen Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), den Tod gefunden hätten, als am Pfingstmontag morgen 1983 12 Impala-Kampfflugzeuge Wohnhäuser und Fabriken in Matola, einem Vorort der moçambiquanischen Hauptstadt Maputo, angriffen. Nichts davon entspricht den Tatsachen.

Der neuerliche südafrikanische Gewaltakt forderte sechs Todesopfer, darunter zwei Kinder im Alter von zwei und sechs Jahren, zwei Frauen, eine davon schwanger, sowie zwei Männer. Von den letzteren war nur einer südafrikanischer Flüchtling; ihn trafen die tödlichen Splitter beim Autowaschen. Etwa 40 Personen wurden, teilweise lebensgefährlich, verwundet, als die südafrikanischen Flugzeuge im Tiefflug ihre Luft-Boden-Raketen und Maschinengewehrsalven abfeuerten. Von einem gezielten Vergeltungsschlag gegen militärische Einrichtungen der südafrikanischen Befreiungsbewegung, von denen es in Moçambique ohnehin keine gibt, kann also keine Rede sein.

Vor fast 2 1/2 Jahren, im Januar 1981, war Südafrika schon einmal in Matola eingefallen. Die damalige, auf dem Landweg durchgeführte Invasion hatte zumindest – auf verlässlichen Geheimdienstinformationen beruhend – drei Wohnunterkünfte von ANC-Mitgliedern zum Ziel und konnte der internationalen Öffentlichkeit noch als Maßnahme im Rahmen der angeblich notwendigen südafrikanischen „Vorwärtsverteidigung“ verkauft werden.

Ein Schock für das weiße Südafrika

Der neuerliche Luftangriff auf Matola läßt jeden konkreten militärischen Sinn vermissen, zumindest was den direkten Kampf gegen die Befreiungsbewegung betrifft. Diese hatte das weiße Südafrika drei Tage zuvor, am 20. Mai 1983, durch einen Bombenanschlag auf das Hauptquartier der südafrikanischen Luftwaffe und einer Abteilung des militärischen Geheimdienstes in Pretoria schockiert. Dabei hatte es 18 Tote und mehr als 200 Verletzte gegeben. Es war der bislang blutigste Angriff des ANC (von weit mehr als 90 Sabotageakten seit 1981). Erstmals wurden in größerem Umfang Zivilisten in Mitleidenschaft gezogen, was bei der sich abzeichnenden Eskalation des bewaffneten Kampfes kaum zu vermeiden sein dürfte (siehe AIB 6/1983, S. 29-31).

Gleichwohl steht die militärische Zielsetzung der Aktion außer Frage. Der ANC verwies darauf, daß der Feind führende Militäroffiziere verloren habe; nichts könne darüber hinwegtäuschen, daß „diese Aktion auf strategische militärische Einrichtungen zielte, die ein integraler Bestandteil der Unterdrückungs-, Terror- und Aggressionsmaschinerie des Regimes in Südafrika und Namibia sowie gegen das unabhängige Afrika sind“.¹

Südafrikas Motive für den Aggressionsakt gegen Moçambique sind vielschichtig. Sie liegen zunächst in der allgemeinen strategischen Überlegung begründet, durch fortgesetzte Übergriffe den angrenzenden Ländern die militärische Überlegenheit Pretorias immer wieder deutlich vor Augen zu



Südafrikanische Terroropfer in Moçambique (l.); nach dem ANC-Angriff in Pretoria

führen, sie politisch und wirtschaftlich zu verunsichern. Dieses Destabilisierungskalkül zielt gleichzeitig darauf, der im Lande zusehends erfolgreicher agierenden Befreiungsbewegung, dem ANC, das strategische Hinterland abzuschneiden. Die jüngste schnelle Reaktion auf den ANC-Angriff mag auch zum Ziel gehabt haben, innenpolitisch Stärke und militärische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Zusehends gerät die „totale Strategie“, mit der das Botha-Regime die Festigung der Apartheidherrschaft betreibt, nämlich unter Legitimationsdruck von ultrarechts. Das Verfassungsreformprojekt von P.W. Bothas Nationaler Partei, das Indern und Farbigen Scheinmitspracherechte einräumen will, während es die Schwarzen weiter in die Bantustans abdrängt, wird von einer stärker werdenden Gruppierung der weißen herrschenden Klasse als „Verrat“ an den burischen Traditionen attackiert.

Die ultrarassistische, von der Nationalen Partei abgespaltene Konservative Partei von Andries Treurnicht gewann bei den Nachwahlen zum Parlament am 10. Mai 1983 einen von drei zu vergebenden Sitzen. Im inneren Führungskreis um Premierminister Botha und Verteidigungsminister Malan dürfte dies sicherlich als Alarmsignal gewertet worden sein. Die Gelegenheit zur Demonstration burischer „Standfestigkeit“ schien also hochwillkommen.

Dabei werden die Frontstaaten des Südlichen Afrika von den militärischen Rundumschlägen Pretorias zwar nicht unerwartet, aber doch weitgehend unvorbereitet getroffen. Die kleinen Anrainer- bzw. Enklavenstaaten Botswana, Swaziland und Lesotho haben der militärischen und wirtschaftlichen Übermacht Pretorias ohnehin nichts entgegenzusetzen und sind pure Geiseln in der südafrikanischen Regionalstrategie.

Sympathie und Unterstützung für ANC-Flüchtlinge müssen sie teuer bezahlen, wie der südafrikanische Überfall auf die Hauptstadt Lesothos, Maseru, Ende letzten Jahres sinnfällig unter Beweis stellen sollte (siehe AIB 2/1983, S. 4ff.). Sie schwanken folglich fortwährend zwischen der nur halbherzigen Entschlossenheit zur Mitarbeit in der Konferenz für Entwicklung und Zusammenarbeit im Südlichen Afrika

(SADCC) und südafrikanischen Angeboten zur Bildung einer von Pretoria abhängigen Staatenkonstellation.

Auch für die größeren, ressourcenreicheren und außenpolitisch konsequent antirassistisch geführten Frontstaaten wie Angola, Zimbabwe und Moçambique stellt die Destabilisierungspolitik Pretorias eine ständige Belastung dar, die durchschlagende Entwicklungserfolge bisher ausbleiben ließ. Einem UNO-Bericht zufolge hat der permanente Krieg der Rassisten gegen Angola dem Land bisher Schäden in Höhe von 7,5 Mrd Dollar zugefügt.

Die anhaltende Besetzung eines Teils von Südafrika durch südafrikanische Truppen sowie die gleichzeitige Koppelung von Fortschritten in der Namibiafrage an den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola durch Südafrika und die USA scheinen der prowestlichen, von Pretoria ausgehaltenen Marionettengruppe um Jonas Savimbi, der Bewegung für die vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA), in letzter Zeit wieder neuen Auftrieb gegeben zu haben.

Ebenso wie Moçambique kommt Angola gar nicht umhin, jede Verhandlungchance – auch im direkten Kontakt zu den verhassten Machthabern in Pretoria – zu nutzen, was die hochrangigen Treffen zwischen Moçambique/Angola und Südafrika in der letzten Zeit zu erklären vermag.

Moçambique war es in der Zeit vor dem jüngsten südafrikanischen Überfall immerhin gelungen, den Krieg gegen die als Nationaler Moçambiquanischer Widerstand (RNM) firmierende Terrorgruppe unter Kontrolle zu bringen und deren Aktivitäten auf 1/3 des Landes zu begrenzen. Durch die Ausbildung und Bewaffnung von tausenden Dorfbewohnern in Volksmilizen, deren kombiniertes Vorgehen mit Einheiten der regulären Armee und die militärische Zusammenarbeit mit Zimbabwe (bei der strategisch wichtigen Öl-Pipeline zwischen Zimbabwe und Beira) konnte die Effektivität des Kampfes gegen die RNM beträchtlich gesteigert werden.

Die Hinrichtung der Moroka 3

Am 9. Juni 1983 ließ das Apartheidregime die Todesurteile an den drei Freiheitskämpfern des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Telle Simon Mogoerane (23), Jerry Semango Mososoli (25) und Marcus Thabo Motaung (27), vollstrecken. Die durch den Strang Hingerichteten waren Guerilleros des bewaffneten Arms der südafrikanischen Befreiungsbewegung, Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation), und wurden für den Angriff auf die Polizeistation von Moroka im Afrikanergetto Soweto (Mai 1979) verantwortlich gemacht. Nach dem internationalen Recht, den Schutzklauseln des Genfer Abkommens, hätte ihnen der Status von Kriegsgefangenen zugestanden.

Doch das Regime in Pretoria mißachtete wieder einmal alle internationalen Proteste. Noch kurz vor der Vollstreckung der Todesurteile hatten in Pretoria der UN-Sicherheitsrat und die zehn Regierungen der Europäischen Gemeinschaft interveniert. Protestiert hatten ferner der Weltkirchenrat, der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Lohse, zahlreiche Parteien und gesellschaftliche Organisationen, Vertreter der SPD, der Grünen und der DKP. Eine Unterschriftenliste der Anti-Apartheid-Bewegung zur Rettung des Lebens der drei Befreiungskämpfer hatten über 20.000 Personen unterzeichnet.

Die Moroka 3 wurden zum Opfer der Rassenjustiz des Apartheidstaates. Doch ihre Sache lebt fort. „Jedesmal, wenn einer von uns stirbt“, sagte ANC-Präsident Oliver Tambo am Hinrichtungstag, „sagen sich Tausende anderer, daß sie etwas dafür tun müssen, daß dieser Tod nicht umsonst war.“

Aus der Wirkungslosigkeit der internationalen Proteste müssen Schlußfolgerungen gezogen werden: „Solange der Westen“, heißt es in einer Erklärung des Antimperialistischen Solidaritätskomitees, „die militärische, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime fortsetzt, ja im Falle der Bundesrepublik noch intensiviert, braucht Botha die Lippenbekenntnisse dieser Regierungen gegen die Apartheid nicht ernst zu nehmen. Nur umfassende Sanktionen, die an den wirtschaftlichen Lebensnerv des Regimes gehen, und wie sie die Vereinten Nationen schon lange fordern, können hier etwas verändern.“

Südafrikas Hoffnung, mit Hilfe der RNM die Regierung Machel zu stürzen, ist damit einstweilen ins Reich der Träume verbannt. Ganz sicher ist dies ein zusätzlicher motivierender Faktor für die direktere Aggressivität der südafrikanischen Machthaber gegen Moçambique.

An ihrer Bereitschaft zu einem offenen Mehrfrontenkrieg – im Innern gegen den ANC, nach außen hauptsächlich gegen Angola und Moçambique – besteht jedenfalls kein Zweifel mehr.

Der IV. Parteitag der FRELIMO Ende April 1983 in Maputo sah sich auch angesichts dieser südafrikanischen Kriegsent-schlossenheit zu einer nüchternen Bestandsaufnahme veranlaßt.

Als vorrangige kurz- und mittelfristige Ziele definierte er die Überwindung des Hungers im Land und den Kampf gegen das „Banditentum“ – in der FRELIMO-Diktion ein Sammelbegriff für die Aktivitäten der RNM, Südafrikas und innerer Revolutionsgegner. In letzterem folgt die FRELIMO keinem simplen Verschwörungsschema, sondern sie geht aus von der Erkenntnis, daß bestimmte gesellschaftliche Gruppen, die ihre früheren Privilegien verloren haben, eine „mögliche soziale Basis“ für Südafrika bilden können, „bei der Ausführung des imperialistischen Plans zur politischen und ideologischen Subversion“. Derartige Elemente, z.B. traditionelle Häuptlinge, nutzten Tribalismus, Rassismus und Regionalismus für ihre Zwecke aus und schürten auf diese Weise die Unzufriedenheit im Land.²

FRELIMO: Kampf gegen Hunger und „Banditen“

Das Schwergewicht legte der Parteitag auf die Suche nach praktikablen Lösungen für die ernstesten Wirtschaftsprobleme Moçambiques. Akzentverschiebungen wurden sichtbar im Herangehen an die „Schlacht um die Nahrungsmittelproduktion“, in der der auf dem Lande noch dominierende Sektor der kleinbäuerlichen Familienproduktion als „Schlüssel-element“ künftig eine wesentlich stärkere Förderung erfahren soll. Das strategische Hauptziel der sozialistischen Landwirtschaftspolitik, die Sozialisierung des Agrarsektors, wird dadurch freilich nicht – wie man vermuten könnte – in Frage gestellt; der Parteitagsbericht verwies vielmehr auf die Notwendigkeit eines mehr an den Realitäten orientierten Phasendenkens bei der Bildung landwirtschaftlicher Kooperativen.

Auffallend an den wirtschaftlichen Direktiven für die nächsten drei Jahre ist ein durchgängigeres Setzen realistischer Planvorgaben, wobei alte Ziele, wie sie z.B. im Perspektivplan für die 80er Jahre noch 1981 gesteckt worden waren, großenteils nach unten korrigiert wurden. So ist bis 1985 für die landwirtschaftliche Produktion ein Wachstum von 30-35% ins Auge gefaßt, für die Industrieproduktion eine Steigerung von 12-15%.

Zur Erreichung dieser Ziele wird eine starke Betonung auf die Förderung von „Kleinprojekten“ gelegt. Diese sollen sich vorwiegend auf die Mobilisierung eigener lokaler Ressourcen stützen, der unverzüglichen Verbesserung des Lebensstandards dienen und so die außenwirtschaftliche Verwundbarkeit des Landes verringern. Letzteres – von Samora Machel umschrieben mit der Formel „auf die eigene Stärke stützen“ – ist ein sicher entscheidender Faktor nicht zuletzt auch im Überlebenskampf gegen die südafrikanische Bedrohung.³

Anmerkungen:

- 1) Press Statement of the African National Congress, in: ANC Weekly News Briefing, London, Nr. 22/Mai 1983
- 2) AIM Information Bulletin, Maputo, Nr. 82, o.J. (Special Issue: Fourth Congress of the FRELIMO Party)
- 3) Siehe auch: AIB 2/1983, S. 18-20, und 3/1983, S. 37-39

Jürgen Ostrowsky

Die madegassische Revolution nach einem Jahrzehnt

Madagaskar – soviel prägte sich hierzulande ein – das ist dort, wo das Wasser in den Kesseln fault, man die Pest an Bord hat und der Pfeffer wächst. Damit hat sich's in der Regel. Dabei ist die afrikanische Inselrepublik seit nunmehr über 10 Jahren Schauplatz bemerkenswerter Umgestaltungen.

Der antikoloniale Widerstand wuchs in mehreren Etappen bis 1945 zu einer breiten Volksbewegung, angeführt von der Demokratischen Bewegung für die Erneuerung Madagaskars (MDRM). Die französische Kolonialmacht beantwortete ihren Vormarsch mit der Provozierung einer Revolte, die in eine Volkserhebung mündete. Frankreichs Truppen, voran die Fremdenlegion, richteten ein Massaker an, das in wenigen Tagen nach dem 29. März 1947 90.000 Menschen das Leben kostete. Es folgten 9 Jahre Ausnahmezustand mit dem Verbot aller Parteien.

Dann bildeten sich zwei große Parteien. Die erste, die Sozialdemokratische Partei Madagaskars (PSD), vertrat unter ihrem in Frankreich als Lehrer ausgebildeten Vorsitzenden Philbert Tsiranana Interessen der nationalen Bourgeoisie, der französisch geprägten Beamtenschaft, von Teilen der Bauern sowie des stockkonservativen katholischen Klerus. „Geburtsheiferin“ der PSD war die damalige französische Sozialdemokratie (SFIO; ihr gehörte z.B. Francois Mitterrand an); ihren Werdegang behüteten innerhalb der Sozialistischen Internationale vor allem die SPD und Israels Arbeiterpartei.¹

Ihre Konkurrentin war die Madegassische Volksunion (UPM), die 1958 zusammen mit einigen anderen Gruppen in der Partei des Unabhängigkeitskongresses Madagaskars (AKFM) aufging. Deren Vorsitzender wurde der protestantische Pfarrer Richard Andriamanjato.

Frankreichs Statthalter Tsiranana

Im Gegensatz zur PSD führte sie einen konsequent antikolonialen Kampf und konnte eine Mehrheit hinter sich scharen. Ihre Träger waren Kleinbauern, progressive kleinbürgerliche Kräfte, die protestantische Intelligenz und die noch schwache Arbeiterklasse mit ihren Gewerkschaften. Deren größte, die FISEMA, organisiert heute etwa 120.000 Werktätige.

Frankreich setzte folgerichtig auf Ph. Tsiranana, lancierte ihn 1958 ins Präsidentenamt, ließ ihn eine Kette neokolonialistischer Verträge unterzeichnen und bescherte ihm ein Wahlsystem, das die PSD klar begünstigte. Der „gemäßigte“ (Neue Zürcher Zeitung) Frankreichliebhaber etablierte ein autokratisch-reaktionäres Regiment, in dem er für die AKFM-Opposition nicht viel übrig hatte: „Sie nutzen die von unserer Verfassung gewährleisteten demokratischen Garantien, um die Demokratie zu bekämpfen, die ihnen zugestanden (!) Freiheiten, um die Freiheit zu bekämpfen. Wir können einen derartigen Zustand auf die Dauer nicht

akzeptieren.“ Die Opposition errang bei der ersten Wahl nach dem Unabhängigkeitstag die absolute Stimmenmehrheit – von den 107 Parlamentssitzen erhielt sie jedoch nur ganze drei.

Die Freiheit, die Ph. Tsiranana meinte, bestand in der totalen politischen und wirtschaftlichen Bindung an Frankreich und der Ignorierung der antikolonialen Interessen Afrikas: Ende der 60er Jahre nahm die Regierung Tsiranana Kontakte zu Südafrika auf, Ostern 1971 wurden sie durch Handelsverträge besiegt.

Eine mangelhafte Infrastruktur, eine minimale Fachkräfteausbildung für Einheimische, ein dürftiges Gesundheitswesen – die Geschäfte etwa der Außenhandelsfirma CMM störte das nicht. Dafür brachte es die Preispolitik der Reisaufkäufer und -exporteure mit sich, daß bei rasch steigenden Preisen für notwendige Importgüter die Einkommen der Reisbauern bis 1970 um 30% sanken.²

Afrikanischer Fokonolona-Sozialismus

Die AKFM organisierte mit Forderungen nach einer den nationalen Interessen dienenden Innen- und Außenpolitik den Hauptwiderstand. Im April 1971 ließ Tsiranana einen Bauernaufstand blutig niederschlagen. Ein Jahr darauf kapituliert er vor neuen Protestaktionen, die in der Hauptstadt Antananarivo von massiven Studentendemonstrationen begleitet waren. Und er übergab die Regierungsgewalt dem Militär.

General Ramanantsoa bildete eine Regierung vornehmlich aus Offizieren und proklamierte eine Politik des „afrikanischen Sozialismus“. Mit den Relikten der Kolonialzeit wurde kurzer Prozeß gemacht: Die verhaßte Kopfsteuer (umgerechnet ca. 140 DM jährlich) wurde abgeschafft. In der Außenpolitik begann ein Lösungsprozeß von der französischen Abhängigkeit sowie von Israel und Südafrika.

1973 wurde der Bruch mit der Franc-Währungszone durch die Einführung einer eigenen Währung vollzogen. Frankreich mußte seine Luftwaffen- und Marinestützpunkte räumen. Der neue Außenminister, der Marineoffizier Didier Ratsiraka, stand für die Orientierung auf einen nichtpaktgebundenen Status, eine engere Anlehnung an Afrika und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den sozialistischen Ländern.

Kernstück der neuen Politik war die sozialökonomische Umgestaltung Madagaskars. Oberst Ratsimandrava, Innenminister und Sicherheitschef, zeichnete wesentlich verantwortlich für das neue Konzept. Sein Inhalt bestand – in unverkennbarer Anlehnung an die tansanische „Ujamaa“-Gemeinwesenphilosophie – in der Wiederbelebung der alten „Fokonolona“-Dorfgemeinschaft als demokratisch verfaßte ökonomische und soziale Grundeinheit der Gesellschaft, die das politische und gesellschaftliche Leben bis zur Provinzebene

Madagaskar-Daten



Territorium: 587.041 qkm

Bevölkerung: ca. 9 Mio, vor allem malayisch-indonesischer (darunter die spätere Merina-Aristokratie) und afrikanischer Herkunft. Minderheiten von Indern, Chinesen und Europäern.

Religion: Etwa 2/3 Naturreligionen, ca. 30% Christen (je zur Hälfte Katholiken und Protestanten), 4-5% Moslems.

Sprache: Malagasy, von dem lediglich Dialekte gesprochen werden; Französisch.

Währung: Madagaskar-Franc (FMG); 1 FMG = 0,006 DM (Stand: Mai 1983)

Wirtschaft: Das Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf belief sich 1980 auf 350 Dollar. Madagaskar gehört zu den Ländern mit dem niedrigsten Einkommen (LLDC). Die Insel ist nur zonenweise landwirtschaftlich nutzbar (zu ca. 15% für Ackerland; 5% sind bearbeitet). Hauptprodukte sind: Reis, Kaffee, Vanille (80% des Weltbedarfs), Gewürznelken, Edelhölzer, Zucker (bis auf Reis fast ausschließlich für den Export). Exportiert werden ferner Mineralien wie Graphit und Chrom. Bedeutende Erdöllagerstätten sollen bis 1985 die Eigenversorgung herstellen, eine verarbeitende Industrie ist im Aufbau. Haupthandelspartner ist immer noch Frankreich, gefolgt von der BRD, den USA und Japan.

Geschichte:

- um 100 v.u.Z. Beginn der Einwanderung aus Süd- und Südostasien
- 14. Jh. Gründung von Feudalstaaten
- 1885 Französische Besetzung
- 1896 Niederschlagung eines Volksaufstandes; M. wird französische Kolonie
- 1960 26. Juni; M. wird unabhängig.
- 1972 Mai; Rücktritt Präsident Tsirananas, Regierungsbildung durch das Militär und Proklamation einer sozialistischen Orientierung
- 1975 11. Februar; rechter Putschversuch
- 1975 15. Juni; Regierungsantritt Didier Ratsirakas
- 1982 November; Bestätigung D. Ratsirakas durch Wahlen

strukturieren soll.

Durch die Vereinigung legislativer, exekutiver und judikativer Funktionen sollte eine Demokratisierung erzielt werden. Einzelnen Kommissionen obliegen öffentliche Verwaltung, soziale Fürsorge usw., vor allem aber die Durchführung von Wirtschaftsplänen, während der Staat vor allem als Finanzier in Erscheinung treten soll.³

Die Probleme freilich lagen auf der Hand: Zum einen ignorierte das „harmonistische“ (D. Nohlen) Konzept soziale Gegensätze; zum anderen war die Verbreitung der „Fokonolona“ auch traditionell auf den Merina-Teil der Bevölkerung konzentriert. Um so problematischer erschien die angestrebte Übertragung auf die Städte. Und es erwies sich, daß die seit jeher Mächtigen sich erneut in den „Fokonolona“ durchsetzten – Großgrundbesitzer, Alte und Händler.

Langfristig angelegte Reformmaßnahmen in anderen Bereichen zeitigten dessen ungeachtet Erfolge, so z.B. die Erzie-

hungreform vom Dezember 1973. Sie sah die Demokratisierung des Erziehungswesens (Aufhebung der Trennung in private und öffentliche Schulen), seine Malgachisierung (Malgache als Hauptsprache) und die Betonung der beruflichen Ausbildung vor.⁴

Die Erfolge lassen sich sehen: 1979 besuchten sämtliche männlichen Jugendlichen der entsprechenden Altersgruppe die Grundschule und 87% der weiblichen – 1960 war es in etwa jeweils die Hälfte gewesen. 1982 besaßen bereits 80% der neuen Dorfgemeinschaften („Fokontany“) eine Grundschule, seit 1975 wurde deren Lehrerschaft verdreifacht. Ähnlich eindrucksvoll wurde das Gesundheitswesen ausgebaut, vor allem durch ein System lokaler Kleinstationen zur ambulanten Sofortbehandlung.

Den Versuch einer eigenständigen Entwicklung bezahlte Madagaskar mit den „erprobten“ Strafen: Kapitalflucht, Abwanderung der Siedler und Fachleute (1977 befanden sich noch 35.000 von ehemals 80.000 Franzosen im Land, 1981 nur mehr etwa 6.000), wirtschaftlichem Druck, Subversion.

Die einheimische Reaktion ging mit einem Putschversuch im Dezember 1974 zur Offensive über. Nach kurzer Zeit bestimmte die nach dessen Scheitern gebildete Militärregierung Didier Ratsiraka zum neuen Regierungschef. Sein Regierungsantritt bezeichnet eine neue Etappe der madegassischen Revolution. Bereits am 26. August 1975 präsentierte er eine „Charta der madegassischen sozialistischen Revolution“ und verkündete „die Schaffung einer revolutionären Macht als Verteidigerin der Interessen der werktätigen Schichten, die von ihren am weitesten vorauseilenden Elementen geführt werden (...), die Inbesitznahme der bedeutendsten Produktionsmittel durch den revolutionären Staat und das arbeitende Volk, das er verteidigt“.⁵

Auch die „Charta“ – madegassisch „Boky mena“, eine Art „Rotes Buch“ – hält an der zentralen Rolle der „Fokonolona“ fest. Aber sie unternimmt den Versuch, Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus mit einem revidierten Verständnis der „Fokonolona“ zu vereinen. So ist von Klassenauseinandersetzungen innerhalb der „Fokonolona“ die Rede, wird die Brechung der Macht der ländlichen Bourgeoisie zur Aufgabe erklärt, vor allem aber dem „sozialistischen Staat“ eine wesentliche Rolle zugeordnet: „Wenn die 'Fokontany' die revolutionäre Macht auf Dorfebene darstellen, so repräsentiert der Staat die revolutionäre Macht auf nationaler Ebene.“⁶

Der programmatischen Radikalisierung entsprachen die nächsten Schritte. Madagaskar baute seine Beziehungen zu den sozialistischen Ländern aus und verstärkte seine Mitarbeit in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Als wichtiger Anrainerstaat des Indischen Ozeans sprach sich Madagaskar für die Forderung aus, „aus dem Indischen Ozean eine Zone des Friedens zu machen, die entmilitarisiert und kernwaffenfrei ist, und den angloamerikanischen Stützpunkt Diego Garcia zu demonstrieren“.⁷

Mit seinen Nachbarstaaten, den Seychellen, Mauritius, Moçambique und Tansania, strebt die Regierung Ratsiraka eine engere regionale Zusammenarbeit an. Innerhalb der Bewegung der Nichtpaktgebundenen wurde D. Ratsiraka zu einem der engagiertesten Sprecher. Auf der 6. Gipfelkonferenz 1979 in Havanna brach er mit der gehegten Naiv-Vorstellung „absoluter Neutralität“:

„Wir müssen feierlich anerkennen, daß die sozialistischen Länder unsere objektiven Verbündeten in unserem Kampf gegen den Imperialismus, gegen den Neokolonialismus und gegen den Rassismus sind. Hinzu kommt, daß uns die Länder des sozialistischen Blocks niemals kolonisiert haben. Ohne die sozialistischen Länder hätten die Imperialisten die Dritte Welt buchstäblich zerstückelt und sich die Beute geteilt.“ Die Position behielt er auf dem 7. Gipfel Anfang

März 1983 in Delhi uneingeschränkt bei.⁸

Eine weitere wichtige Forderung D. Ratsirakas betrifft eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung. Denn nach wie vor befindet sich die Insel in der „klassischen“ Lage unterentwickelter und weltmarktabhängiger Nationen. Die Exporterlöse reichen seit langem nicht mehr zum Ausgleich rasant gestiegener Importgüterpreise. So mußte Madagaskar 1981 gegenüber 1976 dreimal soviel für die gleiche Menge Erdöl ausgeben. Und: „Wenn der Kaffeepreis (über 50% des Exports) von 1,80 Dollar 1977 auf 0,80 Dollar 1982 gefallen ist, dann ist das nicht die Schuld Madagaskars.“⁹

Die unverschuldete Außenhandelsmisere verschärft innere Probleme wie den großen Fachkräftemangel, die immer noch schwache Infrastruktur oder die periodischen Verwüstungen durch Zyklonstürme, die z.B. 1981 Schäden an Infrastruktur und Ernteausschlag von etwa 150 Mio DM verursachten. Probleme wie Bürokratismus und Korruption im staatlichen Sektor – sie wurden vom Präsidenten scharf angeprangert – machen ebenso zu schaffen wie Ineffizienz und mangelnde maschinelle Ausstattung.

Letzteres gilt insbesondere für den Bereich der Staatsfarmen und Kooperativen, die heute ca. 40% des bebauten Landes umfassen (Banken, Versicherungen und Industrie sind bereits zu ca. 2/3 in staatlicher Hand). Ein anderes Problem bilden rückständige Verhaltensweisen und zu drastische Preisverordnungen. So litt die Reisproduktion im Privatsektor unter den sehr niedrigen gesetzlichen Abnahmepreisen; erhöhte Reiseinfuhren waren die Folge.

Eine 1981 durchgeführte Kampagne, der „Kampf um den Reis“, in deren Verlauf 20.000 ha zusätzliches Staatsland für die empfindlichen Reiskulturen gewonnen wurden, bildete einen wichtigen Schritt, um der Selbstversorgung wieder näher zu kommen. Zum Rückgang der Agrarproduktion trug auch bei, daß trotz aller Anstrengungen der Bauern die Erträge zurückgingen: Aufgrund der Devisenknappheit fehlte es an Düngemitteln und anderen Einsatzstoffen.¹⁰

Probleme in der Landwirtschaft

In keiner Weise verwunderlich ist es vor diesem Hintergrund, daß Meinungsverschiedenheiten bis in die Regierungsspitze hinein bestehen, desgleichen innerhalb des Obersten Revolutionsrats (SCR), der im Juni 1975 gebildet worden war und dem Vertreter verschiedener progressiver Gruppen, überwiegend Zivilisten, angehören.

Im Dezember 1975 wurde mit der Nationalen Front zur Verteidigung der Revolution (FNDR) ein breites Bündnis der linken Kräfte geschaffen. Ihr gehören sechs Parteien an, neben drei kleineren Gruppierungen – darunter mit der Vonjy-Iray die Organisation der Linken aus der aufgelösten PSD – vor allem: Die AKFM, deren Vorsitzender R. Andriamanjato auch SCR-Mitglied ist; die AREMA (Avantgarde der Madegassischen Revolution), von D. Ratsiraka im März 1976 als Massenpartei und Kern einer möglichen späteren Einheitspartei gegründet; sowie die MONIMA-Mehrheit (Bewegung für die Unabhängigkeit Madagaskars), eine in den südlichen Landregionen verankerte und schon während des Unabhängigkeitskampfes 1958 gegründete Partei.

Eine merkwürdige Rolle spielt der heute etwa 80jährige Gründer der MONIMA-Partei, Monja Jaona. Mit der Kritik, die Revolution schreite nicht schnell genug voran, führte er die MONIMA im Mai 1977 aus der FNDR (deren Mehrheit schon im August 1977 dorthin zurückkehrte), blieb aber dennoch SCR-Mitglied. Mit seiner radikalen Haltung ein Kristallisationspunkt für Gruppierungen Unzufriedener, zumal ultralinken Studierender, nimmt M. Jaona eine Volkstribunenrolle in Anspruch.

Er überzeugt sie wiederholt, so als er im Dezember 1980 zu



Präsident Didier Ratsiraka mit Ehefrau

einem Generalstreik aufrief und Studentenrebellionen im Februar 1981 als Ergebnis erzielte. So als er nach verllorener Präsidentschaftswahl als Kandidat seiner nationalistischen Minderheitsfraktion MONIMA-Kamiviombo („Madagaskar den Madegassen“), aber immer noch als SCR-Mitglied, im vergangenen Dezember abermals einen Generalstreik anzuzetteln versuchte. Diesmal wurde er aus dem SCR ausgeschlossen und kurz darauf verhaftet. Marodierende Anhänger plünderten Lagerhäuser, die Abhaltung deshalb verbotener Kundgebungen zielte offenkundig auf die Resonanz der internationalen Presse.

Die Loyalität der Bevölkerungsmehrheit zum Revolutionsregime steht außer Zweifel. Im Dezember 1975 sprachen sich 90% für die „Charta“ und für eine siebenjährige Amtsperiode D. Ratsirakas aus. Wahlen auf verschiedenen Ebenen im Frühjahr 1977 brachten insgesamt einen überwältigenden Erfolg der AREMA, während die AKFM in ihren traditionellen Einflusssphären stark blieb.

Die Präsidentschaftswahl im November 1982 bestätigte Didier Ratsiraka mit 80,16% der Stimmen gegen M. Jaona, der anschließend, ohne jemand überzeugen zu können, von Wahlfälschung sprach. Im Januar 1982 hatte Ratsiraka die Minister für Finanzen und Planung sowie für Wirtschaft entlassen und durch neue (darunter einen AKFM-Politiker) ersetzt. Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) trauerte mit: „Die städtische Merina-Bourgeoisie ... sah sich durch den Sturz der beiden ihrer Hoffnung beraubt, die Flügelkämpfe ... würden zu einer Kurskorrektur führen.“¹¹

Madagaskars Weg wird weiterhin schwierig sein. Die Enttäuschung der NZZ kann allerdings nur hoffnungsvoll stimmen.

Anmerkungen:

- 1) Aujourd'hui l'Afrique, Paris, Nr. 11-12/1978, S.12
- 2) Siehe ebenda, S. 14
- 3) Vgl. u.a. D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 2, Unterentwicklung und Entwicklung in Afrika, Hamburg 1976, Halbbd. I, S. 323ff.
- 4) Vgl. Afrique Asie, Paris, Nr. 280/18.10.1982 (Spécial Madagascar)
- 5) L'Humanité, Paris, 28.8.1975
- 6) Charte de la Révolution Socialiste Malagasy, Antananarivo (26.8.) 1975, S.33
- 7) Zit. nach: Horizont, Berlin/DDR, Nr. 52/1982
- 8) Zit. nach: ebenda; Afrique Asie, Nr. 292/28.3.1983
- 9) Ebenda, Nr. 278/27.9.1982
- 10) Zahlen nach: Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Marktinformation, Madagaskar, Wirtschaftliche Entwicklung 1981, Köln 1982; Horizont, Nr. 13/1982
- 11) Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 18.2.1982

Georg Diederichs

Mehr als ein Touristenparadies

Die im Indischen Ozean – südwestlich Sri Lankas – gelegene Inselrepublik Malediven sieht sich schon seit geraumer Zeit wegen ihrer günstigen geographischen Lage dem Zugriff US-imperialistischer Globalstrategen ausgesetzt. Das gilt besonders für die südlichste Insel Gan, die nur 400 km nördlich von Diego Garcia, dem größten US-Militärstützpunkt in der Region, liegt.

Auf Gan befand sich schon einmal eine Militärbasis. Der von der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien errichtete Luftwaffenstützpunkt mußte jedoch 1976, aufgrund anhaltender Proteste auf den Malediven und in den Nachbarstaaten, von den Briten geräumt werden. Seither hat die Regierung der Malediven das Drängen vor allem der USA nach Freigabe der Insel für eine neuerliche militärische Nutzung immer wieder zurückgewiesen.

Im Februar 1980 scheiterte ein proimperialistischer Umsturzversuch auf den Malediven. Damals waren, wie aus der Hauptstadt Malé verlautete, westliche Söldner – als Touristen getarnt und mit Waffen versehen – eingereist, um die Regierung des Präsidenten Mamoon Abdul Gayoom zu stürzen.

Zwar konnte dieser Versuch eines direkten Eingriffs in die staatliche Souveränität der Inselrepublik verhindert werden. Doch es bleibt festzuhalten, daß die Malediven aufgrund ihrer wirtschaftlich schwachen Entwicklung für wirtschaftlichen und damit auch politischen Druck sehr anfällig sind. Der wichtigste Wirtschaftszweig der Malediven ist der Fischfang. Der von den Malediven gefangene, auf besondere Weise gedörrte und zubereitete Thunfisch heißt sogar „maledivischer Fisch“ und erfreut sich im allgemeinen einer hohen Nachfrage in Ländern wie Sri Lanka, Indien, Pakistan und Malaysia.

Die maledivischen Fischer benutzen keinerlei Netze oder ähnliches, sondern fangen die Fische ausschließlich mit der Angel, wozu sie feste Leinen und am Rand des Bootes angebrachte Angelruten beeindruckenden Ausmaßes verwenden. Die einzige moderne Technik auf den Dhonis, den maledivischen Segelbooten, sind Dieselmotoren, die erst vor einigen



Fischfang – Hauptwirtschaftszweig der Malediven

Jahren, und nicht einmal auf allen Booten, eingebaut wurden.

Derzeit fangen die maledivischen Fischer, die über die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung ausmachen, jährlich etwa 30.000 t Fisch, der sowohl als Trockenfisch in den Handel kommt, als auch als Frischfisch mit Hilfe japanischer Spezialschiffe nach Japan oder auf den internationalen Fischmarkt nach Bangkok gebracht wird.

Die Regierung fördert den Fischfang, mit dem 90% des bescheidenen Exports bestritten wird und dessen Exporterlös 40% der Einkünfte in ausländischer Währung beträgt. 1981 wuchsen das Bruttosozialprodukt um 11% (zum Vergleich: 1978 nur 1%) und die Staatseinkünfte um über 1/3. Zwei japanische Firmen bauten die ersten Fischkonservenfabrik auf den Malediven.

Für eine Friedenszone im Indik

Doch die kapitalistische Wirtschaftskrise hat auch um die Malediven keinen Bogen gemacht. Der Absatz von Fisch stockt, die Preise sind stark gefallen, und die an der Fischverarbeitung beteiligten japanischen Firmen wollen sich, so haben sie Ende 1982 verlauten lassen, aus dem dortigen Geschäft zurückziehen.

Neben derartigen Problemen muß sich der Inselstaat aber auch noch mit einer ganzen Reihe anderer Schwierigkeiten, die meist das Erbe der Kolonialzeit sind, auseinandersetzen. Eines der größten Probleme besteht darin, daß nach wie vor die überwiegende Mehrheit der Malediver Analphabeten sind (1977 : 82%). Bis vor kurzem gab es im Land überhaupt kein allgemeines Bildungssystem.

Selbst der ehemalige britische Militärstützpunkt auf der Insel Gan ist mittlerweile zu einem Touristenzentrum umgestaltet worden. Im ganzen Land gibt es bereits über 30 dieser Touristenkomplexe, und allein im Jahr 1981 besuchten 48.450 Urlauber die Malediven.

Seitens der Regierung wird jedoch darauf orientiert, Touristenkomplexe vor allem auf bisher unbewohnten Inseln zu errichten, um die einheimische Bevölkerung vor den aus vielen anderen Entwicklungsländern hinlänglich bekannten negativen Erscheinungsformen des Massentourismus zu schützen.

Außenpolitisch verfolgen die Malediven, die vor allem aus Kostengründen nur im benachbarten Sri Lanka und bei der UNO über eine diplomatische Vertretung verfügen, eine Politik der Nichtpaktgebundenheit und treten für die Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone ein. Die verstärkten militärischen Anstrengungen der USA im Indischen Ozean, die forcierte Erweiterung und Modernisierung der US-Flotten- und Luftwaffenbasis auf Diego Garcia ruft auch auf der Inselrepublik wachsende Besorgnis hervor.

So erklärte kürzlich Außenminister Fatalla Jamil: „Die Existenz des Militärstützpunkts auf Diego Garcia ist eine direkte Bedrohung des Friedens in der Region. Wir sind entschieden gegen irgendwelche Militärstützpunkte im Indi-

schen Ozean, und umso mehr gegen die auf Diego Garcia, denn sie liegen in unmittelbarer Nähe zu unserem Archipel. Wie auch andere Anrainerstaaten der Region fordern wir die unverzügliche Beseitigung dieser Basis und treten für die Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone ein. In dieser Hinsicht werden die Malediven alle auf die Schaffung einer Zone des Friedens, der Sicherheit, Stabilität und der Zusammenarbeit der Völker gerichteten Vorschläge unterstützen. Wir werden auch künftig Kurs auf die Festigung der Beziehungen zu allen Staaten steuern und gegen alle Angriffe auf unsere Souveränität und territoriale Integrität entschieden protestieren."

Auch die medizinische Versorgung fehlte faktisch. 1980 lag die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung bei 47 Jahren. Wegen der Zerstreutheit der Inseln sind Verkehr und Post ein ständiges Problem. Reis, neben Fisch das Grundnahrungsmittel der Malediver, muß ständig importiert werden, da auf dem Archipel selbst die natürlichen Bedingungen für den Reisanbau fehlen. Akut ist auch das Energieproblem: Die einzigen Stromquellen sind kleine Diesel- und Benzingeneratoren, die mit importiertem Brennstoff arbeiten, der allerdings auch immer teurer wird.

Mit dem Amtsantritt von Mamoon Abdul Gayoom, der infolge eines Referendums 1978 Präsident der Republik Malediven wurde, setzten erste konkrete Schritte zur Überwindung dieser Probleme ein. Die Beseitigung des Bildungsproblems wurde von der neuen Regierung mit als erstes in Angriff genommen.

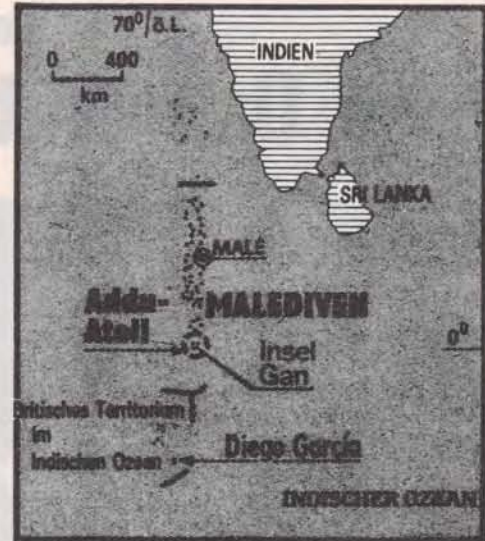
Früher gab es in der Hauptstadt Malé nur zwei englische Schulen für die Jungen und Mädchen jener, die die höchsten Posten im bürokratischen Staatsapparat einnahmen. Die Kinder wurden ausgebildet, um später die Posten ihrer Eltern zu übernehmen. Das war das ganze Bildungssystem im Land. Von Bildung für die Massen konnte keine Rede sein. Ab 1979 erarbeitete die Regierung Gayoom ein Langzeitprogramm für die Beseitigung des Analphabetismus und die Einführung einer obligatorischen Grundschulbildung. Dieses Programm ist für die nächsten sieben bis neun Jahre bestimmt. Der Perspektivplan für die Entwicklung des Bildungssystems sieht ebenfalls die Schaffung öffentlicher Grund- und Mittelschulen in der Hauptstadt wie auf den Atollen vor.

Da den Malediven zur Realisierung dieser und anderer Entwicklungsprogramme jedoch die nötige eigene Kraft fehlt, helfen ihnen bei der Verwirklichung der sozialökonomischen Pläne verschiedene Organisationen der UNO sowie mehrere andere Staaten. So wurde z.B. mit Hilfe ausländischer Agronomen und der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) der Ertrag an Kokosnüssen, Mais, Yams und Gemüse gesteigert.

Die Regierung und die Bevölkerung der Malediven unternehmen darüber hinaus auch Anstrengungen zur Entwicklung anderer Wirtschaftszweige. Wichtigste Devisenquellen sind dabei die Handelsschifffahrt – die 50 Handelsschiffe der staatlichen Malediven Shipping Ltd. (MSL) laufen Häfen in Indien, Pakistan, Bangladesch und den Staaten der Golfregion an – und vor allem die Touristikindustrie.

Die paradiesische Schönheit der Inseln hat den Tourismus zwischenzeitlich sogar zum Hauptzweig der maledivischen Wirtschaft gemacht, und die Regierung Gayoom setzt alles daran, diese wichtige Devisenquelle auch in Zukunft weiter sprudeln zu lassen. Auf dem mit kuweitischer Hilfe ausgebauten Flughafen Hulele können jetzt moderne Großraumflugzeuge starten und landen; das Verkehrswesen zwischen den Inseln wird in Gang gebracht; neue Inseln werden erschlossen. Kurzum, man schafft „ideale“ Bedingungen für den Urlaub von Exotikfans aus der Bundesrepublik, Italien, Frankreich, Schweden, England und anderen Ländern.

Malediven-Daten



Territorium: Der Archipel erstreckt sich im Indischen Ozean über eine Länge von 750 km und eine Breite von 120 km; Landfläche: 298 qkm Die Malediven bestehen aus 19 Inselgruppen (Atollen) mit insgesamt 1.196 Inseln und Eilanden, von denen 202 bewohnt sind.

Bevölkerung: 168.465 Einwohner (1981). Rund 45% aller Einwohner sind unter 15 Jahren.

Hauptstadt: Malé (auf der gleichnamigen Insel), mit 29.555 Einwohnern (1978)

Sprache: Divehi, eine Sonderform des Singhalesischen mit Einflüssen aus dem Arabischen und Hindi; Englisch dient als Geschäftssprache

Religion: Der (sunnitische) Islam ist Staatsreligion

Staatsform: Die Malediven sind seit dem 11. November 1968 eine Präsidentschaftsrepublik. Staatsoberhaupt und Regierungschef ist gegenwärtig Präsident Mamoon Abdul Gayoom. Das Parlament besteht aus 48 Mitgliedern, von denen 8 der Präsident ernannt. Die übrigen werden (je zwei) in den 19 Verwaltungsdistrikten und in Malé gewählt. Es gibt keine politischen Parteien. Wahlberechtigt sind alle Bürger ab 21 Jahren

Geschichte:

1550 Eroberung durch Portugal

1573 Vertreibung der Portugiesen

1645 Oberhoheit der Holländer über die Inselgruppe

1887 Britisches Protektorat

1964 Volksaufstand gegen die britische Herrschaft

1965 Erringung der Unabhängigkeit; Großbritannien behielt jedoch die Militärbasis Gan

1968 Volksentscheid für die Umwandlung in eine Republik (bis dahin Sultanat)

1976 Räumung der Militärbasis Gan durch die Briten; Aufnahme der Malediven in die Bewegung der Nichtpaktgebundenen

Berichtigung

Im Mexiko-Artikel in AIB 6/1983 sind uns, durch Kürzungen und technische Versehen bedingt, einige Fehler unterlaufen. Es muß heißen auf:

– S. 35, Spalte 1, 3. Absatz, ab Zeile 2: „Mittels der Steuerpolitik, staatlicher Finanzierungsgesellschaften und Protektionszöllen lenkte er die Investitionen in bestimmte Bereiche. In einigen von der Privatwirtschaft vernachlässigten Zweigen wurde er selbst als Unternehmer tätig und versuchte, z.B. durch die 1938 unter Präsident Lázaro Cárdenas erfolgte Verstaatlichung des Erdölbereichs, die stark von den USA abhängige Wirtschaft vor völliger Fremdbestimmung zu bewahren.“

– S. 36, Spalte 1, 1. Absatz: statt „Wirtschaftspolitik“ „Stabilität“.

– S. 36, Spalte 1, letzter Absatz, Zeile 4: „...1973/74, dem Zeitpunkt...“

– S. 38, Spalte 1, 3. Absatz, Zeile 7/8: „... wie dies die Linksparteien ... zu verstehen gaben.“

Wolfram Brönner

Das Diktat von Khalde



Vertragsunterzeichnung in Khalde durch D. Kimche (L) und A. Fattal (r.), M. Draper (M.)

Am 17. Mai 1983 endete die mehrwöchige Nahost-Mission des US-Außenministers George Shultz mit der Unterzeichnung eines Separatabkommens Israel-Libanon. Gleich zweimal, nämlich in Khalde, einem Küstenort südlich von Beirut, und im israelischen Grenzort Kiryat Schmoneh, signierten der US-Vermittler Morris Draper, der israelische Staatssekretär David Kimche und der libanesische Botschafter Antoine Fattal den Vertragstext.

Der veröffentlichte Teil des Abkommens besteht aus 12 Grundsatzartikeln (siehe Kasten) und einem zweigeteilten Anhang, in dem Sicherheitsregelungen und zulässige Truppenstärke der libanesischen Seite in einer südlichen „Sicherheitszone“, die durchschnittlich 45 km breit ist, beschrieben sind. Zwar verpflichtet sich Israel, seine Besatzungstruppen (ca. 30.000 Mann) – laut Anhang innerhalb von 8-12 Wochen – aus dem Libanon abzuziehen.

„Sicherheitszone“ Südlibanon

Doch wurde dies in einer geheimen Zusatzvereinbarung an die Bedingung gekoppelt, daß die in der ostlibanesischen Bekaa-Ebene stationierten syrischen Truppen der Arabischen Abschreckungsstreitmacht (ca. 40.000), und mit ihnen die verbliebenen Kontingente der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), 8.000-10.000, ebenfalls abziehen.

Im Widerspruch zu früheren Zusicherungen des Libanon – so im Kairoer Abkommen 1969 – gegenüber der arabischen Welt, man garantierte damals dem palästinensischen Widerstand das Recht zur Präsenz und Aktivität auf libanesischem Boden, sagte die Regierung Gemayel jetzt Israel die Unterbindung jedweder „feindlicher oder terroristischer Aktivitäten gegen die andere Seite“ zu (Artikel 4).

Für zunächst einmal 2 Jahre sollen israelisch-libanesische Armeepatrouillen gemeinsam die „Sicherheitszone“ Südliba-

non überwachen. Die 2.000 Mann zählende Truppe des israelischen Gefolgsmanns, Major Saad Haddad, soll in die reguläre libanesische Armee eingegliedert, der Major zum stellvertretenden Kommandanten des Südens ernannt werden.

In einem geheimen Zusatzprotokoll sicherte Washington der Regierung Begin zu, daß man, solange Syrien nicht den Rückzug antrete, Israel nicht zum Abzug seiner Truppen drängen und ihm keine Änderung des Abkommens von Khalde abverlangen werde, falls Syrien dies zur Voraussetzung seines Nachgebens machen sollte. Für eventuell notwendige „Repressalien“ gegen die Palästinenser gestand man Israel desweiteren ein Interventionsrecht zu. Schließlich verpflichtete sich die Regierung Begin in dem Geheimprotokoll dazu, künftig vor allen wichtigen Entscheidungen in Sachen Libanon/Syrien „Konsultationen“ mit der Reagan-Administration zu pflegen, d.h. erst einmal um Erlaubnis nachzusuchen.

Als Gegenleistung versprach Washington, die Militärhilfe an Israel für das Jahr 1984 erneut zu erhöhen (1983 waren es, die Sonderhilfen zum Libanonkrieg eingerechnet, 2,5 Mrd Dollar). Es hob die zwischenzeitliche Liefersperre für 75 US-Kampfflugzeuge des Typs F-16 (Erstlieferung 1985) auf und sagte Tel Aviv das erbetene Know how zum Bau des neuesten israelischen Kampfflugzeugs Lavie zu.¹

Das israelisch-libanesische Abkommen räumt den USA den „Rang eines Teilnehmers“ an einem gemeinsamen „Verbindungskomitee“ ein, das die Sicherheitsmaßnahmen überwachen und künftig die Kontrolle über den gesamten Libanon ausüben soll.

Die im Libanon stationierte multinationale Streitmacht von derzeit 4.500 Mann (davon 1.200 US-Marines sowie Einheiten aus Frankreich, Großbritannien und Italien) wird durch das Abkommen ausdrücklich nicht berührt, den USA die Möglichkeit einer Ausweitung ihres Kontingents freigestellt. Die Regierung Gemayel sprach von ihrer Verdoppelung.

Libanesisch-israelisches Abkommen vom 17. 5. 1983

Die Regierung der Republik Libanon und die Regierung des Staates Israel, (...) haben sich über die folgenden Festlegungen geeinigt:

Artikel 1

1. Jede der beiden Seiten verpflichtet sich, die Souveränität der anderen Seite, ihre politische Unabhängigkeit und die Integrität ihres Territoriums zu achten.
2. Beide Seiten unterstreichen, daß der Kriegszustand zwischen dem Libanon und Israel beendet wurde und nicht mehr besteht.
3. In Realisierung der Punkte 1 und 2 verpflichtet sich Israel, seine bewaffneten Kräfte entsprechend der Anlage zu diesem Abkommen aus dem Libanon abziehen.

Artikel 2

Beide Seiten verpflichten sich, geleitet von den Prinzipien der UNO-Charta und des Völkerrechts, ihre Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln und auf einem Wege zu lösen, der zur Festigung der Gerechtigkeit, des Friedens und der internationalen Sicherheit führt.

Artikel 3

Um ein Maximum an Sicherheit für den Libanon und Israel zu gewährleisten; führen beide Seiten Sicherheitsmaßnahmen ein, darunter die Bildung einer Sicherheitszone entsprechend den Festlegungen im Anhang zu diesem Abkommen.

Artikel 4

1. Das Territorium keiner der beiden Seiten darf als Basis für feindliche oder terroristische Aktivitäten gegen die andere Seite oder gegen ihr Volk genutzt werden.
2. Jede Seite verhindert die Präsenz oder Bildung nichtregulärer Streitkräfte oder bewaffneter Banden oder Organisationen, Stützpunkte, Büros oder Strukturen, zu deren Zielen der Angriff auf das Territorium der anderen Seite oder die Führung terroristischer Aktionen innerhalb dieses Territoriums gehört. Sie verhindert jede Aktivität, die zum Ziel hat, die Sicherheit der anderen Seite und ihrer Einwohner zu bedrohen oder zu gefährden. Zu diesem Zweck werden alle Vereinbarungen und Maßnahmen, die auf dem Territorium einer der beiden Seiten die Präsenz und Aktivität von Elementen, die der anderen Seite feindlich gesinnt sind, gestatten, nichtig und ungültig.

3. Unter Wahrung des natürlichen Rechtes auf Selbstverteidigung entsprechend dem Völkerrecht, enthält sich jede der beiden Seiten:
 - a) der Durchführung, Unterstützung und der Teilnahme an Drohungen, kriegerischen und aggressiven Aktionen gegen die andere Seite oder gegen ihre Bürger und ihren Besitz, sowohl innerhalb des eigenen Territoriums und ausgehend davon, als auch innerhalb des Territoriums der anderen Seite;
 - b) der Nutzung des Territoriums der anderen Seite für einen militärischen Angriff auf das Territorium eines Drittstaates;
 - c) der Einmischung in die inneren und äußeren Angelegenheiten der anderen Seite.
4. Jede der beiden Seiten verpflichtet sich, vorbeugende und gesetzliche Maßnahmen gegen die Personen und Gruppen zu unternehmen, die Aktionen begehen, die den Bestimmungen dieses Punktes zuwiderlaufen.

Artikel 5

In Übereinstimmung mit der Beendigung des Kriegszustandes enthält sich jede Seite im Rahmen ihrer konstitutionellen Ordnung jeder Form von feindlicher Propaganda gegen die andere Seite.

Artikel 6

Jede Seite verhindert, daß militärische Truppen und Ausrüstungen, die einem der anderen Seite feindlichen Staat gehören, ihr Territorium betreten, sich dort ausbreiten oder es durchqueren, darunter auch den Luftraum und die Territorialgewässer, ausgenommen das Recht auf Durchfahrt entsprechend dem Völkerrecht.

Artikel 7

Die Bestimmungen dieses Abkommens ausgenommen, behindert nichts die Stationierung von internationalen Kräften auf libanesischem Territorium, die mit Zustimmung und auf Bitte der libanesischen Regierung zu ihrer Unterstützung bei der Festigung ihrer Macht gerufen werden. Die Auswahl der neuen Staaten, die künftig

an diesen Truppen teilnehmen, erfolgt aus dem Kreis jener Staaten, die diplomatische Beziehungen zu beiden Seiten unterhalten.

Artikel 8

1. a) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens bilden beide Seiten ein gemeinsames Verbindungskomitee, das seine Aufgaben vom Moment seiner Bildung an übernimmt und in dem die USA den Rang eines Teilnehmers erhalten. Dieses Komitee hat die Aufgabe, die Durchführung dieses Abkommens in allen seinen Aspekten und hinsichtlich der Sicherheitsmaßnahmen zu überwachen. Dieses Komitee behandelt die ihm durch das Komitee für Sicherheitsmaßnahmen (gebildet entsprechend Paragraph „c“ unten) überwiesenen Probleme. Das Komitee faßt seine Beschlüsse einstimmig.
b) Das Gemeinsame Verbindungskomitee beobachtet kontinuierlich die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Libanon und Israel, darunter die Überwachung der Bewegung von Waren, Produktion, Personen, Verbindungen usw.
c) Im Rahmen des Gemeinsamen Verbindungskomitees wird ein Komitee für Sicherheitsmaßnahmen geschaffen. Seine Bildung und Aufgaben sind in der Anlage zu diesem Abkommen definiert. (...)
2. Innerhalb von sechs Monaten nach dem Abzug aller israelischen Streitkräfte aus dem Libanon entsprechend Artikel 1 dieses Abkommens, nach der gleichzeitigen Rückkehr der libanesischen Staatsmacht entlang der internationalen Grenzen zwischen dem Libanon und Israel und angesichts der Beendigung des Kriegszustandes beginnen beide Seiten im Rahmen des Gemeinsamen Verbindungskomitees Verhandlungen mit gutem Willen, um zu einem Abkommen über die Bewegung von Waren, Produkten und Personen zu kommen und dieses auf nichtdiskriminierender Grundlage zu realisieren.

Artikel 9

1. Beide Seiten unternehmen in einem Zeitraum nicht länger als ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Abkommens alle notwendigen Maßnahmen zur Annullierung der Verträge, Gesetze und Regelungen, die als im Widerspruch zu diesem Abkommen befindlich betrachtet werden. Dies erfolgt entsprechend den Gesetzesgrundlagen jeder der beiden Seiten.
2. Beide Seiten verpflichten sich zur Nichtrealisierung aller Verpflichtungen, die diesem Abkommen widersprechen, zum Nichteintreten einer Verpflichtung und zur Nichtannahme von Gesetzen und Regelungen, die diesem Abkommen widersprechen.

Artikel 10

1. Dieses Abkommen wird von beiden Seiten entsprechend den Verfassungsgrundlagen beider Seiten ratifiziert. Es tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es tritt an die Stelle der früheren Vereinbarungen zwischen dem Libanon und Israel.
2. Alle Anlagen zu diesem Abkommen (Anhang, Ergänzung, Karte und vereinbarte erläuternde Protokolle) gelten als untrennbare Bestandteile des Abkommens.
3. Dieses Abkommen kann mit Zustimmung beider Seiten geändert, überarbeitet oder ersetzt werden.

Artikel 11

1. Differenzen über die Auslegung dieses Abkommens oder seine Durchführung werden auf dem Verhandlungswege im Gemeinsamen Verbindungskomitee gelöst. Jede Differenz dieser Art, die auf diesem Wege nicht beigelegt werden kann, unterliegt der Vermittlung. (...)

Artikel 12

Über dieses Abkommen wird gemäß Artikel 102 der UNO-Charta das Generalsekretariat der Vereinten Nationen zwecks Registrierung informiert.

Dieses Abkommen wurde in Khalde und Kiriat Shmoneh am 17. Mai 1983 in drei Exemplaren mit vier offiziellen Texten in arabischer, hebräischer, französischer und englischer Sprache ausgefertigt. Im Falle von Differenzen bei der Auslegung werden gleichermaßen der englische und der französische Text herangezogen.

Für die Regierung der Republik Libanon, Antoine Fattal
Für die Regierung des Staates Israel, David Kimche
gesehen für die Vereinigten Staaten von Amerika, Morris Draper



Verhandlungspartner G. Shultz (M.) und A. Gemayel; israelische Besatzerstellung in der Bekaa-Ebene

Darüber hinaus schreiben Zusatzvereinbarungen fest, daß der Neuaufbau der libanesischen Armee ganz in Händen von US-Offizieren belassen werden soll. Denn seit Ende 1982 sind 70 US-Instrukteure, darunter 28 Ausbilder der berüchtigten Sondereinheit Green Berets, dabei, in einem Zweijahresprogramm fünf Infanteriebrigaden der libanesischen Regierungstreitkräfte auszubilden und auszurüsten. Nach einer Studie des Pentagon ist dies „das Minimum, um das Land effektiv kontrollieren zu können“.² Im April d.J. bestätigte der Kongreß in Washington ein Paket an Militär- und Wirtschaftshilfe für den Libanon in Höhe von 251 Mio Dollar.³ Es versteht sich, daß diese Hilfe nicht nur auf die Festigung der Machtposition der libanesischen Phalange-Partei, sondern zugleich auf den Ausbau der Vorherrschaft der USA und ihrer Militärpräsenz in der Region des Nahen und Mittleren Ostens gerichtet ist.

Mit dem Abkommen von Khalde wird der Kriegszustand zwischen Israel und dem Libanon, der seit dem ersten Nahostkrieg 1948/49 andauerte, für beendet erklärt. Die skizzierten Bestimmungen weisen es als einen separaten Friedensvertrag aus, mit dem der Libanon dem Beispiel Ägyptens folgt.

Die Regierung Sadat war mit den von J. Carter vermittelten Separatabkommen von Camp David (im September 1978) und von Washington (im März 1979) als erster Nachbarstaat Israels aus der gemeinsamen arabischen Front ausgeschert.

Ägypten hatte damit der Regierung Begin freie Hand für seinen Vernichtungskrieg vom Juni-August 1982 im Libanon verschafft, der im Kern auf die Austreibung des palästinensischen Widerstands und Syriens sowie auf die „Neuordnung“ des Libanon zielte.⁴

Die am 17. Mai d.J. in Khalde festgeschriebene „Neuordnung“ läuft darauf hinaus, das Land der Zedern in ein amerikanisch-israelisches Protektorat zu verwandeln.

Status eines amerikanisch-israelischen Protektorats

Es wurde dem Land aufgenötigt unter den Vorzeichen der israelischen Okkupation von rund 40% des Territoriums und der US-Militärpräsenz in Beirut. Das Abkommen trägt ferner den Stempel eines Diktats Washingtons, da es den von Präsident Amin Gemayel vielbeschworenen „nationalen Konsens“ (Übereinstimmung) sprengte, da es die Souveränität des Landes gegen Vorrechte der USA und Israels eintauschte, die ungleich größer sind als jene im Ägypten Sadats.

Ein Diktat ist das Abkommen schließlich auch deshalb, weil die Libanonkonfliktparteien Syrien und PLO von den Vertragsverhandlungen ausgesperrt, nicht einmal zu Rate gezogen wurden. Und dies, obgleich ihre Militärpräsenz von seiten der libanesischen Regierung und der Arabischen Liga ehemals ausdrücklich erbeten bzw. legitimiert worden ist –



US-Offizier bei der Ausbildung einer libanesischen Armeereinheit; Verteidigungsstellung der PLO in der Bekaa-Ebene

Memorandum der libanesischen Opposition zum Abkommen

Am 14. Mai 1983 fand in Zgharta ein Treffen statt, an dem u.a. Ex-Präsident Suleiman Franjeh, Ex-Premierminister Rashid Karameh, Walid Djoumblatt, Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, George Chaoui, Generalsekretär der Libanesischen Kommunistischen Partei, Assem Qansoah, Regionalsekretär der Organisation der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei im Libanon und Mahmoud Abdul Khaleq, Vorsitzender des Umad-Rates der Nationalsozialen Partei teilnahmen. Die Teilnehmer verabschiedeten mehrere gemeinsame Beschlüsse und Empfehlungen zur Organisation des libanesischen Widerstandskampfes gegen das am 17. Mai d.J. unterzeichnete israelisch-libanesisches Abkommen, darunter folgendes Memorandum an die Regierung des Libanon.

Veranlaßt durch die schwerwiegenden, sich zuspitzenden Entwicklungen, ihre Konsequenzen, ihr Ausmaß und ihre Auswirkungen auf jeden Aspekt unseres nationalen Lebens, im politischen, Sicherheits-, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, die der Vertragsentwurf mit dem israelischen Feind beinhaltet, (...) in der Hoffnung, zu einer Position zu gelangen, die die Souveränität des Libanon, die Einheit seiner Bürger und die Beziehungen zu seiner arabischen Umwelt sichert.

Diese Prinzipien, die wir unterstützen, hat Seine Exzellenz, Präsident Amin Gemayel, in mehr als einer Rede angesprochen, so auch, aber nicht nur, in seiner Einführungsrede am 23. September 1982 (...) Am ausführlichsten jedoch war seine Rede in Delhi am 10. März 1983, welche als Grundsätze für Verhandlungen das beinhaltete, was damals mit „rote Linien“ bezeichnet wurde. Diese waren folgende:

1. Die nationale Übereinstimmung zu wahren und an Positionen festzuhalten, die aus dem Willen des Volkes hervorgehen.
2. Die libanesischen Souveränität nicht aufzugeben, wobei niemandem ein Vorrecht eingeräumt und keine fremde Präsenz auf libanesischem Territorium zugelassen werden solle.
3. Die Glaubwürdigkeit des Libanon in der arabischen Welt und seine Zugehörigkeit zur arabischen Familie nicht aufzugeben, damit er seine schöpferische Rolle wahren kann.

Bezugnehmend auf den ersten Grundsatz möchten wir fragen: Drückt nicht das Treffen von Zgharta eine Tatsache und eine Realität aus, nämlich daß die Libanesen in der Frage des Vertragsentwurfs gespalten sind und daß ihre Mehrheit dagegen ist? Deshalb hoffen wir, daß die Regierung in Übereinstimmung mit dem ersten Grundsatz handeln möge und keine Maßnahmen ergreift, die im Gegensatz zu diesem Grundsatz stehen und die nationale Übereinstimmung untergraben.

Was die Aufgabe der libanesischen Souveränität anbelangt: Sind das Abkommen und seine Bestimmungen, welche Maßnahmen und Vereinbarungen beinhalten, die dem Feind Vorrechte und Zugeständnisse zu Land, in der Luft und zur See einräumen und die Präsenz fremder Truppen auf libanesischem Territorium festschreiben, durch gesetzliche Bestimmungen gedeckt? Widerspricht dies alles nicht dem zweiten Grundsatz? (...)

Zur in den Grundsätzen erwähnten schöpferischen Rolle des Libanon: Was würde von ihr übrigbleiben, wenn der Libanon sich von seiner Umwelt abschneiden und in die Vorherrschaftssphäre Israels einschließen ließe? Dies wurde besonders deutlich in den Worten unseres Außenministers, als er sagte: „Was nützt es dem Libanon, eine Tür zu Israel aufzumachen und 22 Türen zu schließen?“

All dies veranlaßt uns, auf den Kern des Abkommens zurückzukommen, daß in Wirklichkeit ein Separatfriedensvertrag unter anderer Aufmachung ist. Wir möchten hier besonders auf den Schaden hinweisen, der dem Libanon, insbesondere auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet, zugefügt wird. Die damit verbundenen Belastungen und Konsequenzen werden alle zu spüren bekommen. Sie stellen eine Bedrohung der Sicherheit unseres Status und unserer Gesellschaft dar. Noch gefährlicher ist die Bestimmung, die Israel die Möglichkeit gibt, uns nach sechs Monaten ein Mehr an Normalisierung und wirtschaftlichen Vorteilen aufzuzwingen.



Wir sehen auch, daß durch dieses Abkommen, das unter dem Druck der Okkupation ausgehandelt wurde, der Libanon in den Kreislauf israelischen Ehrgeizes und Einflusses im politischen, Sicherheits-, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich fallen wird. Dadurch würden die Rolle und Botschaft des Libanon in seiner Umgebung und in der Welt verloren gehen.

Unserer Meinung nach ist dieses Abkommen Bestandteil der unablässigen Verschwörung, die auf Teilung und Besiedlung abzielt. Dies sollte uns Anlaß zu äußerster Sorge und Beunruhigung sein, weil es unsere Einheit und unser Heimatland vollständig liquidiert. In diesem Licht sehen wir auch die Kampfhandlungen und Provokationen, die in den Bergen, im Süden, im Bekaa-Tal, im Norden und in anderen Teilen des Libanon stattfinden. Sie fallen zusammen mit den Versuchen, uns eine Ein-Parteien-Autorität aufzuzwingen, und mit den Maßnahmen, staatlichen Einrichtungen die Vorherrschaft von parteiegoistischen Interessen (gemeint sind die der Phalange-Partei des Präsidenten Gemayel; d. Red.) aufzuzwingen. Dies steht in Widerspruch zu dem in der Einführungsrede gemachten Versprechen, daß die Regierung über den Auseinandersetzungen von Parteien und Gemeinschaften stehen wird. All dies entspricht letztlich den Vorhaben Israels und dient seinen Absichten.

Wer aber glaubt, daß sich damit der Wunsch derjenigen erfüllen würde, die den Libanon und sein Regime den Absichten einer zwieträchtigen konfessionellen Herrschaft unterwerfen wollen, irrt sich, weil der Fortschritt und die Entwicklung des Libanon in der Aufrechterhaltung von Demokratie und Freiheit liegen und in der Wahrung des Prinzips der Koexistenz zwischen den verschiedenen Parteien und Gemeinschaften.

Wir sehen in den Resolutionen Nr. 508 und 509 des Sicherheitsrates (der Vereinten Nationen vom Juni 1982, siehe AIB 9/1982, S.5; d. Red.) den richtigen Ausgangspunkt für eine bedingungslose Befreiung des Libanon. Darüber hinaus liegt die grundlegende Stärke des Libanon in der Einheit seiner Bürger – in dieser Einheit, für die wir stets eingetreten sind, um die Nation vor dieser Verschwörung zu retten. (...)

Im Lichte all dieser Überlegungen rufen wir die verschiedenen libanesischen Kräfte, private und offizielle Institutionen auf, den Vertragsentwurf entschieden zu bekämpfen. (...)

ein feiner Unterschied zum ungebetenen Einmarsch der Invasionstruppen Israels.

Die Regierung Assad wurde nicht nur vor vollendete Tatsachen gestellt, sondern auch massivem Druck ausgesetzt. Um ihre Zustimmung zum Separatabkommen und zum bedingungslosen Abzug der syrischen Truppen aus der Bekaa-Region zu erpressen, veranstaltete Israel Ende Mai d.J. entlang den Frontlinien einen seltenen Truppenaufmarsch. Das Zusammenziehen von etwa 1.300 Panzern, zusätzliche Radar- und Raketenstellungen, das ständige Kreisen israelischer Kampfflugzeuge über der Bekaa-Ebene oder die Mobilisierung von 40.000 israelischen Reservisten, all dies kommt einer Kriegsandrohung gegen Syrien gleich.

Während Israel sich zum Verbleib im Libanon einrichtete und zügig den nächsten Waffengang gegen Syrien und die PLO vorbereitete, sorgte die Reagan-Administration auf internationaler Ebene für Flankenschutz.

Sie bezichtigte Syrien und seinen Verbündeten Sowjetunion den amerikanischen „Friedensprozeß“ im Nahen Osten zu bedrohen. „Die Vereinigten Staaten sollten Syrien davon überzeugen“, so schob Verteidigungsminister Caspar Weinberger Damaskus den Schwarzen Peter zu, „daß es in seinem Interesse liegt, sich aus dem Libanon zurückzuziehen und daß es gänzlich ihren Interessen widerspricht, wenn sie den Sowjets die Einführung von Ausrüstungen und Soldaten nach Syrien gestatten, womit sie vielleicht das Risiko eines Krieges eingehen, den niemand möchte.“⁵

In der Tat fühlte sich die Regierung Assad zu ihrer Ablehnung des Diktats von Khalde dadurch ermutigt, daß die Sowjetunion ihre Unterstützung für Syrien und die PLO in den letzten Monaten erhärtete. Diese politische Rückenstärkung durch Moskau ist hochbedeutend angesichts der Tatsache, daß die Königshäuser Jordaniens und Saudi Arabiens derzeit in Abstimmung mit Washington darauf hin arbeiten, die arabische Plattform für eine Nahostlösung von Fes vom Tisch zu wischen. Sie soll ersetzt werden durch eine Mixtur dieses Friedensplans mit dem Reaganplan vom September 1982 (Wortlaut beider Dokumente in AIB 11-12/1982, S. 6 und 8).

Sichtlich abschreckend wirkte für die Angriffsplaner in Tel Aviv und Washington die erstmalige Aufstellung sowjeti-

scher Abwehrraketen SAM-5 auf syrischem Boden, die – anders als im Libanonkrieg 1982 – nun von sowjetischen Experten mitbetreut werden. Die so erhöhte Verteidigungsfähigkeit Syriens wiegt in einer derart bedrängten Situation umso schwerer, da von den arabischen Staaten gegenwärtig eine nennenswerte militärische Hilfe im Kriegsfall genauso wenig zu erwarten steht wie im Sommer 1982.

Anders auch als 1979, als die Arabische Liga den Separatfrieden Ägyptens mit Israel mit einem Boykott beantwortete, hat die Regierung Gemayel kaum arabische Sanktionen zu erwarten. Um sie abzuwenden, vermied man übrigens im Abkommen von Khalde tunlichst den Begriff „Friedensvertrag“.

Syrien und die – durch eine Rebellion in den Reihen der Fatah im Ostlibanon geschwächte – PLO beharren in Übereinstimmung mit der UN-Sicherheitsresolution 509 vom 6.6.1982 darauf, daß der „unverzügliche und bedingungslose“ Rückzug der israelischen Armee die Grundvoraussetzung für ihren eigenen Abzug aus dem Libanon darstellt.

Die libanesische Opposition teilt diese ablehnende Position und hat Mitte Mai d.J. in einem gemeinsamen Memorandum (siehe Kasten) von Zgharta zum Widerstand gegen das Abkommen von Khalde aufgerufen.

Diese Nationale Front des Widerstands, die sich im Kern gegen die Unterwerfung der Phalange unter die Vorherrschaft Israels richtet, umfaßt ein noch breiteres Spektrum als jenes von Zgharta: Neben den Anhängern des christlichen Ex-Präsidenten Franjeh, der Sozialistischen Fortschrittspartei, der Kommunistischen und der Baath-Partei, schlossen sich ihm auch die schiitische Bewegung AMAL und der Nationale Block des gemäßigten Christen Raymond Eddé an.⁶

Die Front rief zum Jahrestag der israelischen Invasion, dem 6. Juni d.J., zu einem Tag der nationalen Trauer auf. Außer in den von den Phalangisten kontrollierten Stadtteilen Beiruts kam es an diesem Tag im ganzen Land zu Streiks und Protestaktionen. Diese Volksabstimmung mit den Füßen bestätigte, daß die Mehrheit des libanesischen Volkes das Separatabkommen Israel-Libanon ablehnt. Sie unterstrich die Feststellung Walid Djoumblatts, daß die Nationale Front „sagen wir 60% (der Bevölkerung des Libanon)“ repräsentiert und daß das Parlament, das unter der unannehmbaren Bedingung der Okkupation das Abkommen absegnete, „keine wirkliche Mehrheit repräsentierte“.⁷

Ebenfalls am 6. Juni d.J. demonstrierten in Tel Aviv 100.000-150.000 Menschen für den sofortigen und bedingungslosen Abzug Israels aus dem gesamten Libanon. Einer der aktuellen Anstoßpunkte der israelischen Friedensbewegung (siehe auch den Beitrag von I. Lübben-Pistofidis) ist die ungewöhnlich hohe Verlustquote der israelischen Besatzungsarmee im Südlibanon. Sie überstieg Anfang Juni d.J. 500 Gefallene – Zeichen der Stärke des bewaffneten Volkswiderstands im Südlibanon, der hauptsächlich von den libanesischen Linksparteien und der AMAL-Bewegung getragen wird.

Ein anderer aktueller Anstoßpunkt der israelischen Friedensbewegung sind die Kriegsvorbereitungen des Begin-Regimes gegen Syrien.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Le Monde (LM), Paris, 18.5.1983; Süddeutsche Zeitung, 18.5.1983; Afrique Asie, Paris, Nr. 297/6.6.1983, S.16
- 2) Zit. nach: LM, 23.3.1983
- 3) Daten nach: ebenda und International Herald Tribune, Paris/Zürich, 21.4.1983
- 4) Zu Camp David/Washington siehe: AIB 5/1979, S. 20-26. Zum Libanonkrieg siehe: AIB 9/1982, S. 4-13; 10/1982, S. 19-31 und 11-12/1982, S. 4-18
- 5) Zit. nach: LM, 21.5.1983
- 6) Vgl. Afrique Asie, Nr. 298/20.6.1983, S.36
- 7) Interview mit W. Djoumblatt in: Newsweek, New York, 30.5.1983



Syrische SAM-Raketenstellung

Ivesa Lübben-Pistofidis

Israels Friedensbewegung — Antwort auf den Libanonkrieg



Manifestation des 25. 9. 1982 in Tel Aviv: „Ja zum Frieden, nein zur Invasion im Libanon“ und...

400.000 Menschen — ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung Israels — waren am 25. September 1982 auf dem Platz der Könige in Tel Aviv zur größten Demonstration in der Geschichte Israels zusammengeströmt. Sie erhoben Protest gegen Israels Libanonkrieg und insbesondere gegen den Massenmord von Westbeirut, wo mit Hilfe der israelischen Armee libanesische Phalangisten und Haddad-Milizen in die Palästinenserlager Sabra und Shatila eingedrungen waren und mehrere tausend Menschen ermordet hatten. Die Demonstranten trugen Transparente mit der Aufschrift „Genug!“ und „Das Palästinenserproblem läßt sich nicht mit Bomben lösen!“

Schon in den ersten Tagen des Überfalls der israelischen Armee auf den Libanon im Juni 1982 war es zu Protesten in Israel gekommen.

Es geschah zum ersten Mal in der Geschichte des zionistischen Staates, daß während eines Kriegszuges eine breite Gegenbewegung entstand. Erstmals brach damit auch der bislang gleichermaßen von Likud-Regierung und Arbeiterblock beschworene „Nationale Konsens“. Er hatte während der vorausgegangenen Kriege, die Israel gegen die arabischen

Nachbarstaaten geführt hatte, die gesamte Nation — mit Ausnahme einer kleinen antizionistischen Opposition, deren Kern die kommunistische Rakah-Partei war — um die Kriegsziele der jeweiligen Regierung geschart.

Dieses Mal, im Libanonkrieg vom Juni-August 1982, reichte die Opposition weit ins zionistische Lager hinein. Je länger der Krieg andauerte, je offensichtlicher die Verbrechen der Invasoren an der palästinensischen und libanesischen Zivilbevölkerung und je höher die eigenen Verluste waren, um so mehr Israelis schlossen sich der Protestbewegung an.

Massenproteste erstmals während eines Krieges

Besonders Überlebende des Naziterrors fühlten sich angesichts der von Ministerpräsident Begin benutzten Ausdrücke wie „Ausrottung“ und „Endlösung der Palästinenserfrage“ nur allzu sehr an das Vokabular der Nazis während des Holocausts erinnert.

Einer der wenigen Überlebenden des Warschauer Gettos und des Konzentrationslagers Buchenwald begann einen Hunger-



„...Israel soll leben, müssen andere sterben?“

streik vor dem Denkmal für die Überlebenden des Nationalsozialismus „Yad Vaschem“, um gegen „den zynischen Gebrauch des Holocausts durch die Regierung zur Rechtfertigung und Entschuldigung ihrer Taten im Libanon“¹ zu protestieren.

Die ersten Proteste waren durch das Komitee gegen den Krieg im Libanon organisiert worden, das aus dem Solidaritätskomitee mit der (palästinensischen) Bir-Zeit Universität hervorgegangen war. Das Bir-Zeit-Komitee war im November 1981 gegründet worden, nachdem die in der Westbank bei Ramallah liegende Universität das erste Mal von den israelischen Besatzungsbehörden geschlossen worden war.

Schrittmacher: Komitee gegen den Libanonkrieg

„Die Mitglieder des Komitees waren die ersten jüdischen Israelis, die die Erfahrung mit Tränengas machten, das von der Polizei in Ramallah eingesetzt wurde, aber auch die ersten, die die Solidarität der dortigen Bevölkerung fühlten, die uns in ihre Häuser mitnahmen, wo wir Schutz vor dem Tränengas fanden.“ So erinnert sich Kalman Altman, einer der Sprecher des Komitees in Haifa an die erste Demonstration, die das Komitee in der Westbank durchgeführt hatte.² Für den 5. Juni 1982, den 15. Jahrestag des Juni-Krieges von 1967, hatte das Bir-Zeit-Komitee zu einer Demonstration in Tel Aviv aufgerufen. „Eigentlich sollte es eine Demonstration gegen die Besatzung der Westbank sein. Aber auf Grund der Umstände (einen Tag zuvor war Beirut bombardiert worden und die israelische Armee stand an der Grenze zum Libanon zum Angriff bereit; d. Verf.) wurde es zu einer Demonstration gegen den Krieg im Libanon. Kurz darauf reorganisierte sich das Bir-Zeit-Komitee zum 'Komitee gegen den Krieg im Libanon'.“³

Sehr schnell entstanden Unterkomitees in Jerusalem, Tel Aviv, Haifa, aber auch in kleineren Orten und Siedlungen und auch in der arabischen Stadt Nazareth.

Seit dem ersten Kriegstag trat das Komitee immer wieder durch kleine Aktionen wie Mahnwachen vor dem Amtssitz des Ministerpräsidenten Menachim Begin, Picket-Line-Demonstrationen oder Leserbriefen an die Öffentlichkeit. Am 22. Juni 1982 – 2 Wochen nach dem Beginn des Einfalls in den Libanon – waren es schon 20.000 Menschen, die

dem Aufruf des Komitees zur ersten großen Demonstration folgten.

Innerhalb der israelischen Friedensbewegung hat das Komitee gegen den Krieg im Libanon, dem vor allem antizionistische oder sich selbst als „Linkszionisten“ verstehende Kräfte angehören, die wohl weitestgehenden politischen Forderungen: „Wir sind gegen die Besatzung. Wir sind gegen den Krieg. Und unsere Forderung ist die nach zwei Staaten, einem arabisch-palästinensischen und einem israelischen, Seite an Seite. Wir sind auch der Meinung, daß Israel mit der PLO verhandeln sollte... Nicht jeder im Komitee ist vielleicht dieser Auffassung, aber die Leute haben sich dazu entschlossen, aktiv zu werden und akzeptieren, daß das die Position unseres Komitees ist.“⁴

„Peace Now“ denkt um

Die „Peace-Now“ (Schalam Achschaw, d.h. Frieden jetzt)-Bewegung reagierte hingegen nur sehr zögernd auf die Ereignisse im Libanon. Erst die vielfältigen Aktionen und das große Entsetzen in der israelischen Öffentlichkeit zwangen die international bekannteste und breiteste Friedensbewegung in Israel dazu, zu reagieren. Erst einen Monat nachdem die israelische Armee in den Libanon eingefallen war, rief Peace Now zur ersten Demonstration auf.

Peace Now rekrutiert seine Anhänger vor allem aus dem bürgerlich-liberalen Lager und aus Kreisen der Arbeiterpartei, die ja die anfänglich von M. Begin und Ariel Sharon formulierten Kriegsziele, nämlich die Schaffung einer 40 km breiten „Sicherheitszone“ im Südlibanon noch unterstützt hatte. Die Peace-Now-Bewegung, ein lockerer Zusammenschluß von verschiedenen politischen Kräften ohne eine fest programmatische Grundlage kritisiert die Begin-Politik ausgehend von zionistischen Positionen. Grundlage ihrer bisherigen Politik waren die Weltsicherheitsratsresolutionen 242 (von 1967) und 338 (von 1973) und die Separatverträge von Camp David (Israels, Ägyptens und der USA von 1978), die ja weder das nationale Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes noch die PLO anerkennen. Der Separatfrieden war überhaupt erst der Ausgangspunkt für die Bewegung.

Roly Rosen, Sprecher der Bewegung: „Peace Now wurde vor 5 Jahren ins Leben gerufen, als Sadat nach Israel kam. Wir hatten das Gefühl, daß hier eine Chance für den Frieden sei, die aber mit der Ideologie der Regierung im Widerspruch stehen könnte. Die Bewegung nahm ihren Ausgangspunkt mit einem Brief von 348 Offizieren und Armeeeingehörigen, die forderten, daß Israel die Chance nutzen solle.“⁵

Das Hauptaugenmerk richtete Peace Now auf die Abwehr von ultrarechten zionistischen Kreisen, denen selbst schon die in Camp David vereinbarte Rückgabe des Sinai und die Scheinautonomie für die Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen zu weit ging. „Ich denke wir trugen viel dazu bei, daß Begin mit einem Friedensvertrag mit Ägypten zurückkehrte“, meint Roly Rosen.⁶

Mit ihrer Politik bewegte sich Peace Now bislang durchaus im Rahmen der herrschenden zionistischen Politik. So unterstützten bislang auch große Teile der Peace-Now-Bewegung die Vorstellung der Arbeiterpartei, Teile der 1967 okkupierten Gebiete zu annektieren und den Rest Jordanien zu überlassen. Ihre Politik richtet sich nicht generell gegen Besatzungspolitik, sondern gegen deren extreme Methoden. Die Mehrheit innerhalb dieser Bewegung scheint ferner einer „jordanischen Lösung“ den Vorzug zu geben. So meint denn auch Roly Rosen: „Wir denken, daß Camp David sehr wichtig war. Aber es scheint, daß es nicht sehr realistisch ist. Auch der Autonomieplan von Begin scheint nicht praktikierbar zu sein. Ich glaube es ist nicht ratsam, weiter die West-

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

4.

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

5.

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

6.

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)



Bestelliste

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
_____	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00	
_____	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00	
_____	Graphikmappe, Rafael Cabrera, (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
_____	Schallplatte „Por la Paz“ der Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
_____	Broschüre „Eine neue interameri- kanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten	3,00	
_____	(ab 10 Exemplare 2,70 DM)		
_____	T-Shirt, weiß mit Aufdruck „FMLN-EI Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer Größen 4, 5 und 6	15,00	
_____	Anhänger ASK-Taube aus Silber	14,00	
_____	Anhänger ASK-Minitaube aus Silber	9,00	
_____	Silberkettchen , dazu passend	7,00	
_____	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen m. Stecker, Paar	27,50	
_____	Ohrstecker ASK-Taube aus Silber, Paar	19,80	
_____	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Silberbügel, Paar	23,00	
_____	Anstecker ASK-Taube aus Silber	19,00	
_____	Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau	5,00	



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:

Four vertical lines for the sender's address on the postcard.



Plakatmappe „Nicaragua Libre!“ mit 15 Plakaten aus dem freien Nicaragua, DIN A3, alle Plakate mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal, Vega, DIN A4 Überformat, s/w, Stück 10,— DM, ab 10 Ex. 8,— DM



Anhänger ASK-Taube aus Silber, Stück 14,— DM



Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen mit Stecker, Paar 27,50 DM

Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau, Stück 5,— DM

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1

Unser aktuelles Buchgeschenk

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen? Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert. Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



W. Albrecht/B. Hoffmann
Kalter Wind am Bosphorus
Reise in eine unbekannte Türkei
176 Seiten, Weltkreis 1983

D. Boris/R. Rausch
Zentralamerika
Guatemala, Nicaragua, Honduras
Costa Rica, El Salvador
405 Seiten, Pahl-Rugenstein 1983

Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Achtung:
Bestellkarte in der
Heftmitte benutzen!

Für's AIB werben lohnt sich!

bank zu besetzen. Es ist gegen unsere Ziele und es ist nicht realistisch... Es gibt zwar manche Leute innerhalb von Peace Now, die meinen, daß es einen palästinensischen Staat geben sollte. Aber ich denke, daß dieser eine zu große Gefahr für Israel darstellen würde und daß wir einer jordanischen Lösung den Vorzug geben sollten."⁷

Peace Now hat bisher auch eine offizielle Zusammenarbeit mit dem Komitee gegen den Krieg im Libanon vermieden. Trotzdem wären ohne die Arbeit des Komitees die großen, von Peace Now initiierten Massenaktionen kaum denkbar gewesen. „Ich denke, daß das Komitee in gewisser Hinsicht ein Katalysator für Peace Now war, die eine oder zwei Wochen später (nach der ersten durch das Komitee organisierten großen Demonstration; d. Verf.) eine Demonstration mit 100.000 Teilnehmern in Tel Aviv organisierten. Und zu jedem Moment, denke ich, war es unser Komitee, das den Geist des Widerstands gegen die Okkupation und gegen den Krieg im Libanon wachgehalten hat.“⁸

Yesh Gvul – „Es gibt eine Grenze!“

Aber nicht nur Zivilisten gingen auf die Straße. Auch in der Armee selber wuchs der Zweifel an der Berechtigung des Krieges.

Auch wenn die während der letzten 3 Jahrzehnte von Israel geführten Kriege alles andere als Verteidigungskriege waren, so hatte doch in den Augen der meisten Israelis die Armee in erster Linie Defensivcharakter. Aber im Libanon wurde es offensichtlich denn je, daß sich die Zerstörungen nicht gegen Militärstellungen, sondern gegen Zivileinrichtungen richteten. „Sofort nachdem wir in das Gebiet (Libanon; d. Verf.) eingedrungen waren, wurde mir klar, daß wir wahllos Flüchtlingslager bombardierten und in die Luft jagten. Zunächst verstand ich es nicht genau, aber jetzt ist mir klar, daß unser Ziel nicht die Tötung von Terroristen, sondern die Zerstörung der Flüchtlingslager war.“ Das sagte Leutnant Yermiah, nachdem er aus dem Libanon zurückkehrte.⁹

Wie er denken viele. Bisher in dem Glauben, allein für die Verteidigung des eigenen Landes zu kämpfen, geraten immer mehr Soldaten angesichts der Kriegsrealität in Konflikt mit ihrem Gewissen, in Konflikt mit ihrer Moral. „Wir haben geschworen loyal den Staat Israel zu verteidigen, aber nicht Kriege und Eroberungszüge zu führen, die nicht die unseren sind und in denen wir gezwungen werden, Kriegsverbrechen zu begehen. Wir fordern die Verantwortlichen der israelischen Armee auf; Schickt uns nicht in den Libanon! Laßt uns nicht hin- und hergerissen sein zwischen dem Gebot unseres Gewissens und unserem Pflichtbewußtsein gegenüber der israelischen Armee. Und wenn ihr neue Pfeile in eure Landkarten steckt, die neue Angriffe gegen die Syrer in der Bekaa-Ebene, gegen Tripoli, und wer weiß was noch markieren, dann zählt nicht auf uns. Denn es gibt eine Grenze – die Grenze!“¹⁰

Dies sagte der Sprecher einer Gruppe von oppositionellen Reservesoldaten, die sich den Namen „Es gibt eine Grenze“ (Yesh Gvul) gegeben hat.

Obwohl die Regierung Begin schon eine Woche nach Kriegsbeginn eine Nachrichtensperre verhängt hatte, um die aufkommende Bewegung zu ersticken, organisierten zurückkehrende Soldaten Demonstrationen vor dem Kriegsministerium, schrieben sie Leserbriefe, in denen sie die Wahrheit über den Krieg berichteten. Viele beteiligten sich entgegen den Anweisungen der Armeeführung in Uniform und mit ihren persönlichen Waffen an der Demonstration der 400.000 in Tel Aviv am 25.9.1982.

„Es gibt eine Grenze!“ wurde während der ersten Tage der Aggression gegen den Libanon gegründet. Wir sandten einen Brief an den Ministerpräsidenten und den Verteidigungs-

minister mit der Aufforderung, uns nicht in den Libanon zu schicken. Wir sagten, daß es keine militärische Lösung des Palästina-Problems gibt. Wir wollen nicht die Soldaten einer neuen Ordnung im Libanon sein. Als wir anfangen waren wir 86, inzwischen sind wir 1.700, unter ihnen 288 Offiziere, einige mit sehr hohen Dienstgraden. Ein Teil von uns weigerte sich, im Libanon zu dienen. Sie wurden vor ein Militärgericht gestellt. Bis jetzt wurden 30 Soldaten ins Gefängnis geworfen, zwischen 14 und 35 Tagen, einige von ihnen mehrere Male.“¹¹

Verstärkt wird die Empörung unter den Soldaten durch das Gefühl, betrogen worden zu sein, im Unklaren über die wahren Ziele gelassen worden zu sein. „Als man mich einzog, wurde mir gesagt, daß wir die PLO 40 km weit zurückdrängen sollten. Heute ist klar, daß ich getäuscht wurde“, schrieb ein 27 Jahre alter Soldat, Mitglied einer Spezialeinheit von Fallschirmspringern, an Menachim Begin. Und angesichts der eigenen hohen Verluste wachsen die Zweifel, ob die politischen Ziele M. Begins und A. Scharons die Opfer rechtfertigen: „Der Preis an menschlichen Leben ist sehr hoch“, fährt der Brief fort, „unter unseren eigenen Soldaten und unter den unschuldigen Opfern. Es ist ein Krieg der sehr gefährlich ist für unser Image, der unsere Moral und unseren Sinn für den Frieden verletzt hat.“¹²



Symbol der Yesh Gvul – „Es gibt eine Grenze“

Selbst unter den Koalitionspartnern beginnt sich hier und da Protest zu regen. Innerhalb der Nationalreligiösen Partei (Mafdal) kommt es zu immer größeren Widersprüchen. Während die Anhänger der Gusch-Emunim-Bewegung innerhalb der Partei militant die Kriegsführung des Triumvirats Begin, Scharon, Eitans unterstützten, demonstrierten andere Mitglieder der Partei nach den Massakern von Sabra und Shatila vor dem „Hekhal Schlomo“, dem Sitz des Oberrabbiners in Jerusalem. Sie protestierten gegen das Schweigen des religiösen Establishments in Israel und für den Rückzug der Mafdal-Minister aus der Koalitionsregierung, die sie für die Massaker verantwortlich machten.

Auch Aktivisten der vor allem aus orientalischen Juden zusammengesetzten Tami-Partei, die ebenfalls der Koalitionsregierung angehört, fordern öffentlich den Rückzug ihrer Minister aus der Regierung: „Diese Aktivisten waren die Initiatoren der Demonstrationen der Slum-Bewohner in Jerusalem und Tel Aviv gegen den Krieg, gegen die durch den Krieg verursachten Militärausgaben und gegen die gigantischen Investitionen in neue Siedlungen in den besetzten Gebieten auf Kosten der Armenviertel und der Entwicklungstädte.“¹³

Die Friedensbewegung in Israel ist heute eine unumkehrbare Erscheinung geworden. Die bisherige Einmütigkeit fast aller

israelischer politischer und gesellschaftlicher Organisationen, die die Anerkennung der Tatsache, daß im ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina heute zwei Völker mit einem Anspruch auf nationale Selbstbestimmung leben, ebenso ablehnen wie die Rückgabe der besetzten Gebiete, zeigt erstmals starke Risse.

Zwar sind bisher selbst innerhalb der Friedensbewegung die Kräfte noch eine Minderheit, die sich eindeutig für die Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und die Gründung eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gazastreifen aussprechen. Doch ist andererseits die Ablehnung des Krieges, die Suche nach einer friedlichen Lösung des Palästina-Problems ein erster Schritt in Richtung Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes, da eben gerade die Verweigerung dieses Rechtes die Ursache des ständigen Blutvergießens, der Grund für die regelmäßig wiederkehrenden Kriege ist.

Und wer ehrlich bemüht ist, den Konflikt statt mit der Gewalt des Besetzers mit Verhandlungen zu lösen, wird auch die PLO über kurz oder lang als Verhandlungspartner akzeptieren müssen, da kaum eine Lösung ohne die PLO von der Mehrheit der Palästinenser akzeptiert und nur mit neuer Gewalt durchgesetzt werden könnte.

Es wird aber noch vieler Kämpfe auch innerhalb der israelischen Gesellschaft bedürfen, bis die Forderungen der Friedensbewegung sich in der staatlichen Politik materialisieren. Denn einerseits beläßt es die parlamentarische Opposition (mit Ausnahme der Kommunisten), das Arbeiterbündnis aus Arbeiterpartei und MAPAM bei der Kritik an bestimmten Auswüchsen der Begin'schen Besatzungspolitik im Libanon und in den besetzten Gebieten. Sie hat es aber bisher versäumt, sich an die Spitze der Friedensbewegung zu stellen und kann keine politischen Alternativen vorweisen, die Grundlage eines gerechten Friedens im Nahen Osten sein könnten.

Trotz der Erfahrungen des Libanonkrieges, trotz der Massaker von Sabra und Shatila, trotz der Proteste in der eigenen Bevölkerung bleibt Shimon Peres, Vorsitzender der Arbeiterpartei, bei seinen drei NEINS: NEIN zu einem palästinensischen Staat; NEIN zu einer palästinensischen Armee; NEIN zu Verhandlungen mit der PLO.

Andererseits hat M. Begin zuwenig an Unterstützung eingebüßt und sind die reaktionären zionistischen Kräfte in die Offensive gegangen. Menschen, die heute in Israel für Frieden auf die Straße gehen, werden täglich angegriffen und mit Parolen wie „Euch hätte man in Auschwitz vergasen sollen“ beschimpft – nicht von Altnazis, sondern von Anhängern Begins und Scharons.¹⁴

Die Konfrontation fand ihren Höhepunkt, als am 10. Februar 1983 in Jerusalem fanatische Scharon-Anhänger eine Handgranate in eine Peace-Now-Demonstration warfen.

5. Kolonne des Feindes?

Die Demonstranten hatten nach der Veröffentlichung des Kahane-Berichts über die Massaker von Sabra und Shatila den Rücktritt von Begin und Scharon gefordert. Bei dem Anschlag wurde der Mitbegründer der Bewegung, Emil Grünzweig, getötet.

Diesen Faschisierungstendenzen wird durch die Politik der reaktionären zionistischen Führungsspitze, die die Friedensaktivisten als „Jüdische Antisemiten“ und als „5. Kolonne des Feindes“ beschimpfen, bewußt Vorschub geleistet. Angesichts dieser Entwicklung wächst in der Friedensbewegung in Israel das Bewußtsein, daß Besatzungspolitik und Aggression nach außen unvereinbar sind mit Demokratie nach innen, daß der Kampf gegen den Krieg auch ein Kampf

zur Verteidigung der eigenen demokratischen Rechte ist. Dazu noch einmal Roly Rosen: „Obwohl wir nicht mit der Regierung übereinstimmen, so kämpfen wir doch auf demokratische Art und Weise um unsere Ziele. Aber die Regierung ist der Meinung, daß unsere Aktionen nicht legitim sind. Jeder, der nicht mit ihr übereinstimmt, wird als Verräter behandelt. Wir denken, daß die Gewalt dieser Position der Regierung zuzuschreiben ist... Wir hoffen und denken, daß die Handgranate das Land schockiert hat. Wir hoffen, daß die Leute lernen zu verstehen, daß auch andere Meinungen legitim sind. Oder sehen wir uns an, was in der Westbank geschieht. Es kann nicht lange gut gehen, daß wir innerhalb der jüdischen Gesellschaft Demokratie praktizieren, anderswo aber nicht. Wir sehen, daß die fortgesetzte Besatzung der Westbank langfristig eine Gefahr für unsere Demokratie ist. Und dagegen kämpfen wir.“¹⁵

Anmerkungen:

- 1) Israel and Palestine, Paris, N. 93/September-Oktober 1982
- 2) Interview des AIB mit Mitgliedern des Komitees gegen den Krieg im Libanon, März 1983
- 3) Ebenda
- 4) Ebenda
- 5) Interview des AIB mit Roly Rosen von Peace Now, März 1983
- 6) Ebenda
- 7) Ebenda
- 8) AIB-Interview mit dem Komitee gegen den Krieg im Libanon
- 9) Israel and Palestine, Nr. 94/Dezember 1982
- 10) Protokoll einer Yesh Gvul-Veranstaltung, März 1983
- 11) Interview des AIB mit Doon Vilner von Yesh Gvul, März 1983
- 12) Libération, Paris, 14.7.1982
- 13) Information Bulletin, Tel Aviv, Dezember 1982, S.9
- 14) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 12./13.2.1983
- 15) Interview mit Roly Rosen

Zeitschriftenschau

Informationsdienst südliches afrika, Nr. 4-5/1983

Schwerpunktthema: Zimbabwe 3 Jahre Unabhängigkeit ● Solidarität mit Zimbabwe ● Der Konflikt im Matabeleland ● Dissidenten „in der Mangel“ ● Pretorias Politik gegenüber Zimbabwe ● Nationale Wirtschaftspolitik und regionale Kooperationsbemühungen ● Resettlement und Ländliche Entwicklung ● Lohnarbeiter in Zimbabwe ● Gesundheitswesen ● Erziehungswesen ● Selbsthilfeprojekt ● Deutsche Lehrer in Zimbabwe ● Frauen in Zimbabwe ● Zimbabwe Netzwerk e.V.
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 67/68

„Vorwärts und nicht vergessen...“ ● Offener Brief an Kiel ● Stellungnahmen zum FORUM-Konflikt ● KA-Protokoll (22.-24.4.) ● Frauenarbeit der UNO ● VORBEREITUNGSMATERIALIEN ZUM BUKO VII: Zusammenfassendes Papier ● AG I: „AGRO-BUSINESS“ ● AG 5: „INNERIMPERIALISTISCHE KONKURRENZ“ ● FREIER BRIEF ● AG 7: „ALTERNATIVE ENTWICKLUNGS- UND AUSSENPOLITIK“ ● Freiheit – Fortschritt – Liebe ● Charakter und Aufgaben GRÜNER 3. Welt-Politik ● Überlegungen zu einer alternativen Außenpolitik ● AG 9: „IWF und WELTBANK“
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM
Bezug: FEA-Verlag, Broichstr. 12, 4040 Neuss 1

Brasilien-Nachrichten, Nr. 78/1983

Großprojekte in Brasilien: Das Delirium der Großprojekte ● Der Staudamm von Itaipu ● Wasserkraftwerke in Brasilien ● Itaipu ● Carajás ● Carajás und die Indianer ● Siedler gegen Staudämme ● Großprojekte garantieren keinen Sieg der Regierung ● Alkoholprojekt ● Balbina und die Andianer ● Kurzmeldungen
Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM
Bezug: Brasilien-Nachrichten, Postfach 1110, 4532 Mettingen

ila-info, Nr. 66/Juni 1983

Schwerpunktthema: Nicaragua: Demontage einer Hoffnung. Aus Trauer muß Kraft werden, Hintergründe des Mordes an Albrecht „Tonio“ Plaum ● Bundesregierung mitschuldig. Presseerklärung von Gaby Gottwald, MdB der Grünen ● Volkstribunale gegen die Konterrevolution in den Städten ● „Es gibt eine Zukunft, das ist für alle spürbar.“ Situationsbericht aus dem Gebiet Wiwili im Norden Nicaraguas ● Berichte und Hintergründe: El Salvador: Die alte neue Krise der Herrschenden: Befreiungskräfte im Machtvakuum der Armee ● Verteidigungsminister García tritt zurück ● Nominierung Duartes bringt US-Konzept aus dem Tritt ● Argentinische Außenpolitik: Raus aus dem Ost-West-Würgel ● Für eine Handvoll Dollars... IWF, Weltwährungssystem und die Schulden der 3. Welt ● Ländernachrichten: Bolivien, Costa Rica, Honduras ● Solidaritätsbewegung: Bericht über das Bundestreffen der Nicaragua-Komitees ● Der zweite Tod von Comandante Ana Maria – Stellungnahme zu den Ereignissen um die salvadorianische Guerillaführerin ● „Es verbleiben noch Zeilen, die ich nicht benutzen werde“ – Brief aus einem uruguayischen Gefängnis ● Mütter aus Uruguay fordern Amnestie ● 60.000 DM für Aktion Sobradinho
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Mittelamerika-Magazin, Nr. 29/Juni 1983

Kirche/Religion: Nicaragua: Konterrevolution im Tal ● Honduras: Protestantische Sektoren ● Verfolgung engagierter Christen ● El Salvador: Klassenkampf in der Kirche ● Abschlußerklärung des Kongresses 'Solidarische Kirche – Solidarisches Handeln' ● Guatemala: Interview mit Elia Barahona: Revolution ohne Namen und Gesichter ● Costa Rica: Hilfe für Eden Pastora ● Nicaragua: Bundesregierung will Nicaragua-Hilfe ändern ● Begegnung mit der Konterrevolution
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 15 bzw. 25 DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT



Hermann Kohn
El Salvador/Nicaragua
 Aufstand im US-Hinterhof
 Sachbuch, 192 Seiten, 9,80 DM

Hermann Kohn verbindet die Erlebnisse seiner Reise mit einer ausführlichen Darstellung der Geschichte dieses Landes.

Mit Hilfe des Ex-CIA-Agenten Agee gelingt es ihm, die subversiven Praktiken der "Company" in Lateinamerika nachzuweisen.

NEU



Wolfgang Albrecht, Barbara Hoffmann
Kalter Wind am Bosphorus
 Reise in eine unbekannte Türkei
 Sachbuch, 200 Seiten, illustriert, 9,80 DM

Aus dem Engagement gegen Ausländerhaß und Türkenfeindlichkeit entsteht das Interesse, dieses Land, das Natomitglied und von einer Militärdiktatur beherrscht ist, genauer kennenzulernen.

Im Buchhandel erhältlich

Postfach 789
 46 Dortmund

WELTKREIS

Comandante Roberto



Solidarität mit Radio Venceremos

Comandante Roberto ist Befehlshaber eines Frontabschnittes der salvadorischen Befreiungsfront FDR/FMLN. Seit mehreren Wochen befindet sich die Befreiungsfront in einer neuen erfolgreichen Offensive, über die neuen Angriffe der Guerilleros. Seit über zwei Jahren unterstützt das Jugendmagazin elan mit einer Solidaritätskampagne den Sender. Über 270000 DM wurden bisher gesammelt. Damit die Stimme der Revolution nicht verstummt, braucht Radio Venceremos dringend weitere Spenden. Alle Leser und Freunde des AIB können mit ihrer Spende dem salvadorischen Volk und ihrer Befreiungsorganisation der FDR/FMLN helfen – mit ihrer Spende.



Wer weitere Informationen über Radio Venceremos, über Comandante Roberto oder über El Salvador haben möchte, wendet sich bitte an: Redaktion elan, Postfach 789, 4600 Dortmund 1.

Sonderkonto Radio Venceremos:
 Stadtparkasse Dortmund
 (BLZ 44 050 199)
Konto-Nr.:
 171 004 683
 Postscheckamt Dortmund
Konto-Nr.:
 333 39-467

Konrad Ege

Die Regierung macht Boden gut

Konrad Ege, Redakteur der in Washington erscheinenden Zeitschrift Counter Spy, reiste in das Krisenland Afghanistan. Hier ist sein erster von mehreren Exklusiv-Berichten für das AIB.

Wenn man durch Kabul geht und mit den Menschen über die gegenwärtige Lage in Afghanistan ins Gespräch kommt, stößt man auf ein sehr breites Spektrum von Meinungen. Es reicht von „Die Russen sollen so schnell wie möglich raus“ bis hin zu „Die Revolution muß weitergehen“.

Kritik an der Regierung der Volksdemokratischen Partei (VDPA) wird häufig recht offen und ohne Furcht geübt, während die VDPA selbst und ihre Unterstützer eine aktive Werbe- und Aufklärungskampagne durchführen, die zumindest in Kabul nicht von den Aktionen der bewaffneten Organisationen behindert wird, die es sich zum Ziel gesetzt haben, die Regierung Karmal zu Fall zu bringen.

In Kabul gibt es schon seit Monaten keine Anschläge mehr. Auch in der Umgebung der Stadt kommt es selten zu Gefechten zwischen Regierungstruppen und den in den westlichen Medien hochgepriesenen „Freiheitskämpfern“. (Ein Angriff auf eine Polizeistation nur wenige Kilometer von Kabul in der Nacht vom 25./26. Mai d.J. war ein solcher Einzelfall.)

Trotz der relativen Waffenruhe ist es aber auch in Kabul offensichtlich, daß die Lage im Land nicht normal ist.

Hunderte von Soldaten – afghanische Soldaten, wohlge-merkt, sowjetische sind kaum zu sehen – patrouillieren am Tag die Stadt und überprüfen die Ausweise der Männer. Das Verhältnis zwischen den Soldaten und der Bevölkerung ist dabei entspannt. Man grüßt sich, trifft Bekannte, und oft sieht man Soldaten in Uniform Hand in Hand mit Freunden durch die Straßen schlendern.

Die Regierung sieht sich immer noch gezwungen, von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens die Sperrstunde in Kabul aufrechtzuhalten. In diesen Stunden ist es ruhig in der Stadt – bis auf das Gebell von hunderten herrenloser Hunde, die dann die Straßen in Besitz nehmen, ab und zu einen Jeep oder Lastwagen, und ganz selten einen Panzer. Wichtige Gebäude sind unter Bewachung, und Soldaten gehen in Zweier- und Dreiergruppen durch die Stadt.

Die Bewohner Kabuls merken auch in ihren Geldbeuteln, daß in bestimmten Teilen des Landes immer noch gekämpft wird. Die hohen Militärausgaben haben die Preise in den Basaren hochgetrieben. Für viele derjenigen Stadtbewohner, die von den Reformmaßnahmen der Regierung (z.B. Erhöhung des Mindestlohns auf 1410 Afghani, ca. 60 DM im Monat) nicht direkt profitieren, dürfte das Leben, wirtschaftlich gesehen, in den letzten Jahren schwerer geworden sein.

In Kabul, wie ein Regierungsbeamter es ausdrückte, sind die Dinge „unter Kontrolle“. Über die Situation in den Provinzen sind die Berichte manchmal etwas widersprüchlich. Allerdings kann aus einigen Umständen die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die Regierung ihre Position auf dem Land vielerorts verbessert hat, und daß sie sich in vielen Provinzen nun relativ sicher fühlt.



Arbeitermiliz, eine Stütze der Regierung Karmal

Letztes Jahr mußte die Regierung beispielsweise die Gewerkschaften und die Demokratische Jugendorganisation dazu aufrufen, Kräfte für den Kampf in die östlichen Regionen zu delegieren.

Auch von der Kabuler Universität gingen Hunderte von Studenten mit den Streitkräften an die afghanisch-pakistische Grenze, um dort am Kampf gegen die von Pakistan eingeschleusten Afghanen teilzunehmen. Dieses Jahr ist das nicht mehr nötig. Die Armee hat – mehreren Berichten zufolge – ihre Sollstärke von 75.000 oder annähernd 75.000 erreicht.

Außerdem, berichtet Zafar Zai, der Direktor der Alphabetisierungskampagne, hat dieses Jahr die Kampagne in den entferntesten Provinzen an der Grenze mit Pakistan, wie zum Beispiel Paktia Fuß gefaßt. Auch ein Anstieg der Mitgliedszahlen von Organisationen, die die Regierung unterstützen, ist ein Anzeichen für die Stärkung der Position der Regierung. Der Vorsitzende der Demokratischen Jugendorganisation gibt beispielsweise an, daß sich deren Mitgliedszahl letztes Jahr verdoppelt habe, und daß sie nun auch relativ viele Mitglieder in den Provinzen habe. In Ningarhar seien es 5.000, in Kandahar 3.000 und in Herat ebenfalls 3.000.

Auch andere Organisationen, die sich das Ziel gesetzt haben, das VDPA-Programm zu verwirklichen, weisen ansteigende Mitgliedszahlen auf; die Zahl der Landwirtschaftskooperativen wächst an; die Demokratische Frauenorganisation hat Mitglieder in allen Provinzen, und, was für die Regierung

von höchster Bedeutung ist, die bewaffneten Verteidigungskomitees tragen vor allem in den Dörfern im erhöhten Maße zur Sicherheit bei.

Daß die Regierung ihre Position auf dem Land verbessert hat, läßt sich wohl am besten anhand der relativen Sicherheit der Straßen aufzeigen. Die Transportfrage ist zwar immer noch ein gewisses Problem, da bewaffnete Banden durchaus in der Lage sind, sporadisch Busse anzuhalten und deren Passagiere auszurauben oder Lastwagen zu zerstören. So groß wie dieses Problem aber noch vor einem Jahr war, ist es heute nicht mehr.

Um nur zwei Beispiele zu nennen: Soldaten fahren in Überlandbussen in Uniform, aber ohne Waffen. Und der Transport von Kunstdünger aus der Stadt Mazar-i-Sharif im Norden ist dieses Jahr, im Unterschied zu 1982, problemlos verlaufen.

Regierungssprecher behaupten, daß „die Konterrevolution die Unterstützung des Volkes verloren habe“. Die Organisationen mit Sitz in Pakistan, wie die der „Rebellenführer“ Sayed Gailani, Gulbuddin Hekmatyar und Yunis Khalis, sind in den letzten Monaten auch durch den Verlust von Hunderten ihrer Bandenchefs in Afghanistan selbst geschwächt worden.

Über 200 dieser ehemaligen Kommandanten trafen sich vor mehreren Monaten in Kabul. Sie sagten aus, daß sie „von den Anführern der Konterrevolution getäuscht worden seien“ und gelobten, „von nun an die Revolution mit all ihrer Kraft zu unterstützen“. Nach Angaben der afghanischen Regierung brachten diese Anführer 20.000 Männer mit sich, von denen viele jetzt gegen ihre ehemaligen Waffengefährten kämpfen.

200 Rebellen-Kommandanten liefen über

Ein solcher ehemaliger Bandenchef ist Malang. Er kommandierte 200 Männer der Islamischen Partei Gulbuddin Hekmatyars. Noch vor einem Jahr „terrorisierte“ er – wie Malang heute sagt – mit diesen Truppen die Bevölkerung im Landkreis Deh Sabz, Provinz Kabul. Malang dient heute als Leutnant in der afghanischen Armee. Die Vielzahl von Überläufern dürfte zur Verbesserung der Lage für die Regierung ebensoviel beigetragen haben wie die Erfolge im militärischen Bereich.

Derzeit verhandelt die Regierung mit dem wohl bedeutendsten „Rebellenführer“ in Afghanistan, Ahmad Shah Massoud. Massouds Organisation operiert im strategischen Panjshir Tal nordöstlich von Kabul. Gegen Ende des letzten Jahres führten afghanische und sowjetische Truppen dort eine Großaktion durch, bei der Massouds Streitkräfte anscheinend empfindlich geschwächt wurden. Der stellvertretende Minister für Stammesfragen Shafi gibt auch an, daß die Regierung jetzt einige Dörfer in Panjshir Tal mit Waffen und Munition versorge, um gegen die Rebellen zu kämpfen. Die US-Medien hatten Anfang Mai 1983 berichtet, daß die sowjetische Luftwaffe das Panjshir Tal tagelang bombardiert hätte, und daß Tausende von Menschen nach Kabul geflohen seien. Wir mir von verschiedenen unabhängigen Quellen und „Nicht-Regierungsleuten“ mehrfach versichert wurde, sind in den letzten Wochen keine Flüchtlinge aus dem Tal nach Kabul gekommen.

Das alles heißt aber noch lange nicht, daß die Regierungstruppen in allen Teilen des Landes die Oberhand gewonnen haben. Die Konterrevolutionäre haben durchaus die Kapazität, in allen Provinzen Anschläge durchzuführen, vor allem Anschläge, die gegen wirtschaftliche Objekte gerichtet sind – Beispiele dafür gibt es zahllose – oder gegen Einzelpersonen, die die Regierung unterstützen.

In einigen Gegenden, in Nuristan zum Beispiel, ist die Regie-

rung nicht in der Lage, administrative Funktionen wahrzunehmen. Shafi betont aber, daß keine Regierung der letzten Jahrzehnte fähig war, Nuristan, eine wilde Gegend am Fuße des Hindukusch, administrativ zu kontrollieren. Shafi sagt, daß sich die Position der Regierung in den letzten Monaten auch in Nuristan verbessert habe, daß mit den dortigen Stammesführern verhandelt werde und die Behörden dort noch innerhalb eines Jahres arbeiten werden.

Die Verhandlungsstrategie der Regierung hat offensichtlich Erfolg. Sie erfordert allerdings auch, daß sie denselben Gruppen, die sie noch vor einem Jahr bekämpft hat, nun Vertrauen schenkt – eine nicht immer risikofreie Sache. Dazu kommt noch, daß erst die Zukunft zeigen wird, wie verlässlich diese neugewonnenen Verbündeten sind, die jetzt mit Waffen ausgerüstet und manchmal auch mit Geld bezahlt werden.

Anwachsen der Nationalen Vaterländischen Front

Die wichtigste Maßnahme, die die Regierung zur Stärkung der afghanischen Revolution getroffen hat, sind wirtschaftliche und soziale Reformen, allen voran die Formierung der Nationalen Vaterländischen Front (NFF), die sich im Juni 1981 zu ihrem ersten Kongreß traf.

In dieser Front sollen alle demokratischen und nationalen



Bauerntanz zum Jahrestag der April-Revolution (27. 4. 1978)

Kräfte des Landes vereinigt werden. Zu ihren Mitgliedern gehören neben der Volksdemokratischen Partei die Gewerkschaften, die Organisation der Landwirtschaftskooperativen, die Demokratische Jugendorganisation, die Demokratische Frauenorganisation, Vertreter der Stammesgruppen und ein Rat der religiösen Führer und Wissenschaftler des Landes. Gegenwärtig hat die NFF 600.000 Mitglieder und 410 lokale Organisationen.

In seiner Eröffnungsrede des NFF-Kongresses beschrieb Präsident Babrak Karmal deren Ziele folgendermaßen: „Die Nationale Vaterländische Front ist eine Einrichtung der bedeutenden politischen und sozialen Organisationen des Landes, dessen Rückgrat die Allianz der Arbeiter und Bauern ist. Die NFF vereinigt alle Klassen, soziale Gruppen, alle patriotischen, sozialen, nationalen und religiösen Kräfte zur gemeinsamen Arbeit für das Wohl des Landes.“

Baroq Shafi, NFF-Vizepräsident und Mitglied des Zentral-

komitees der VDPA, betont, daß die NFF den demokratisch-nationalen Charakter der afghanischen Revolution unterstreiche. Die Gründung einer solchen Front sei schon im ersten Programm der VDPA im Jahr 1965 festgelegt gewesen. Die wichtigste Aufgabe der Vaterländischen Front, so Babrak Karmal, „ist es, alle patriotischen Kräfte des Landes zu vereinigen... Sie hat auch die Aufgabe, der Bevölkerung die Ziele und das Programm der VDPA zu erklären ... und das gesamte Volk zur Bildung eines neuen, blühenden Afghanistan zu bewegen, mit allem Respekt für die heilige Religion Islam.“

Die Organisationen, die der Front angehören, wachsen an. Die Demokratische Jugendorganisation (DJO) ist auf über 100.000 Mitglieder angewachsen. Die Gewerkschaften, die ersten legalen Gewerkschaften des Landes, haben nach Angaben des Präsidenten des Zentralrats der Gewerkschaften, Satar Purdeli, 163.000 Mitglieder, von denen über 10.000 in den bewaffneten Selbstverteidigungsgruppen oder Milizen organisiert sind.

Viele der Gewerkschaftsmitglieder kommen aus Kabul (71.000), es gibt aber Sekretariate in jeder Provinz. Starke Organisationen finden sich in den Provinzen Balkh, Ningarhar, Kandahar und Herat. „Quantitativ betrachtet, steckt die Arbeiterklasse in Afghanistan noch in den Kinderschuhen“, sagt Purdeli, doch sei die Formierung von Gewerkschaften ein höchst bedeutender Schritt in der Geschichte eines Landes.

Die VDPA-Regierung hat, wie keine Regierung zuvor, Gesetze zum Schutz der Arbeiter verabschiedet, den Mindestlohn erhöht, Kindergärten und Wohnungen für die Arbeiter eingerichtet, und sie am Entscheidungsprozeß über die Produktion beteiligt. Ohne die Unterschrift eines Vertreters der Gewerkschaften wird vom Revolutionsrat kein Gesetz mehr verabschiedet.

Ein wichtiges Gebiet der Reformen ist auch die Durchsetzung der Rechte der Frau. Das afghanische Gesetz garantiert die Gleichberechtigung der Frau. Aber dieses Gesetz in die Praxis umzusetzen in einem Land, wo Frauen heute noch de facto verkauft werden und bis vor kurzem so gut wie nie eine Arbeitsstelle außerhalb des Hauses erhielten, ist noch ein langer Weg.

Jamita Nahid von der Demokratischen Frauenorganisation meint, daß das Gesetz zur Gleichberechtigung der Frau die vielleicht größte Herausforderung an die bestehende soziale Machtstruktur im Land sei. Die Anwendung des Gesetzes sei ein langer Prozeß, sagt sie, in dem nicht nur die Position der Frau gestärkt werden muß, sondern auch die Männer zu der Einsicht gebracht werden müssen, daß auch für sie die

Gleichberechtigung gut ist. Zudem, sagt Nahid, „wird die Revolution ohne die volle Beteiligung der Frauen nur langsam vorangehen“.

Auf Widerstand stößt das Gleichberechtigungsgesetz aber nicht nur in den konservativsten Gegenden des Landes – sogar einige der „intellektuellen“ und fortschrittlichsten Parteimitglieder hätten zum Teil Schwierigkeiten, das Gesetz in die Praxis umzusetzen.

Reformen mit behutsamen Mitteln

Mit den Reformen, die die Landbevölkerung betreffen – und in Afghanistan, wo die überwältigende Mehrzahl der Bevölkerung auf dem Land lebt, haben diese Reformen wohl eine Schlüsselstellung –, scheint die Regierung langsam und überlegt vorzugehen.

In den Jahren 1978 und 1979 wurden in dieser Hinsicht einfach zu viele grobe Fehler gemacht, die einen Teil der Bevölkerung in die Hände der Konterrevolution getrieben haben. Daß in den ersten zwei Jahren nach der Aprilrevolution 1978 schwerwiegende Fehler gemacht wurden und die Reformen zum Teil mit brutalen Mitteln durchgesetzt worden sind, wurde mir von jedem meiner Gesprächspartner bestätigt.

Oft, sagt der stellvertretende Minister für Stammesfragen, Shafi, wurde beispielsweise die Landreform so durchgeführt, daß sie auf Widerstand stoßen mußte, auch bei einem Teil der Bauern, die laut Gesetz davon profitieren sollten. Um dem abzuwehren, hat das Ministerium für Stammesfragen nun Untersuchungsteams in die Provinzen geschickt, die Wege finden sollen, die Reformen in die Praxis umzusetzen (siehe auch Gespräch mit Agrarreformminister A.G. Lakanwal in AIB 4/1983, S. 21; d. Red.).

Die Alphabetisierungskampagne, berichtet Zafar Zai, wurde ebenfalls oft mit Gewalt durchgesetzt. Auch Frauen in ländlichen Gegenden, die normalerweise kaum aus dem Haus kamen, wurden dazu gezwungen, an den Kursen teilzunehmen. Mit einem freiwilligen System, in dem die lokalen Machtstrukturen benutzt und so wenig Menschen wie möglich konfrontiert werden sollen (viele Mullahs unterrichten, es wird gesagt, daß die Menschen lesen lernen sollen, um den Koran besser verstehen zu können), sind nun große Erfolge erzielt worden, sagt Zai. Sein Plan schreibt vor, daß innerhalb von 10 Jahren die gesamte Bevölkerung Lesen und Schreiben lernt. Seit 1980 habe die Kampagne über 1 Mio Menschen alphabetisiert.

Die Alphabetisierungskampagne ist für das gesamte Reformprojekt von größter Bedeutung. Sie lehrt nicht nur Lesen und Schreiben, sondern vermittelt auch Wissen, das im Alltagsleben nützt (Frauen lernen mit Büchern über Kinderpflege und Krankenfürsorge, Bauern mit Büchern über neue Anbaumethoden). Zudem dient die Kampagne dazu, der Bevölkerung in einer einfachen Weise das Programm der Regierung zu erklären. Viele der Mitglieder der Organisationen der Nationalen Vaterländischen Front werden beispielsweise über die Alphabetisierungskampagne zu diesen Organisationen gebracht.

Vertreter der Regierung sind optimistisch. In den letzten drei Jahren, so sagen sie, haben sie nicht nur der Konterrevolution schwer zugesetzt, sondern auch durch Reformen die Basis der Regierung verbreitert. Und dazu sei eben die Anwesenheit des „begrenzten Kontingents der sowjetischen Truppen“ notwendig, wird argumentiert. Sonst wären diese Reformen von ausländischer Aggression bedroht gewesen.

Allerdings ist man sich klar darüber in Kabul, daß es zur vollständigen Normalisierung noch ein weiter Weg ist. „Vielleicht in der nächsten Generation“, sagte eine Vertreterin der Demokratischen Frauenorganisation.



Alphabetisierung in Mazari-i-Sharif

Rainer Werning

Massenwiderstand gegen Marcos' „Normalisierung“

Das Pistolen-Stelldichein des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß um die Jahreswende 1982/83 beim philippinischen Präsidenten Ferdinand E. Marcos überschritt nicht nur das Maß hohler diplomatischer Theatralik. Es lenkte überdies verstärkt die Aufmerksamkeit auf jenen ostasiatischen Inselstaat, dessen politische Führung nicht müde wird, die Mitte Januar 1981 formal vollzogene Aufhebung des Kriegsrechts gegenüber dem Ausland als Rückkehr zur „Normalisierung“ mit reichlichem Propagandaaufwand zu preisen.

Sämtliche während des Kriegsrechts von Marcos und seinen Militärs erlassenen Gesetze, Verfügungen und Dekrete bilden einen integralen Bestandteil des politischen wie rechtlichen Lebens im Lande. Im Klartext: Nach dem Gesetz ist das Kriegsrecht beseitigt, faktisch besteht es fort.

Wie „normal“ die gegenwärtige Situation ist, beweisen nicht nur die seit 1972 um das neunfache (!) aufgestockten Zuweisungen für das Militärbudget, sondern auch das Anwachsen der Ist-Stärke der philippinischen Militäreinheiten von damals 68.000 auf ca. 280.000 Mann.

Hierbei sind freilich nicht einmal die paramilitärischen Verbände wie die „Constabulary“ oder die berüchtigten „Civilian Home Defense Forces“ (Bürger- oder Heimatschutztruppen) mitgerechnet, deren Zahl mit 65.000 bzw. 75.000 Mann zu beziffern ist. Die zudem allein auf der südlichen

Insel Mindanao stationierten paramilitärischen Sondereinheiten zur Bekämpfung der Nationalen Befreiungsfront der Moro (MNLF) und Neuen Volksarmee (NPA) umfassen weitere 35.000 Soldaten. Seit Ende 1978 ist darüber hinaus mit dem Aufbau einer später einmal 900.000 Mann zählenden Bürgerwehrreserve begonnen worden.

Diese massive Militarisation ist im Rahmen amerikanischer militärstrategischer wie wirtschaftlicher Überlegungen zu sehen, die Inseln (Amerikas einstige und einzige Kolonie in Asien) fester an sich zu binden:

- Zwar wehen seit 1979 über den beiden größten US-Militärbasen (Subic Naval Base und Clark Air Field) als Zeichen angeblich neuerworbener Souveränität philippinische Flaggen, doch die effektive Kontrolle bleibt nach wie vor in den Händen der USA. Washington beabsichtigt nicht, seinen überaus bedeutsamen, vom japanischen Yokosuka über die Philippinen bis nach Westaustralien reichenden „Verteidigungs“gürtel als strategisches Bindeglied zum Indischen Ozean (Diego Garcia, Somalia, Persischer Golf/Oman) und zum Mittelmeer zu lockern;
- Neuverhandlungen zur Nutzung der beiden Stützpunkte wurden Ende Mai d.J. abgeschlossen. Für die Jahre 1984-88 wird den USA gegen Zahlung von 900 Mio Dollar (gegen-



Präsident Marcos (L.); Anti-Marcos-Demonstration in Manila (M.); Guerilla-Einheit der Neuen Volksarmee (NPA)

über 500 Mio Dollar für 1979-83) die Stationierung von 30.000 Soldaten und von Atomwaffen (!) gestattet. Bereits vorher hatte F. Marcos öffentlich erklärt, daß die USA die Basen für Militäroperationen im Mittleren Osten nützen könnten;

- US-Direktinvestitionen in Höhe von mindestens 3 Mrd Dollar und ein in der Region seinesgleichen suchendes günstiges Investitionsklima;

- bei Marcos' Staatsbesuch in den USA im Spätsommer 1982 unterstrich Präsident Reagan die Notwendigkeit enger bilateraler Beziehungen, während Verteidigungsminister Weinberger das Verhältnis zu Manila als „fest und unerschütterlich“ einstufte;

- im Zeitraum vom 26.-30. Mai 1982 fanden in Dingalan (Aurora) Kriegsmanöver statt, an denen sich 4.800 US-Soldaten sowie ein Kontingent philippinischer Streitkräfte beteiligten. Am 26. April d.J. begannen die bisher größten gemeinsamen Manöver von philippinischen und US-Truppen.

Marcos' Wirtschaftskredo¹ sollte u.a. als Legitimation für eine den Werkträgern gewaltsam aufgezwungene Politik des „Gürtel-enger-Schnallens“ dienen, wodurch letztlich alle in den Genuß erhöhter Einkommen kämen („trickle down“-Effekt). Dieser Legitimationsversuch hat in den vergangenen 12 Monaten enorme Risse erfahren, die durch eine Eskalation von Unterdrückungsmaßnahmen notdürftig zugekittet werden sollten.

Von Dezember 1972 bis Dezember 1982 ist die Auslandsverschuldung von 2,2 auf (offizielle) 18 Mrd Dollar angewachsen, wobei allein 1982 die Rekordhöhe von 91% aus den Gesamtexporterlösen für die Aufwendung von Kreditrückzahlungen samt Tilgung aufgebracht werden mußten. Das Zahlungsbilanzdefizit schnellte 1982 auf 1,13 Mrd Dollar empor, während es 1980 380 Mio betragen hatte. Das Handelsbilanzdefizit machte allein im 1. Halbjahr 1982 1,3 Mrd Dollar aus.² Die Kaufkraft der Landeswährung, des Peso, schrumpfte auf 26 Centavos, wobei 1972 als Basisjahr gesetzt ist.



Programm der Nationaldemokratischen Front (NDF)

Die wesentlichen, am 24. April 1973 verkündeten und am 12. November 1977 bekräftigten, Programmpunkte der Nationaldemokratischen Front (NDF) sind:

1. Vereinigung aller antiimperialistischen und demokratischen Kräfte zum Sturz der US-Marcos-Diktatur und Errichtung einer Koalitionsregierung, die auf einem System wahrhaft demokratischer Repräsentation basiert.
2. Entlarvung des US-Imperialismus und Widerstand gegen ihn als Drahtzieher der faschistischen Diktatur, Kampf für die Nichtigkeitserklärung sämtlicher ungleicher Verträge und Vereinbarungen mit dieser imperialistischen Macht sowie die Nationalisierung ihres gesamten Besitzes im Lande.
3. Wiedereinführung aller demokratischen Rechte des Volkes, wie Rede-, Presse-, Versammlungs-, Vereinigungs-, Bewegungs- und Glaubensfreiheit sowie das Recht auf einen fairen Prozeß.
4. Sammlung aller möglichen politischen und materiellen Unterstützung für die bewaffnete Revolution und den Untergrundkampf gegen die US-Marcos-Diktatur.
5. Unterstützung einer echten Landreform, welche die Bauernmassen von feudaler und halbfeudaler Ausbeutung befreit, und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch Kooperation.
6. Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes, Garantie des Rechts auf Arbeit und Schutz des nationalen Kapitals vor dem ausländischen Monopolkapital.
7. Förderung einer nationalen, wissenschaftlichen und massenorientierten Kultur und Kampf gegen die imperialistische, feudale und faschistische Kultur.
8. Unterstützung der nationalen Minderheiten, besonders in Mindanao und den Bergprovinzen in ihrem Kampf für Selbstbestimmung und Demokratie.
9. Bestrafung der Rädelsführer der faschistischen Marcos-Bande für ihre Verbrechen am Volk nach einem öffentlichen Prozeß und Konfiszierung ihres ganzen unrechtmäßig erworbenen Reichtums.
10. Zusammenschluß mit allen Völkern, die den Imperialismus und die Reaktion bekämpfen und Gewinnung ihrer Unterstützung für den revolutionären Kampf auf den Philippinen.

Die Arbeitslosenzahl wird auf 11,5 Mio (39% der arbeitsfähigen Bevölkerung) beziffert. Seit 1972 sind die Reallöhne um 40% gesenkt worden, so daß es nicht wunder nimmt, daß Untersuchungen verschiedener UN-Behörden zufolge nunmehr ca. 80% der Filipinos am Existenzminimum vegetieren. Parallel mit dem massiven Export philippinischer Arbeitskräfte ist seit dem 1. Februar 1983 die Exekutivorder Nr. 857 in Kraft getreten, nach der zwischen 50-70% der ohnehin kärglichen Löhne des Gros philippinischer Gastarbeiter unter Androhung der Nichtverlängerung des Reisepasses ins Heimatland zu überweisen sind. Betroffen von derartigen Krisenerscheinungen sind nicht nur die Werkträgern, sondern in wachsendem Maße auch Kleinbetriebe, denen es immer schwerer fällt, auf den lokalen Kreditmarkt zurückzugreifen.³

Mehr und mehr Kräfte aus dem bürgerlichen Lager sind durch die Vertiefung der Wirtschaftskrise und die Nichteinlösung des Regierungsversprechens, die Aufhebung des Kriegsrechts würde entgültig die Ära freier politischer Betätigung einläuten, in Opposition zu F. Marcos gegangen.

Die einst zur politischen Elite (Senatoren usw.) zählenden Personen wie Eva Estrada Kalaw (zeitweilig inhaftiert und dann unter Hausarrest gestellt), Salvador Laurel von der Vereinigten Demokratischen Opposition (UNIDO) und Expräsident Diosdado Macapagal sind mit ihren Bestrebungen, Marcos von der Politik „nationaler Versöhnung und der Notwendigkeit fairer Wahlen“ zwecks Immunisierung/Neutralisierung kommunistischer Erfolge⁴ zu überzeugen, ins Leere gelaufen. Im Februar 1982 noch bediente sich Erzbischof von Manila, Kardinal Jaime Sin, regierungskritischer Zungenschläge.

Mitgliedsorganisationen der NDF

- Die Nationaldemokratische Front (NDF) wurde 1973 gegründet. Ihre führende Kraft ist die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP). Sie entstand Ende 1968 aus einer Abspaltung der 1930 gegründeten Kommunistischen Partei (PKP). Die mehrere tausend Mitglieder zählende CPP ist in einigen Fragen von ihren maoistischen Positionen abgerückt.
 - Die NPA (Neue Volksarmee), gegründet am 29. März 1969 durch die CPP in Zentralluzon, vereint mittlerweile gut 10.000 Guerillakämpfer. Unterstützt wird sie von einer zahlenmäßig weitaus größeren Volksmiliz. Militärische Operationen in 56 Provinzen.
 - Die große Mehrheit der NDF-Mitglieder ist organisiert in der Revolutionären Bewegung der Bauern und der Revolutionären Bewegung der Arbeiter.
 - Die Kabataang Makabayan (Nationalistische Jugend) umfaßt ca. 6.000 Mitglieder und ist im ganzen Land an Schulen und Universitäten aktiv. Seit den 60er Jahren ist sie die führende Kraft in der antiimperialistischen Jugendrevolte.
 - Die CNL* (Christen für Nationale Befreiung) genießen wachsenden Rückhalt aus kirchlichen Kreisen und zählen ca. 1.500 Mitglieder.
 - Die MASAPA (Nationalistische Gesundheitsvereinigung) besteht seit 1978 und arbeitet unter den im Gesundheitswesen Beschäftigten.
 - Die KAGUMA (Nationalistische Vereinigung der Lehrer) erreicht eine halbe Million Lehrer in öffentlichen wie privaten Schulen in Stadt und Land.
- Gegenwärtig beträgt die Mitgliederzahl der NDF über 1 Mio. Monatlich erscheint das zentrale Organ der NDF: „Liberation“ (Befreiung).

Die Ursachen für diese Polarisierung, die in den vergangenen Monaten u.a. ihren Niederschlag in der Sympathie für bzw. Angliederung an die Nationaldemokratische Front (NDF) fand, liegen auf der Hand: Dank der seit Reagans Amtsantritt verstärkten US-Unterstützung des Regimes weigert dieser sich, selbst minimale Machteinschränkungen zu dulden. Dadurch bleibt die Operationsbasis der UNIDO u.ä. Organisationen äußerst schmal, breiten sich Enttäuschung und Verbitterung unter ihren Mitgliedern aus.

Diese Verbitterung hat sich denn auch in einer Reihe von Protestaktionen Luft verschafft, die sich vor allem gegen die Militarisierung, gegen wachsende Repressionsmaßnahmen und die soziale Verelendung richten.

Die von den Exsenatoren José W. Diokno und Lorenzo Tañada wie vom früheren Richter am Obersten Gerichtshof J.B.L. Reyes geführte Anti-Stützpunkte-Koalition drängt auf die sofortige und bedingungslose Beseitigung aller US-Basen. Zwei Wochen sind im Januar d.J. 78 Grundschulen durch den Streik von 11.000 Volksschullehrern paralytisch worden, die gegen Lohnkürzungen protestierten. Am 22. Januar mußte Marcos nachgeben und die Lohnkürzungen rückgängig machen.

Am 6. Februar konnte die regierungstreue Tageszeitung Bulletin Today – einmalig in den letzten Jahren – nicht erscheinen, da die Drucker damit ihren Protest gegen die Entlassung Tony Nievas, des Präsidenten der Medienarbeitergewerkschaft, dokumentierten.

Vom 10.-17. Dezember 1982 fanden anlässlich des Menschenrechtstages überall im Lande Demonstrationen statt, an denen sich mindestens 140.000 Menschen beteiligten. Zwischen dem 22. August und 1. Oktober 1982 demonstrierten ebenfalls landesweit knapp 63.500 Menschen gegen die Inhaftierung von Gewerkschaftsführern wie Felixberto Olalia und Crispin Beltran und gegen Marcos' Staatsbesuch in den USA. Ebenfalls in diese Zeit – vom 29. November bis zum 24. Dezember – fiel ein Hungerstreik von über 70 politischen Gefangenen.⁵

Die Repression richtet sich vor allem auch gegen die zunehmende Streikbewegung. 1981 beteiligten sich insgesamt

98.585 Arbeiter an Streiks, wodurch 6.367.679 Arbeitsstunden verloren gingen. Für das 1. Quartal 1982 lauten die entsprechenden Zahlen 21.384 und 5.352.490. Am 2. Juni 1982, während eines Streiks in der Exportproduktionszone Bataan (BEPZ), wurden 54 Arbeiter der Inter-Asia Container Industries Corp. verhaftet und erst nach 6 Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt. Aus Protest gegen diese und andere Inhaftierungen legte die Hälfte der Gesamtbelegschaft in der BEPZ, 14.000 Arbeiter, für einige Stunden spontan die Arbeit nieder und zog geschlossen zur Verwaltung.⁶

Am 13. August 1982 traten 1.000 Arbeiter der Central Textiles in Metropolitan Manila in den Streik, während eine ebenfalls dort ansässige Möbelfabrik – Canceo – vom 26. August 1982 bis Mitte Januar d.J. bestreikt wurde. Die Verhaftung F. Olalias, C. Beltrans und 30 weiterer Arbeiterführer stellt einen neuerlichen Schritt in Richtung der Zerschlagung solcher unabhängigen Gewerkschaftsverbände wie der KMU (Bewegung des 1. Mai) dar, deren Mitgliederzahl mit 350.000 veranschlagt wird.⁷

Massenstreiks und -demonstrationen landwirtschaftlicher Arbeiter, Pächter und Kleinbauern gegen das Landreformprogramm der Regierung,⁸ gegen Lohnsenkungen bei der Central Azucarera de la Carlota in Negros Occidental wie gegen Landvertreibungen in Bicol und auf der Insel San Miguel⁹ haben an Intensität gewonnen.

Niemals zuvor sind progressive Kräfte der Kirche dermaßen heftig unter Regierungsbeschluß geraten wie in den vergangenen Monaten. Am 10. Oktober 1982 wurde der Priester Edgar Kangleon inhaftiert, während der Priester Zacarias Agatep einen Tag darauf erschossen wurde. Wie auf ihn, so hat das Regime auch auf den einstigen Priester Conrado Balweg, der sich den Partisanen der NPA angeschlossen hat, ein Kopfgeld von 130.000 Pesos ausgesetzt.

In einer Art konzertierten Aktion sind seitens der Einwanderungs- und Deportationsbehörde, der Verteidigungs- und Arbeits- und Beschäftigungsministeriums Bestrebungen im Gange, die Aufenthaltsgenehmigung sämtlicher Missionare im Lande sorgfältig zu überprüfen. Missionaren wie Brian Gore, Niall O'Brian, Theo Bandsma, Herman Sanderrinck, Mat van Santvoord, Ton Schwarz sowie dem bundesdeutschen Pfarrer Volker Schmidt werden solche Verbrechen wie „Aufruhr“ und Mord zur Last gelegt. Noch am 6. Januar 1983 wies Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile hochrangige Militäroffiziere an, eine schwarze Liste über Priester, Nonnen und Laienhelfer anzulegen, die verdächtigt werden, „regierungsfeindliche Umtriebe“ zu entfalten bzw. solche zu propagieren.

Belebung des bewaffneten Widerstandes

Journalisten sind gleichermaßen Repressalien ausgesetzt. Am 7. Dezember 1982 wurde die Zeitschrift WE Forum verboten, der größte Teil ihrer Mitarbeiter eingesperrt und die Entlassung der Chefredakteurin von Tempo, Recah Trinidad, erwirkt.

Bewaffnete Aktionen der NPA und MNLF haben ein Ausmaß erreicht, daß selbst der in Cebu stationierte US-Konsul Sheinbaum, der eine Informationsreise durch Mindanao zu Beginn des Vorjahres in seinem im April 1982 abgeschlossenen und dem US-State Department zugesandten Bericht tiefe Besorgnis über den bedrohlichen Einfluß dieser Organisationen (vor allem der NPA) äußerte.¹⁰

Jüngste Berichte sprechen von häufigeren (allein im Januar 28) und größeren (mit bis zu 200 NPA-Kämpfern) taktischen Offensiven auf Mindanao, der Visayas-Inselgruppe und auf der Hauptinsel Luzon. 1982 soll durchschnittlich alle 2 Tage eine taktische Offensive der NPA stattgefunden haben.¹¹

Ende 1982 bestanden insgesamt 39 Guerillafronten in nunmehr 56 der insgesamt 71 Provinzen. Nicht nur vermochte gleichsam die MNLF ihre Operationsbasis in 15 Provinzen Mindanaos und Sulus zu erweitern – die taktische Kooperation zwischen der NPA und MNLF hat sich verstärkt, so daß die jeweils von Regierungstruppen bedrohte Seite in das Gebiet des anderen ausweichen kann.

Gegenwärtig wird geschätzt, daß ca. 6 Mio Menschen die NPA aktiv unterstützen, sei es in Form der Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, in der Mitteilung wichtiger Lokalinformationen wie in der Hilfestellung beim sicheren Eintritt bzw. Auszug aus umkämpften Gebieten.

In einer Untersuchung der wachsenden Sympathie für die NPA kam der Exsenator José W. Diokno, heute Vorsitzender der Menschenrechtsorganisation Civil Liberties Union of the Philippines zu dem Ergebnis, daß beispielsweise das Rechtssystem in NPA-kontrollierten Gegenden auf außerordentlich positive Resonanz der Bevölkerung stößt.¹²

Psychologische Kriegführung und Wehrdörfer

Um dem wachsenden Einfluß der revolutionären Bewegung einen Riegel vorzuschieben, sind seit 1982 zwei ebenso alte wie letztlich erfolglose konterrevolutionäre Taktiken inszeniert worden: psychologische Kriegführung und Errichtung „strategischer Weiler/Wehrdörfer“ (Hamletting), die bereits um die Jahrhundertwende von den USA bei der Kolonialisierung der Inseln erprobt und in Indochina massenhaft zur Anwendung gebracht wurden.

Manilas Tageszeitungen berichteten kürzlich, daß der MNLF-Vorsitzende Nur Misuari angeblich von einem gewissen Dimas Fundato gestürzt worden sei und die Kommunisten sich anschickten, die Christen des Landes (ca. 89% der Filipinos bekennen sich zum Christentum) zu verdächtigen, für Verhaftung und Tod ihrer Führer verantwortlich zu sein. Während allein in der Bicol-Region 80 bezahlte Regierungsspieler agieren, führten Regierungsspitzen kürzlich auf Panay Scheinattacken gegen Polizeistationen, um sich – allerdings vergeblich – so Zugang in dort operierende NPA-Verbände zu erschleichen.

Als ergänzende Maßnahme sind von Anfang bis Oktober 1982 allein auf Mindanao 377.000 Menschen – meist Bauern – in knapp 270 Ortschaften vom „Hamletting“ betroffen worden. Aus ihren angestammten Gebieten vertrieben, wurden sie in von Militärs überwachte provisorische Verhaue gepfercht – gemäß dem Motto, „dem Fisch das Wasser zu entziehen“.¹³

Angesiedelt sind solche „strategischen Wehrdörfer“ zumeist dort, wo der Volkswiderstand am sichtbarsten ist, wo der Abbau strategisch bedeutsamer Rohstoffe vorgenommen wird und wo Multis beabsichtigen, sich niederzulassen.¹⁴ Außerdem verübt eine Vielzahl pseudoreligiöser, fanatischer, fast durchgängig von Großgrundbesitzern gedungener und/oder von der Regierung tolerierter Sekten Terrorakte gegen die Bevölkerung. „Rock Christ“, „Lost Command“ – so ähnlich lauten die sich selbst zugelegten schillernden Etiketten.

Von 1977 bis 1981 hat das Marcos-Regime 6.355 Personen aus politischen Gründen inhaftiert. Die Zahl physischer Liquidierungen (in zynischer Weise auch als sog. „inoffizielles Töten“, „Salvaging“ bekannt) betrug zwischen 1975 und Juli 1982 mindestens 878 Personen. Massaker sind auf Samar und in Bicol verübt worden.

Ende April d.J. verkündete der Oberste Gerichtshof, daß Präsident F. Marcos das Recht hat, Personen verhaften, einzusperren und wieder freizulassen, ohne ein Gericht einzuschalten, wenn sie im Verdacht stehen, Verbrechen gegen die nationale Sicherheit begangen zu haben. Eingesperrt

wurden aufgrund der Verhaftungsbefehle des Präsidenten (PCOs) nicht nur die erwähnten Gewerkschaftsführer und Missionare, sondern auch der Führer der NDF, Horacio Morales, sowie der Präsident der neugegründeten oppositionellen Philippinischen Demokratischen Partei (PDP) und Bürgermeister von Cagayan, de Oro Aquilino Pimentel.

Aufgrund der starken Proteste wurden mittlerweile die Gewerkschaftsführer F. Olalia, T. Nieves, Bonifacio Tupas, die Missionare B. Gore, N. O'Brian und der Priester Vincente Dangan wieder freigelassen und unter Hausarrest gestellt.¹⁵

Neben einem 1982 gedrehten BBC-Dokumentarfilm („The Third Eye: To Sing Our Own Song“) und dem Communiqué der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen gab es weitere regimekritische Äußerungen wie z.B. den Bericht von Amnesty International vom 22. September 1982 und bissige Kommentare anlässlich Marcos' Staatsbesuch 1982 in den USA. Am 16. Februar 1983 listete die UN-Menschenrechtskommission 37 Regierungen – darunter auch die philippinische – auf, die politische Morde auf dem Gewissen haben.

Diese Initiativen, wie begrüßenswert auch immer, sind für sich genommen noch zu wenig, um ein Szenario zu verhindern, das alle Strukturmerkmale eines neuen Vietnam, jedoch noch fernab einer breiteren Publizität und wirksameren Solidarität, in sich birgt.

Anmerkungen:

- 1) Darunter ist zu verstehen: Beseitigung sämtlicher Hemmnisse für Multis; Befürwortung des freien Handels- und Kapitalverkehrs; Garantien für ausländisches Kapital, Schlüsselpositionen der philippinischen Wirtschaft zu kontrollieren und Gewinntransfers in unbegrenzter Höhe vorzunehmen; Aufnahme umfangreicher Auslandskredite sowie Unterordnung unter Auflagen solcher Institutionen wie der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds; Propagierung eines exportorientierten Typs der Industrialisierung, anschaulich verkörpert in sog. Freihandels- bzw. Exportförderungszone. Zusätzlich zu den in Mariveles (Halbinsel Bataan), in Mactan (Cebu) und in Baguio City bestehenden Freihandels- bzw. Exportförderungszone sollen bis Mitte dieses Jahrzehnts 12 weitere aus dem Boden gestampft werden.
- 2) Diese wie nachfolgende Zahlen stützen sich im wesentlichen auf folgende Quellen: Far Eastern Economic Review – Asia Yearbook 1983, Hongkong 1983 und verschiedene Ausgaben der Zeitschrift Ibon: Facts and Figures, Quezon City/Philippinen, aus dem Jahre 1982.
- 3) Hier wird der Löwenanteil von ausländischen Firmen aufgesaugt. Vgl. R. Werning, Agrarreform und Kriegsrecht auf den Philippinen – Anatomie einer Pazifizierung, Münster 1983, S. 88f.
- 4) So D. Macapagal laut einem Bericht in der International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 9.2.1983
- 5) Diese und nachfolgende Informationen basieren auf dem fünfseitigen Papier „Notes on the Philippine Situation“, das Luis Jalandoni, Sprecher und internationaler Vertreter der Nationaldemokratischen Front (NDF), anlässlich der vom 18.-20. Februar d.J. in Polch veranstalteten Philippinen-Konferenz vorlegte.
- 6) Nach Informationen des internationalen NDF-Vertreters Luis Jalandoni anlässlich von Gesprächen mit dem Verfasser am 19. und 20. Februar 1983 in Polch.
- 7) KMU – Kilusang Mayo Uno, Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in den Philippinen, hrsg. von agphi (Aktionsgruppe Philippinen e.V.), Polch, Februar 1983, S. 1f.
- 8) Vgl. R. Werning, Agrarreform und Kriegsrecht...
- 9) Vgl. Newsweek, New York, 17.1.1983
- 10) Vollständiger Bericht in: CounterSpy, Washington, Dezember 1982-Februar 1983, S. 30-35
- 11) Laut: IHT, 9.2.1983 und Ang Bayan, o.O., Vol. XIV, Ausgaben vom Oktober und Dezember 1982
- 12) Vgl. Liberation, o.O., August 1982 und NDF Update Philippines, o.O., Jahrgang III, Nr. 1/Januar 1983, S.5
- 13) Communiqué on the Situation in the Philippines. Verfaßt von der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen und veröffentlicht am 23.12.1982 in Brüssel.
- 14) Interview des Autors und Norbert Gerkens mit der Leiterin der sich um das Schicksal politischer Gefangener kümmernden Task Force Detainees of the Philippines, Schwester Mariani Dimaranan, am 30.10.1982 in Münster.
- 15) Vgl. Far Eastern Economic Review, 19.5.1983 und 2.6.1983

Richard Ward

Grenzen der außenpolitischen Korrekturen Chinas (3)

Präsident Carter und seine Vorgänger hatten eine Zusammenarbeit im Blick, bei der jeder seinen Beitrag zur Stärkung des anderen in Asien leisten sollte: Chinas Stärke sollte der Erweiterung des US-amerikanischen Einflusses dienen, der chinesische Einfluß gegebenenfalls den US-amerikanischen ersetzen.

Die Reagan-Administration hält es jedoch für töricht, die grundsätzlichen Interessen Washingtons in Asien – Investitionen, Handelsbeziehungen und besondere Bindungen zu seinen Schützlingen und Verbündeten – von einer nicht näher definierten strategischen Zusammenarbeit zwischen China und den USA abhängig zu machen. Sollte daher die gegenwärtige Regierung gemeinsame militärische Anstrengungen ins Auge fassen, so eher mit Japan.

Die Vereinigten Staaten sind allerdings so wenig davon überzeugt, Tokio könnte seine regionale militärische Rolle auf das vom Pentagon gewünschte Niveau bringen, daß sie bereits die Erhöhung der Anzahl ihrer ständig in Japan stationierten Flugzeuge um mehr als die Hälfte angekündigt haben.

In der Tat scheint die Reagan-Administration entschlossen, die noch verbliebene US-amerikanische Hegemonie in Asien zu erhalten. Ähnliche Entscheidungen haben die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit mehrfach getroffen. Das erste Mal, nach der Gründung der Volksrepublik China (1949; d. Red.), führte dies zum Koreakrieg (1950-53; d. Red.) und zur Verwicklung in das Taiwanproblem.

Der zweite Versuch von Bedeutung war selbstverständlich die amerikanische Intervention in Vietnam (bis hin zum Vietnamkrieg 1964-73; d. Red.). Ohne eine Wiederholung der Geschichte in Form eines dritten US-amerikanischen Krieges in Asien voraussagen zu wollen, kann doch die Rückkehr zu einer Politik der Bestätigung US-amerikanischer Machtpositionen in der Region nicht ohne tiefgreifende Auswirkungen bleiben.

Washingtons Hegemoniestreben in Asien

Gerade das Bestreben Washingtons, den US-amerikanischen Einfluß in Asien unbegrenzt zu erhalten, untergräbt die Zusammenarbeit mit Beijing. Denn gegenwärtig gibt es in Asien außer Indochina kein Gebiet, wo China auf eine Erweiterung seines Einflusses hoffen könnte, ohne gleich mit den USA in Konflikt zu geraten, nicht einmal in seiner eigenen Provinz Taiwan. In der Tat glaubt Washington heute, daß die chinesisch-amerikanische Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung der Stabilität in Asien nur dazu beitragen könnte, die Illusionen Beijings bezüglich eines undenkbbaren Rückgangs der amerikanischen Hilfe an Taipeh zu fördern.

Die Reagan-Administration überlegt nüchtern, daß Beijing seine Ansprüche in Asien auf das Machbare beschränken muß und nicht erwarten darf, daß Washington den Einfluß



Ministerpräsident Zhao Ziyang (r.) und KPCh-Generalsekretär Hu Yaobang

Chinas auf Kosten der USA fördert.

Die gegenwärtige Regierung, die eine Nation nach ihren militärischen Kapazitäten bewertet, betrachtet die chinesischen Fähigkeiten auf diesem Gebiet mit wirklichem Mißtrauen. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß gerade die Lektion, die Beijing Vietnam erteilen wollte, den US-amerikanischen Strategen die Augen über die Rückständigkeit und das abgrundtiefe Unvermögen der chinesischen Militärmacht geöffnet hat.

Das ruhmlose Ende des militärischen Abenteuers der Chinesen in Vietnam (Februar/März 1979; d. Red.) hat die US-amerikanischen „Geopolitiker“ davon überzeugt, daß China lediglich als regional bedeutsame Macht mit einem noch verhältnismäßig bescheidenen Einfluß auf das weltweite Kräfteverhältnis zu betrachten ist. Paradoxerweise war es gerade dieses offensichtliche Unvermögen Beijings seine Streitkräfte außerhalb der eigenen Grenzen wirksam einzusetzen, das den Widerstand der Reagan-Administration gegen die Hilfe zur militärischen Modernisierung Chinas gebrochen hat. Washington rechnet damit, daß es selbst mit seiner Militärhilfe geraume Zeit dauern wird, bis China eine ernstzunehmende Gefahr für die US-amerikanischen Interessen besonders in Bezug auf Taiwan darstellt.

Jedenfalls ist diese US-amerikanische Regierung, für die der Pazifik immer noch ein amerikanisches Meer ist, nicht bereit, sich auf ein China zu verlassen, das noch nicht einmal

in der Lage ist, seinen Einfluß in Indochina geltend zu machen.

Das Weiße Haus hat den Gedanken noch nicht ganz aufgegeben, Indochina stillschweigend als „legitimen“ chinesischen Einflußbereich anzuerkennen. Dieser Gedanke wird jedoch zunehmend schwächer, wie die Bekräftigung der US-amerikanischen Beschützerrolle gegenüber Thailand deutlich macht, was eine glaubwürdigere Unterstützung der Ansprüche Thailands an Kampuchea darstellt. (...)

Die Reagan-Administration hat indessen den Gedanken einer strategischen Zusammenarbeit mit China nicht völlig aufgegeben. „Die Vereinigten Staaten betrachten China als eine Nation von wachsender Bedeutung, die indirekt zur Verwirklichung der globalen und regionalen Sicherheitsinteressen Amerikas beiträgt“, unterstrichen die Chiefs des Vereinigten Generalstabs in ihrem Jahresbericht vom Januar 1982. In einer Rede am 10. Juni 1982 über die US-amerikanisch-chinesischen Beziehungen erklärte Staatssekretär Walter Stössel, dieser „indirekte Beitrag“ ergebe sich aus der Tatsache, daß „fast 1 Mio sowjetischer Soldaten und 250.000 Vietnamesen gezwungenermaßen an der chinesischen Grenze stehen“.

Minister Caspar Weinberger bemerkte in dem am 8. Februar 1982 veröffentlichten Jahresberichte des Verteidigungsministeriums, die chinesischen Streitkräfte seien „schlecht ausgerüstet“ und „benötigten moderne Waffen“. Er sprach sich weiter für den „Verkauf (US-amerikanischer) Waffen und den Transfer von Technologie (an China) unter dem Gesichtspunkt sorgfältiger Abwägung unserer langfristigen strategischen Interessen“ aus.

Die Reagan-Administration sieht also in der US-amerikanischen Militärtechnologie ein Mittel, die Fähigkeit der Chinesen zur Fortsetzung der Auseinandersetzungen mit den Nachbarn zu erhöhen. Washington glaubt, durch das Schüren dieser Konflikte die US-amerikanischen strategischen Positionen gegenüber der UdSSR und Südostasien zu verbessern. In der letztgenannten Region verstärken die Vereinigten Staaten neben ihrem direkten Einfluß auf Thailand auch

ihre Bindungen zu den Philippinen und bemühen sich weiter um engere Beziehungen zu Malaysia und Indonesien, ja, sie streben sogar danach, Burma zu einer leichten proamerikanischen Wendung seiner Neutralitätspolitik zu veranlassen.

R. Reagans Asienpolitik hat wenig mit den Visionen von Mao Zedong und Chou Enlai gemeinsam, die im Bündnis mit den Vereinigten Staaten ein Mittel zur Einleitung des US-amerikanischen Rückzugs aus Taiwan und zur Stärkung der Stellung Chinas in Südostasien sahen. Es kann daher kaum überraschen, wenn ihre Nachfolger gegenüber einem anti-sowjetischen Kreuzzug auf Distanz gehen, der allein den Vereinigten Staaten nützt. Wenn diese darauf bestehen, Taiwan fest im Griff zu halten (siehe Ward-Beiträge in AIB 3 und 6/1983; d. Red.), verliert die Logik einer globalen Zusammenarbeit ihren Sinn. Es ist damit zu rechnen, daß China unter diesen Umständen eine eigenständige Position gegenüber der Dritten Welt entwickelt.

Rückbesinnung auf die Dritte Welt

Chinas Bekräftigung seiner Identität mit der Dritten Welt und die Abschwächung des Konflikts mit der UdSSR sind nicht nur die Folge einer Enttäuschung über das Bündnis mit den USA.

Ein wichtiger Faktor, der diese Entwicklungen beeinflusste, war die Abkehr von der Politik, die während der maoistischen Ära verfolgt wurde. Dies gilt besonders für die Aufgabe des Postulats, wonach eine Befreiungsbewegung oder ein Land der Dritten Welt, das enge Beziehungen zur UdSSR unterhält, von vorneherein von Moskau beherrscht und eine Verständigung mit Beijing infolgedessen unmöglich würde.

Die neue Haltung ist wenigstens in Afrika spektakulär durch die kürzlich erfolgte Entscheidung demonstriert worden, diplomatische Beziehungen zu Angola aufzunehmen (im Januar 1983; d. Red.), über sieben Jahre nach der Unabhängigkeit des Landes. Am 4. Oktober 1982 sprach der frühere Außenminister Huang Hua von „uns, den Ländern der Drit-



Chinesischer T-59-Panzer



Neugewählter Staatspräsident Li Xiannian

Orientierungspunkte des 6. Nationalen Volkskongresses

Auf dem in Beijing vom 6.-18. d.J. veranstalteten 6. Nationalen Volkskongreß wurden die Kurskorrekturen des 12. Parteitages der KP Chinas vom September 1982 (siehe AIB 11-12/1982, S. 71) bestärkt.

Ministerpräsident Zhao Ziyang bekräftigte in seinem Bericht an die nahezu 3.000 Delegierten, daß man die Ende der 70er Jahre veranschlagten Wachstumsraten der Wirtschaft von jährlich über 7% als „irrealistische Zielsetzungen“ erachte. Sie hätten zu „unheilvollen“ Disproportionen zwischen Schwer- und Leichtindustrie, Industrie und Landwirtschaft, zwischen diesen und dem Energie- und Transportwesen usw. geführt. Die Wachstumsrate für die Periode 1981-85 müsse auf jährlich 4-5% herabgestuft werden, um den hinterherhinkenden Bereichen wie Leichtindustrie, Transport u.a.m. einen größeren Zuwachs und damit eine „schrittweise Umstrukturierung“ der Wirtschaft zu ermöglichen. Festhalten will man auch an den Reformen, die u.a. auf die Belebung von privaten Kleinbetrieben in der Landwirtschaft und von industriellen Gemischtunternehmen, unter Heranziehung von vornehmlich chinesischem Auslandskapital, abheben. Stärkere staatliche Kontrollen sollen die Balance wahren helfen. Zhao Ziyang benannte als Reformziel, „nach und nach ein neues Wirtschaftssystem, das an die Bedingungen Chinas angepaßt ist, zu schaffen und einen Sozialismus gemäß den besonderen chinesischen Charakteristika aufzubauen.“

Erstmals seit 15 Jahren wählte der Volkskongreß einen Staatspräsidenten, General Li Xiannian (78), der laut neuer Verfassung (aus dem Jahr 1982) für 5 Jahre amtiert und mit Machtbefugnissen wie der Verhängung des Kriegsrechts betraut ist.

An den von Zao Ziyang abgesteckten außenpolitischen Positionen fiel auf, daß die stärkere Rückorientierung auf die Dritte Welt (siehe AIB 3/1983, S.33) und ein vorsichtiges Distanzverhältnis zu den USA bekräftigt wurden. Der chinesische Ministerpräsident kritisierte erneut die US-Waffenlieferungen an Taiwan und forderte von Washington freie Bahn für den Transfer moderner Technologie in die VR China. Er betonte zugleich das Interesse Beijings an einer Verbesserung der in den letzten Monaten beeinträchtigten bilateralen Beziehungen zu den USA und an einer Normalisierung des Verhältnisses zur Sowjetunion. Die chinesisch-sowjetischen Gespräche sind derzeit freilich eingestellt und scheinen insbesondere dadurch vorbelastet, daß die VR China unter ihren „Minimum-Bedingungen“ auch solche aufführt, die die Haltung dritter Länder betreffen: Die UdSSR solle nicht nur sofort und bedingungslos aus Afghanistan abziehen, sondern auch Vietnam zum unverzüglichen Verlassen Kampuchea zwingen – Vorbedingungen, die für die Gegenseite schon aufgrund ihrer Beistandsverpflichtungen gegenüber Vietnam und Afghanistan kaum annehmbar sein dürften. Neue Töne stimmte Zao Ziyang gegenüber den osteuropäischen RGW-Ländern an, die erstmals wieder als Länder des „sozialistischen Aufbaus“ bezeichnet wurden und deren Erfahrungen es zu nutzen gälte. Mit ihnen will man die Beziehungen zügig ausbauen.

ten Welt“. Dieses neue Bewußtsein, das sich an der Dritten Welt orientiert, ist weiterhin von dem doppelten Bestreben geprägt, zu beweisen, daß „China sich nie mit einer Großmacht verbinden wird“, wie Huang Hua erklärte, und dem Bemühen, nicht in einen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten zu geraten, wodurch eine Neubelebung der chinesisch-amerikanischen Zusammenarbeit unmöglich würde.

Neuerdings ist es für China Ehrensache zu erklären, daß seine Position zwischen der der Vereinigten Staaten und der UdSSR liegt, und daß es sich nicht an der Seite eines der beiden Länder befindet.

China liefert jedoch, um nur einen Punkt zu erwähnen, weiterhin Waffen an regierungsfeindliche Kräfte in Afghanistan, gewährt ihnen materielle Unterstützung und ergänzt damit die Aktivitäten des CIA in dieser Region. Beijing betrachtet diese Zusammenarbeit als zufällig und versichert, daß es sich der „prinzipienlosen“ internationalen Politik sowohl der USA als auch der UdSSR widersetzt.

Zur Rechtfertigung weist es darauf hin, daß der chinesischen Opposition gegenüber der sowjetischen Afghanistan- und Indochinapolitik seine Opposition gegenüber der amerikanischen Politik im Südlichen Afrika und gegenüber Israel entspricht.

Hemmnisse der Normalisierung mit Moskau

China dementiert durch diese Überlegungen, was es beweisen wollte: Seine Position liegt, verglichen mit seinen Beziehungen zu Moskau, näher bei Washington als man glauben machen möchte. Dies läßt sich deutlich an der Tatsache zeigen, daß China seine seit mehr als einem Jahrzehnt andauernden engen Bindungen an die USA bisher nicht explizit widerrufen hat. Mit dieser Zusammenarbeit hat China einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der amerikanischen Positionen in der Dritten Welt geliefert.

Bei der Aufnahme seiner bündnisähnlichen Beziehung zu Washington hatte sich Beijing noch zum einzigen legitimen Führer der Weltrevolution ernannt. Es hatte versucht, diesen Widerspruch durch den Donner einer ideologischen Kampagne zu übertönen, indem es die Sowjetunion beschuldigte, die Hauptursache für die internationalen Konflikte zu sein. Diese Linie hat den amerikanischen Interessen genützt, das Ansehen Chinas in den Ländern der Dritten Welt aber, die es als Verbündeten gegen den Imperialismus geschätzt hatten, schwer geschädigt.



„Vorwärts zum Jahr 2000“ – chinesischer Holzschnitt



Chinesische Armeepatrouille an der weiter spannungsgeladenen Grenze zu Vietnam

Es ist nur logisch, daß die chinesische Politik aus der Ära des Maoismus sich in dem Moment ändert, wo die Vorteile, die China aus seiner Zusammenarbeit mit Amerika zieht, minimal sind. Dies gilt zumal, da diese Politik den USA mehr Vorteile bringt als China. Das Argument, wonach China durch einen bevorstehenden Angriff der Sowjetunion bedroht sei, wurde bereits fallengelassen, wie die ganze anti-sowjetische Ideologie der „Kulturrevolution“ (1966-69; d. Red.). (...)

China würde seine Beziehungen zu Amerika nicht gefährden, die es immer noch für wertvoll hält, wenn es seine Beziehungen zur UdSSR einfach normalisierte, wie es die BRD oder Frankreich getan haben – beide wohlgemerkt offizielle Verbündete der USA. Wieweit allerdings die Normalisierung gehen wird, das hängt nur von China ab. (...)

China weiß genau, daß die Normalisierung seiner Beziehungen zur Sowjetunion gewisse Grenzen nicht überschreiten darf, ohne seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu gefährden. Von Nixon bis Reagan hat Washington deutlich zu verstehen gegeben, daß es sich für China vor allem wegen dessen Beitrag zu einer Politik der Eindämmung der Macht und des Einflusses der Sowjetunion interessierte.

Chinesisch-amerikanische Ordnung für Asien?

Dies gilt besonders für die Reagan-Administration, die die Vorstellungen ihrer Vorgänger nur in einem Punkt nicht vollständig aufgegeben hat, nämlich was eine amerikanisch-chinesische Ordnung zur Stabilisierung Asiens betrifft.

Die Chinesen haben darauf, in vollem Bewußtsein wie umstritten die Politik Reagans in den USA selbst ist, ziemlich vorsichtig reagiert. Die heftigen verbalen Angriffe Beijings gegen die amerikanische Taiwan-Politik wurden nicht von Taten begleitet, welche in Zukunft eine weitere chinesisch-amerikanische Zusammenarbeit in Asien ausgeschlossen hätten.

Beijing hat Washington jedoch bereits zu verstehen gegeben, daß eine solche Zusammenarbeit nicht als gesichert gelten könnte, wenn die Amerikaner Chinas Interessen und die getroffenen Abmachungen weiterhin mißachteten. Diese Warnung – die Washington anscheinend nicht anerkennt oder nicht verstanden hat – erfolgte zur gleichen Zeit wie die Kampagne gegen die japanischen Schulbücher, in denen jeder Hinweis auf den barbarischen Charakter des japanischen Expansionismus in den 30er Jahren fehlte. Sie wurde allgemein als eine Warnung vor dem Wiedererstehen des japanischen Militarismus verstanden, war jedoch nicht weniger ein deutliches Zeichen gegenüber den USA, bei der Verstärkung der amerikanisch-japanischen Zusammenarbeit nicht zu weit zu gehen.

Die Kampagne wurde kurz nach der Veröffentlichung des chinesisch-amerikanischen Kommuniqués vom August 1982 eingestellt, ein Zeichen dafür, daß Beijings die politische Tragweite der strategischen Interessen Washingtons einzuschätzen weiß und daß es bei seiner Kritik des amerikanischen Imperialismus folglich sehr selektiv vorgeht.

Tatsächlich zeigte sich Washington nicht sonderlich beeindruckt von diesen seiner Meinung nach eher formalen Verurteilungen seiner Politik im Südlichen Afrika und im Nahen Osten. In diesen Fragen ist Washington vollständig isoliert und erkennt an, daß China kaum etwas anderes tun kann, wenn es seinen Ruf in der Dritten Welt nicht ernsthaft aufs Spiel setzen will.

Für Washington gleicht China diese Kritik durch die guten Dienste wieder aus, die es den amerikanischen Interessen durch seine noch heftigen Verurteilungen der sowjetischen Intervention in Afghanistan und seine Gleichgültigkeit gegenüber der amerikanischen Unterstützung für die faschistischen Regimes in Mittelamerika und die Versuche zur Destabilisierung Kubas und Nikaraguas leistet. (...)

Beijings Großmachtgebahren in Sachen Indochina

Was Vietnam angeht, so hat China all die großen Prinzipien, zu deren Anwalt es sich im Namen der Brüderlichkeit der Dritten Welt gemacht hat, verraten. Indem China Vietnam zu Unrecht beschuldigt hat, ein Werkzeug der UdSSR zu sein, benutzte es die imperialistische Ideologie der Vereinigten Staaten aus den Zeiten seiner engen Zusammenarbeit mit Amerika. (...)

Obwohl China zur Dritten Welt gehört, sind seine Lage und Pläne sehr verschieden von entsprechenden anderen Ländern. So hat zum Beispiel noch kein Land der Dritten Welt außer China Interkontinentalraketen. Sie sind ein Symbol für Chinas Bestrebungen und Möglichkeiten, eine Großmacht oder gar Supermacht zu werden.

Man muß sich daher fragen, ob Chinas Anlehnung an die Dritte Welt nicht lediglich Ausdruck seines Großmachtstrebens ist, das sich als Beispiel für die Durchsetzung der Interessen der „armen und kleinen Nationen“ darstellt. Müßte man dann nicht auch die Unterstützung Chinas für bestimmte Forderungen der Dritten Welt vor allem als taktische Geste zur Neutralisierung der Opposition gegenüber seiner eigenen Diplomatie in Indochina, die imperialistische Züge aufweist, verstehen?

Solche Fragen stellen sich auch angesichts des dramatischen Mangels an Differenzierung zwischen reaktionären und fortschrittlichen Mächten, was die gegenwärtige Orientierung Chinas gegenüber der Dritten Welt betrifft. Gegen nichtpaktgebundene antiimperialistische Länder, die für den sozialen Fortschritt eintreten, unterstützt China manche Regierungen der Dritten Welt, die ihr eigenes Volk unterdrücken und Verbündete des Imperialismus oder sogar dessen Marionetten sind.

Sicher ist Chinas Außenpolitik im Wandel begriffen, aber Beijing ist offenbar noch nicht bereit, seine archaischen Vorrechte einer Großmacht zugunsten wirklich brüderlicher Zusammenarbeit mit den unabhängigen Ländern, für Frieden und Gerechtigkeit aufzugeben.

Schluß der Serie
(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 287/1983, S. 38-39 und 288/1983, S. 44-45)

**Adressenänderungen bitte
rechtzeitig bekanntgeben!**

Katja Maurer **Aufbruch im 10. Jahr nach dem Putsch**



Santiago im Mai d. J.: Inhaftierte Demonstranten werden nach dem Verhör auf einem Fußballfeld wieder freigelassen

Dreimal hat General Pinochet in den letzten zwei Monaten Gerüchte über einen angeblichen Putsch gegen ihn dementieren müssen. Die Gerüchteküche in Chile brodeln. Manche Korrespondentenberichte verglichen die derzeit herrschende Atmosphäre mit der kurz vor dem Putsch der Militärs vor zehn Jahren.

Der Grund für diese Situation liegt auf der Hand: Im zehnten Jahr der Diktatur stehen die Militärs vor einem wirtschaftlichen und politischen Fiasko.

Mit fast 18 Mrd Dollar Auslandsschulden hat Chile heute die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Welt, wobei 2/3 davon auf die Privatwirtschaft entfallen. Die Hälfte davon müßte eigentlich dieses Jahr zurückgezahlt werden, wozu Chile natürlich nicht in der Lage ist. Dazu ein New Yorker Bankier: „Chile ist zu einem anderen Mexiko geworden – aber ohne Öl.“¹

„Wirtschaftswunder“ der Pirañas

1.000 Firmenzusammenbrüche wurden im vergangenen Jahr registriert. Der Rückgang der Industrieproduktion machte in dem gleichen Zeitraum 14% aus. Von dem vielgepriesenen chilenischen „Wirtschaftswunder“ redet keiner mehr.

Auf wessen Kosten diese seit 50 Jahre schwerste Krise geht, ist klar. Große Teile der chilenischen Bevölkerung leiden Hunger. 35% der erwerbstätigen Bevölkerung, so schätzt die Kammer für Einzelhandel, sind arbeitslos, die Kirche spricht gar von 40%. Die Gewerkschaften haben errechnet, daß die Lebenshaltungskosten 1982 um 28% gestiegen sind.

Um in Chile nicht Hunger zu leiden, müßte der Mindestlohn nach deren Rechnung 19.000 Peso betragen. Der reale Durchschnittsverdienst der Arbeiter aber liegt zwischen

7.000 und 8.000 Peso. Also leben auch die, die Arbeit haben, am Rande des Existenzminimums, wenn nicht darunter.

Die ohne Übertreibung als katastrophal zu bezeichnende Lage hat aber eines ungewöhnlich deutlich gemacht: Diese faschistische Diktatur ist wirklich die Diktatur einiger weniger, die Diktatur der mit dem internationalen Kapital verquickten Finanzclans gegen die große Mehrheit des Volkes. Denn nur sie sind es, die an dem „chilenischen Wirtschaftsmodell“, der Verwirklichung der „reinen neoliberalistischen Lehre“ vom Rückzug des Staates und dem sog. freien Spiel der Kräfte verdienen. Die Pirañas, wie die großen Finanzgruppen in Chile genannt werden, hatten bereits 1979 2/3 der großen Firmen Chiles unter ihrer Kontrolle. Durch die Krise hat sich dieser Prozeß noch vertieft. Selbst einige Großbanken haben daran glauben müssen und wurden von ihren Konkurrenten geschluckt.

Der große Bluff des „Wirtschaftswunders“, das durch eine künstlich erzeugte Importwelle von Konsumgütern einen gewachsenen Wohlstand anzeigen sollte ist geplatzt, ja führt sich derzeit – äußerlich zumindest – selbst ad absurdum. Es hat lediglich zum Ruin der nationalen Wirtschaft und zu durch Finanzspekulation reich gewordenen Banken geführt.

Entgegen nämlich der reinen Lehre, wonach nur die „Privatinitiative“ zählt, sah sich die Diktatur Anfang Januar dieses Jahres gezwungen, in den größten Privatbanken des Landes mittels staatlicher Obmänner zu intervenieren, um einen totalen Bankenkrach zu verhindern. Ein Juntasprecher aber machte gleich darauf aufmerksam, daß alle Unternehmen, die sich zeitweilig unter staatlicher Kontrolle befinden, wieder den Privateigentümern zurückgegeben werden. Wenn sie gesund saniert sind, versteht sich. Dann, wenn ihre Schulden auf Kosten der Bevölkerung abbezahlt wurden. Ein System

nach dem einige wenige Reiche noch reicher werden.

Spurlos sind diese Ereignisse nicht an der Junta vorübergegangen. Drei Regierungsumbildungen in den letzten zehn Monaten, das ist ein Rekord. Nach jeder Regierungsumbildung, kam die gleiche Erklärung aus der Moneda: Wir halten an dem Wirtschaftskurs fest. Damit aber läßt sich weder das internationale Image aufpolieren – wegen der internationalen Isolierung Chiles wurde der Außenminister geschafft –, noch die Wirtschaftslage verbessern.

Warum sich die Diktatur als wenig flexibel erweist, erklärt ein Exminister des Pinochet-Regimes: „Es ist eine Tatsache, daß der General täglich einsamer wird und schlechter beraten ist. Die Macht der Finanzgruppen ist so groß, daß er nicht offen gegen sie kämpfen will. Diese Macht wurde durch die Korruption in den Streitkräften abgestützt, die sich andererseits weder auf wirtschaftlichem noch politischem Gebiet einig sind. Es ist möglich, daß in den nächsten Jahren einige Militärs oder von den Militärs ernannte Zivilisten die Präsidentschaft bis zu den Wahlen übernehmen, die gemäß der neuen Verfassung im März 1989 stattfinden müssen.“²

Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß mittlerweile nicht nur die Linke, sondern auch die Kräfte, die maßgeblich am Putsch 1973 mitgewirkt haben, Pinochet lieber heute als morgen loswerden wollen.

Die Vereinsamung Pinochets

Entsprechend vielfältig ist das Bild der Opposition gegen die Pinochet-Diktatur. Es kann heute von drei oppositionellen Strömungen gesprochen werden: der Rechten, der Mitte und der Linken. Positiv ist dabei, daß sich der Widerstand, der nach dem Putsch erst einmal nur von der Linken ausging, inzwischen erheblich verbreitert hat.

Es ist bisher aber nicht gelungen, diese Strömungen zumindest auf das Ziel, die Diktatur zu stürzen, zu einigen. Die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten bestehen nämlich genau darin, was denn nach dem Sturz der Diktatur geschehen wird. Im Grunde geht es um zwei Lösungsmöglichkeiten, eine bürgerlich-demokratische oder eine antikapitalistische, volksdemokratische.

Für die Breite und Vielfalt der Opposition einige Beispiele: Im März dieses Jahres ließ die Militärjunta unter anderem zwei irische Priester ausweisen. Ihnen wurde „unerlaubte politische Tätigkeit“ vorgeworfen. Ihr „Verbrechen“ bestand in der Einrichtung von Gemeinschaftsküchen. Die „Olla comunes“, die zum Teil von der Kirche, aber auch von Nachbarschaftsorganisationen und Gewerkschaften organisiert werden, sind Ausdruck für den Hunger, der in Chile herrscht, und damit der Kritik; also eine Gefahr für die Junta.

Die Ausweisung der Priester sollte eine Warnung an die katholische Kirche werden. Die nämlich hatte in einem Manifest im Januar 1983 scharfe Kritik an der Junta geübt. Darin forderten die katholischen Bischöfe: „Die Menschenwürde muß wieder geachtet, der Wert der Arbeit anerkannt und die Demokratie vollumfänglich wiederhergestellt werden.“³

Gegen die Ausweisung der Priester traten 40 katholische Priester in den Hungerstreik. Dieser konnte zwar die Ausweisung letztlich nicht verhindern, brachte aber die Entschlossenheit breiter Teile in der Kirche zur Bekämpfung des Regimes zum Ausdruck.

Während Pinochets Schwierigkeiten mit der Kirche schon seit geraumer Zeit immer größer werden, sieht er sich heute neuen Gegnern gegenüber. Zu ihnen gehört Carlos Podlech, ein Offizier im Ruhestand und einstiger Schüler Pinochets in



Inhaftierter Gewerkschaftsführer R. Seguel

2. Tag des nationalen Protestes 14. Juni 1983

Noch breitere Ausmaße als am 11. Mai d.J. erreichten die vom Nationalen Kommando der Arbeiter (CNT) organisierten Proteste am 14. Juni 1983. Erstmals schlossen sich auch frühere Anhänger der Diktatur, so die Verbände der Lastwagenfahrer, der Landwirte und der Taxifahrer, ja selbst das ehemalige Mitglied der Junta, Luftwaffengeneral Gustavo Leigh, der Bewegung an.

Rodolfo Seguel, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Kupferarbeiter und Führer des CNT, einem Zusammenschluß der wichtigsten Gewerkschaften, hatte auf einer Pressekonferenz am 13. Juni d.J. die Ziele der Protestaktionen vorgestellt. Neben sozialen Forderungen, wie der nach Abbau der Massenarbeitslosigkeit, verlangte er die Wiederherstellung der Bürger- und Gewerkschaftsfreiheiten und die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Obwohl die Gewerkschaften lediglich zu symbolischen Protesten wie Hupkonzerten, Klappern mit Töpfen, Versammlungen an den Universitäten und in den Betrieben und zu Boykotten der Schulen, Läden und öffentlichen Verkehrsmittel aufrufen hatten, kam es zu Demonstrationen Zehntausender und zu vereinzelt Streiks. Durch Bombenanschläge wurden Stromleitungen und Eisenbahnlinien unterbrochen. Die meisten Busse und Taxen fuhren nicht. 80% der Schüler blieben dem Unterricht fern.

Die Polizei tötete 3 und verletzte rund 20 Personen. 1.351 Demonstranten wurden verhaftet. Am Tag nach dem Protest wurde R. Seguel von Zivilpolizisten verschleppt. Am 16. Juni d.J. wurden 19 Gewerkschaftsführer und 900 streikende Arbeiter der Mine von El Salvador entlassen. Daraufhin schlossen sich die Belegschaften der Kupferminen El Teniente und La Andina dem Streik an. Am 19. Juni wurde 1.400 Arbeitern von El Teniente fristlos gekündigt, die Belegschaften der bestreikten Minen ausgesperrt. Die Minen El Salvador und Chuquicamata wurden unter Militärkontrolle gestellt. General Pinochet bekräftigte am gleichen Tag, er werde „mit aller Strenge ... verhindern, daß das Chaos sich Chiles bemächtigt“.

der Militärakademie. Podlech wurde nach einer Protestaktion von Großgrundbesitzern, deren Verbandsvorsitzender er ist, im Dezember 1982 in Temuco ausgewiesen.

In Temuco wurde u.a. ein zehnjähriger Zahlungsaufschub, die Nationalisierung der Banken und der Bruch mit dem Internationalen Währungsfonds gefordert. Podlech ist zwar mittlerweile wieder in Chile, seine offene Gegnerschaft zum Regime aber ist geblieben.

Als Zentrum des Widerstandes gegen die Pinochet-Diktatur haben sich gerade in den letzten Monaten die erstarkte Gewerkschaftsbewegung und die sie unterstützenden Linkskräfte herauskristallisiert. Seit Dezember vergangenen Jahres ist ein Anschwellen massenhafter Protestaktionen in Chile deutlich geworden, die in der Tendenz an Breite und Qualität zunehmen werden.

Als entscheidende Triebkräfte für die landesweiten Aktionen vom 11. Mai und 14. Juni 1983 sind zwei Ereignisse hervorzuheben:

1. Der Streik der 1.500 Bauarbeiter des Wasserkraftwerkes Colbun-Machicura, der im Dezember 1982 begann. Dem Streik kommt in mehrfacher Hinsicht Bedeutung zu. Beim ersten siebentägigen Streik erreichten die Bauarbeiter einen Bruch des Plan Laboral (Arbeitsgesetzgebung), nämlich das Recht auf Kollektivverhandlungen. Beim zweiten Streik brachen sie erneut den Plan Laboral und streikten 82 Tage, also über die festgelegte 60-Tage-Frist hinaus. Zwar blieb ihr Streik im Endergebnis erfolglos und 1.000 Beschäftigte wurden entlassen, allerdings mit Recht auf Arbeitslosengeld, was sonst Streikenden nicht zusteht. Doch



Auseinandersetzung zwischen demonstrierenden Studenten und Polizeikräften in Santiago

erstmals gelang es der Gewerkschaftsbewegung, eine breite Solidarität auch in anderen Betrieben zu erreichen. Es entstand das gewerkschaftliche „Unterstützungskommando für Streiks und Verteidigung der Arbeit“, was einen wichtigen Schritt zum einheitlicheren Vorgehen der Gewerkschaftsbewegung darstellt.

2. Die bis dahin größten Demonstrationen seit dem Putsch von 1973, die am 24. März 1983 in Santiago, Concepcion, Valparaiso und anderen Städten stattfanden. Diese Aktionen wurden vor dem Hintergrund relativer Uneinigkeit der Linkskräfte und einer uneinheitlichen Gewerkschaftsbewegung durchgeführt.

So fanden in Vorbereitung der März-Demonstrationen langwierige Debatten unter der chilenischen Linken und der Christdemokratie darüber statt, ob solche Demonstrationen zu diesem Zeitpunkt überhaupt sinnvoll wären. Man konnte sich nicht einigen. So ging der Demonstrationsaufruf von einem Personenkreis aus, von dem die Nähe zur Kommunistischen Partei (PCC) bekannt war. Trotzdem fand in der Tat die gemeinsame Aktion statt, weil sich die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer massenhaften Mobilisierung gegen die Diktatur in der Praxis bestätigte.

Erstmals landesweite Massenaktionen

Diese Aktionen brachten eine Stärkung der Kräfte, die auf massenhafte öffentliche Aktionen drängen. Vor diesem Hintergrund entstand auch der Aufruf zum Generalstreik für den 11. Mai d.J., der von der CTC, der Gewerkschaft der Kupferarbeiter, ausging und der später von allen gewerkschaftlichen Gruppierungen getragen wurde.

Daß der Generalstreik dennoch nicht durchgeführt wurde, hat mehrere Gründe: Mit der Androhung von Gewalt – in den Kupferminen fuhren Panzer auf und es wurde mit der Besetzung der Gewerkschaftshäuser gedroht – hat die Militärdiktatur ihre noch immer vorhandene Stärke unter Beweis gestellt. Es besteht kaum ein Zweifel, daß die Gewalt der Militärs bei einem Generalstreik auch zum Einsatz ge-

kommen wäre. Mit der Begründung, die Opposition hätte keine entsprechende Antwort auf diese Gewalt, zog sich die Christdemokratische Partei (PDC) vom Generalstreikaufruf zurück (die PDC stellt in der CTC die Mehrheit).

Daß dabei aber auch noch andere Gründe eine Rolle spielen, zeigte sich bei dem ausgehandelten Kompromißvorschlag, der Durchführung eines landesweiten Protesttages am 11. Mai d.J. Diese Aktion wurde nur vom linken Flügel der Christdemokraten, die in der CTC und der Nationalen Gewerkschaftskoordination (CNS, sie wird maßgeblich von der PCC beeinflusst; d. Red.) vertreten sind, getragen. Die anderen maßgeblich christdemokratisch beeinflussten Gewerkschaftsorganisationen Demokratische Arbeiterunion (UDT) und Einheitsfront der Arbeiter (FUT) unterstützten erst im nachhinein die Aktionen.

Der Erfolg der landesweiten Aktionen vom 11. Mai 1983 zwang sie dazu: In mehreren Städten wurden Massendemonstrationen durchgeführt, nationale Streiks von 24 Stunden fanden – initiiert durch die CNS – im Bausektor, in der Metallindustrie und in der Textilindustrie statt. Nur 25% des Transportwesens funktionierten und 70% der Grund- und Mittelschulen blieben geschlossen.

Auch ein weiterer Versuch des rechten christdemokratischen Flügels, neue Massenaktionen durch einen „Dialog“ mit der Junta zu verhindern, scheiterte. Ihr nach dem 11. Mai d.J. geführtes Gespräch mit Innenminister Monteros wurde von der Mehrheit in der Gewerkschaftsbewegung mit der Begründung abgelehnt, es gehe jetzt nicht um den „Dialog“ mit der Diktatur, sondern um deren Sturz.

Die Antwort der Diktatur auf den 11. Mai 1983 war der Einsatz massiver Repression, die die Chilenen an die Tage des Putsches (September 1973) erinnern sollte. Dazu gehörten Massenverhaftungen, die Umwandlung von Sportstadien in Gefängnisse, die Wiedereröffnung des Konzentrationslagers in Pisagua, der Einsatz von Militär gegen die Protestierenden. Doch die Repression hat nicht mehr die Wirkung wie vor zehn Jahren.

Neue Bündnisse: PRODEN, Multipartidaria

Im Gegenteil, am 21. Mai d.J. entstand das Nationale Kommando der Arbeiter (CNT), in dem alle gewerkschaftlichen Organisationen, auch die christdemokratischen, sowie die Massenorganisationen CODEPU (Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes) und CODEJU (Komitee zur Verteidigung der Rechte der Jugend) vertreten sind. Das CNT fordert in seinem Manifest die Rückkehr zur Demokratie und hat sich mit seiner vereinheitlichten Stärke zum Kern des Widerstandes gegen die Diktatur entwickelt.

In diesem Kampf der chilenischen Arbeiterbewegung liegt die entscheidende Gefahr für Pinochet.

Die Breite des chilenischen Widerstands zeigt sich auch in der Gründung verschiedener neuer Organisationen.

Organisatorischer Ausdruck für die rechte Opposition ist das Entwicklungsprojekt für einen Nationalen Konsens (PRODEN). Vertreten sind hier Industrie, Handel, verschiedene Berufsverbände, Politiker der Nationalpartei, der Christdemokraten. PRODEN schlug Pinochet vor, innerhalb von sechs Monaten Parlamentswahlen und spätestens in zwei Jahren Neuwahlen für das Präsidentenamt durchführen zu lassen. Pinochet solle nicht abgesetzt werden, sondern wieder Juntamitglied sein.⁴

So stellt sich die Rechte den seichten Ausweg aus der Krise vor in der Hoffnung, damit dem Massenkampf die Spitze zu nehmen und einer Linkswende vorzubeugen.

Die Christdemokratische Partei hat ihre Vertreter nicht nur in PRODEN sitzen. Unter ihrer maßgeblichen Beteiligung ist auch die „Multipartidaria“, sozusagen die Mitte innerhalb

des oppositionellen Spektrums, entstanden. Hier sind neben den Christdemokraten die Republikanische Partei (ehedem Nationalpartei, eine der früheren Stützen der Diktatur), die Radikale Partei, die Sozialdemokratische Partei und das Enlace-Komitee der Sozialistischen Partei (SP), das in Vorbereitung des 50. Jahrestages ihrer Gründung aus allen Fraktionen der SP entstanden ist, vertreten.

Die Multipartidaria trat mit einem „Demokratischen Manifest“ an die Öffentlichkeit, das in weiten Teilen in der chilenischen Presse veröffentlicht wurde. Sie fordert die Wiederherstellung der Demokratie, die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Wiederzulassung der Parteien und die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung. Die Wirtschaftskrise, so heißt es in dem Manifest, könne nur mit einem „auf großem Konsens beruhenden Notstandsprogramm“ ausgeräumt werden.⁵

Bisher sind die Kommunisten und die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) aus diesem Projekt explizit ausgeschlossen. Aus diesem Grund hat sich auch die Sozialistische Konvergenz, die zur Mitarbeit eingeladen war, von der Multipartidaria distanziert.

Sicherlich ist die Multipartidaria ein positiver Schritt zur Vereinigung bestimmter Sektoren der Opposition. Mit ihrer Politik des Ausschlusses aber kann sie auch ein Instrument zur Verhinderung wirklich konsequenter Veränderungen in Chile sein.

Mangelnde Einheit der Linken

Der chilenischen Linken ist es bisher nicht gelungen, überzeugend eine eigene Alternative zu bieten. Die „Einheit der revolutionär-demokratischen Kräfte“ auf „breitester Basis“⁶ konnte bisher trotz vieler Versuche nicht hergestellt werden. Zumindest dem Anschein nach hat die Rechte eine einheitlichere Auffassung vom Vorgehen gegen die Diktatur als die Linke.

Hintergrund für das Dilemma innerhalb der chilenischen Linken ist offensichtlich die Frage nach der Rolle der PCC in einem gemeinsamen Bündnis und inwieweit sich dann Bündnismöglichkeiten mit der Christdemokratie ergeben.

Die PCC selbst sieht als gegenwärtige Hauptaufgabe den Sturz Pinochets und die Schaffung von Bündnissen, „die diesem Ziel dienen“. „Die Arbeiterklasse muß auf jede Alternative vorbereitet sein“, heißt es in einem Artikel ihres Generalsekretärs, Luis Corvalan. Deshalb werde die PCC ihren Beitrag dazu leisten, „daß die Arbeiterklasse ihre Präsenz noch deutlicher macht und daß die Parteien der Linken als Einheit mehr Bedeutung im nationalen Leben erlangen.“⁷

Die „Einheit in der Aktion“ zu schaffen, hat sich die PCC zur Aufgabe gemacht. Diese Linie bestätigt sich in der Realität.

Die Lage innerhalb der vielschichtigen Opposition zum Pinochet-Regime derzeit einzuschätzen, ohne zu vorschnellen Urteilen und morgen schon überholten zu kommen, ist fast unmöglich. Entscheidende Bedeutung für die künftige Entwicklung dieses Landes haben die stattfindenden und künftigen Massenkämpfe. Die jedenfalls geben Anlaß zum Optimismus.

Anmerkungen:

- 1) Newsweek, New York, Nr. 21/1983
- 2) Die Welt, 5.1.1983
- 3) Frankfurter Rundschau, 3.1.1983
- 4) Die Welt, 13.4.1983
- 5) Zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.3.1983
- 6) Zit. nach der Rede des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei C. Almeyda auf dem Marx-Kongreß in Berlin/DDR, in: Neues Deutschland, 18.4.1983
- 7) Boletín roja, Nr. 57

AIB-Sonderhefte



1/83: Bundesrepublik und 3. Welt

Mit folgenden Beiträgen:

Bilanz der Entwicklungspolitik der sozialliberalen Koalition • Neokolonialistische Weltmacht BRD – eine Datenübersicht • Die Dritte-Welt-Konzeption der Rechtskoalition Kohl/Genscher • Dokumente zur Dritte-Welt-Politik der CDU/CSU • Vormarsch der bundesdeutschen Multis in der Dritten Welt • Die stetige Ausweitung der BRD-Rüstungsexporte
36 Seiten

DM 2,-



3/82: El Salvador

Mit folgenden Beiträgen:

El Salvador – kein neues Vietnam • Soziale Veränderungen im Griff der Oligarchie • Von der „Reform“junta zum Krieg gegen das Volk • Der Befreiungskampf der FMLN/FDR • Die Bundesregierung und El Salvador • Zahlreiche Dokumente zum Befreiungskampf
40 Seiten

DM 2,50

Vorankündigung

Sonderheft 2/1983: 10 Jahre Militärdiktatur in Chile
(erscheint im September 1983)

Sonderheft 3/1983: Chemische US-Kriegsführung in Vietnam und die Folgen
(erscheint im Oktober/November 1983)

Nico Biver

„... dann werden wir unsere Streitkräfte schicken“ (B. Goldwater)

Die Vorbereitungen der Regierung Reagan für eine Ausweitung der US-Intervention in Mittelamerika gehen unvermindert weiter. In den letzten Wochen kam es zu einer Verhärtung der Politik Washingtons auf verschiedenen Ebenen: Ersetzung verantwortlicher Politiker, Verstärkung der direkten Militärhilfe, Weiterführung von Geheimoperationen, Anhäufung verbaler Angriffe und der Einflußnahme auf die Öffentlichkeit.

Abschied von „Weichlingen“ à la Enders, Hinton

Eine Voraussetzung für ein verstärktes US-Engagement in Mittelamerika ist die Beseitigung von Differenzen über diese Politik innerhalb der Reagan-Administration.

Diesem Ziel ist US-Präsident Ronald Reagan dadurch nähergekommen, daß er mehrere Verantwortliche ablöste: Am 3. Juni d.J. gab Außenminister George Shultz die Abberufung des Staatssekretärs für Interamerikanische Angelegenheiten, Thomas O. Enders, und des US-Botschafters in El Salvador, Deane R. Hinton, bekannt. Weiterhin ist vorgesehen, die Botschafter in Kostarika und Guatemala auszuwechseln.

Den Posten von T.O. Enders übernahm der US-Botschafter in Brasilien, Langhorne Motley. Zum neuen Botschafter in San Salvador wurde der US-Gesandte in Nigeria, Thomas Pickering, ernannt. Zum Sonderbotschafter R. Reagans für Mittelamerika wurde der ebenfalls ultrarechte Richard Stone berufen. Sowohl R. Reagan als auch G. Shultz versicherten, daß mit diesen Umbesetzungen keine Änderungen in der Mittelamerikapolitik der USA einhergehen würden. Dies stimmt nur insofern, als es jetzt möglich ist, die von R. Reagan, seinem Sicherheitsberater William Clark und der UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick entworfene Politik widerspruchsfrei im Regierungslager umzusetzen, da sowohl L. Motley, T. Pickering und auch R. Stone auf ihrer politischen Linie liegen.

T.O. Enders, der noch 1982 von der Notwendigkeit sprach, „die Sandinistas loszuwerden“, und D. Hinton sind zwar ebenfalls Anhänger der Reagan'schen Politik, doch waren sie während ihrer Tätigkeit in einigen Punkten zu realistischeren Einschätzungen gekommen. T.O. Enders vertrat die Ansicht, daß das Bauen ausschließlich auf eine militärische Lösung in El Salvador nicht zum Erfolg führen könnte. Er hielt es deshalb für notwendig, in Verhandlungen mit der Befreiungsbewegung FMLN/FDR zu treten. D. Hinton vertrat ähnliche Positionen. Er hatte sich zudem noch den Unmut von W. Clark und J. Kirkpatrick zugezogen, als er die Mordfeldzüge der salvadorianischen Todesschwadron kritisierte.

Führende Politiker und Militärs der USA diskutieren mittlerweile öffentlich die Möglichkeit eines Einsatzes von US-



Von der FMLN erschossener US-Offizier Albert Schaufelberger; gefuerrter T. O. Enders (r.) mit Reagan-Berater Clark

Kampftruppen in Mittelamerika.

Hatte R. Reagan noch am 27. April d.J. bei seiner Rede vor dem Kongreß den größten Beifall für die Bemerkung erhalten, daß nicht daran zu denken sei, je US-Truppen nach Mittelamerika zu schicken, so schloß er dies auf Fragen von Journalisten hin am 27. Mai d.J. nicht mehr ausdrücklich aus. Er erklärte, daß man diese Frage nur diskutieren könne, „wenn unsere Seite zuhört“.¹ Gemeint ist damit, daß der US-Öffentlichkeit klar werden müßte, was in Mittelamerika auf dem Spiel steht.

US-Kampftruppen nach El Salvador...

In unterschiedlichen Erklärungen schlossen General Wallace H. Nutting, der bis zum Mai d.J. Oberkommandierender des Südkommandos der US-Streitkräfte in Panama war und heute eine Eingreiftruppe befehligt, und der Oberbefehlshaber des US-Heeres, Edward C. Meyer, ein militärisches Eingreifen in El Salvador nicht aus. Beide plädierten dafür, vorerst die militärische und wirtschaftliche Hilfe für das Land zu verstärken und die Zahl der US-Militärberater weiter zu erhöhen. Sollte dies allerdings nicht ausreichen, um den Sieg der Befreiungsbewegung zu verhindern, so sei der Einsatz von US-Truppen das letzte mögliche Mittel. Ihr Einsatz sei aber nur dann möglich, wenn – so W. Nutting – „die US-Öffentlichkeit bereit ist, sich dieser Herausforderung ihrer Interessen entgegenzustellen“.² E. Meyer erklärte, er glaube

nicht, daß heute die notwendige Unterstützung im amerikanischen Volk vorhanden sei.³

In diese Diskussion, die bereits am 22. Mai d.J. von W. Nutting in der Washington Post ausgelöst worden war, schaltete sich auch der ultrarechte republikanische Senator Barry Goldwater ein, der sowohl Vorsitzender des Geheimdienstausschusses des Senats als auch des Unterausschusses für taktischen Krieg, des Ausschusses für militärische Dienste ist: „Wenn ich der Präsident wäre, würde ich sagen: 'Um Mittelamerika zu retten, werden wir, wenn es nötig sein sollte, unsere Truppen, unsere Flugzeuge, unsere Streitkräfte schicken.'“⁴

Das Ziel dieser Debatte über eine US-Truppenentsendung nach Mittelamerika ist die allmähliche Gewöhnung der US-Öffentlichkeit an diese Eventualität.

Das Problem der Reagan-Administration besteht nach wie vor darin, daß eine absolute Mehrheit der US-Bürger Truppenentsendungen nach El Salvador und Umsturzpläne gegen die nikaraguanische Regierung ablehnt. Der Kongreß ist ebenfalls nicht bereit, voll auf R. Reagans Kurs einzuschwenken. Die Militärhilfe für El Salvador hat er reduziert und die Zahl der Militärberater dort vorläufig auf 55 beschränkt.

Ausschüsse des Repräsentantenhauses lehnten es ab, daß Aktivitäten zum Sturz der nikaraguanischen Regierung weiterhin finanziert werden. Diese Position, die vor allem von den Demokraten vertreten wird, dürfte in dieser Form nicht vom Kongreß übernommen werden. Die Ursache hierfür liegt nicht nur darin, daß die Republikaner die Mehrheit im Kongreß besitzen, sondern auch an der Nachgiebigkeit vieler Demokraten. Sie haben Angst, im nächsten Wahlkampf von der Reagan-Administration für den Verlust Mittelamerikas verantwortlich gemacht zu werden.

Um den Demokraten eine Unterstützung der Somozisten schmackhaft zu machen, erklärten T.O. Enders und CIA-Chef William Casey nach Angaben der New York Times vom 23. Mai d.J. vor den Geheimdienstausschüssen des Kongres-

ses, daß gute Möglichkeiten bestünden, bis Ende des Jahres die sandinistische Regierung zu stürzen.

Die Reagan-Administration unterstellt bereits seit längerem, daß Nicaragua zu einem Werkzeug der Sowjetunion geworden sei und zusammen mit Kuba, Grenada und der Befreiungsbewegung El Salvador eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA darstelle (siehe AIB 5/1983, S. 4ff.).

Am 24. Mai d.J. forderte die UN-Botschafterin der USA, Jeane Kirkpatrick, den US-Kongreß und das amerikanische Volk auf, „dieser absolut beispielslosen Bedrohung ins Gesicht zu sehen, um die gefährlichen Folgen zu vermeiden“. Durch die Benutzung von Stützpunkten in Kuba sei die Sowjetunion „in dieser Hemisphäre zu einer Militärmacht geworden“. Die Beweise seien „erdrückend“, daß Nicaragua als Sprungbrett benutzt werde, um in Mittelamerika „eine Union von Ländern unter kommunistischen Regierungen“ zu schaffen.⁵

...und nach Nicaragua?

Ziel dieser Kampagne ist es, den Bürgern der USA einzureden, daß sie durch die Revolutionen in Nicaragua und in El Salvador persönlich bedroht sind. Untermauert wird diese Argumentationslinie durch den Versuch, Nicaragua und Kuba als Diktaturen hinzustellen.

Am 20. Mai d.J. bezeichnete R. Reagan in einer Rede vor kubanischen Exilanten in Florida Kubas Revolutionsregierung als „neues faschistisches Regime“. Desweiteren warf er ihr vor, eine „freie“ Gewerkschaftsbewegung und die Kirche zu unterdrücken, sowie Drogenschmuggel zu betreiben.⁶ Ermuntert durch diesen ungewöhnlich harten Angriff gegen Kuba, erklärte B. Goldwater zwei Tage später, er würde sich einer nordamerikanischen Invasion gegen Kuba nicht widersetzen, „wenn die Kubaner ihren Versuch fortsetzen, die ganze Karibik zu dominieren und unsere Freunde in Südamerika zu kubanisieren... Kuba sollte der 51. Staat sein.“⁷



US-Militärberater bei der Ausbildung von Eliteeinheiten in El Salvador

Die Kubaner reagierten mit Massenkundgebungen und Erklärungen auf diese Provokationen: „Die von Reagan verlesene Rede enthält eine wenig beneidenswerte Bestandsaufnahme, die bestimmt ist durch die kulturelle, politische, ethische und moralische Unbedarftheit, die den US-amerikanischen Mandatsträger kennzeichnet... Das hysterische Vorherrschaftsstreben Reagans macht ihn zu jedem Abenteuer fähig, wie kopflos es auch immer erscheinen mag... Jene, die schon einmal auf Kriegskurs zurückzukehren versuchten und dabei nicht in der Schweinebucht zugrundegingen, sind die besten Zeugen dafür, daß sie hier nur Feuer und Eisen erwartet.“⁸

Auf ähnlichem Niveau wie die Angriffe gegen Kuba bewegen sich auch jene gegen die sandinistische Führung Nikaraguas. Parallel zu den Charakterisierungen Nikaraguas als „neue Diktatur“ (R. Reagan) oder gar als „stalinistische Diktatur“ (C. Weinberger) werden die somozistischen Söldner in der Öffentlichkeit als „Freiheitskämpfer“ (R. Reagan) aufgebaut. Dieser Propaganda kommt zustatten, daß sich die somozistischen Nikaraguanischen Demokratischen Kräfte (FDN), die von Honduras aus operieren, mit den weniger diskreditierten antisandinistischen Interventionstrupps („Contras“) Eden Pastoras und Alfonso Robelos enger zusammenarbeiten (siehe AIB 6/1983, S. 4ff.).

Gefördert wird das scheindemokratische Image der „Contras“ auch durch Medienbeiträge von CIA-Schreibern, die über den US-Informationdienst (USIS) zum Nachdruck an die Presse der ganzen Welt weiterverbreitet werden. Diese Kampagne verfehlt auch in den Medien der Bundesrepublik nicht ihre Wirkung. Aus den Somozisten bzw. Nationalgardisten sind längst „Antisandinisten“, „Guerilleros“, „Freiheitskämpfer“ geworden. Ihre Erklärungen und angeblichen Erfolgsmeldungen werden immer öfter abgedruckt.

Um eine Bedrohung der ganzen Region durch Nicaragua nachzuweisen, legte die Reagan-Administration Anfang Juni d.J. ein neues Weißbuch über die „kommunistischen Aktivitäten“ in Mittelamerika vor. Dieses Vorhaben war bereits von T.O. Enders kritisiert worden, weil es nur der Aufwärmung rechter Rhetorik dienen würde.

Tatsächlich enthielt es wieder die üblichen Spionagephotos, diesmal von einem in kubanischem Stil aufgebauten Trainingsgelände in Nicaragua und von vier angeblich sowjetischen Schiffen im Hafen von Corinto beim Ausladen von Waffen. Journalisten vorort konnten die Schiffe nicht entdecken, dafür aber Gulasch, „kanonen“ aus der DDR und zwei Bulldozer.⁹

Die „Contras“ greifen weiter an

Breitere Beachtung als diesem Papier wurde in den Medien den realen Ereignissen in Mittelamerika und dem verstärkten US-Engagement gewidmet.

In El Salvador behielt die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) die militärische Initiative. Sie konnte ihr Operationsgebiet weiter ausbauen und kontrolliert mittlerweile fast ein Drittel des Landes.¹⁰ Ende Mai/Anfang Juni d.J. gelang es der FMLN, zwei wichtige Kommunikationszentren in Morazan und San Miguel zu erobern und zu zerstören. 6.000 Mann des salvadorianischen Heeres waren nötig, um die FMLN von dort wieder zu vertreiben.

Verstärkte Sabotageaktionen haben bereits dazu geführt, daß die Vereinigung der salvadorianischen Kaffeeproduzenten und -exporteure sich gegen eine „Nordamerikanisierung“ des Konflikts und für eine „nationale Lösung“ unter Einbeziehung der FMLN/FDR aussprach.

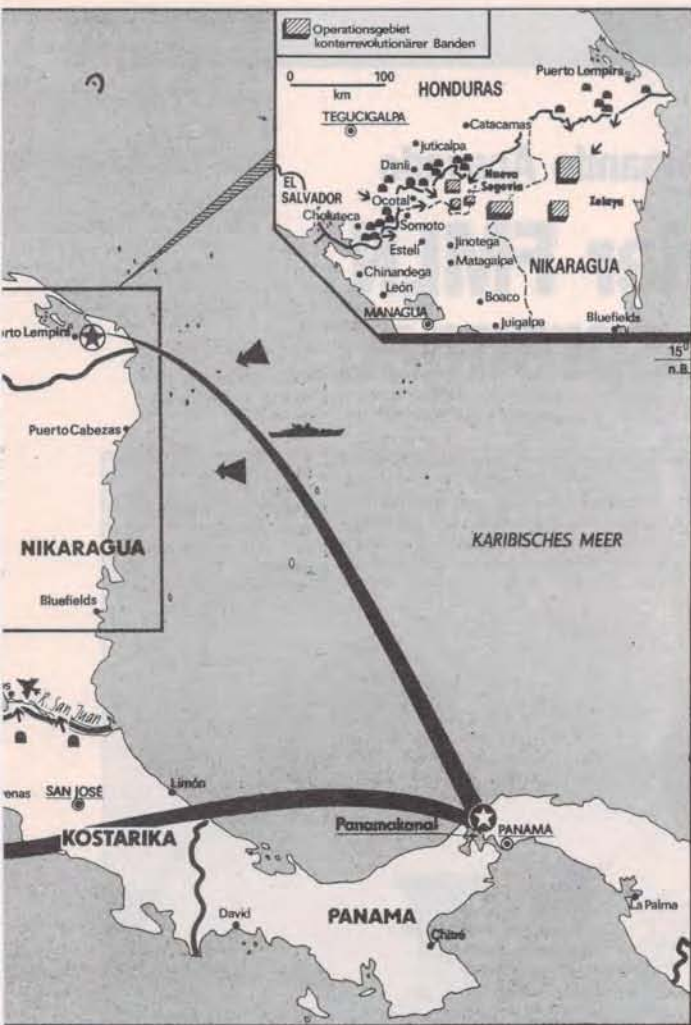
Die von der Reagan-Administration vorgesehenen Präsidentschaftswahlen für Ende 1983 stoßen derweil bei der salvadorianischen Ultrarechten auf Widerstand, da sie mit einer



Wahlniederlage rechnen. In dieser Situation hat die FMLN/FDR ihr Dialogangebot erneuert (siehe Interview). Um die weitere Verschlechterung der militärischen Lage zu verhindern, ist es zu Umbesetzungen in der Führung von Einheiten des salvadorianischen Heeres und zum Ausbau militärischer Aktivitäten der USA vorort gekommen. Aufklärungsflüge über den kontrollierten Gebieten werden mittlerweile von US-Maschinen vom Typ AC-130 von Panama aus unternommen. Am 26. Mai d.J. trafen 525 salvadorianische Offiziersanwärter zur Ausbildung in Fort Benning (US-Staat Georgia) ein. Mitte Juni d.J. nahmen 110 US-Militärberater in Honduras ihre Arbeit auf. Sie sollen dort an der Atlantikküste eine 1.100 Mann starke Bereitschaftstruppe, vier 350-Mann Einheiten des salvadorianischen Heeres und ein honduranisches Bataillon, ausbilden. Das Ausbildungslager in Puerto Castillo war bereits am 1. Juni d.J. vom neuen Oberbefehlshaber des Südkommandos der US-Streitkräfte, Paul Gorman, neben anderen militärischen Einrichtungen inspiziert worden. Er erklärte, daß dort auch Truppen aus anderen Ländern und selbst aus den USA ausgebildet werden sollen.¹¹

Durch die Erhöhung der Zahl der Militärberater in Honduras umgeht die Reagan-Administration das Verbot des Kongresses, mehr als 55 Berater nach El Salvador zu schicken. Durch die Erschießung des stellvertretenden Leiters der US-Beratergruppe in El Salvador, Alfred Schaufelberger, am 26. Mai d.J., hat die salvadorianische Befreiungsbewegung klar gemacht, was die USA bei einer Erweiterung ihrer Militärpräsenz zu erwarten haben.

In Honduras selbst stieß die Errichtung des Ausbildungslagers auf breiten Protest. Das Parlament, das mehrheitlich gegen die Errichtung dieser US-Basis eingestellt ist, wurde



dadurch umgangen, daß die Regierung ihre Zustimmung gab, als das Parlament in der Sommerpause war. Selbst bürgerliche Parteien befürchten, daß ihr Land immer mehr zu einer Interventionsbasis der USA ausgebaut und das Land in einen Krieg hineingezogen wird.

Dies zu verhindern, ist auch das Hauptziel der honduranischen Guerilla, die seit März d.J. enger zusammenarbeitet und sich momentan auf den Ausbau ihrer Strukturen konzentriert. Trotzdem ist es bereits seit Anfang des Jahres zu militärischen Auseinandersetzungen mit der Armee und der FDN gekommen.

Unterdessen gehen die Übergriffe der Somozisten auf nikaraguanisches Territorium weiter. Regelmäßig dringen bis zu 1.500 „Contras“ ein. Sie versuchen vor allem die Grenzstadt Jalapa zu erobern. Die Angriffe konnten abgewehrt, den Somozisten schwere Verluste zugefügt werden. Vom 22. Mai bis zum 5. Juni d.J. starben 95 „Contras“ und in der folgenden Woche weitere 180.

Seit Anfang Juni d.J. hat die honduranische Armee ihre Unterstützung für die FDN wesentlich verstärkt. Die Region um Jalapa und Teotecacinte wird regelmäßig von honduranischen Einheiten mit schwerem Mörserfeuer belegt, um die Angriffe der „Contras“ vorzubereiten. Der nikaraguanische Innenminister Tomas Borge erklärte, daß dadurch die Gefahr einer Konfrontation mit Honduras gewachsen sei.¹²

Die wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen durch die USA werden ebenfalls fortgesetzt. Nach einer Reduzierung der US-Zuckerimporte aus Nicaragua um 52.000 t (diese Menge kauft jetzt Algerien) wurden jetzt Kredite, die 1979 und 1980 gewährt aber noch nicht ausbezahlt worden waren, zurückgenommen. Gleichfalls gelang den USA die Stornierung von Krediten internationaler Finanzorganisationen.

Eine Kapitalflucht in Höhe von 112,9 Mio Dollar und der Zwang, die Verteidigung zu verbessern, haben die wirtschaftliche Lage Nikaraguas weiter verschlechtert.

Im Gegensatz zu den Erwartungen der Reagan-Administration ist es jedoch zu einem engeren Zusammenschluß der Bevölkerung um die sandinistische Regierung gekommen. Eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu den USA haben Diversionsakte und ein Mordkomplott gegen Außenminister Miguel d'Escoto, welche von der US-Botschaft ausgingen, bewirkt. Nicaragua wies daraufhin drei US-Diplomaten aus, was mit der Schließung von sechs nikaraguanischen Konsulaten in den USA beantwortet wurde.

Unterdessen gehen auch die Übergriffe der Gruppen E. Pastoras und A. Robelos von Kostarika aus weiter. Sie werden mittlerweile von den USA über die FDN mit Waffen versorgt. Die Stärke der bewaffneten Kräfte der sog. Demokratisch-Revolutionären Allianz (ARDE) wird nun auf 1.500 Mann geschätzt.

Ein Überfall auf die beiden bundesdeutschen Journalisten Valentin Schwab und Heidrun Lotz sowie den Mitarbeiter von Medico International, Walter Schütz, an der nikaraguanischen Südgrenze bewies einmal mehr, daß die „Contras“ von kostarikanischem Gebiet aus operieren. Die Regierung Kostarikas leugnet die Existenz von ARDE-Lagern auf ihrem Boden, gibt aber gleichzeitig zu, daß sie das Grenzgebiet mangels einer eigenen Armee nicht kontrollieren kann.¹³

Die widersprüchliche Politik der rechtssozialdemokratischen Regierung Kostarikas unter Luis Alberto Monge ergibt sich aus den Differenzen in den eigenen Reihen und der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA.

Widersprüchlich ist auch das Angebot an die Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Venezuela, Kolumbien), die sich seit Jahresbeginn um einen Friedensdialog in Mittelamerika bemüht, eine Friedenstruppe an die nikaraguanischen Grenzen zu schicken, um das Eindringen von „Contras“ nach Nicaragua zu verhindern. Die Reagan-Administration erspähte in dieser Truppe sofort eine mögliche Aggressionsmacht gegen Nicaragua. Durch ihren kostarikanischen Botschafter Francis McNeil bot sie an, sich an der Truppe zu beteiligen.¹⁴

Infolge der Ablehnung Nikaraguas wurde sodann lediglich eine 12-Mann-Beobachtergruppe von den Contadora-Staaten entsandt. Für sie dürfte es allerdings unmöglich sein, die 300 km lange Grenze zu kontrollieren.

Die Bemühungen der Contadora-Gruppe, die mittlerweile die Unterstützung des UN-Sicherheitsrates, des spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez und des SPD-Politikers Hans-Jürgen Wischniewski erhalten hat, blieben bisher erfolglos. Der Grund: Honduras lehnt weiterhin bilaterale Gespräche mit Nicaragua ab und sucht, im Verein mit Kostarika, Nicaragua als Aggressor hinzustellen.

Auf ihrer letzten Tagung vom 28.-30. Mai d.J. in Panama konnten sich die Außenminister der Contadora-Staaten sowie Nikaraguas, Kostarikas, Honduras', El Salvadors und Guatemalas deshalb nur auf die Bildung einer Arbeitsgruppe einigen, die neue Vorschläge ausarbeiten soll.

Anmerkungen:

- 1) Latin America Weekly Report (LAWR), London, 3.6.1983
- 2) U.S. News & World Report (USNWR), Washington, 13.6.1983
- 3) Vgl.: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 11.6.1983
- 4) El Pais, Madrid, 24.5.1983
- 5) Süddeutsche Zeitung, 25.5.1983
- 6) Granma, Havanna, 24.5.1983
- 7) El Pais, 24.5.1983
- 8) Granma, a.a.O.
- 9) Vgl. LAWR, 3.6.1983
- 10) Schätzungen von: Le Monde, Paris, 4.6.1983
- 11) Nach: Mittelamerika Informationsdienst (mid), 1.6.1983
- 12) Laut: IHT, 14.6.1983
- 13) Nach: mid, 30.5.1983
- 14) Laut: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.5.1983

Interview mit Oscar Armando Acevedo

Die Einheit der FMLN ist nicht zu sprengen



AIB-Redakteur W. Bröner (r.) beim Exklusiv-Interview mit FMLN/FDR-Repräsentant O. Armando Acevedo, das R. Diewald (l.) dolmetschte, in Managua

Die salvadorianische Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) behauptete in den letzten Monaten die Initiative, trotz der Gegenoffensive der Regierungstruppen, trotz des Verlustes der Comandantes Ana Maria und Marcial (siehe AIB 6/1983, S. 10ff.), und trotz der Ankündigung eines neuerlichen Wahlmanövers, der Vorverlegung der Präsidentschaftswahlen auf Ende 1983. Über diese und andere brisante Fragen des salvadorianischen Kampfgeschehens sprach das AIB in Managua mit Oscar Armando Acevedo, Führungsmitglied der FMLN-Mitgliedsorganisation Nationaler Widerstand (RN) und Repräsentant der Politisch-Diplomatischen Kommission der FMLN/FDR.

AIB: Wie ist die im April d.J. eröffnete neuerliche Offensive der FMLN, benannt nach der ermordeten Comandante Ana Maria (Melida Anaya Montes), zu werten. Worin bestanden die Kernziele dieser und der vorausgegangenen militärischen Aktionen der FMLN?

O. ARMANDO ACEVEDO: Zunächst einmal möchte ich betonen, daß es sich bei der am 7. April 1983 begonnenen

Aktion der FMLN genau genommen um eine landesweite militärische Kampagne handelt. Wir sprechen von einer Offensive, die im Oktober 1982 aufgenommen wurde und noch immer andauert. Was wir im Januar und April d.J. proklamierten, waren landesweite militärische Kampagnen im Rahmen dieser Offensive. Es sind also Schlachten innerhalb einer einzigen Offensive.

FMLN-Erfolge gegen Eliteeinheiten

Mit der Kampagne „Comandante Melida Anaya Montes, Juramos Vencer“ zielten wir einmal darauf, durch Sabotageakte im ganzen Lande — gegen Produktionsstätten, das Verkehrs- und Energienetz usw. — die Kriegswirtschaft des Regimes zu schwächen. Das schloß städtische Kommandoaktionen in San Salvador und Santa Ana ein.

Zum anderen zielten wir darauf, den Feind im ganzen Land in der Bewegung anzugreifen, unseren militärischen Vormarsch auszubauen. D.h. mit den Operationen der FMLN

und der Milizen beabsichtigen wir, an verschiedenen Frontabschnitten Einheiten der Regierungstruppen zu zerschlagen und reiche Beute an Waffen und Gefangenen zu machen. Diese Zielstellung wurde wie schon in den Vormonaten übertroffen.

Im Zeitraum Oktober 1982 bis April 1983 machten wir mehr als 500 Gefangene, erbeuteten wir an die 1.500 automatische Gewehre. Wir fügten gerade auch den Eliteeinheiten Atlacatl und Ramon Bellosa schwere Verluste bei. Letztere verlor bei zwei Schlachten 90 Tote. In Zacatecoluca gelang es uns im April d.J., das nationale Kommunikationszentrum CIRFA auszuschalten, wobei wir 85 Regierungssoldaten gefangennahmen und 200 Waffen erbeuteten.

Bekanntlich verlief eine ganze Reihe ähnlicher Schlachten der FMLN derart erfolgreich, in Morazan, Guazapa, Chalatenango, San Vicente usw.

AIB: Im Herbst 1982 wurden die von der FMLN kontrollierten Gebiete auf 18% des Landesterritoriums und fast 200.000 Menschen geschätzt. Wurden sie mit der Oktoberoffensive erweitert oder beschränkt sich die FMLN darauf, die umkämpften Zonen immer mehr auszudehnen?

O. ARMANDO ACEVEDO: In der Tat gelang es uns, die kontrollierten Gebiete auszuweiten, insbesondere im Norden des Landes. Das gehört zu den wichtigsten Ergebnissen unserer Offensive. Und hochbedeutend ist der damit verbundene Ausbau der Volksmachtorgane in diesen kontrollierten Zonen.

Da man die Grenzen der kontrollierten Gebiete nicht genau festlegen kann, sind die erwähnten Zahlen zwar ungefähr zutreffend. Aber, weil die Grenzen fließend sind und die FMLN darüber hinaus in einer Vielzahl von Dörfern und Städten über einen bedeutenden Einfluß verfügt, muß man die Zahl der Bevölkerung in den kontrollierten Zonen heute höher veranschlagen, auf zwischen 200.000 und 500.000.

AIB: Sind da nicht Teile der umkämpften Zonen, in denen die FMLN mittlerweile ebenfalls dominiert, einzurechnen?

O. ARMANDO ACEVEDO: Ja, für einige umkämpfte Gebiete trifft das heute zu.

AIB: Also gilt das, nach Auffassung der FMLN, auch nicht generell für besetzte oder vorübergehend besetzte Orte..

O. ARMANDO ACEVEDO: Es ist sehr schwer, darüber eine genaue Auskunft zu geben. Denn, wenn die FMLN-Kämpfer einen besetzten Ort verlassen, und der Feind einrückt, so bestraft er das Dorf bzw. die Stadt. Das hat manchmal zur Folge, daß die betroffene Bevölkerung in die fest kontrollierten Gebiete auswandert.

Manchmal tut sie dies auch nicht, was von dem mehr oder weniger brutalen Vorgehen der Regierungstruppen abhängt.



Meeting der Volksmacht in Morazan

AIB: Wie bewerten Sie das militärische Kräfteverhältnis im Lande?

O. ARMANDO ACEVEDO: Angesichts der Oktoberoffensive 1982 ist der Feind zur strategischen Verteidigung übergegangen. Das heißt nicht, daß sie keine Gegenoffensive versucht hätten. In einigen seit langem umkämpften Gebieten setzten sie zu großen Gegenzügen an, darunter (im Februar und April d.J.; d. Red.) gegen unsere Bastion Guazapa.

Obwohl das Regime in Guazapa 10.000 bzw. 3.000 Mann aufbot, obwohl es in großem Stil Artillerie und Kampfflugzeuge einsetzte, gelang es den Guerilleros die Einkreisungsringe zu durchbrechen. So mußten die Belagerer, die sich plötzlich im Rücken attackiert sahen, unter beträchtlichen Verlusten abziehen. Das Beispiel **Guazapa** liefert den Beweis, daß der Feind selbst auf engstem Raum und mit einer riesigen zahlenmäßigen Übermacht nicht zu einer erfolgreichen Gegenoffensive imstande ist. Seine militärische Lage verschlechtert sich ständig.

Das hat Auswirkungen bis in die Reihen der militärischen Befehlshaber hinein. Die Widersprüche innerhalb des Militärapparates, die vorher der Öffentlichkeit verborgen geblieben waren, dringen jetzt nach außen (siehe den erzwungenen Rücktritt von Verteidigungsminister General Guillermo Garcia Mitte April d.J.; d. Red.).

Antworten auf den Tod Ana Marias und Marcial

AIB: Der tragische Tod der beiden Oberkommandierenden der Volksbefreiungskräfte (FPL), Ana Maria und Marcial im April d.J. hat Spekulationen über die Zukunft der FMLN ausgelöst. Wie weitreichend ist die Schwächung und die Gefährdung der Einheit der FMLN?

O. ARMANDO ACEVEDO: Das Problem stellt sich uns kaum anders als Ende November 1980, als sechs unserer Führungspersönlichkeiten der Demokratisch-Revolutionären Front verschleppt und ermordet wurden (darunter FDR-Präsident E. Alvarez Cordova; d. Red.).

Klar, der Tod der beiden Comandantes ist ein schwerer Verlust für die FMLN. Solch erfahrene Persönlichkeiten kann man kaum ersetzen. Dennoch muß hervorgehoben werden, daß die FMLN nicht auf einer politisch-militärischen Organisationsstruktur beruht, die auf einem Führer aufbaut. Sie baut auf einer Struktur auf, wo alle teilhaben. Die Antwort der Basis auf den Tod Ana Marias und Marcial bestand in der Ankündigung, ihre Anstrengungen zu verdoppeln.

AIB: Heißt das auch, daß die Einheit der FMLN von keiner ihrer tragenden Kräfte in Frage gestellt wird?

O. ARMANDO ACEVEDO: Man kann sagen, daß dieser Verlust eine tiefe Wirkung, aber in positivem Sinn, auf die Einheit haben wird. Wir haben bereits organisatorische Konsequenzen vereinbart, die es dem Feind künftig unmöglich machen sollen, in unsere Reihen einzudringen, um unsere Einheit zu sprengen.

Der Imperialismus verstärkt ja seine Spaltungsversuche gerade deshalb, weil wir auf dem Schlachtfeld auf dem Vormarsch sind. Man muß berücksichtigen, daß die USA derzeit ihre Intervention zwar vorrangig gegen Nikaragua, aber auch in großem Stil in El Salvador ausweiten. Beides läuft auf eine Regionalisierung des Kriegszustandes hinaus.

Und wir glauben, obwohl wir es augenblicklich nicht beweisen können, daß die Tat, die „Marcelo“ (Rogelio A. Bazzaglia Recinos, Mitglied des FPL-Zentralkommandos und Organisator des Mordes an Ana Maria; d. Red.) begangen hat, vom Feind inspiriert ist.

AIB: Ob Bazzaglia von Anfang an als Agent in der FPL wirkte oder ob er sich später mit imperialistischen Geheimdiensten zusammentat, kann also beim derzeitigen Stand der Ermittlungen nicht definitiv gesagt werden?



FMLN-Kämpfer vor zerstörter Brücke nahe der Grenze zu Honduras

O. ARMANDO ACEVEDO: Nein, es kann noch nicht bestätigt werden, daß „Marcelo“ der eine oder andere dieser Typen ist. Man kann eine Agententätigkeit aber auch nicht verneinen, zumal es die Anlage der konterrevolutionären Mordtat an Ana Maria, dieser Verrat am salvadorianischen Volk, nahelegt.

Es wäre auch nicht das erstmal, daß ein Verantwortlicher einer revolutionären Bewegung in Wahrheit ein Instrument des Feindes ist. Es gibt viele solcher Fälle.

AIB: Was will die FMLN tun, um Wiederholungsfällen vorzubeugen?

O. ARMANDO ACEVEDO: Die FMLN hat Mitte April d.J. erklärt, sie werde ihre Reihen noch enger schließen (siehe AIB 6/1983, S. 13/14; d. Red.). Und dies nicht nur im politischen Sinn, sondern auch auf dem Gebiet der Sicherheit.

FMLN-Differenzen nur taktischer Art

Sie haben vielleicht von den Plänen gehört, die der CIA in Phoenix/Arizona geschmiedet hat. Sie beinhalten eine Serie von Anschlägen, mit denen Führer der FMLN/FDR im Lande selbst und im Ausland umgebracht werden sollen.

AIB: Noch ein Wort zur Einheit der FMLN. Ist es denn ganz auszuschließen, daß sich nach den tragischen Todesfällen von Managua nun politisch-ideologische Differenzen oder auch Rivalitäten zwischen den Mitgliedsorganisationen der FMLN, besonders zwischen den beiden größten Organisationen Revolutionäres Volksheer (ERP) und FPL, verstärken?

O. ARMANDO ACEVEDO: Es gibt zwar verschiedene Meinungen über bestimmte militärisch-politische Vorhaben oder Aktionen. Aber das sind lediglich taktische Differenzen. Die Durchführung der Aktionen wird allerdings von allen FMLN-Gliederungen mitgetragen. Von denen, die in der vorausgegangenen Diskussion in einem Punkt anderer Auffassung waren, wird dieser Punkt dennoch dann bei der Umsetzung mit unterstützt.

Man kann auch nicht von einer Bekämpfung untereinander, von einem Hegemoniedenken innerhalb der FMLN sprechen. Wir sind schon lange von der Kinderkrankheit genesen, beleidigt zu sein, wenn eine Organisation auf einem bestimmten Gebiet mehr leistet als eine andere. Sie ergänzen einander.

AIB: Was verstehen Sie konkret darunter?

O. ARMANDO ACEVEDO: Beispielsweise kann ich bestätigen, daß die ERP heute die stärkste militärische Kraft innerhalb der FMLN darstellt. Für die FPL ist charakteristisch, daß sie die militärischen Aktionen am besten mit politischen zu verknüpfen vermag. Der Nationale Widerstand (RN) trägt am meisten an Analysen bei. Und die Kommunistische Partei (PCS) trägt am meisten zum Massenkampf bei aufgrund ihrer großen diesbezüglichen Erfahrungen und überhaupt,

weil sie die älteste revolutionäre Organisation ist (gegründet 1930, die anderen FMLN-Parteien alle in den 70er Jahren; d. Red.).

Derart muß man die Einheit dieser Organisationen verstehen, die in ihrer Gesamtheit die FMLN ergeben. Alle tragen zum Revolutionsprozeß bei. Aber das hat uns stark gemacht und uns geholfen, schwierige Situationen zu überwinden. Von einem Hegemoniekampf innerhalb der FMLN kann so gesehen nicht die Rede sein.

AIB: Wie stehen gegenwärtig die Chancen für den Dialog ohne Vorbedingungen, den die FMLN/FDR im Oktober 1982 vorgeschlagen hat? Gibt es angesichts des Reagan'schen Gegenzuges, die Präsidentschaftswahlen auf Ende 1983 vorzuziehen, überhaupt noch eine Chance für das Zustandekommen eines Dialoges?

O. ARMANDO ACEVEDO: Wir verstehen den Dialog als Vorzimmer für Verhandlungen. Den Dialog müßte man führen mit jenen Kräften, die dazu beitragen könnten, einer politischen Lösung näherzukommen.

Innerhalb El Salvadors sind dies beispielsweise die Streitkräfte und die Regierung. Aber die sie tragenden politischen Kräfte sind atomisiert. Der Imperialismus ist das einzige Moment, das sie zusammenhält. Solange jedoch Ronald Reagan sagt, es gibt keine Verhandlungen, solange wird es keine geben.

Diese Aussage gilt, obwohl es innerhalb des Landes einzelne Kräfte gibt, die den Dialog befürworten.

AIB: Zu diesen Befürwortern gehören offenbar auch die in der Regierung vertretenen Christdemokraten oder der katholische Erzbischof Rivera y Damas...

O. ARMANDO ACEVEDO: Sicherlich, wir haben mit allen, die zum Dialog bereit waren, gesprochen. Aber all diese Teilverhandlungen werden das Problem nicht lösen können. Man muß auch sehen, daß maßgebliche Teile der machtausübenden Kräfte im Lande weiterhin strikt auf einer militärischen Lösung der Auseinandersetzung beharren.

AIB: Und wie ist die Haltung der FMLN/FDR zu den Präsidentschaftswahlen?

O. ARMANDO ACEVEDO: Die Abhaltung von Wahlen gehören zu unseren demokratischen Prinzipien. Aber es müssen für demokratische Wahlen bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sein.

Ein klares Nein zu den Präsidentschaftswahlen

Diese bestehen zur Zeit in keiner Weise innerhalb des Landes, weder auf juristischer noch politischer Ebene. Die Instrumentarien der Menschenrechtsverletzungen sind in Takt geblieben. Wir haben immer wieder Erfahrungen des Wahlbetrugs machen müssen, so zuletzt bei der Wahlfarce zur Verfassungsgebenden Versammlung vom März 1982. Von daher haben wir es mit einer Sinnentleerung der Wahlen, mit einem Betrug am Volk zu tun.

Für uns, die FMLN/FDR gibt es keine Garantien im Fall einer Beteiligung an diesen Wahlen. Wir können es unter diesen Vorzeichen nur als Hohn empfinden, wenn man uns dazu einläd. Von uns sitzen viele ohne Angabe von Gründen in den Gefängnissen. Zur gleichen Zeit töten sie Hunderte von Zivilisten.

Ich möchte mich über Ihre Zeitschrift hiermit an die Völker Europas wenden: Die Völker müssen sehen, daß diese Wahlen ein Mordinstrument gegen uns sind. Sie institutionalisieren und legalisieren die Verletzung der Menschenrechte. Die Demokratieversprechungen entbehren der nötigsten Rahmenbedingungen. Das Regime will damit den von uns vorgeschlagenen Dialog unterlaufen. Es will ferner dem Ausland gegenüber ein Legalitätsbild erzeugen, um militärische Hilfe zu erhalten.

Rainer Falk

Frieden und Befreiung Zur Diskussion auf dem 7. BUKO

Vier Tage lang, vom 16.-19. Juni 1983, trafen sich – wie alljährlich – entwicklungspolitische Aktionsgruppen zu ihrem Bundeskongreß (BUKO), der diesmal in Hannover stattfand.

So unterschiedlich die Erwartungen und Bedürfnisse der knapp 40 angereisten Mitgliedsgruppen auch waren, sie alle waren sich einig, daß die Dritte-Welt-Gruppen und Solidaritätskomitees das ihre zur Verhinderung der Stationierung der neuen atomaren Mittelstreckenraketen, der Pershing II und Cruise Missiles, in der Bundesrepublik beitragen müssen. So war das zweifellos wichtigste politische Ergebnis des 7. BUKO ein Aufruf (siehe nebenstehenden Text) zu den anstehenden Herbstaktionen der Friedensbewegung, der eine akzeptable Basis für alle Gruppen der Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung – über das BUKO-Spektrum hinaus – darstellt. Das Zustandekommen des Aufrufs freilich war mit Steinen gepflastert. Mehr als einen Tag brauchte der BUKO, um sich auf einen gemeinsamen Text zu verständigen, der jetzt unter dem Motto „Es ist an der Zeit“ steht und nicht nur deshalb der Orientierung der Kölner Aktionskonferenz der Friedensbewegung (siehe Aufruf in: AIB 6/1983, S. 44) entspricht.

Die Bedeutung, die die Anwesenden der Friedensfrage zumaßen, drängte zwar andere Themen, die der BUKO ursprünglich in Hannover bearbeiten wollte, in den Hintergrund. Es war jedoch wirklich „an der Zeit“, sich auf eine gemeinsame Position in Sachen Frieden zu verständigen.

Dabei mußte nicht nur im Spektrum unterschiedlicher Meinungen ein Konsens gefunden werden. Vor allem galt es, Mißverständnisse und zuweilen auch Mißtrauen gegenüber dem Koordinationskreis 3. Welt (KK3W) auszuräumen. Mit dem KK3W nämlich hat sich seit der Bonner Friedensde-

monstration am 10. Juni 1982 ein handlungsfähiges Gremium der Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung gebildet. In ihm arbeiten die Informationsstellen El Salvador und Guatemala, das Informationsbüro Nicaragua, die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, die Anti-Apartheid-Bewegung, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee, die Arbeitsgemeinschaft der Dritte-Welt-Läden und der BUKO zusammen. Ihr gemeinsames Anliegen besteht darin, innerhalb der Friedensbewegung die Bedeutung der Dritte-Welt-Thematik und ihre Verknüpfung mit der Friedensfrage zu verdeutlichen, die Präsenz dieses Themas bei einschlägigen Veranstaltungen und Aktionen sicherzustellen und die Dritte-Welt-Gruppen und Solidaritätskomitees zur aktiven Teilnahme an den Friedensaktionen zu mobilisieren.

Da kein einziger Diskussionsredner in der Lage war, den Sinn und die Effektivität der KK3W-Arbeit in Abrede zu stellen, blieb der eigentliche Hintergrund der stundenlangen Diskussion um dieses Thema für viele BUKO-Teilnehmer lange Zeit im dunklen. In einer allseits positiv empfundenen Arbeitsgruppendifkussion über „Umgangsformen innerhalb der Solidaritätsbewegung“ wurde später beklagt, einige „Cracks“ hätten es 5 Stunden lang fertiggebracht, darum herumzureden, daß ihnen die Mitarbeit jener antiimperialistischen Kräfte im KK3W, die sie nach ihrem versimplifizierenden Schubladenschema dem „DKP-Spektrum“ zurechnen, ein Dorn im Auge ist. Erst als diese Katze aus dem Sack war, ging die Diskussion zügiger voran.

Die dann gefaßten Beschlüsse verdeutlichen, daß weder der Versuch verfiel Andersdenkende auszugrenzen, noch der die Aufgaben des KK3W einfach dem Koordinationsausschuß (KA) des BUKO zu übertragen. Ein Antrag des Vertreters der blätter des IZ3W Freiburg, den KK3W spätestens nach den diesjährigen Herbstaktivitäten der Friedensbewe-



Engagierte Diskussionen gab es im BUKO-Plenum; am Mikrofon E. Thölke-Sommer von der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba



gung aufzulösen, fand keine Mehrheit. Der Anlauf des Vertreters der Gesellschaft für bedrohte Völker, eine umfangreiche Passage über das „Hegemoniestreben der Supermacht UdSSR in der Dritten Welt“ in den Aufruf zu formulieren, scheiterte ebenfalls.

Stattdessen beauftragte das BUKO-Plenum den KA, weiterhin aktiv im KK3W mitzuarbeiten und forderte die BUKO-Mitgliedsgruppen auf, ihre Anliegen dort ebenfalls verstärkt einzubringen. Inhaltliche Grundlage dieser Mitarbeit ist die im Aufrufentext enthaltene Konsensposition, die die Zustimmung aller im KK3W vertretenen Organisationen fand. Alle Dritte-Welt- und Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik sind jetzt zur Unterschrift aufgerufen.

Die Friedensdiskussion, in der die Einsicht in die Notwendigkeit überwog, das Gemeinsame gegenüber dem Trennenden in den Vordergrund zu stellen, verdeutlichte letztlich auch, daß der BUKO lernen muß, mit einer Reihe von kontroversen Meinungen zu leben.

Dies gilt keineswegs nur für die Frage, welche Rolle die UdSSR in der Dritten Welt spielt. Mindestens genauso umstritten sind z.B. die Frage nach der Legitimität verschiedener Aktionsformen, die Frage nach der Legitimität bewaffneter Gewalt im Befreiungskampf oder die Frage nach dem Charakter der gegenwärtigen imperialistischen Militärstrategie. Die Trennungslinien verlaufen hier keineswegs immer nach dem platten Schema „Traditionalisten—Autonome“.

Man würde jedoch ein falsches Bild der gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Dritte-Welt-Bewegung zeichnen, wenn man es bei dieser Feststellung beließe. Einstimmig beschloß der BUKO, eine Kampagne gegen die Rüstungsexporte der Bundesrepublik in die Dritte Welt durchzuführen, die eine ähnliche Schwerpunktaktivität wie die BUKO-Pharmakampagne werden soll.

In großer Einmütigkeit wurde auch eine Resolution zur Verteidigung der Revolution in Nicaragua gegen den wachsenden US-Interventionismus verabschiedet. Darin wird die Bundesregierung u.a. aufgefordert, sich deutlich von der aggressiven Interventionspolitik der Reagan-Administration zu distanzieren, die Entwicklungshilfe an Nicaragua ohne Auflagen weiterzuführen sowie keine Botschafter nach El Salvador und Guatemala zu entsenden. Der BUKO unterstützt damit auch die Kampagne der Nikaraguakomitees, „100.000 DM bis zum 19. Juli“ (dem Jahrestag der Revolution) zu sammeln, die einem Projekt zum Aufbau des Gesundheitswesens in der Region Rio San Juan (im Süden Nicaraguas) zugute kommen sollen.

Die Kritik am neuen Kurs der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung gegenüber der Dritten Welt fand auch darin ihren Niederschlag, daß in einer weiteren Resolution von der Bundesregierung gefordert wurde, die ersatzlose Streichung des Rückkehrerprogramms des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) unverzüglich wieder rückgängig zu machen. In diesem Rahmen wurden zurückgekehrte Entwicklungshelfer für Aufgaben der entwicklungspolitischen Bewußtseinsbildung eingesetzt.

Die Diskussion und Verabschiedung eines Grundsatzpapiers, das die Kritik am neokolonialistischen Kurs Bonns zusammenfassen und inhaltlich-programmatische Perspektiven für die weitere BUKO-Arbeit auf einen gemeinsamen Nenner bringen sollte, mußte freilich aus Zeitgründen erneut vertagt werden. Die auf dem 6. BUKO in Mannheim (siehe AIB 1/1983, S. 46-47) unter dem Motto „Entwicklung heißt Befreiung“ begonnene Arbeitsperspektive des BUKO ist somit keineswegs erschöpft. Daß für den 8. BUKO, der 1984 in Münster stattfinden soll, eine stärkere Aktionsbezogenheit der Diskussion angestrebt wird, braucht jedoch kein Hindernis zu sein, die inhaltlich-programmatische Diskussion weiterzuverfolgen.

»Ich habe fast alles, was ich weiß und kann, aus Büchern gelernt.« Karl Carstens, Bundespräsident

Das mag sein.

Wir verleihen Filme.

Nicht nur — aber auch —
für die politische Bildung.

Filme mit aufklärender Wirkung, die zum Widerspruch und zum Widerstand reizen, denn manches ist faul in dieser Republik. Filme gegen Atomkraftwerke und Umweltzerstörung, über den alltäglichen Umgang mit Giften. Filme über das Träumen und Handeln für eine andere und gerechtere Welt. Filme über die Gewalt von oben, über Unterdrückung und Beobachtung, die Justiz und BKA. Filme gegen Kriegsvorbereitungen und für die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Filme von Frauen, über Frauen, mit Frauen. Filme für kleine Menschen, die morgen unsere Gesellschaft mitgestalten werden. Filme über und für Arbeitsemigranten in der BRD. Filme über Lohnkämpfe und Betriebsstillegungen, über Streiks und Aussperrungen, über gewerkschaftliche Solidarität und gewerkschaftliche Kritik. Filme über den Widerstand im Faschismus, die Geschichte der Arbeiterbewegung und eine Kultur von unten. Filme aus anderen Ländern, von denen wir lernen können, durch die wir vergleichen können. Über multinationale Konzerne und das Leben im »realen Sozialismus«. Über die Revolution in El Salvador, die Revolte in Zürich und Harlan County, U.S.A.

Der neue 16 mm-Katalog: 170 Dokumentarfilme, Spielfilme, Kinderfilme. 276 Seiten. Ab Juli. Für DM 16,80 oder mehr. Gegen Vorauszahlung auf das Postscheckkonto Hamburg 69 494-200, zentral-film-verleih, sonderkonto.

**zentral
film
verleih**

Ich bestelle

___ Expl. des 16mm-Verleihkataloges 1983/84 zum Einzelpreis von DM 16,80 (incl. Porto) gegen Vorauszahlung.

Ich habe den Betrag von DM ___ auf das Postscheckkonto Hamburg Nr. 69494-200 (BLZ 20010020) zentral-film-verleih Hamburg e.V., Sonderkonto überwiesen.

Ich lege 1 Post/Bankscheck bei über DM ___

Ich möchte Eure Arbeit durch eine Spende von DM ___ unterstützen.

Institution _____

Name _____

Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.Nr. _____

Filmhaus
Friedensallee 7
D-2000 Hamburg 50
Telefon 040/39 13 16

ausschneiden und an zfv senden

Es ist an der Zeit!

Aufruf der Dritte-Welt-Gruppen zu den Herbstaktionen 1983

Wir alle sehen in der atomaren Aufrüstung in West und Ost eine massive Bedrohung. Wir stehen im Herbst vor einer entscheidenden Probe unserer Kraft, unseres Mutes, unserer Phantasie und unseres politischen Durchsetzungsvermögens. Das letzte Wort, ob wir die Stationierung der neuen Waffen noch verhindern können, ist noch nicht gesprochen.

Auch wir als Dritte-Welt-Gruppen verstehen uns als Bestandteil der Friedensbewegung und sehen die besondere Gefährlichkeit der neuen Atomraketen. Durch ihre Fähigkeit, militärische und politische Ziele auf den Punkt genau zu treffen und mit extrem kurzer Flugzeit das Vorwarn- und Abwehrsystem des Warschauer Paktes zu umgehen, eignen sie sich zu einem atomaren Angriffskrieg. Wir halten es für notwendig, daß immer mehr Menschen ihren Protest gegen diese Waffen, z.B. in Demonstrationen, deutlich machen. Eine immer größere Zahl ist bereit, radikaleren Widerstand zu leisten. Dies ist vielfach mit Angst verbunden, mit der umzugehen wir lernen müssen.

Aktiver Widerstand ist, angesichts des kalkulierten „begrenzten Atomschlages“ gerecht und notwendig, denn nicht von uns geht die Gewalt aus: Gewalt wird bei uns täglich sichtbar in Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Vergewaltigung und Unterdrückung von Frauen, Diskriminierung von Ausländern etc. Auch Pershing II und Cruise Missiles sind nur das Kernstück der Gesamtstrategie der NATO: Neue Interkontinentalraketen, Schnelle Eingreiftruppe, konventionelle Aufrüstung, militärische Programme im Weltraum, Interventionen und Kriege in der Dritten Welt sowie Unterstützung unterdrückerischer Regimes runden diese Gewaltstrategie ab.

Die Aufrechterhaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems, das durch die NATO abgesichert wird, gründet sich zu einem wesentlichen Teil auf die Ausplünderung der Dritten Welt:

- Multinationale Konzerne und internationale Finanzinstitutionen beherrschen den Weltmarkt, der geprägt ist durch sinkende Preise für agrarische und mineralische Rohstoffe, an denen in der Dritten Welt Raubbau getrieben wird (Regenwaldabholzung, Erzabbau, Monokulturen für den Export z.B. von Baumwolle und Futtermitteln aus Hungergebieten), durch überhöhte Preise für Industrieprodukte und durch Ausbeutung „billiger“ und entrechteter Arbeitskräfte (Auslagerung ganzer Produktionszweige in sog. Billiglohnländer).

Um den Lebensnerv dieses Systems zu sichern,

- wird auch Völkermord gedeckt, wie z.B. in El Salvador, Guatemala und Palästina;
- wird die Militarisierung und Aufrüstung autoritärer und rassistischer Staaten wie Indonesien, Südafrika und Chile betrieben, die regionale Ordnungsaufgaben wahrnehmen sollen;
- werden Bemühungen um die Entwicklung einer menschlichen Gesellschaft, wie aktuell in Nicaragua, unterdrückt.

Aber es existiert Widerstand auf allen Ebenen. Die Menschen in der Dritten Welt sind sich ihrer selbst bewußt. Sie wehren sich auf internationalen Konferenzen, in Basisgemeinden und Befreiungsbewegungen. Wenn wir, die Friedensbewegung, uns mit diesem Widerstand verbinden, bedeutet dies zugleich auch wesentlich Kampf gegen Pershing II und Cruise Missiles. Denn die neuen Waffen dienen nicht unserem Schutz (die NATO-Strategie hat momentan keine Alternative als die Zerstörung Mitteleuropas), sondern sollen die UdSSR in Schach halten, um z.B. in der Dritten Welt freiere Hand zu haben. Die US-Raketen, die im sizilianischen Comiso stationiert werden sollen, richten sich sogar direkt gegen die Ölfelder im Nahen Osten.

Der NATO-Zuständigkeitsbereich wird ständig ausgeweitet. Die Bündnispartner werden von den USA einerseits stärker in die Verantwortung genommen, andererseits drängen sie stärker darauf, eigenständige Aufgaben zu übernehmen.

So bietet die BRD den USA z.B. für die Schnelle Eingreiftruppe zivile Flughäfen an. Über die Startbahn West in Frankfurt würde die Schnelle Eingreiftruppe der USA zum Krieg gegen die Völker des Nahen Ostens geflogen. Die BRD stellt 100.000 Mann der Bundeswehr für logistische Aufgaben zur Verfügung. Der NATO-Partner Türkei wird hauptsächlich von der BRD hochgepäpelt.

Die drohende Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen in Westeuropa ist für uns aktueller Anlaß, um gegen die NATO-Globalstrategie zu protestieren. Wir sehen dabei nicht darüber hinweg, daß in vielen Regionen der Welt längst Krieg herrscht und daß



Im Rahmen der BUKO-Materialbörse (oben) gab es auch eine Ausstellung über Aktionen gegen Rüstungsexporte

das Selbstbestimmungsrecht vieler Völker längst verletzt ist. Die militärische Gewalt korrespondiert mit der sozialen Gewalt, die den Menschen ein würdiges Leben vorenthält. Als Dritte-Welt-Gruppen treten wir hiergegen überall ein. Deshalb fordern wir die großen Militärmächte, insbesondere die USA und die Sowjetunion, auf, jede militärische Einmischung und Intervention in der sog. Dritten Welt zu unterlassen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu respektieren. Wir müssen unseren Widerstand universal verstehen.

- Wir rufen dazu auf:
- Beteteiligt Euch massenhaft mit dezentralen, regionalen Aktionen, die aktiven Be- bzw. Verhinderungscharakter tragen, an der geplanten Aktionswoche vom 15. bis 22. Oktober!
 - Beteteiligt Euch an den Auftaktkundgebungen!
 - Beteteiligt Euch am Tag des Antimilitarismus und der internationalen Solidarität am 18. Oktober!
 - Beteteiligt Euch an den Volksversammlungen am 22. Oktober!
 - Beteteiligt Euch insbesondere an Standortaktionen mit direktem Bezug zur Dritten Welt, wie z.B. den Auftaktaktionen am 15. Oktober in Bremerhaven!
 - Beteteiligt Euch an Aktionen gegen den Rüstungsexport!

Symposium „Kuba in den 80er Jahren“

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte am 16./17. Mai 1983 zu einem Kuba-Symposium nach Bonn geladen. Und tatsächlich: „Kubaner und Yankees an einem Tisch – am Rhein“, so anerkennend die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ). In der Tat ist es ein positives Zeichen, wenn angesichts des Tiefstandes der Beziehungen zwischen Kuba und den USA der stellvertretende kubanische Außenminister Ricardo Alarcón mit dem Leiter der Abteilung für kubanische Angelegenheiten des US-Außenministeriums, Miles Frechette, diskutiert; zusammen mit dem Leiter des Berater-Stabes von Carlos Rafael Rodriguez (Verantwortlicher für Außenpolitik im Politbüro der Kommunistischen Partei Kubas), Carlos M. Salsamendi, und dem Leiter der Mittelamerika-Abteilung im State Department (US-Außenministerium), Craig Johnstone, sowie weiteren Experten aus Kuba und den USA.

Wer heiße und kontroverse Diskussionen erwartete, wurde enttäuscht. Nur einmal wurde der Ton schroff, als M. Frechette den Vorwurf wiederholte, daß Kuba am Drogenhandel in der Karibik beteiligt sei. R. Alarcón wies die Unterstellung als „infam“ und „unverantwortlich“ zurück. Schnell wandte man sich aber anderen Themen zu, die zwar sehr kontrovers behandelt wurden, aber doch mit Ruhe, Gelassenheit, zuweilen sogar Freundlichkeit. Die heftigsten Diskussionen führten die Teilnehmer aus den USA untereinander – so z.B. M. Frechette mit Wayne Smith, der von 1979-82 Leiter der Interessenvertretung der USA in Havanna war und nach 25 Jahren den diplomatischen Dienst aus Protest gegen die Kubapolitik seines Landes verließ.

Wie zu erwarten, standen außenpolitische Themen im Vordergrund des Interesses. Vier Sitzungen wurden diesem Komplex gewidmet:

- Kuba: Innen- und außenpolitische Darstellung einer Revolution;
 - Beziehungen Kuba-USA: Verhaltensmuster und Optionen;
 - Kubas Rolle in der sozialistischen Staatengemeinschaft;
 - Kubas Rolle in der Dritten Welt; Mittelamerika, Karibik, Afrika.
- Die kubanische Position kann so charakterisiert werden:

- Die kubanische Revolution ist ein genuiner kubanischer Prozeß, von Kubanern unter ihren Bedingungen verwirklicht;
- Kuba verhandelt nicht über seine Souveränität;
- Kuba unterstützt die Befreiungsbewegungen, ob sie nun mit oder ohne Waffen kämpfen, so wie diese es für zweckmäßig halten;
- die USA sind unfähig, die Ursachen des sozialen Wandels in Mittelamerika zu verstehen, der ein Ergebnis der dortigen Zustände und nicht eines kubanisch-sowjetischen Komplotts ist;
- die USA sind unfähig, Kuba als gleichberechtigtes Land anzuerkennen;
- Kuba strebt gutnachbarliche Beziehungen zu den USA an, aber auf der Grundlage der Akzeptierung der kubanischen Realität durch die USA.

Auch die Position der USA wurde durch zahlreiche Redner detailreich dargestellt. So betonte M. Frechette den ebenfalls bekannten Standpunkt, daß die Beziehungen seiner Regierung zu Kuba maßgeblich durch die Beziehungen Kubas zur UdSSR beeinflusst werden,

insbesondere im militärischen und wirtschaftlichen Sektor, sowie durch die Einmischung Kubas in die Angelegenheiten anderer Länder, sprich „Revolutionsexport“. Pointiert äußerte Edward Gonzalez (Rand Corporation), Kuba sei nicht mit den USA gleichberechtigt. Denn: Breche Kuba zusammen, sei das nicht weiter schlimm. Bräthen hingegen die USA zusammen, so wäre das eine Weltkatastrophe. Aus anderen Beiträgen von US-Wissenschaftlern wurde aber deutlich, daß es starke Kräfte gibt, die eine differenzierte Haltung der USA gegenüber Kuba befürworten. So formulierte Riordan Roett (John-Hopkins-Universität), daß es keinen Konsens und somit auch keine Kontinuität der Lateinamerikapolitik seines Landes gäbe, so daß weder Verbündete noch Gegner genau wissen könnten, wohin die USA wollten. Er wie auch andere Kubaexperten der ersten Garnitur der USA (leider fehlten Carmelo Mesa-Lago und Luigi Einaudi, die andere Verpflichtungen hatten) plädierten für eine allmähliche Verbesserung der Beziehungen der USA zu Kuba durch eine Politik der Gesten und kleinen Schritte – ohne daß sie jedoch die grundsätzlichen Ziele der US-Außenpolitik anzweifelten. „Hardliner“ wie z.B. E. Gonzalez hingegen plädierten für eine Politik der Stärke gegenüber Kuba, um z.B. die „Finlandisierung“ Kubas zu erreichen.

Auch wenn viele und umfangreiche Papiere vorgelegt wurden (das umfangreichste umfaßt 142 Seiten), bekräftigten beide Seiten im Grunde die bekannten Standpunkte, allerdings mit neuen Details. Zu einer Annäherung der Positionen kam es nicht. Also „Ein Dialog zwischen Tauben“, wie es El País (Madrid) einschätzte? Sicherlich nicht, denn keiner war mit dem Ziel nach Bonn gekommen, Verhandlungen zu führen. Dafür gibt es andere Wege und Möglichkeiten, die – wenn auch sporadisch – genutzt werden.

Bereits in den Begrüßungsworten wies der Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung, Günter Grunwald, darauf hin, daß nicht vermittelt werden könne, sondern daß diese Tagung zu einem besseren Verständnis der Positionen auf allen Seiten beitragen wolle. Dies galt gerade für die Teilnehmer aus der Bundesrepublik, denn die Kontakte zwischen Kubanern und Kubaexperten aus den USA sind relativ häufig. Eine ähnliche, wenn auch größere Konferenz über „USA in den 80er Jahren“ fand im März 1983 in Havanna statt. An ihr nahmen neben Wissenschaftlern aus Kuba, den USA und anderen Ländern Lateinamerikas auch der neue Leiter der US-Interessenvertretung in Havanna, Ferch, teil, der dort übrigens ein ähnlich lautendes Statement wie M. Frechette in Bonn vorlegte.

Welche Bedeutung hatte also das Symposium? Vize-Außenminister R. Alarcón unterstrich in der Granma, daß durch dieses Symposium die Kontakte zur Bundesrepublik vertieft werden konnten, daß es zu einem besseren Verständnis der kubanischen Positionen gekommen sei. Entsprechend diesem Hauptanliegen Kubas konnten auch die Beziehungen zur Sozialistischen Internationale ausgebaut werden.

Auf der anderen Seite dürfte es das Anliegen der USA gewesen sein, in umfassender und differenzierter Form für ihren Standpunkt unter den westeuropäischen Verbündeten zu werben. Tatsache ist, daß sowohl Kuba als auch die USA ein verstärktes Engagement der Bundesrepublik in Mittelamerika wünschen – wenn auch mit unterschiedlichen Motiven. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung war dieses Symposium schließlich bestens geeignet, ihre Positionen in Mittelamerika und Lateinamerika insgesamt zu festigen.

Die letzte Sitzung war den Beziehungen Bundesrepublik-Kuba gewidmet. Einträchtig wurde sowohl von kubanischer Seite wie auch von Staatssekretär Ottfried Henning (CDU), Helmut Schäfer (MdB-FDP) und Uwe Holtz (MdB-SPD) der Ausbau der Beziehungen befürwortet. Probleme wie Exportfinanzierungsschwierigkeiten in der Bundesrepublik, das Fehlen gemischter Kommissionen für konkrete Projekte und die Zuckerpolitik der Europäischen Gemeinschaft wurden lediglich angedeutet. Man war sich einig, daß insbesondere im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich eine Verbesserung der Beziehungen möglich und wünschenswert sei.

U. Holtz wies auf die Gefahren der „Ideologisierung“ der bundesdeutschen Außenpolitik hin; H. Schäfer deutete an, daß die USA Druck auf die Bonner Mittelamerikapolitik ausüben, was er später abschwächte. R. Roett merkte an, daß es für die USA wichtig sei, von ihren Verbündeten auf Probleme und falsche Entwicklungen hingewiesen zu werden. So plädierte er für eine zwar nicht unabhängige, aber doch standfeste Außenpolitik Bonns, was auch allgemein akzeptiert wurde. Insgesamt ist zu hoffen, daß insbesondere durch die zahlreichen politischen Gespräche der kubanischen Delegation außerhalb und am Rande des Symposiums Impulse für die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Kuba ausgehen.

H.E. Gross



Der Sturz Mossadeghs vor 30 Jahren



Am 19. August 1953 wurde Irans Premierminister Dr. Mohammed Mossadegh gestürzt. Englands Außenminister Antony Eden notierte für seine Erinnerungen: „Ich habe in jener Nacht wunderbar geschlafen“ – wohl des Glaubens, die Interessen des maroden Empire und der British Petroleum Company (BP) seien gerettet. Doch die Schmutzarbeit hatten andere organisiert.

Ein anderer Memoirenschreiber, der damalige US-Präsident Eisenhower, vermerkte: „Zum erstenmal seit drei Jahren ist in Iran Ruhe, und er ist frei geblieben“ – was bedeutet, daß es mit der Freiheit an jenem Augusttag vor 30 Jahren vorbei war.

Nach dem 2. Weltkrieg entwickelte sich im Iran eine nationalrevolutionäre Massenbewegung, deren Wurzeln zur bürgerlichen Revolution von 1905-1911 zurückreichten. Aber auch die Tudeh-Partei, mit einer starken Basis vor allem in der Ölindustriearbeiterschaft, spielte eine große Rolle, auch dann noch, als sie 1949 nach einem inszenierten Attentat gegen Schah Reza Pahlewi verboten worden war.

Die Bewegung richtete sich vor allem gegen Großbritannien und dessen 1909 gegründete Anglo-Iranian Oil Company (AIOC), aus der 1954 die BP wurde. Diese versuchte durch ein „Zusatzabkommen“ die vorteilhaften Bedingungen des Grundvertrages von 1933 zu zementieren.

Aber auch der US-Imperialismus war bereits auf den Plan getreten. Seine Ölkonglomerate drängten in die britische Domäne Nahost/Iran; ein Militärvertrag band den Iran seit 1947 an die USA. Die Zeitschrift U.S. News & World Report sollte am 1. Mai 1953 schreiben: „Im Nahen Osten sind das Erdöl und die Luftstützpunkte für uns von Interesse. Der Nahe Osten stellt die Ausgangsposition für die großen strategischen Pläne des Westens dar.“

Die konkurrierenden Positionen waren wesentlich verantwortlich für die iranische Regierungskrise ab 1947: Proamerikanische und probritische Regierungschefs wechselten rasch, ebenso die Haltung zu einer Ratifizierung des „Zusatzabkommens“. Im Juli 1950 z.B. glückte es London, mit der Militärregierung Razmara wieder eine genehme Lage zu schaffen. A. Eden: „Seine Absichten waren ausgezeichnet. Er schlug vor, ...das Zusatzabkommen mit der Ölgesellschaft zu ratifizieren.“ Am 7. März wurde Razmara ermordet, es folgte ein proamerikanisches Intermezzo unter Hussein Ala.

1949 hatte eine parlamentarische „Kommission über die Erdölfrage“ ihren Bericht erstattet, die für die Verhandlungen mit der AIOC gebildet worden war. Sie belegte, daß die Gesellschaft ihren Verpflichtungen aus dem Vertrag von 1933 (den A. Eden als Unterstaatssekretär mit ausgehandelt hatte) nicht nachgekommen war. Der konservative Teil der herrschenden Kräfte war dennoch bereit, das „Zusatzabkommen“ unter Aufteilungsbedingungen von 50 : 50 zu unterzeichnen. Dagegen wurde jedoch rasch eine Strömung der nationalen Bourgeoisie stärker, die eine Nationalisierung bei voller Entschädigung anstrebte. Sie stützte sich zudem auf Kräfte der Kleinunternehmer und der Bauern – politisch größtenteils auf Gruppen, die die Bewegung zur Nationalisierung benutzen wollten, um den Haß der Volksmassen ausschließlich auf den britischen „Feind“ und damit von ihren demokratischen Forderungen abzulenken. Diese Strömung sammelte sich in der 1949 gegründeten Nationalen Front

M. Mossadeghs, der im Juni 1950 Vorsitzender der Erdölkommission wurde.

Eine dritte Strömung bildete die Linke, geführt von der Tudeh-Partei. Ihre Forderung: Annullierung des Vertrages von 1933, da dieser erpreßt worden war; entschädigungslose Enteignung; „Kampf gegen jeglichen politischen und wirtschaftlichen Einfluß des Imperialismus, wobei man sich auf die Hilfe der breitesten Volksmassen des Iran stützen muß“, wie die Tudeh-Zeitung Mardom schrieb.

Am 8. März 1951 votierte die Kommission für die Verstaatlichung; am 28. April wurde M. Mossadegh zum Ministerpräsidenten ernannt; am 2. Mai trat das Verstaatlichungsgesetz in Kraft. Es war ein Sieg der Volksmassen, obwohl es z.B. die Entschädigungsfrage offenließ. A. Eden notierte: „Wie war im Iran unsere nationale Position wiederherzustellen und die Konzession einer britischen Ölgesellschaft wiederzuerlangen?“ Washington reagierte zurückhaltender als London, das sogleich Boykottmaßnahmen ergriff und Militäreinheiten in Marsch setzte. Die US-Regierung rechnete damit, daß der Iran nicht fähig sein werde, eine Entschädigung zu zahlen, also US-Hilfe benötigen sowie auf US-Techniker angewiesen sein werde. Man speulierte unverhohlen auf die Übernahme der britischen Ölinteressen durch US-Konglomerate.

Von einer Respektierung der Souveränität des iranischen Volkes waren die USA so weit entfernt wie Großbritannien. A. Eden selber war sich dessen bewußt, daß ohne die USA das Problem nicht zu Englands Gunsten gelöst werden konnte. Eine Basis fand sich bald. A. Eden „packte“ (am 7. November 1951 seinen) Vorschlag einer amerikanischen Beteiligung aus“. Und: „Wenn man zuließ, daß diese Strömung weiter anschwellt, dann würde sie alles hinwegschwemmen.“ Daher: „Ihm (M. Mossadegh; d. Verf.) nicht nachzugeben, lag im internationalen Interesse.“

Das war eine Sprache, die Washington verstand, vor allem der Außenminister John F. Dulles der neuen Regierung Eisenhower ab 1953. John F. Dulles hatte – wie sein Bruder Allan, der CIA-Chef wurde – lange einem der Standard Oil of New Jersey (Esso) verbundenen Anwaltsbüro gedient. Die Mär von der „kommunistischen Gefahr“ wurde mit großem Aufwand verbreitet; in den immer wieder von neuem angekurbelten Verhandlungen wurde dem Iran kein Angebot unterbreitet, das die souveräne Entscheidung der Verstaatlichung respektierte.

Auf der anderen Seite wurde der Druck von unten, nicht nachzugeben, immer stärker. Er führte dazu, daß sich im bürgerlichen Lager die rechten Kräfte gegen M. Mossadegh formierten. M. Mossadegh selber lehnte aus Befürchtungen, die Massenbewegung könne sich zur Bewegung gegen das Privateigentum überhaupt entwickeln, die Unterstützung der Linken ab. Auf deren Seite mußte die Tudeh-Partei später eingestehen, in jener Phase nicht rechtzeitig auf eine gemeinsame Orientierung aller progressiven Kräfte hingearbeitet zu haben. So stand M. Mossadegh in der Augustkrise 1953 auf verlorenem Posten, zumal er noch Demonstrationen der Linken gegen die Monarchie von der Polizei brutal auflösen ließ.

Die Demontage der Regierung war längst beschlossene Sache. Kermit „Kim“ Roosevelt, Enkel des US-Präsidenten Theodore Roosevelt, war der Mann des CIA, der in den entscheidenden Tagen aus einem Keller in Teheran die Fäden zog. Die Schachfigur war General Zahedi, 1942 von den britischen Besatzern als Nazi-Kollaborateur inhaftiert. Die Armee wurde rechtzeitig aktionsfähig gemacht. Mit dem US-General Norman Schwarzkopf traf der Reorganisator der Schah-Polizei in den 40er Jahren in Teheran ein – angeblich nur auf Privatbesuch bei seinem alten Bekannten Zahedi.

Am 13. August 1953 versuchte der Schah M. Mossadegh zu entlassen. Die Volksmassen reagierten mit Demonstrationen, die auch einen für den 14./15. geplanten Staatsstreich zunichte machten. Doch Mossadegh verkannte die Gefahr und lehnte den Tudeh-Vorschlag zur Bildung einer Volksfront ab. Das Regenbogenpressepaar Schah/Soraya hatte sich ins Ausland abgesetzt. Geblieben waren K. Roosevelt und seine örtlichen Agenten sowie US-Botschafter Henderson. Am 17. August löste dieser den Scheck Nr. 703.352 über 33 Mio. Rial ein.

Am Morgen des 19. August ließ K. Roosevelt diese Summe an Schläger und Kriminelle verteilen. Sie begannen einen Marsch des Mobs durch die Basare, wo ihr Anhang rasch wuchs. Die Boykottpolitik der USA und Großbritanniens gegen die iranische Wirtschaft zahlte sich aus. Aus dem Untergrund tauchte General Zahedi auf und übernahm an der Spitze des Militärs die Macht. Mohammed Mossadegh, bereits 73 Jahre alt, wurde abgesetzt und – nach einem Schauprozess – bis 1956 ins Gefängnis geworfen.

J. Ostrowsky

Mittelamerika im Überblick



Einen wichtigen Beitrag zur Überwindung des hierzulande immer noch bestehenden Informationsdefizits zum Krisenherd Mittelamerika leisten zwei kürzlich erschienene Bücher.

Das bisher detaillierteste Werk ist:

D. Boris/R. Rausch (Hg.), *Zentralamerika. Guatemala, Nicaragua, Honduras, Costa Rica, El Salvador*, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1983, 405 S., 14,80 DM.

Grob zerfällt das Buch in 2 Teile. Teil 1 enthält auf die Gesamtregion bezogene überblicksartige Aufsätze der Herausgeber: „Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der historischen Entwicklung Zentralamerikas“ (R. Rausch) und „Dimensionen des gegenwärtigen Krisenprozesses“ (D. Boris).

R. Rauschs Beitrag reicht von der präkolumbianischen Zeit über die spanische Kolonialherrschaft, die Unabhängigkeit (1821) und die Herausbildung selbständiger Nationalstaaten bis in die 30er Jahre, in denen in allen Ländern – mit Ausnahme von Kostarika – in Reaktion auf soziale Unruhen Diktaturregimes etabliert wurden. Er behandelt die Einbindung der einzelnen Länder in den kapitalistischen Weltmarkt und die Herausbildung neuer Abhängigkeiten der jungen Nationalstaaten insbesondere von den USA.

Der Beitrag von D. Boris behandelt die Zeit nach 1950 und legt den Schwerpunkt auf interne Krisenfaktoren. Zunächst wird ein bis in die 2. Hälfte der 70er Jahre hohes Wirtschaftswachstum festgestellt, das „im wesentlichen von der Entfaltung der Agrarexportproduktion, der Industrialisierung im Kontext des 'Gemeinsamen Mittelamerikanischen Marktes' (MCCA) und dem Einströmen von Auslandskapital getragen“ wurde (S.32). Charakteristisch ist jedoch eine „auffällige Diskrepanz zwischen rascher ökonomischer Expansion und relativ langsamem und ungleich verteiltem sozialen Fortschritt“ (S.39). So haben sich die Probleme der ungleichen Einkommensverteilung, der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung vertieft. Saisonarbeiter und landlose Wanderarbeiter spielten eine wichtige Rolle bei der Herausbildung ländlicher Oppositionsbewegungen. Ebenso entstanden mit der Verdreifachung der städtisch-industriellen Arbeiterklasse seit 1950 und ihrer zunehmenden Konzentration in größeren Betrieben wichtige objektive Voraussetzungen für die Radikalisierung und Politisierung der städtischen Gewerkschaften seit Anfang der 70er Jahre (S. 45f.). Mitte der 70er Jahre entwickelten sich in Nicaragua, El Salvador und Guatemala wieder schlagkräftige Guerillabewegungen, die erfolgreich auf Bündnisse mit anderen demokratischen Kräften orientierten. Der Autor skizziert diesen Prozeß ebenso wie die Ursachen für die Herausbildung einer tiefen Wirtschaftskrise in den 70er Jahren.

Weiter behandelt der Aufsatz die Entwicklung der Bourgeoisie und ihrer politischen Herrschaftsformen sowie die militärische und geopolitische Bedeutung der Region für die USA, deren Außenpolitik „das Schicksal der zentralamerikanischen Staaten zu einem erheblichen Teil ... bestimmt“ (S. 53).

Der 2. Teil des Buches besteht aus Länderartikeln von D. Boris/P. Hiedl/V. Sieglin zu Guatemala, V. Sieglin zu El Salvador, J. Ruppel zu Honduras, D. Boris zu Nicaragua und P. Hiedl/R. Rausch zu Kostarika. Hier werden detailliert die Entwicklung des jeweiligen Landes und seine Besonderheiten dargestellt: in Guatemala die extreme Armut großer Bevölkerungsteile, Konflikte, die aus der besonderen ethnischen Zusammensetzung (hoher Indioanteil) resultieren, sowie die direkte soziale Identität hoher Militärs mit der Oligarchie; in Honduras, das als „Prototyp einer 'Bananenrepublik'“ (S.201)

vorgestellt wird, die besondere Rückständigkeit des Landes; in Nicaragua die frühere Rolle als mittelamerikanische Ordnungsmacht (S.282), die antisozialistische Opposition auch der Bourgeoisie und in Kostarika der zeitweilige Arbeitskräftemangel und die lange parlamentarisch-demokratische Tradition des Landes.

Alle Länderbeiträge geben zunächst einige Grunddaten und einen tabellarischen Überblick über aktuelle Eckwerte zur sozialen und wirtschaftlichen Lage. Daran schließt sich eine ebenfalls knappe Schilderung der Entwicklung bis in die 50er oder 60er Jahre an. Recht ausführlich wird dann die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung ab 1950/60 bis in die Gegenwart behandelt, wobei nach einzelnen Wirtschaftssektoren, den ländlichen und städtischen Klassenverhältnissen unterschieden wird und auch innere Differenzierungen der jeweiligen Klassen betrachtet werden. Nach einer Darstellung der politischen Herrschaftsformen, die u.a. die Entwicklung verschiedener Parteien enthält, folgt schließlich ein Abschnitt über die Entwicklung der sozialen Emanzipationsbewegung, eine Einschätzung ihrer Stärke und Perspektiven.

Die Aufsätze zu El Salvador und Nicaragua gehen in gesonderten Abschnitten auf die aktuelle Lage ein. Das von der Marburger Arbeitsgruppe verfaßte Werk stellt die erste deutschsprachige umfassende Monographie der Region Zentralamerika als ganzer und seiner einzelnen Länder dar. Nicht nur hierin, sondern vor allem auch in der erstmalig vorgelegten Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung, der Klassenstruktur der einzelnen Länder und deren Beziehung auf die sozialen Bewegungen ist der besondere Wert der Studie zu sehen. Die dargebotene Materialfülle, die Breite der herangezogenen und sorgfältig ausgewählten Sekundärliteratur sowie die – bei aller Wissenschaftlichkeit – erreichte Lesbarkeit des Texts tragen dazu bei, dem Anspruch der Verfasser in hohem Maße gerecht zu werden: einen Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Diskussion zu leisten und gleichzeitig auch der Solidaritätsbewegung ein orientierendes Standardwerk an die Hand zu geben. Gerade im Hinblick auf die zuletzt genannte Funktion sollte bei einer eventuellen Neuauflage ein Register sowie ein generelles und länderspezifisches Abkürzungsverzeichnis hinzugefügt werden.

Einfacher und populärer geschrieben ist:

R.L. Andino/D. Mies/R. Schmidt, *Revolution in Mittelamerika*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1982, 275 S., 12,80 DM.

Der erste Teil reißt die revolutionäre Entwicklung Mittelamerikas in die Fortschritte der demokratischen Bewegung in Lateinamerika insgesamt ein, beschreibt die Hauptmerkmale des abhängigen, schwachentwickelten Kapitalismus in der Region, die Bodenbesitzkonzentration und die zunehmende Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Zudem werden die Folgen der starken wirtschaftlichen Präsenz der USA, ihrer beständigen politischen und militärischen Einflußnahme aufgezeichnet. Sie äußern sich in einer Deformierung der Wirtschaftsstruktur, der Schwächung des Staatshaushalts der Länder durch den anhaltenden Rüstungswettlauf, im Schüren der Kriegsgefahr sowie in der Vorenthaltung bürgerlich-demokratischer Institutionen (S.55). Am Beispiel Sandinos und Farabundo Martí werden die demokratisch-revolutionären Traditionen der Länder aufgezeigt, wobei auf die aktuelle Notwendigkeit der Einheit aller revolutionären Kräfte hingewiesen wird. Knapp werden der Einigungsprozeß in Nicaragua und El Salvador nachgezeichnet und der aktuelle Stand in Guatemala beschrieben (S. 73ff.).

Besser gelungen als der manchmal etwas oberflächlich wirkende 1. Teil scheint mir der 2. Teil, in dem die Entwicklung der Befreiungskräfte Nicaraguas bis zum Sieg der Revolution, die heutigen Probleme Nicaraguas, vor allem aber die Zuspitzung der Krise und die Entwicklung in El Salvador bis zum Ende der FMLN-Offensive im Juli/August 1981 recht ausführlich behandelt werden. Dem Abschnitt zu El Salvador folgt ein Abschnitt über den gegenwärtigen Interventionismus der USA in Mittelamerika und der Karibik, dessen gleichzeitiger und regionaler Charakter (S. 233) betont wird und als dessen langfristiges Ziel die Zerschlagung der Machtverhältnisse in Kuba, Nicaragua und Grenada angesehen wird.

In den letzten Abschnitten wird die stillschweigende Duldung des Völkermords in El Salvador durch die frühere SPD/FDP-Bundesregierung und die offene Sympathie der CDU/CSU für die damalige Junta des Christdemokraten Duarte in El Salvador betont sowie auf die wachsende Interventionsgefahr und die von Honduras im Rahmen der US-Strategie eingenommene Schlüsselrolle hingewiesen. Gerade mit Honduras sollte sich die Solidaritätsbewegung deshalb nach Meinung der Autoren intensiver beschäftigen. Mehrfach weisen sie auf die bedeutende Rolle der Solidaritätsbewegung hin. J. Valladares

Nikaragua-Aktivitäten

Vom 14.-19. Juni d.J. fand eine Aktionswoche der Solidarität mit Nicaragua statt, an der sich Gruppen in über 30 Städten mit Aktionen beteiligten. Sie war am 8. Mai d.J. auf dem Bundestreffen der Nicaragua-Komitees beschlossen worden. Damit sollte den Forderungen an die Bundesregierung nach Fortsetzung der Entwicklungshilfe an Nicaragua, der Verurteilung der Aggressionspolitik der USA und der Unterstützung bilateraler Friedensverhandlungen zwischen Nicaragua, den USA und Honduras Nachdruck verliehen werden. Eine ähnliche Zielsetzung hat eine Solidaritätskampagne der SPD Nordrheinwestfalens (NRW), die unter dem Motto steht: „Chile kämpft – Nicaragua lebt“. Auftakt dieser Kampagne war eine Pressekonferenz am 6. Juni d.J. in Düsseldorf, an der neben dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Johannes Rau und dem SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischniewski auch der Kultusminister Nicaraguas, Ernesto Cardenal, teilnahm. Die Kampagne soll am 11. September d.J. mit einer Großveranstaltung in Dortmund ihren Abschluß finden. E. Cardenal nahm in der gleichen Woche als offizieller Gast am 20. Evangelischen Kirchentag (8.-12.6.1983) teil.

Ausländerpolitik: Der Fall Gohary

Weil er „seit Jahren im Bundesgebiet politisch aktiv“ sei, und dies „mit einer bemerkenswerten Beharrlichkeit“, soll der Ägypter Magdi Gohary die Bundesrepublik bis zum 31. Oktober d.J. verlassen. So befand jüngst die Münchner Ausländerbehörde. Was macht es da schon, daß M. Gohary, als Chemotechniker in der Forschung eines Münchner Chemiekonzerns tätig, Mitglied der IG Chemie und Vorsitzender eines gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpers, seit 22 Jahren „tadellos“ in unserem Land lebt. Die Verweigerung einer weiteren Aufenthaltsgenehmigung begründet die Münchner Ausländerbehörde mit seinen Aktivitäten als Vorstandsmitglied der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) – einer Organisation, „...die mit mehreren linksextremen Organisationen und mit den Befreiungsbewegungen African National Congress (ANC) und South-West Africa People's Organisation (SWAPO) zusammenarbeitet“. Die Ablehnung wird weiter damit begründet, daß M. Gohary als Redner bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN) sprechen sollte, und zwar über das Thema „Faschismus heute am Beispiel Südafrika“.



Magdi Gohary

Iran-Initiativen

In der Bundesrepublik hat sich auf Initiative des Iran-Solidaritätskomitees eine Delegation gebildet, die im Iran den in den letzten Monaten erhobenen Forderungsvorwürfen nachgehen will. Sie stellte im Mai d.J. einen entsprechenden Antrag auf Einreise in den Iran. Der Delegation gehören u.a. an: Hans Jennes, Vizepräsident der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, Prof. Dr. Norman Paech, Vorsitzender der Vereinigung Demokratischer Juristen, Dr. Heinz Düx, Richter, Prof. Dr. Hans Mautsch, Arzt.

Anlaß für die Formierung dieser Delegation waren Anzeichen von Folter bei mehreren Führungsmitgliedern der Tudeh-Partei, die am 6. Februar d.J. verhaftet worden waren. Als sie im April/Mai d.J. im Fernsehen „Geständnisse“ ablegten, zeigten sie nach Aussagen von Ärzten deutliche Einwirkungen von Drogen.

Die Forderungen nach Freilassung der Tudeh-Mitglieder und nach Zulassung einer Kommission aus Ärzten und Juristen, die die Foltervorwürfe vorort untersuchen soll, erhebt auch eine Unterschriftenaktion, die sich an die verantwortlichen Stellen der iranischen Republik richtet. Unterschriftenlisten können bezogen werden unter der Anschrift: W. Brönnner, Liebigstr. 46, 3550 Marburg.

Informationskreis Äthiopien

Mit der Herausgabe des IKÄ-Bulletins will der kürzlich gegründete Informationskreis Äthiopien (IKÄ) künftig regelmäßig über die Entwicklungen dieses ostafrikanischen Landes informieren. Die erste Nummer berichtet schwerpunktmäßig über die erneute Dürre und Hungerkatastrophe in Äthiopien. Die Hilfs- und Wiederaufbauorganisation Relief and Rehabilitation Commission (RCC) hat für die Menschen aus den vom Hunger betroffenen Gebieten Auffanglager eingerichtet, wo sie mit Nahrungsmitteln und Medikamenten versorgt werden. Zur Finanzierung dieses unbürokratischen und umfassenden Hilfsprogramms ruft der IKÄ auf, die Spendenaktion von Karl-Heinz Böhm „Menschen für Menschen“, Konto-Nr. 700 000 bei allen Banken, Stichwort „Hungerhilfe für Äthiopien“ zu unterstützen. Bezugsadresse: IKÄ, Lütticher Str. 14, 5000 Köln 1

KOMKAR-Kongreß

Unter Beteiligung zahlreicher Vertreter in- und ausländischer Organisationen fand vom 14.-15. Mai 1983 in Düsseldorf der 5. Kongreß der Föderation der Arbeitervereine Kurdistans in der BRD e.V. (KOMKAR) statt. Für die kommende Arbeitsperiode wurde beschlossen, die Solidarität mit dem kurdischen Volk sowie mit dem Kampf der Völker in der Türkei gegen die Militärjunta zu verstärken. Zudem soll die Aktionseinheit der Demokraten in der Türkei sowie die Zusammenarbeit in- und ausländischer Demokraten in der Bundesrepublik – u.a. im Rahmen der Herbstaktionen der Friedensbewegung – vorangetrieben werden. Der Kongreß wandte sich gegen die Ausländerfeindlichkeit hierzulande und gegen die Asylrechtspraxis.

Buchtips zu Mittelamerika

Jüngst verwies Nicaragua drei CIA-Agenten wegen Beteiligung an einem Mordkomplott gegen den nikaraguanischen Außenminister des Landes. Mittelamerika und die Karibik waren immer schon die Hauptzielgebiete von CIA-Operationen. Die wichtigsten dieser Aktivitäten sind jetzt umfassend dokumentiert in:

Günter Neuberger/Michael Opperskalski



G. Neuberger/M. Opperskalski, CIA in Mittelamerika, Lamuv Verlag, Bornheim-Merten 1983, 206 S., 19,80 DM.

Land für Land werden darin CIA-Aktionen bloßgestellt. Dabei wird die ganze Palette der Fähigkeiten dieses Geheimdienstes bis hin zum Massenmord vorgeführt. Das Buch ist geeignet, durch diese Darstellung des „unsichtbaren“ Gegners verbreitete Illusionen über die Schwierigkeiten im Befreiungskampf und nach der Revolution durch ein realistischeres Bild zu ersetzen. Die Probleme der Befreiung lassen sich durch einen Blick in den Anhang des Buches errahnen: Dort sind die Namen von rund 400 in Mittelamerika eingesetzten CIA-Agenten veröffentlicht – unter ihnen D.N. Greig, Chef der CIA-Station in Managua, der jetzt aus Nicaragua ausgewiesen wurde.

Hella Schlumberger, Kreuzzug Mittelamerika. Hella Schlumberger in El Salvador, Honduras, Nicaragua und Guatemala, Autorendition im Athenäum Verlag, München/Königstein 1983, 296 S., 29,80 DM.

„Während ich erzähle, ergreife ich Partei“, ist das Motto dieses persönlichen Erlebnisberichts über den mehrmonatigen Mittelamerikaaufenthalt der Autorin. Das Buch ist mit einem Vorwort von Helmut Frenz versehen und enthält im Mittelteil zahlreiche Fotos. Die Länderberichte geben neben einem Abriß der Geschichte vor allem Einblick in die jeweils aktuelle Situation. Dabei kommen insbesondere die Betroffenen zu Wort: Campesinos, Ausgebeutete und Verletzte in den Städten, Guerrilleros der Befreiungsbewegungen.

Das Buch beleuchtet aber auch die Herrschenden und die Mechanismen ihrer Herrschaft, die angeblich Terroristen und Kommunisten den Garau machen soll. Die Reportage über das befreite Nicaragua zeigt, daß die aus jahrelanger Unterwerfung entstandenen Probleme nicht von einem auf den anderen Tag beseitigt werden können.

Peru

Erstmals seit dem Amtsantritt des zivilen Präsidenten Belaunde Terry vor drei Jahren wurde in Peru der Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt. Die verfassungsmäßigen Rechte hatte man teilweise für zwei Monate eingeschränkt.

Anlaß hierfür waren mehrere Sprengstoffanschläge der maoistischen Guerillaorganisation „Sendero Luminoso“, die wenige Tage zuvor in der Hauptstadt verübt wurden und u.a. die Stromversorgung unterbrachen. Auseinandersetzungen zwischen den Senderisten und den Anti-Guerilla-Einheiten der Regierung, den „Sinchis“, kennzeichnen vor allem die Lage in dem indianischen Anden-Department Ayacucho.

Angesichts der sozialökonomischen Krisenlage des Landes war es bereits im März d.J. zu einem 24stündigen Generalstreik gekommen (vgl. AIB 4/1983, S.46). Am Wirtschaftskurs der Regierung hat sich dennoch nichts geändert. Mittlerweile beträgt die Inflationsrate fast 100%. Auch mußte die Regierung die Rückzahlung ihrer überfälligen Zins- und Tilgungszahlungen an ausländische Banken vorläufig aussetzen.

Eine weitere Zuspitzung der Krise könnte die zivile Regierung gefährden und einen neuerlichen starken Einfluß des peruanischen Militärs auf die Regierungsgeschäfte zur Folge haben.

Uruguay



Blick auf die Hauptstadt Montevideo

Zum ersten Mal seit 1973 fand in Montevideo am 1. Mai 1983 eine Maikundgebung statt, zu der sich 100.000 bis 150.000 Menschen versammelten. Außerufen hatten neben den drei zugelassenen Parteien (Blancos, Colorados und Union) 47 Gewerkschaften, die sich im Gewerkschaftlichen Plenum der Arbeiter (PIT) zusammengeschlossen haben.

Die wichtigsten Forderungen waren die nach politischer Freiheit, Zulassung der bisher verbotenen Parteien, Herstellung vollständiger Gewerkschaftsfreiheit, Streikrecht, dem Recht auf gewerkschaftliche Organisation der Staatsbediensteten und der Wiedereinstellung Entlassener. Angehörige politischer Gefangener forderten eine Amnestie. Zu Massendemonstrationen kam es auch Mitte Mai d.J., als der spanische König Juan Carlos in Montevideo Gespräche mit Vertretern zugelassener und verbotener Parteien führte.

Nach der ersten Dialogrunde am 13.5.1983 haben die Militärs den politischen Dialog mit den drei zugelassenen Parteien bis auf weiteres suspendiert. Mit ihrem Plan, in der Verfassung einen Nationalen Sicherheitsrat zu verankern, der gegenüber Entscheidungen späterer Zivilregierungen ein Vetorecht hat, stoßen sie auf den geschlossenen Widerstand der Opposition, einschließlich der Gewerkschaften. Ein im März d.J. veröffentlichtes Minimalprogramm der Frente Amplio hatte sich ebenfalls entschieden gegen jegliche Kompromisse bei der Machtübernahme durch eine Zivilregierung ausgesprochen.

Puerto Rico

Im Rahmen der Aggressionspolitik der USA in der Karibik und in Mittelamerika wollen die USA den vor 10 Jahren stillgelegten Luftwaffenstützpunkt Ramey reaktivieren, der in der Vergangenheit vor allem mit Atombomben ausgerüstete Kampfflugzeuge beherbergte.

Wenn die USA ohnehin bereits unter der Hand den Vertrag von Tlatelcalco mißachten, nach dem Puerto Rico zur atomwaffenfreien Zone Lateinamerika gehört (der Marinestützpunkt Roosevelt Roads hat intensiven Verkehr von atomar ausgerüsteten Kriegsschiffen und Kampfflugzeugen), so besteht mit der

Wiederinbetriebnahme von Ramey die Gefahr der offenen Übertretung dieses Vertrages und der Bedrohung vor allem Kubas, Nikaraguas und Grenadas.

Mit der Wiedereröffnung Rameys geht die Verlagerung militärischer Einrichtungen von Panama nach Puerto Rico einher. Gegenwärtig wird die größte Langwellen-Sendeanlage der Karibik nach Aguada (PR) verlegt. Die „Escuela las Americas“ soll bis 1984 in Fort Allen im Süden Puerto Ricos errichtet werden. Diese Offizierschule, in der in spanischer Sprache unterrichtet wird, bildet lateinamerikanische Offiziere im Kampf gegen revolutionäre Bewegungen aus.

Korea

Die USA sind offenbar entschlossen, Südkorea in ein einziges Atomwaffenlager umzuwandeln. Bereits heute lagern in Südkorea 600-700 Atomsprengköpfe. Neben Flügelraketen will die Reagan-Administration jetzt auch Neutronensprengköpfe für Artilleriegeschosse nach Südkorea bringen.

Seit dem 15. Mai d.J. befindet sich der 55jährige Oppositionspolitiker und ehemalige Vorsitzende der Neuen Demokratischen Partei, Kim Jong Sam, im Hungerstreik, um gegen die Diktatur zu protestieren. Seit Juni 1982 stand er unter Hausarrest. Mittlerweile wurde der Hausarrest aufgehoben und Kim Jong Sam in ein Krankenhaus eingewiesen. Führende Repräsentanten des Regimes versuchten ihn zur Aufgabe des Hungerstreiks zu überreden. Inzwischen wurde ihm von offizieller Seite der Vorschlag eines USA-Aufenthaltes gemacht, was Parallelen zur Ausweisung Kim Dae-Jongs im Dezember 1983 aufweist.

Kampuchea

Am 2. Mai 1983 begann Vietnam damit, ein weiteres Truppenkontingent von etwa 15.000-20.000 Mann aus Kampuchea abzuziehen. Zudem gerät seit Juni d.J. wieder Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen um Kampuchea.

Offenbar unter dem Eindruck der erfolgreichen vietnamesischen Offensive im kampucheanisch-thailändischen Grenzgebiet gegen die Pol-Pot-Banden schätzt Prinz Norodom Sihanouk inzwischen die Möglichkeit eines militärischen Sieges als sehr gering ein. In einem Interview mit dem Spiegel wies er überdies auf sein Verhältnis zu den Roten Khmer Pol Pots hin: „Die Chancen meiner Koalitionsregierung sind sehr begrenzt, weil wir uns dem folgendem Widerspruch nicht entziehen können: Die einzigen kämpfenden Kräfte, die uns Glaubwürdigkeit geben, sind die Roten Khmer. Aber sich auf die Roten Khmer zu stützen, um Vietnam zu schlagen, bedeutet, eine Art von Damoklesschwert über den Kopf der Kambodschaner zu hängen.“

N. Sihanouk wirbt deshalb seit neuestem für eine Viererkoalition, die außer seinen bisherigen Bündnispartnern, den Roten und den Weißen Khmer, auch die Regierung Heng Samrin umfassen soll.

Seminar

Entwicklungs- und Friedenspolitik

Am 1. Oktober 1983 im Restaurant Zoologischer Garten (Bachtletenstr. 75 in Basel / Nähe Bahnhof)*

14.15 Einführung durch den Friedensforscher

Dieter Senghaas

Alternativen zum Rüstungswettlauf

„Es gibt wichtigere Dinge, als im Frieden zu leben“ (US-Außenminister Haig)

Einbezug von Rückfragen und Stellungnahmen aus dem Plenum

16.00 Podiumsgespräch

- Forderungen an eine schweizerische Friedenspolitik*
- Ursula Brunner (FDP-Kantonsrätin, Frauen für den Frieden, Bananen-Aktion, Vorstand Helvetas)
 - Markus Muggin (Ökonomie, Informationsdienst 3. Welt, SKAAL)
 - Dieter Senghaas (Professor an der Universität Bremen, Politikwissenschaftler, u.a. Verfasser von "Abschreckung und Frieden")

Zur praktischen Umsetzung

- Hansjörg Braunschweig (SP-Nationalrat, eh. Präsident des Friedensrates, Präsident der AG für Rüstungskontrolle und Waffenauführverbot)
- Ruth Mascarin (POCH-Nationalrätin)
- Ruedi Hogger (Vize-Direktor der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe des Bundes)

Rege Teilnahme des Plenums erwünscht
Diskussionsleitung: Ueli Mäder (Zeitschrift Solidarität)

18.30 Nachtessen (Salatteller... Selbstbedienung)

20.00

- 2.00 **Fest mit Jambalaya**

Aufgesteuerter Plouzen-Afro-Ska-Latin-Jazz zum Tanzen und Ab-Und-Zu-Hören
Kosten für Seminar und Fest: Fr. 10.- (ohne Essen)
Unterlagen werden an Ort abgegeben. Bitte anmelden.

PS: Am selben Ort und Datum hält das SKAAL (von 10.00-12.00) seine Generalversammlung ab. Alle Interessierten sind dazu eingeladen.

* Bahnhof: Hauptaussgang, dann links-geradeaus, über Kreuzung und Viadukt, dann nochmals links (zu Fuss 10 Min. oder mit Tram Nr. 4 bis zur zweiten Station)

Veranstalter: Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika

Anmeldung an: SKAAL, Postfach 2009, 4001 Basel

Ich nehme am Seminar teil

Name und Adresse

Benötige Übernachtungsmöglichkeit: ja / nein

Kommentar: Auf Distanz zur salvadorianischen FMLN/FDR?

Auf dem jüngsten Treffen der Dritte-Welt-Zeitschriften in Westberlin am 28./29. Mai d.J. wurde ein Offener Brief an die salvadorianischen Befreiungsfronten FMLN/FDR verabschiedet, den die Tageszeitung (TAZ) am 2. Juni d.J. veröffentlichte. Der Brief wurde von einem auswärtigen Mitarbeiter des AIB ohne Rücksprache mit der Redaktion unterzeichnet. Die AIB-Redaktion hingegen hat sich in einem Schreiben an die TAZ, die FMLN/FDR usw. von dem Offenen Brief distanziert.

In dem Westberliner Brief wurde der FMLN vorgehalten, sie trage durch ihre Informationspolitik nicht dazu bei, „die Solidaritätsarbeit effektiv und glaubwürdig zu erhalten“. Hierzu habe sie dem Erfordernis nachzukommen, „auf Probleme und Kritik einzugehen und zu ungeklärten Fragen Stellung zu beziehen“. Weiter heißt es in dem Brief: „Die Ermordung der Kommandante Ana Maria und der Tod des Kommandante Marcial haben die Solidaritätsbewegung tief betroffen. Die Umstände und Zusammenhänge dieser Ereignisse sind nach wie vor ungeklärt. Die Solidaritätsbewegung unterstützt den Kampf, der zu einer freien, demokratischen und gewaltlosen Ordnung in El Salvador nach dem Sieg führen soll; hier sind Fragen und Zweifel aufgetaucht, die nicht ausgeräumt werden konnten und die die Solidaritätsarbeit stellenweise lähmen. Ähnliches gilt für den Fall des Ex-Kommandante Montenegro... Gerade weil wir seinen Erklärungen keinen Glauben schenken, sind wir über seine Wandlungen überrascht. Eine befriedigende Erklärung seiner Wandlung durch die FMLN steht hier aus.“

Eine Glanzleistung „kritischer Solidarität“?

Sind die Fälle Ana Maria, Montenegro wirklich „nach wie vor ungeklärt“?

Die AIB-Redaktion betonte demgegenüber in ihrem Schreiben, daß nicht die Informationspolitik der FMLN/FDR in diesen Fällen, sondern die Art und Weise wie in dem „Offenen Brief“ (und in der TAZ-Berichterstattung) die Glaubwürdigkeit der FMLN in Zweifel gezogen wird, zur weiteren Verunsicherung und Schwächung der Solidaritätsarbeit beiträgt.

Die AIB-Redaktion verwies darauf, daß die beiden Todesfälle vom April d.J. in Managua keineswegs „nach wie vor ungeklärt“ sind. Vielmehr wurden in den Erklärungen der FMLN/FDR, ihrer Mitgliedsorganisation Volksbefreiungskräfte (FPL) und des nikaraguanischen Innenministeriums vom 20.4.1983 die Umstände und Zusammenhänge dieser Fälle hinlänglich bloßgelegt – ausgenommen die weitergehenden Nachforschungen darüber, wie die Querverbindungen zwischen den Mördern Ana Marias und imperialistischen Geheimdiensten, etwa dem CIA, verlaufen (siehe AIB 6/1983, S. 13-14).

Zum Verrat Alejandro Montenegros, des ehemaligen Comandante der FMLN-Mitgliedsorganisation Revolutionäres Volksheer (ERP), der sich ein halbes Jahr nach seiner

Verschleppung (August 1982) und Bearbeitung durch Geheimdienstler im Frühjahr 1983 als Papagei des salvadorianischen Völkermordregimes präsentierte, sei auf die unmißverständliche Reaktion der ERP verwiesen. Sie bezeichnete Montenegro im März d.J. als „ganz gewöhnlichen Verräter der Interessen des Volkes“ und schloß ihn aus der ERP aus, weil er unter der Folter militärische Geheimnisse der FMLN preisgegeben hatte.

Andere Guerillaführer, die unter der Folter standhaft geblieben waren, hatte man zuvor liquidiert. So beispielsweise FMLN-Comandante Claudio R. Armijo, der im November 1981 gleichfalls auf honduranischem Boden gefaßt und verschleppt worden war. Montenegro wurde zum Verräter, um seine eigene Haut zu retten – ein unter Torturen (oder Drogeneinfluß?) erpreßter Gesinnungswandel. Ein ziemlich klarer Fall, meinen wir.

Was soll die FMLN da eigentlich noch an Erklärungen nachliefern? Psychoanalytische Tagebücher vielleicht über den bedauernswerten moralischen Zusammenbruch einer ehemals kämpferischen Persönlichkeit, zu der die FMLN gar keinen Zugang mehr hat und haben will?

Oder steckt hinter dieser Forderung an die FMLN, sie habe gefälligst über ihren inneren Zustand Intimberichte an die Herrschaften der bundesdeutschen Solidarkritik abzuliefern, nicht eine gehörige Portion Anmaßung – oder Naivität? Heißt das nicht, de facto für die eigenen Spendengroschen – soviel es auch sein mögen – im Nachhinein den Beschenkten nun so etwas wie politische Auflagen bzw. Bedingungen aufs Auge drücken zu wollen? Und das, wo man die neokolonialistischen Entwicklungshilfepraktiken eben wegen ihrer politischen Auflagen (man nehme die 25 Mio DM Bonns für Nikaragua!) geißelt.

Und angenommen, die FMLN/FDR-Führung wüßte zu den Fällen Montenegro oder Ana Maria dennoch genaueres. Welchen Grund hätte sie, ihre eigene Intimsphäre – der bundesdeutschen Solidarkritiker wegen – in aller Öffentlichkeit, und damit freihaus zum Ausschlichten für den Gegner im Detail auszubreiten? CIA-Agenten, das hat die Reagan-Administration letzthin freimütig ausgeplaudert, umschwirren gerade die Befreier El Salvadors wie Motten das Licht. Sie wirken in die Reihen der FMLN/FDR hinein mit dem klaren Regierungsauftrag, die Befreiungsfronten zu sprengen.

Und was tun wir? Steht es uns wirklich zu, ultimativ Offenlegung oder Aufkündigung der Solidarität von den Betroffenen zu verlangen, wo vermutlich der nächste imperialistische Sprengsatz schon im komplizierten Bündnisgefüge der FMLN/FDR deponiert ist?

Wir, die AIB-Redaktion, sind der Meinung, daß das Auftauchen von Verrätern in einer revolutionären Führung weder etwas Neues ist, noch ein Alibi dafür sein kann, den so geschädigten Aufstandsbewegungen auch noch die internationale Solidarität zu entziehen, abzuschneiden. Entsprechend solidarisch sollte auch unsere Informationspolitik in Sachen FMLN angelegt sein.